Der verheimlichte Bismarck

DIETER FRIEDE

Der verheimlichte Bismarck

FRIEDE



DIETER FRIEDE

DER VERHEIMLICHTE BISMARCK

DIETER FRIEDE

DER VERHEIMLICHTE BISMARCK

HOLZNER=VERLAG · WÜRZBURG

Gesamtherstellung: A. Reiff & Cie., Offenburg/Baden
Printed in Germany

FÜR
CHRISTIANE

FRIEDENSSTÖRER

Bad Gastein, 6. September 1883

Dann kam Bismarck auf die russischen Rüstungen und sagte: „Freilich machen sie immer die schönsten Worte, aber sie rüsten fort und stehen kriegsbereit an der Grenze. Was helfen mir schöne Redensarten, wenn mir dabei die gespannte Pistole auf die Brust gesetzt wird.
Das kann nicht so fortgehen. Wer in Europa nicht ruhig sein kann, bedroht den Frieden, ist Friedensstörer."

Fürst Chlodwig Hohenlohe-Schillingsfürst,
„Denkwürdigkeiten", II, S. 341

BIBLIOGRAPHISCHER LEITFADEN

(Abkürzungen und Hauptquellen)

APP:	Die auswärtige Politik Preußens
GP:	Die Große Politik der Europäischen Kabinette
Hahn:	Fürst Bismarck
Hohenlohe:	Denkwürdigkeiten
Holstein:	Die geheimen Papiere Friedrich von Holsteins
Lucius:	Bismarck=Erinnerungen
Poschinger:	Preußen im Bundestag
Potjomkin:	Geschichte der Diplomatie
Reden:	Die politischen Reden des Fürsten Bismarck
Saburow:	The Saburov Memoirs
Schweinitz:	Denkwürdigkeiten
Schwertfeger:	Zur europäischen Politik
Werke:	Bismarck, Die gesammelten Werke
Windelband:	Bismarck und die europäischen Großmächte

Die vollständige Bibliographie befindet sich am Ende des Buches.

KAPITEL I

Die „Kanaille"

Es sei von vornherein kein Zweifel daran gelassen, dass niemand anders als Bismarck mit der *„Kanaille"* gemeint war. Im alten Russland verlieh man ihm mehr dergleichen schmeichelhafte Epitheta: *Tiger, Minotaurus, Provokateur, Verräter an Russland.* Die Beinamensgeber entstammten hohen und allerhöchsten Kreisen, schlossen sich doch nicht einmal die Zaren Alexander II. und Alexander III. von der Beschimpfung des deutschen Reichskanzlers aus. Diplomaten, Generäle, Führer des Panslawismus standen, versteht sich, ihren kaiserlichen Herren nicht nach.

Bismarck wurde der Doppelzüngigkeit beschuldigt, der Treulosigkeit, der Kriegstreiberei gegen Russland, sogar der Anstiftung eines Mordkomplotts gegen Zar Alexander III.

Aus dem Hass wurde im Zarenreich kein Geheimnis gemacht. In Zeitungen, in Büchern schrieb man gegen Bismarck, dichtete Verse gegen ihn, griff ihn in Reden als Feind Russlands und des Slawentums an. Zweieinhalb Jahrzehnte lang — von 1864 bis 1890 — rissen die öffentlichen Anklagen nicht ab, doch wird man in der neueren deutschen Literatur vergeblich eine Spur von ihnen suchen. In den Standardwerken ist zwar gelegentlich am Rande von der Deutschfeindlichkeit der Russen die Rede, jedoch nicht von ihrem Bismarck-Hass.

Schlägt man dagegen sowjetische Geschichtsbücher auf, so entdeckt man bald das traditionelle russische Bismarck-Bild — als Hasser und gefährlichster Gegner Russlands. Anders können die Russen sich ihn gar nicht vorstellen; erstaunt bemerkt Prof. Chwostow: „Bismarck wird manchmal schier als Freund Russlands hingestellt. Das ist unrichtig. *Er war Russlands Feind.*" (Potjomkin, II, S. 128). Auch darauf gibt die deutsche Literatur keinen Hinweis.

So erscheint Bismarck im deutschen Geschichtsbild noch immer in der legendären Gestalt des Staatsmannes, der durch seine Russland-Freundschaft gutnachbarliche Beziehungen ermöglicht und

verbürgt habe. Das gefahrenträchtige Problem des deutsch-russischen Gegensatzes wurde zu einer Frage der „richtigen“ Person und der „richtigen“ Politik simplifiziert. Wenn man nur nicht von Bismarcks Kurs abgewichen wäre . . .

Und da geglaubt wird, was gefällt, lebt die *Legende von Bismarcks Russophilie* noch heute, so unglaubhaft sie ist und von Anbeginn an war. Denn sie war schon im Ursprung eine Legende ohne historischen Kern. Wenn sie sich scheinbar durch Worte Bismarcks legitimieren konnte, so wurde sie durch seine Taten gründlichst widerlegt. Gegen sie zeugte bereits im Herbst 1876 sein erstes öffentliches Nibelungen-Bekenntnis, für Österreich gegen das Zarenreich. Es folgten von 1879 bis 1883 die Bündnisse mit Österreich-Ungarn, Italien und Rumänien gegen Russland. Dagegen lehnte er die vier russischen Bündnisangebote ab, das erste 1863, das letzte 1880.

Die gesamte dokumentarische Wahrheit über die Bismarck-Ära hätten wir uns seit 40 Jahren zu eigen machen können. Als nach dem Ersten Weltkriege die Archive Berlins, Wiens und Petersburgs geöffnet wurden, kamen alle Geheimnisse der Auswärtigen Ämter an den Tag. Jetzt konnte man in Bismarcks eigenen Konzepten und Diktaten seine antirussische Politik in jedem ihrer vielen, verschlungenen Züge nachlesen.

Trotzdem blieb die Vorstellung der Deutschen von der Legende beherrscht. So absolut, dass Bismarcks Russland-Politik zum ersten Male 60 Jahre nach seinem Tode an einer deutschen Universität als *hintergründig* bezeichnet wurde. Im gleichen Vortrag — im Mai 1958 in Göttingen — sagte *Reinhard Wittram*: *„Das herkömmliche Wort von der Freundschaft Bismarcks für Russland bedarf der Nachprüfung und Erläuterung.“* (Hist. Zeitschrift, Bd. 186, S. 265, 272).

Dabei wird es nicht sein Bewenden haben dürfen. *Notwendig ist der Widerruf* der falschen These von der Freundschaft, sonst wird auch in Zukunft noch verkannt werden, dass *in der Ära Bismarcks der Wendepunkt der deutsch-russischen Beziehungen* lag. Als Schöpfer eines geeinten, starken Deutschlands wurde Bismarck gehasst. Die *Einigung Deutschlands* führte dazu, dass die russische Deutschfeindlichkeit die letzte Hemmung verlor. Nach 1870/71 war sie durch nichts mehr zu zügeln.

Mit Blumen auf den Lippen

An der Spitze der Bismarck= und Reichsgegner stand der Leiter der russischen Aussenpolitik, der Kanzler Fürst Gortschakow. *„Nicht wahr, Sie machen sich nicht zum Kaiserreich?* Es wäre *besser, man täte dies nicht"*, drang er 1870 in den preussischen Gesandten in Petersburg, Prinz Reuss. (Wertheimer, „Bismarck im politischen Kampf", S. 425).

Es gab trotzdem, auch als die Spannung sich verschärfte, Lippenbekenntnisse der Freundschaft, zumal bei den Monarchen=besuchen. Prinz Reuss botanisierte die Phrasen in seinem Bericht vom 2. Mai 1875 an Bismarck: „Ich werde Eurer Durchlaucht nichts Neues sagen, wenn ich voraussehe, daß Fürst Gortschakow mit Blumen auf den Lippen, aber mit sehr kühlem Herzen in Berlin auftreten wird." (Robolsky, „Bismarck und Russland", S. 154).

Auf deutscher Seite vergalt man Cant mit Cant. Bismarck bediente sich in der Öffentlichkeit mit Vorzug der Floskel von der „100jährigen deutsch=russischen Freundschaft." In seiner Dienstsprache hiess es vier Jahrzehnte lang anders, so schon 1854, als er aus Frankfurt seinen Minister daran erinnerte, dass „die Russische Politik in allen Preußen=Österreich=Streitfragen der letzten Jahre *gegen uns Partei genommen"* habe (Poschinger IV, S. 200). Später wurde die Gegensätzlichkeit immer stärker unterstrichen, und in den 70er und 80er Jahren bildete *die Bedrohung Deutschlands durch das Zarenreich* schliesslich den Hauptinhalt seiner Immediatberichte an Kaiser Wilhelm und seiner Erlasse an die deutschen Botschafter.

In allen aussenpolitischen Kombinationen erschien Russland im Gegenlager. Der deutsch=russische Krieg wurde für gewiss genommen, es sei denn, dass andere die Kastanien aus dem Feuer holten (Versuch der Ablenkung) oder dass die Revolution das Reich der Romanows zusammenbrechen liesse.

Es ist *der nichtlegendäre Bismarck,* der in diesen Dokumenten zu uns spricht. Sein eigener Text fand bei der anschliessenden Untersuchung mit Vorrang Verwendung. Doch würde eine Darstellung der Beziehungen Bismarcks zu Russland unvollständig und einseitig sein, wenn sie nur dem einen Partner des Wechselverhältnisses das Wort vergönnte. Schlimmer noch, sie würde sich Vorwürfen aussetzen, wenn sie verschwiege, *wie gross in Russland Misstrauen und Hass gegen den Reichsgründer waren.* Dass

selten ein Staatsmann so heftig gehasst wurde, werden die nächsten Abschnitte zeigen.

Feinde der Einigung Deutschlands

Im Mai 1864 verfasste das russische Aussenministerium im Auftrag Gortschakows eine Denkschrift für Alexander II.: „Die Politik der Gegenwart" („La politique du présent"). Es ging darin von der Voraussetzung aus, dass es zum Widerstreit zwischen dem Panslawismus und dem geeinten Deutschland kommen werde. „*Wenn die deutschen Einheitsbestrebungen jemals verwirklicht werden sollten* und wenn die slawische Frage einmal auf die Tagesordnung gesetzt wird, *dürfte Deutschland ein erhebliches Gewicht, und zwar gegen unsere Interessen, in die Waagschale werfen.*" (Eckardt, „Von Nicolaus I. zu Alexander III.", S. 218).

Bismarcks Aussenpolitik wurde in der Denkschrift mit Misstrauen und Bedenken beurteilt. „Geschicklichkeiten dieser Art können sehr weit führen und sehr theuer zu stehen kommen." (Ebenda, S. 235).

Das russische Aussenministerium richtete sich bereits am Anfang der Ära Bismarck auf Konflikte ein. Gortschakow und die russischen Diplomaten im Aussendienst waren denn auch seine frühesten Gegner, so die Barone Brunnow und Budberg, vor allem aber die Berliner Botschafter Oubril und, später, Saburow und Schuwalow.

Über Oubrils Intrigen berichtete Anfang 1866 der preussische Militärbevollmächtigte in Petersburg, von Schweinitz: „Es war mir ferner nicht verborgen, dass Herr v. Oubril *schon damals gegen den Fürsten Bismarck arbeitete* und Misstrauen gegen ihn in St. Petersburg zu erregen versuchte." (Schweinitz, I, S. 193).

Es zeigte sich sehr bald, dass der Zar sich beeinflussen liess. „Der Kaiser war unzufrieden mit der Bismarckschen Politik", notierte Schweinitz im April 1866 (I, S. 206).

Das Treiben kam in vollen Gang. Am 19. April 1866 sagte der Zar zu Schweinitz: „*Wenn Sie wüssten, w i e man von allen Seiten in mich dringt! Es ist ein allgemeines Gezeter gegen Bismarck; man glaubt ihn zu allem fähig.*" (Ebenda, I, S. 208).

Nach Königgrätz wurde „das Feuer der gegen Herrn v. Bismarck entzündeten Feindseligkeit" in aller Öffentlichkeit geschürt. „Der ‚Golos' sprach zuerst aus, dass die Schlacht von Sadowa ein

verhängnisvolles neues Capitel der europäischen Geschichte eingeleitet habe und *dass die unaufhaltsam gewordene Einigung Deutschlands eine Gefahr für Rußland bedeute.* Ihm stimmten mit beinahe alleiniger Ausnahme der ‚Petersburger Zeitung' sämtliche große Journale beider Hauptstädte zu, und die heftigsten Angriffe gegen den seinerzeit so hoch gepriesenen preußischen Minister fanden jetzt die dankbarsten und eifrigsten Leser." (Eckardt, „Aus der Petersburger Gesellschaft", Neue Folge, S. 93 ff.).

Die Kampagne lief ohne Unterbrechung weiter. „Nach dem Krieg von 1866 schon führte die panslawistische Presse *laut und bitter gegen die Politik Bismarcks* das Wort. Noch viel bitterer und lauter that sie dasselbe während des französischen Krieges." (Robolsky, a. a. O., S. 138).

Gegen die Einigung Deutschlands sprachen sich die Zeitungen aus: „In der *unbedingten Verurteilung von Preußens sogenannter nationaler* Politik sind sich alle Völker und Cabinette Europas einig", schrieben die „Wesstj" am 5. Februar 1870. („Berlin und St. Petersburg", S. 122).

Gegen die Einigung Deutschlands wandte sich der grosse Lyriker, Antiwestler und Deutschenfeind Tjutschew. Im September 1870 dichtete er die

Zwei Einheiten

Blut läßt der Zorn des Herrn aus voller Schale fliessen
weit übers Land. In Blut ertrinkt des Westens Welt.
Blut wird sich, Freunde, Brüder, auch auf euch ergiessen! —
Schliess fester dich zusammen, slawische Welt . . .

Das Orakel unsrer Zeit verkündet laut:
„Durch Blut und Eisen kann die Einheit nur entstehen."
Wir aber woll'n sie liebend suchen — und dann sehen,
welche Einheit fester gebaut.

(„Polnoje sobranje stichotworeni"
„Gesammelte Gedichte", S. 249)

Da alle ethischen Begriffe im Westen anders verstanden werden, als Russland sie gebraucht, bedarf Tjutschews „Einheit durch Liebe" einer Verdeutlichung. Ein Beispiel nur: im Zuge der Eroberung des Kaukasus, die 1864 endete, wurden nach russischer Darstellung „einige kaukasische Völkerschaften von der histori-

schen Karte entfernt und *sogar die Erinnerung an sie ausgelöscht.*" („Festschrift zum 50. Jahrestag des Abschlusses der Kampfhandlungen im westlichen Kaukasus").

Einigung durch Liebe verzeichnet die Geschichte Russlands, das von 1700 bis 1900 *täglich* um 104 qkm, also 200 Jahre lang *jährlich* um ein Gebiet von der Größe der Provinz Hannover wuchs, (Ziekursch, „Politische Geschichte des neuen Deutschen Kaiserreiches", II, S. 20) in keinem Falle. Liebe war, um mit Prinz Reuss zu sprechen, eine „Blume auf den Lippen." Wirklich und echt war allein der Hass — auf fremde Völker, Religionen, auf den Westen, auf Deutschland und ein Menschenalter lang auf Bismarck.

Alexander II. fordert Bismarcks Entlassung

Seinem Onkel, dem König Wilhelm von Preussen, hatte Zar Alexander II. — in Gortschakows Abwesenheit! — im Juli 1870 telegraphiert: „Möge Gott Ihre gerechte Sache segnen!" (Werke, 6 b, S. 422). Nach den ersten deutschen Siegen schlug die Empfindung jedoch um, und der Gründer des Deutschen Reiches sah Alexander II. bald genug in der Reihe seiner aktivsten Feinde. *„Seit 1870 habe sich in Russland eine steigende Feindseligkeit entwickelt"*, erklärte Bismarck 1879 im preussischen Ministerrat. (Lucius, S. 137). Sie konzentrierte sich auf den Kanzler, und zwar so offen, daß Prinz Reuss in seiner Abschiedsaudienz den Zaren darauf ansprach (Januar 1876). Er berichtete darüber dem Kanzler:

„Ich sagte dem Kaiser, ich glaubte bemerkt zu haben, wie man von sehr übelwollender Seite her immer bestrebt sei, ihm Mißtrauen gegen Ew. Durchlaucht einzuflössen. Ich wagte daher, ihm gewissermassen als ein Vermächtniß, welches ich ihm zurückliesse, die Bitte auszusprechen, doch dergleichen Intriguen kein Gehör zu schenken." (Robolsky, a. a. O., S. 154 ff.).

Reuss predigte tauben Ohren. Bismarck war höchsten Ortes bereits Persona non grata. Nicht anders war es aufzufassen, wenn Gortschakow am 7. August 1876 dem Botschafter von Schweinitz sagte: „Sie kennen ja hier die Stimmung bei Hofe; *Sie wissen, w i e mißtrauisch man gegen Bismarck ist.*" (Schweinitz, I, S. 339).

Die letzte Unklarheit beseitigte der Zar im Oktober 1876 selbst: er versuchte, den Kanzler zu stürzen. In einem Handschreiben an Kaiser Wilhelm *drang er auf Bismarcks Entlassung.* (Lucius, S.

137). Alexander vergalt damit Bismarcks Weigerung, die deutsche Neutralität im Falle eines russischen Krieges gegen Österreich zu versprechen.

Bismarck beurteilte das Ansinnen auf Preisgabe Österreichs als einen Versuch Gortschakows, „seinem Kaiser Beweise zu liefern, dass er auf uns nicht rechnen könne." (GP, II, S. 94). In der Folge wurden die wildesten Erfindungen verbreitet, um Bismarck zum bösartigsten und hinterhältigsten Feind abzustempeln, der nur darauf lauere, über Russland herfallen zu können.

Die obligate Angriffsverdächtigung

Der Komplex der immer wiederkehrenden Angriffsverdächtigungen wird hier zwischengeschaltet; er verrät ein ausgeklügeltes System, das konsequent angewandt wurde.

Im Februar 1877 telegraphierte Botschafter Graf Ignatjew dem Zaren aus Konstantinopel eine angebliche Warnung des Grosswesirs. Der Türke habe ihm gesagt: *„Fürst Bismarck treibt Sie in den Krieg.* Sie werden sehen, welchen Streich er Ihnen spielen wird. Er ist fähig, *Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückzugeben, um gegen Sie Krieg zu führen."* (Schweinitz, I, S. 391).

1880 war es der russische Kriegsminister Miljutin, „welcher dem Kaiser gegenüber immer das eine Argument vorbringt, daß Bismarck sich in den Kopf gesetzt habe, *die baltischen Provinzen zu erobern."* (Schweinitz, II, S. 107).

Der Zarewitsch beteiligte sich an der Hetze. Bismarck erregte sich darüber im November 1880 in einer Unterredung mit Schweinitz so sehr, daß er „Donnerkeile gegen Rußland schleuderte. Der Cäsarewitsch hatte es als feststehende Absicht des Reichskanzlers bezeichnet, die Ostseeprovinzen zu annektieren. Fürst Bismarck wurde wütend darüber, daß der Großfürst so etwas sagen und glauben konnte. Ich warf ein, daß wenigstens die Hälfte aller politisierenden Russen ebenso dächten wie der Thronfolger; ich erinnerte daran, daß Katkow im Jahre 1868 immer die Ansicht aufstellte, *die baltischen Provinzen müssten russifiziert werden, ehe das Deutsche Reich fertig sei* und stark genug, um sie zu nehmen." (Schweinitz, II, S. 135 ff.).

Bismarck wolle dem Zarenreich *Polen* wegnehmen und es zu einem Vasallenstaat unter dem König von Sachsen machen, erfand „Golos" 1882. (Windelband, S. 304).

Der Berliner Botschafter von Saburow sandte 1883/84 „unermüdlich Berichte und Promemorias nach Petersburg, welche darauf hinausliefen, nachzuweisen, dass der Kanzler nur auf die Vertragserneuerung (des Drei-Kaiser-Vertrages) warte, um *über Frankreich herzufallen.*" (GP, III, S. 320). 1887 wurde die Verleumdung wieder umgedreht; jetzt hiess es: Bismarck verständige sich mit Frankreich, verspreche ihm Luxemburg und „*demaskiere seine Batterien gegen Rußland.*" (Schweinitz, II, S. 334).

Derart betrieben die russischen Diplomaten unablässig die Diskriminierung Bismarcks beim Zaren. Den schlechtesten Dienst erwies indes der Kanzler sich selbst, als er sich bereit fand, auf dem Berliner Kongress von 1878 als „ehrlicher Makler" zu wirken.

„Revanche pour Berlin!"

Dem Berliner Kongress war der russische Krieg gegen die Türkei 1877/78 voraufgegangen, der vierte des 19. Jahrhunderts (nach 1806—12, 1828/29, 1853—56).

Nach der Kriegserklärung am 24. April 1877 gelang den Russen ein Blitzübergang über den Balkan. Gortschakows überhebliches Wort: „Wir werden sie mit unseren Mützen totschlagen", (Lignitz, „Aus drei Kriegen", S. 100) schien Wahrheit zu werden. Doch unversehens schlug das Kriegsglück um. Osman Pascha riss die Türken zu heldenmütigem Widerstand hoch. Monatelang lagen die russischen Armeen unter schweren Verlusten vor Plewna fest und mussten rumänische Divisionen zur Hilfe holen.

Als Plewna am 10. Dezember endlich überwältigt wurde, fühlten die Russen sich schon in Konstantinopel, doch sie hatten sich selbst betrogen. Sie waren, wie wir bei Pokrowskij lesen, nicht mehr kriegstüchtig:

„Die russischen Truppen standen tatsächlich vor Konstantinopel, aber in welchem Zustande? *Zerlumpt, fast barfuss, fast ohne Patronen* und von Krankheiten erschöpft; an Flecktyphus waren mehr Leute gestorben als auf dem Schlachtfeld. Die letzten Reserven waren verausgabt, während der europäische Krieg eben vor der Tür stand. *Die Kanonen der englischen Flotten schützten Konstantinopel.* Die Österreicher, die begriffen, wohin Alexander II. zielte, dass er sie mit dem Geheimvertrag, worin Russland versprach, nicht über Bulgarien hinauszugehen, betrog, schwenkten plötzlich von Russland ab und gingen zu England über. *Öster-*

reich mobilisierte seine Armee wieder wie im Jahre 1855. Die besten Kräfte Russlands aber lagen im Grabe oder an Typhus darnieder. Man musste Frieden schliessen, ohne das Ziel erreicht zu haben." (Pokrowskij, „Kurzer Abriss der Russischen Geschichte", II, S. 154).

In dieser Verfassung wagte das Zarenreich keinen Krieg gegen die beiden Grossmächte. Es musste sich bequemen, das Friedensdiktat, das es der Türkei am 3. März 1878 in San Stefano, 12 Kilometer vor Konstantinopel, aufgezwungen hatte, dem Berliner Kongress zur Überprüfung zu unterbreiten. Als der Kongress die Zurücknahme der russischen Truppen aus einigen kleineren Gebieten beschloss, brach der *Hass-Sturm* gegen Bismarck los. Die panslawistische Presse „erklärte entrüstet, er habe *Russland verraten.*" (Potjomkin, II, S. 68). Die „Nowoje Wremja" schrieb: „Die *Unaufrichtigkeit der Politik des Fürsten Bismarck* kann gegenwärtig nicht dem geringsten Zweifel unterliegen. Der Berliner Kongress hat uns gezeigt, wie wenig begründet unsere Hoffnungen auf Deutschland waren. Wie schmerzlich auch die Erkenntnis ist, dass weder England noch auch Deutschland einen entscheidenden Erfolg Russlands auf der Balkanhalbinsel zulassen werden, so muss das jetzt doch anerkannt werden." („Bismarck, Zwölf Jahre deutscher Politik", S. 127 ff.).

Wieder war es Gortschakow, der die Fäden zog. „In der von ihm abhängigen Presse führte er eine *antideutsche Kampagne,* in der er die provokatorische Politik Bismarcks entlarvte und nach der Annäherung an Frankreich rief." („Istorija SSSR" / „Geschichte der UdSSR", II, S. 741).

Der Zarewitsch wurde von seinem Erzieher Pobjedonoszew aufgestachelt, der einen besonders unheilvollen Einfluss ausübte, sobald sein Zögling als Alexander III. (1881) den Thron bestiegen hatte. Nach dem Berliner Kongress schrieb Pobjedonoszew ihm: „Das Volk wird in diesem Frieden eine Schändung des russischen Namens erblicken. Hoheit sehen es nicht, wir aber sehen und fühlen auf Schritt und Tritt, wie man das nationale Gefühl der russischen Leute kränkt." (Steinmann/Hurwicz, „Pobjedonoszew", S. 248).

Der Zar stand in diesen Monaten unter dem Einfluss der entstellenden Berichterstattung Gortschakows und Oubrils. Während der ganzen Dauer des Kongresses wurde ihm Bismarcks Politik „im Lichte eines *Verrates an der russischen Freundschaft*" dar-

gestellt (GP, III, S. 4), so, „als hätte Deutschland, und *namentlich* als hätte *Fürst Bismarck* Rußland im Stiche gelassen." (GP, III, S. 6 ff.).

„Niedergeschlagen und verbittert" bezeichnete Alexander II. „die Kongreßtätigkeit im ganzen als die *europäische Koalition gegen Rußland, unter Führung des Fürsten Bismarck*. Der Gewinn ist allein für Österreich; das war die Absicht der deutschen Politik, und Graf Schuwalow (der russische Chefdelegierte auf dem Kongress) ist von Anfang an die dupe des Fürsten Bismarck gewesen." (GP, III, S. 3).

1878 wurde die Feindschaft gegen Deutschland zu einer nationalen Angelegenheit. „Seit jener Zeit", so hob Schweinitz in einer Denkschrift vom Herbst 1883 hervor, „steht am Hofe, im Heer und in allen Schichten der russischen Gesellschaft das Axiom fest, daß Rußland in Berlin geschädigt und gedemütigt wurde, und — weil dies gerade in Berlin geschah — so schiebt man alle Schuld auf uns; ebenso sinnlos und nicht minder allgemein wie einst in Frankreich der Ruf nach ‚Revanche pour Sadowa!' ist in Rußland der Wunsch, *den Berliner Vertrag zu rächen*." (Schweinitz, II, S. 40 Fussnote).

„Aber Bismarck ist eine abscheuliche Kanaille"

Die Enttäuschung des Berliner Kongresses nährte den Hass Alexanders, der sich einmal in dem Ausbruch gegenüber dem Generaladjutanten Fürst Wittgenstein löste: *„Ich liebe meinen Onkel, aber Bismarck ist eine abscheuliche Kanaille."* (Holstein, I, S. 123). Der Zar ging nicht davon ab, im Kaiser den Freund, im Kanzler den Feind Russlands zu sehen. Am 20. August 1879 berichtete Schweinitz:

„Kaiser *Alexander will unterscheiden zwischen der Person des Kaiser Wilhelm und dessen Regierung, d. h. Bismarck*. Je irritierter sich der Kaiser zuweilen gegen Bismarcks Verfahren ausdrückte, um so demonstrativer wurde er gleich darauf in seinen Freundschaftsergüssen für unseren Kaiser und die preußische Armee. Ich habe ihm deutlich zu verstehen gegeben, dass ich diese Trennung, die Unterscheidung zwischen Monarch und Minister, Kaiser Wilhelm und Bismarck, nicht gelten lassen dürfe." (Schweinitz, II, S. 71).

Schweinitz irrte. Im Oktober 1879 setzte Bismarck gegen Wil-

helms hartnäckigen Widerstand das deutsch=österreichische Bünd=nis gegen Russland durch. Eine durchaus richtige Darstellung gab davon der leidenschaftslos urteilende Fürst Trubetzkoj: „Im komplizierten Spiele, das Bismarck geführt, spielte das dynastische Element, das den russischen und preußischen Hof eng verband, eine bedeutende Rolle. Gewiss, er mußte oft gegen die Empfind=lichkeit seines Monarchen ankämpfen, der ein treuer Freund des russischen Kaisers bleiben wollte. Aber der Kanzler verstand es, solche Schwierigkeiten zu überwinden, was es ihn auch kosten mochte." (Trubetzkoj, „Russland als Grossmacht", S. 11).

Auch Alexander III. gegen Bismarck

Alexander III. war schon als Thronfolger dem Reichskanzler abhold gewesen, kaum weniger als seine Gattin, Maria Feodo=rowna, die als geborene Prinzessin Dagmar von Dänemark Bis=marck niemals den dänischen Krieg von 1864 verzieh. Nach der Thronbesteigung standen Alexander III. zwei Wortführer gegen den Westen am nächsten; sein Erzieher Pobjedonoszew, der als Generalprokurator des Heiligen Synods (Kultusminister für die orthodoxe Staatskirche sollte man sagen) jederzeit direkten Zu=tritt hatte, und Katkow, Moskaus führender Journalist, der Ru=fer zum Heerzug der Panslawisten.

Im Aussenministerium sass der einer Schweizer Familie entstam=mende Baron Jomini, ehedem die rechte Hand des Bismarck= und Reichsfeindes Gortschakow, an massgeblichster Stelle. *„Dieser Ti=ger von Bismarck"* hiess der Kanzler bei ihm. (Saburow, S. 91, Anmerk. 1). In der Petersburger Gesellschaft diffamierte man Bismarck als *„Minotaurus, der alle verschlingt,* die verwegen genug sind, mit ihm zu verhandeln." (Saburow, S. 169).

Immer und an allem gab man dem Kanzler schuld. Als Russ=land sich 1886 in Bulgarien nicht durchsetzen konnte und allent=halben auf Österreichs Balkanrivalität stiess, wurde selbstver=ständlich wiederum Deutschland mit aller Verantwortlichkeit be=lastet. „Die Petersburger und Moskauer Presse beschuldigte uns, dass wir alle feindlichen Mächte gegen Rußland zu vereinigen suchten; der Kaiser wurde mißtrauischer als je." (Schweinitz, II, S. 326).

„Es ist immer das alte Mißtrauen", informierte Peter Schuwa=low unter vier Augen den deutschen Botschafter. Nach seinen An=

gaben erklärte der Zar stets: *„Wenn man etwas vom Fürsten Bismarck verlangt, dann tut er's nicht."* (GP, V, S. 73). So missliebig war ihm der Kanzler, dass er ihm in einer Randbemerkung zu den Berliner Botschaftsberichten „ein durchaus nicht diplomatisches Epitheton beilegte." (Potjomkin, II, S. 104). Es war der Zoologie entnommen worden. Welche Beinamen im russischen Volk umliefen, wurde nicht überliefert, doch die Abgrundtiefe des Hasses lässt sich aus dem folgenden Dokument erahnen.

Bismarck als — Komplice von Lenins Bruder

Am 1. März 1887 wurden auf dem Newskij-Prospekt in Petersburg drei Studenten verhaftet. Die Polizei fand Sprengstoff bei ihnen und kam einer umfangreichen Verschwörung gegen den Zaren auf die Spur. Einer der Verschwörer war *Lenins älterer Bruder, Alexander Uljanow,* der am 8. Mai 1887 gehängt wurde. Zum Anstifter des Attentates wurde — Bismarck erklärt. So geschah es u. a. in der Zuschrift des Fürsten N. P. Meschtscherskij an Pobjedonoszew, die unzweifelhaft zur Weiterleitung an den Zaren bestimmt war. Der Fürst scheute sich nicht, zu schreiben:

„Ist es denn möglich, dass man sich auch jetzt wieder nicht die Frage vorlegt, wessen *Kopf* die Hände der Übeltäter gelenkt habe? Diesmal scheint aber das Kainszeichen dem wahren Verbrecher deutlich genug auf der Stirn zu brennen. *Wer hat es nötig,* eben jetzt einen Umsturz in Russland heraufzubeschwören? Der 1. März 1881 (Ermordung Alexanders II.) schien *Bismarcks Babelturmbau* zu krönen. Ohne Krieg geführt zu haben, schien Russland hors de combat. Plötzlich aber trat dank den mutigen Schritten Skobelews die Interessengemeinschaft Frankreichs und Russlands zum erstenmal ans Tageslicht, unverhofft für alle und zum Entsetzen Bismarcks. Nun waren weder Russland noch Frankreich mehr isoliert.

„Hierauf wurde alles Mögliche versucht, um Russland zu ködern oder um es zu umgarnen. Aber all dies blieb gottlob dank der Weisheit, dem Mut und der Geduld des Zaren erfolglos, und je mehr man sich bemühte, ihn zu verlocken und zu umstricken, desto sicherer durchschaute das scharfe Zarenauge die Gefahr, und *nun hat Russland endlich sich der Fesseln der vermeintlichen Freundschaft entledigt.*

„Russland und Frankreich fügen sich nicht dem Willen Bis-

marcks, und dieser kann nicht ungestraft Frankreich zerstampfen. Er fühlt, dass sein mittels so vielen Unrechts aufgerichteter Babelturmbau von einer Gefahr bedroht ist, und es quält ihn der Gedanke, dass er selbst alt sei und jeden Augenblick die Strafe *für all das Böse,* was er getan, zu gewärtigen habe. Sollte er nun nach so vielen Menschenopfern, die er dem eben von ihm wiedererrichteten Götzen Deutschland dargebracht hat, und *nach all den Verbrechen,* die er gegen seine Gegner oder einfach gegen ihm unbequeme Menschen verübte, *etwa vor einer neuen Missetat zurückgeschreckt sein?"* (Steinmann/Hurwicz, a. a. O., S. 254 ff.).

Natürlich verbreitete auch Katkow die ungeheuerliche Verdächtigung. Aussenminister von Giers gab später dem deutschen Botschafter gegenüber zu, „daß diese Kanaille — der Himmel verzeihe mir dies, denn er ist tot — *behauptet hat, Beweise dafür zu besitzen, daß Fürst Bismarck das Attentat angestiftet habe."* (GP, V, S. 348).

Es handelte sich um eine gelenkte Aktion. „In Rußland", so notierte Graf Waldersee, „ist man betriebsam, das Attentat gegen uns auszunutzen. Immer mehr tritt jetzt die Neigung hervor, uns als *die* Feinde anzusehen, die vor allem überwältigt werden müßten." (Waldersee, „Denkwürdigkeiten", I, S. 320).

Vom Metropoliten bis zum Zuchthäusler . . .

In Bismarcks letzten Amtsjahren, 1888—90, stand, darf man sagen, ganz Russland wie ein Mann gegen ihn. Ihren Verdacht und ihr Misstrauen fanden die Russen schlagend bestätigt, als am 3. Februar 1888 in Berlin und Wien überraschend der Wortlaut des deutsch-österreichischen Bündnisses von 1879 veröffentlicht wurde. Nun war vor aller Welt dargetan, dass sich das Bündnis *ausschliesslich gegen Russland* richtete. Es war zwar nur eine Defensivallianz, aber sie war von zwei Partnern des Drei-Kaiser-Vertrages im geheimen gegen den dritten Partner, das Zarenreich, abgeschlossen worden.

Der deutsche Botschafter hatte diesmal keinen leichten Gang zum russischen Aussenminister von Giers. „Ich fand ihn in trüber Stimmung", zeichnete Schweinitz auf; „die hiesigen Zeitungen sprechen nämlich in verächtlichem Tone von der russischen Diplomatie, *welche sich seit zehn Jahren von uns düpieren liess.* ‚Es ist eine tiefe Demütigung', sagte er." (Schweinitz, II, S. 360).

In seiner berühmten Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 versuchte Bismarck, den Zorn und die Wut der Russen zu beschwichtigen. Welche Aufnahme indes die Rede und das Bündnis fanden, ist in dem Brief zu lesen, mit dem sich General N. M. Baranow, der Gouverneur von Nischnij-Nowgorod, an Pobjedonoszew wandte. Er fragte den Vertrauten des Zaren:

„Werden sich auch nach diesen beiden Tatsachen in Russland noch Leute finden, die eine Annäherung an Deutschland erstreben, so müssen sie entweder *für Idioten erklärt* werden oder für würdige Gesinnungsgenossen jenes russischen Diplomaten und ‚Freundes' Bismarcks (Schuwalow), dessen der fürstliche Redner mit solcher Liebe und Offenheit gedachte.

„In Bismarcks Rede fällt der grobe Versuch auf, den russischen Kaiser vom Herzen und vom Denken seines Volkes zu trennen, und zwar durch eine denkbar taktlose Methode, indem nämlich der Kanzler ihm, dem Zaren, ein im *Munde des Feindes* nur beleidigendes Zeugnis des Wohlverhaltens ausstellt.

„Dann aber verrät sich in jenen Sätzen, in denen Bismarck fortwährend von der deutschen Unerschrockenheit und von der Furcht der Deutschen nur vor Gott redet, immer wieder eine starke Angst vor Russland. Hat der von Alexander II. hochgebrachte Wilhelm, seinen Wohltäter umarmend, zugleich hinter dessen Rücken ein Geheimbündnis eingefädelt, wie müssen die Deutschen erst ein Russland fürchten, dessen gekröntes Haupt, geeint mit seinem Volke, im Bewusstsein der Kraft und Macht es aufgäbe, einen *trügerischen Halt an der deutschen Brust* zu suchen, und sich vielmehr stolz auf die weite Brust der Heimat stützen würde.

„Bismarck weiss, dass der *Trug* nicht ewig währen kann. Er weiss, dass der Herrscher des Russischen Reiches sich nur aller künstlichen Fesseln und Traditionen zu entledigen und zu erklären braucht, er fühle sich stets und in allem eins mit dem Volke, und Russland sei für die Russen da, — damit *ganz Russland vom Metropoliten bis zum Zuchthäusler bereit* ist, *sich auf den guten Nachbar zu stürzen.*

„Bismarck kennt unser Volk (ich habe mich selbst davon überzeugt). Daher erwähnt er denn auch den *Völkerhass.* Nun gewiss, der fürstliche Redner hat recht, wenn er meint, dass Kriege nicht aus Hass geführt werden, aber er vergisst oder will es vielmehr vergessen, *dass der Hass eines Volkes gegen ein anderes das Auf-*

finden von Konfliktgründen erleichtert, und solche Gründe haben sich dank der Habgier der Deutschen und der Einfalt der Russen denn auch in mehr als genügender Zahl angehäuft." (Steinmann/Hurwicz, a. a. O., S. 257 ff.).

Voller Genugtuung meldete Frankreichs Petersburger Militärattaché seiner Regierung: „Bismarcks Rede hat nicht nur das russische Selbstgefühl, sondern auch den Zaren persönlich gekränkt." (Schwertfeger, „Keimzellen des russisch-französischen Bündnisses," S. 851).

„Unüberwindlicher Argwohn" Alexanders III.

Alexander wünschte jetzt Bismarcks Sturz. Die Gelegenheit schien ihm nach dem Tode Kaiser Wilhelms I. gekommen. In einer Unterredung mit Schweinitz „verhehlte der Kaiser nicht, dass er *Änderungen in unseren Regierungskreisen* erwartet und dieselben gern sehen würde." (Schweinitz, II, S. 363).

In Berlin machte Alexanders Bruder, Grossfürst Wladimir, eine Eröffnung über das Misstrauen des Zaren gegen den Kanzler. Bei einem Souper in der russischen Botschaft teilte er Herbert Bismarck u. a. mit:

„Unglücklicherweise ist mein Bruder *von einem unüberwindlichen Argwohn gegen Ihren Vater durchdrungen.* Er erkennt sein Genie an, aber er fürchtet immer, von ihm betrogen zu werden. Ich habe mein Möglichstes getan, um diesen absurden Argwohn zu beseitigen, aber er bricht immer wieder durch, und zur Zeit herrscht bei meinem Bruder die Furcht vor, von der deutschen Politik hineingelegt zu werden.

„Der *dunkle Punkt* in unseren Beziehungen ist Ihr Abkommen mit Österreich. Man kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, dass Ihr Vater in Wien über den Vertrag verhandelte, während unsere Kaiser sich in Alexandrowo umarmten." (Leider, schrieb Bismarck an den Rand. GP, VI, S. 286 ff.).

Der Zar billigt im voraus Bismarcks Sturz

Im letzten Jahr der Bismarck-Ära trat der Zar selber handelnd auf. Sein Besuch in Berlin im Oktober 1889 glich dem *Auftakt zur Entlassung des Kanzlers.* Alexander hielt Bismarck nicht nur „sein ganzes Sündenregister" vor, er befragte ihn sogar direkt, *wer der künftige Kanzler sein werde.* (Lucius, S. 504 ff.).

Seine Bismarck=Feindschaft trieb ihn so weit, dass er in der entscheidenden Krise im Frühjahr 1890 unaufgefordert sein Votum gegen den Kanzler abgab. Acht Tage, bevor in Berlin die Würfel fielen, erklärte Alexander seine Zustimmung zur Entlassung. Am 12. März 1890 teilte Aussenminister von Giers dem deutschen Botschafter amtlich mit:

„Der Kaiser hat jetzt ein solches Vertrauen zu dem Ihrigen, daß *auch Bismarcks Abgang keine Änderung hervorbringen würde.*" (Schweinitz, II, S. 398).

Das Ziel, das schon Alexander II. sich gesetzt hatte, war endlich erreicht: Bismarck war ausgeschaltet! Die Kommentare der russischen Presse zum Sturz „dieses *offenen Feindes Russlands und des Slawentums*" (GP, VI, S. 368) verrieten, was Russland sich von dem Fall des Giganten versprach. Man hoffte, dass sein Werk, das geeinte Deutschland, ihm nachstürzen würde. *Man „prophezeite den Zerfall der grossen Schöpfung der Jahre 1870/71."* (GP, VI, S. 368).

KAPITEL II

Die Feindschaft der Völker

Nur von einem Mann ist es überliefert worden, dass er den Russen Drohungen, Hass und Feindschaft vergab. Es war Wilhelm I., über den 1878 die Kronprinzessin ihrer Mutter, der Königin Victoria von England, klagte: *„Mein Schwiegervater ist russischer, als ich beschreiben kann."* (Ponsonby, „Briefe der Kaiserin Friedrich", S. 190), und von dem Bismarck 1882 sagte, Seine Majestät hätten die russischen Beleidigungen aus verwandtschaftlicher Liebe verziehen. (Windelband, S. 313).

Bei Bismarck hing es nicht davon ab, ob er vergeben wollte oder nicht. Wenn er die deutsch-russische Rechnung aufstellte, hatte er auf beiden Seiten als konstante Größe den Hass der Völker einzusetzen, den *„Abgrund des Hasses,* den wir", nach Hans Delbrücks Wort aus dem Juni 1914, „sich zwischen uns auftun sahen." (Preuß. Jahrb., Bd. 157, S. 481).

Um die gegen einander erregten Volksleidenschaften nicht noch stärker zu erhitzen, sagte Bismarck den Russen nicht alles, was er empfand, und den Deutschen viel weniger, als er wusste. Wo immer es möglich war, sorgte er dafür, dass die russischen Hetzer ins Leere schrien und in Deutschland keinen Widerhall fanden. Selbst die *Brandreden des Generals Skobelew* im Jahre 1882 wurden amtlich ignoriert. Es ist aufschlussreich, wie Bismarck in einem Erlass an Schweinitz die deutsche Reserve begründete:

„Nicht bloss die Armee, sondern unser Nationalgefühl im Allgemeinen befindet sich unter dem Eindruck einer *unprovozierten, unerwarteten und öffentlichen Kränkung.* Diesen Eindruck zu verwischen ist nicht leicht, und er übt, ohne daß wir es wollen, einen gewissen Druck auf unsere Politik. Unsere amtliche Haltung aber wird nach dem Willen Sr. M. des Kaisers auch ferner nur von dem Bestreben, den Frieden zu erhalten, beeinflußt sein. Die russischen Chauvinisten rechnen vielleicht darauf, daß wir uns durch beleidigende Worte säbelrasselnder Schwätzer zu provokatorischen Schritten oder Äusserungen drängen lassen; darin irren

sie sich. *Wir würden selbst bei noch unverschämteren Herausforderungen die Ruhe bewahren."* (Windelband, S. 313 ff.).

Herzen in Harnisch

Der Russenhass, den Bismarck ruhen lassen wollte, sass tief und hatte Tradition. Er war in der Zeit der Heiligen Allianz durch den „Gendarm Europas" geweckt worden. Er flammte hoch auf, als die Armeen des Zaren den ungarischen Aufstand zerstampften. Despotismus und Terrorismus, Deportationen und Pogrome, gewaltsame Russifizierung und die Verfolgung der Protestanten und Katholiken fachten ihn unaufhörlich an.

Die *„gewalttätigen Verletzungen der Naturrechte und der Traktate"* (Reden, III, S. 373) bei den *Kirchenverfolgungen im Baltikum und in Russisch-Polen* führten zu Interpellationen im Preussischen Landtag. Wie sehr auch Bismarck davon bewegt wurde, lassen die Vorstellungen erkennen, die er im März 1865 beim russischen Botschafter von Oubril erhob.

„Herr von Bismarck", so berichtete der Botschafter dem Fürsten Gortschakow, „betonte von neuem, wie *erschütternd die Nachrichten* seien, welche er *über die Zustände in unsern Ostseeprovinzen* erhielte. Es werden (im Landtag) höchst peinliche Vorgänge beleuchtet werden, erschütternder Natur und dazu *geeignet, alle anständigen Herzen in Harnisch zu bringen."* (Robolsky, a. a. O., S. 74 ff.).

Noch heftiger wurden die antirussischen Empfindungen aufgewühlt, als die feindseligen Kundgebungen gegen die Einigung Deutschlands herüberdrangen. *„Sehr preussenfressend"* nannte sogar Gortschakow im Januar 1868 die tonangebende „Moskauer Zeitung." (APP, XI, S. 617).

„Alle Staaten Europas bedroht"

In den 70er Jahren trat zu den alten Elementen der Russenfeindlichkeit noch das *Gefühl der wachsenden Gefährdung.* Russland wurde die Unruhe Europas: der Aufmarsch an den Grenzen Deutschlands und Österreichs, das Vorschieben seiner Balkanpositionen gegen Donau und Bosporus. Übermächtig wurde das Empfinden, durch Panslawismus und Expansionismus in der Existenz betroffen zu sein. Anfang Januar 1879 sprach die „Kölnische

Zeitung" es offen aus, dass „*von der russischen Weltmacht früher oder später die Unabhängigkeit aller Staaten bedroht sein wird, nicht am wenigsten die unsrige*, da wir am Njemen und an der Weichsel Rußlands nächste Nachbarn sind." („Bismarck, Zwölf Jahre", S. 129).

In den 80er Jahren verdichtete sich die Beunruhigung zum Vorgefühl einer Katastrophe, in die Europa durch Russland gestürzt werden könnte. Während der Bulgarienkrise schrieb, am 7. September 1886, die „Volkszeitung": „Gegen Russland besteht augenblicklich kein Europa. Darf es seinen Raubzug nach Konstantinopel ungehindert vollführen, dann gibt es für Europa nur noch *eine* Alternative: *die unbeschränkte Herrschaft der Knute* und des Rubels *oder ein Zeitalter von Kriegen*, von denen die Türkenkriege früherer Jahrhunderte nur einen verhältnismäßig schwachen Vorgeschmack gegeben haben." (Reden, XII, S. 257).

Im September 1887, drei Monate nach der Unterzeichnung des Rückversicherungsvertrages, nahm die „Kölnische Zeitung" die Zukunft vorweg: Allgemein sei in Deutschland die Besorgnis, dass es selbst der bewährten Staatskunst des Fürsten Bismarck nicht gelingen werde, Russland zur Umkehr zu bewegen. *Durch das deutsche Volk gehe ein Ahnen, dass alle jene Volkskräfte, die wir unter das russische Joch beugen liessen, einst gegen uns in Reih und Glied treten würden.* (Robolsky, a. a. O., S. 263).

Die Reaktion auf Aufmarsch und Drohungen blieb in Deutschland nicht aus. Der *Reichstag* von 1884—1887 hatte eine *antirussische Mehrheit:* 240 von 397 Abgeordneten. Antirussisch waren die stärkste Partei, das Zentrum (99 Mandate), die Deutschfreisinnigen (67), die Sozialdemokraten (24), die Polen, Welfen, Elsässer, Dänen, die Volkspartei. Ludwig Windthorst, Eugen Richter, Wilhelm Liebknecht, August Bebel warnten unermüdlich vor der Gefahr aus dem Osten.

Bebel und der Zarenmord

Auch den Terrorismus klagten die grossen Parteien an, die „Scheusslichkeiten in Russland" (Abg. von Stauffenberg; Reden, X, S. 103), das „masslose Repressionssystem" (Windthorst; ebenda). August Bebel zufolge war Russland das Land, „wo *der nackteste, brutalste Despotismus* seine Orgien feiere." (Stenographische Reichstagsberichte, II. Session 1885/86, III, Spalte 1788).

Nach der Ermordung Alexanders II. erklärte Bebel im Reichstag: „Das System, wie es in Rußland herrscht, muss mit Notwendigkeit zu solchen Mitteln führen. Und, meine Herren, ich bin weiter der Meinung, dass, wenn Sie in Deutschland ein ähnliches System wie in Rußland inaugurieren wollten, dieses System mit Notwendigkeit zu demselben Ziele führen müßte. (Zuruf). Die Monarchie würde freilich getroffen werden, wenn Sie die Mittel anwendeten, die jetzt in Rußland üblich sind. (Grosse Unruhe rechts). Ganz gewiss mit Notwendigkeit! und ich stehe nicht an, zu erklären, dass ich in diesem Falle *einer der ersten* wäre, der die Hand dazu böte, wenn die Zustände hier so wären (Hört, hört! rechts) — ich wiederhole, wenn diese Zustände hier so wären! (Grosse Unruhe rechts).

Jawohl, meine Herren! *Denn ein niederträchtigeres System ein gewalttätigeres, brutaleres System, als im modernen Rußland existiert, kann in keinem Lande gedacht werden."* (Ebenda, Spalte 1753).

So ungeheuer war der Hass. Er war nicht zu bändigen, auch von Bismarck nicht. „Die Volksleidenschaften schürten," wie Botschafter Graf Schuwalow im Oktober 1886 zu Herbert Bismarck bemerkte, „die *tief in beiden Volksstämmen* leider *vorhandene idiosynkratische Abneigung."* (GP, V, S. 67).

Widerlegung der zweiten Legende

Von dieser echtesten historischen Wahrheit des Völkerhasses bewahrte das deutsche Geschichtsgedächtnis nichts. Es vergass alles, was Bismarck getan, gesagt und geschrieben hat, was die grossen Parteien verfochten haben, was im Reichstag zum Anliegen des Volkes gemacht worden ist. Es vergass total, obwohl die Vorgänge im Kaiserreich uns interessieren müssten wie unser eigenes Schicksal und unsere eigene Zukunft. Ist doch, was in Bismarcks Ära geschah, nicht Vergangenheit, sondern Ausgang der Gegenwart und kommender Zeit. Was damals begann, ist heute noch nicht beendet.

Doch das deutsche Geschichtsbewusstsein wurde wiederum mit einer Legende verwirrt. Gegen diese *„Legende von der preußisch-deutschen politischen Freundschaft mit Russland"* wandte sich *Werner Frauendienst* im April 1959 auf der Arbeitstagung des Göttinger Arbeitskreises. (Frauendienst, „Preussen-Deutschlands Beziehungen zu Russland", S. 124 ff.).

Weil die Wahrheit in unseren Tagen wohl wichtiger ist denn je, soll anschliessend Zug für Zug das wirkliche, wahre Bild der deutsch-russischen Beziehungen von 1840 bis 1890 gezeichnet werden, um die Legende für immer zu zerstören.

„Behüt' uns vor dem Czaren, Deinem Schwager!"

Von der Tradition der Russenfeindlichkeit gab Bismarck selbst dem Reichstag eine Vorstellung. Er rief die 40er Jahre ins Gedächtnis zurück, als er sich in der Debatte vom 16. März 1885 gegen die Vermischung dynastischer und nationaler Interessen verwahrte. Er sagte:

„Aus unserer eigenen Geschichte darf ich wohl daran erinnern, dass in den vierziger Jahren von den Gegnern unserer Dynastie die nahe Verwandtschaft derselben mit dem russischen Kaiserhause jederzeit ausgebeutet worden ist, um sie als abhängig, als beeinflusst vom Ausland darzustellen. Ich brauche Sie nur zu erinnern — oder vielleicht haben es viele von Ihnen nicht gelesen, aber ich habe es damals gelesen — an das bekannte Gedicht von Herwegh, wo er in etwas gezwungenem Reim auf Meleager sagt: ‚Behüt' uns vor dem Czaren, Deinem Schwager!'

„Dieselbe Tonart, die Herwegh im Jahre 1840 und 1841 anschlug, zog sich durch das ganze Jahr 1848. *Im Jahre 1848 war es ja in Plakaten überall zu lesen: Die Russen kommen!"* (Reden, XI, S. 121 ff.).

Herweghs „Gedichte eines Lebendigen" waren 1841 erschienen — Fanfaren für die Freiheit, Kampfrufe gegen das autokratische Zarentum.

„Nimmer schwingt in unsrem Haus
der Kosake seine Knute."
(S. 127)

„Ich sag' Euch: unsre Freiheit wird hienieden
kein Czar an seinen Kaukasus je schmieden."
(S. 163)

Der Vers, der Bismarck nicht aus dem Kopf ging, stand in der vierten Strophe von Herweghs Gedicht „An den König von Preußen" (S. 122):

„Sieh, wie die Jugend sich verzehrt
in Gluten eines Meleager,
wie sie nach Kampf und Tat begehrt —
o drück' in ihre Hand ein Schwert,
führ' aus den Städten sie ins Lager!
Und frage nicht, *wo* Feinde sind;
die Feinde kommen mit dem Wind:
behüt' uns vor dem Frankenkind
und vor dem Czaren, Deinem Schwager."

Die russische Ergänzung des Bildes lieferte Michail Pogodin in seinen Denkschriften für den Zarewitsch; 1843 schrieb er: „Preußen wird von den slawischen Politikern jetzt für *noch russenfeindlicher* gehalten *als früher.* In Preußen muß man drei Factoren wohl unterscheiden: die königliche Familie, die Regierung und das Volk. *Das Volk hegt die feindseligsten Gesinnungen gegen uns.* In Preußen hat sich der Geist einer angeblichen Freiheit nach dem Tode des Königs (Friedrich Wilhelm III.) unglaublich weit verbreitet. Die Preußen sehen die russische Regierung als das Haupthinderniß der Verwirklichung ihrer Wünsche an. Das ist der Grund, warum sie *Rußland hassen.*

„Officiere, Studenten, die Jugend des Landes *träumt von einem Krieg mit Rußland;* schon werden strategische Pläne entworfen, die Zeitungen warnen unermüdlich vor einem Bündniß mit Rußland, Karrikaturen erscheinen usw. Die Tagesblätter, besonders in Königsberg und am Rhein, eben so die übrigen deutschen weisen beständig auf die Nothwendigkeit, die preußischen Polen zu heben. ‚Preußen darf kein Opfer scheuen, um Polen gegen Rußland in den Kampf zu stellen! — so heißt es in den Zeitungen.

„*Die Regierung teilt den Haß des Volkes* gegen Rußland. Bei solcher Gesinnung behalten wir auf unserer Seite eigentlich nur die königliche Familie." (Pogodin, „Politische Briefe aus Rußland", S. 74 ff.).

„Verfluchter Deutscher"

Es war Hass auf Gegenseitigkeit. Als Michail Bakunin, der „Ahasver der Revolution", 1851 in einer Gefängniszelle auf Befehl Nikolajs I. seine berühmte „Beichte", verfasste, entstand ein auf des Zaren Einstellung wohlberechnetes panslawistisches Bekenntnis zur Vernichtung Österreichs, Preussens und des Osma-

nenreichs. Der Deutschenhass kehrte auf vielen Seiten wieder; eine Probe davon:

„Das Gefühl, das in den Herzen der Slawen überwiegt, ist der Hass gegen die Deutschen. Der energische, wenn eben schon nicht achtungsvolle Ausdruck ‚Verfluchter Deutscher', der in allen slawischen Mundarten beinahe gleichlautend ist, übt auf jeden Slawen eine unerhörte Wirkung aus.

„Der Hass gegen die Deutschen ist die wichtigste Voraussetzung der Einheit und Verständigung der Slawen untereinander; er ist jedem Slawen so stark, so tief ins Herz eingegraben, dass ich der festen Überzeugung bin, HERRSCHER, die Slawen werden früher oder später das deutsche Joch abschütteln". („Michail Bakunins Beichte", S. 29).

Durch die Jahrzehnte bildete der Preussen-, der Deutschenhass das immer greller durchdringende Grundmotiv der russischen Volksstimmung. Am 6. Dezember 1866 meldete der preussische Geschäftsträger, Graf Keyserling:

„Das deutsche Element als dasjenige von den ausländischen, mit welchem die Russen in die häufigste Berührung treten, ist eben deswegen das der moskowitischen Partei *verhaßteste,* wenn auch die Aufgeklärten unter ihnen die Notwendigkeit erkennen, *sich noch für einige Jahre dieses verhaßten Elements zu bedienen."* (APP, VIII, S. 116, Anmerk. 6).

In Deutschland blickte man mit Besorgnis auf die wachsende deutschfeindliche Propaganda der Panslawisten. *Gustav Freytag* befasste sich mit ihr regelmässig in seinen „Grenzboten" und in seinen Briefen. Am 1. Februar 1868 schrieb er an General von Stosch: „Was jetzt in Rußland arbeitet, ist eine Eroberungslust und eine so *verbissene Feindseligkeit gegen alles Deutsche* — nicht etwa nur in den Ostseeprovinzen —, daß sie uns billigen Deutschen *wie Wahnsinn erscheint."* (Freytag, „Briefe an Albrecht von Stosch", S. 29). Auch die preussische Regierung konnte nicht auf die Dauer zu der antideutschen Agitation schweigen.

„Der wilde Ton, den die russische Presse gegen Preußen anschlägt", (Werke, 6a, S. 223) veranlasste Bismarck im Januar 1868 zu Beschwerden in Petersburg. Der preussische Gesandte musste hervorheben: *„Die russische Presse ist einseitig antipreußisch und antideutsch,* und die Annahme, daß die Haltung der russischen Regierung nicht ohne Einfluß auf die Erzeugnisse der dortigen Presse sei, ist eine allgemeine." (Ebenda, S. 224).

Als die Einigung Deutschlands näher rückte, wurde die russische Presse noch ungebärdiger. Gegen diese Hetze verwahrte sich im März 1869 die deutsche Fortschrittspartei; in ihrer Protesterklärung stellte sie die Frage: „Ist irgend ein Grund, anzunehmen, daß Rußland sich für die Einheit Deutschlands jetzt günstig zeige? Gewiß nicht. Im Gegentheil, *die russischen offiziösen Organe speien Feuer und Flamme gegen Alles, was deutsch ist* und besonders gegen die deutsche Politik Preußens und Alles, was seit 1866 geschehen ist." (Robolsky, a. a. O., S. 92).

Bismarck: Das russische Volk wollte 1870 marschieren

Deutschlands Einigung machte dann, wie schon gesagt, die Feindschaft unwiderruflich. Dafür legte auf russischer Seiter Botschafter Saburow Zeugnis ab, als er bekannte:

„Nach den ersten preussischen Siegen, die uns bereits ein mächtiges Deutsches Reich vor unserer Tür voraussehen liessen, machte sich die ‚Moskauer Zeitung' zum Sprecher der ‚patriotischen Besorgnisse' eines Teils der Öffentlichkeit. Die *antideutsche Reaktion*, die sich in Russland nach den Ereignissen von 1870 zeigte, hatte ihren Ursprung in diesen Ereignissen selbst. Sie war schicksalhaft, unvermeidlich. Sie war der *spontane Ausdruck des Nationalgefühls*, und hierin müssen wir den *Ausgangspunkt der neuen Phase* erblicken, in welche die Beziehungen der beiden Länder nach dem Jahr 1870 eintraten." (Saburow, S. 31 ff.).

Nicht anders schätzte Bismarck die russische Volksstimmung ein. 1876 sagte er: *„Wenn es 1870 nach den Sympathien des ganzen russischen Volkes gegangen wäre, hätten die zarischen Armeen gegen Deutschland marschieren müssen.* Nur des Zaren Sympathien gaben den Ausschlag." („Bismarck, Zwölf Jahre", S. 1). Im gleichen Sinn äusserte er 1882 zu Holstein: „Dass die Russen uns Elsaß-Lothringen nehmen liessen, war nicht russische Politik, sondern persönliche Politik Alexanders II." (Holstein, I, S. 123).

Es war beileibe kein Berufsgeheimnis der Staatsmänner Deutschlands und Russlands, dass im Jahr 1870 der Stichtag für die Entzweiung der beiden Völker lag. Diese Auffassung war vielmehr so bekannt, dass sie noch während des Krieges in einem Buche fixiert wurde. Am 7. November 1870 schloss Julius von Eckardt sein Vorwort zu der deutschen Ausgabe von General Fadejews Schrift „Russlands Kriegsmacht und Kriegspolitik" ab; darin stellte er u. a. fest:

„Seit dem verhängnisvollen 15. Juli 1870 (Mobilmachung in Preussen) ist kaum ein Tag vergangen, an dem *die* Zeitungen, welche mit Recht für den Ausdruck der öffentlichen Meinung Russlands gelten, nicht *von dem bevorstehenden Kriege mit dem verhassten deutschen Nachbar geredet* und dessen *Demüthigung* für eine blosse Frage der Zeit erklärt hätten." (Fadejew, „Russlands Kriegsmacht und Kriegspolitik", S. VI).

Ein Urteil aus dem deutschen Kaiserhaus: *„Die Russen verzeihen Deutschland die Wiederherstellung seiner nationalen Macht nicht"*, schrieb die Kronprinzessin Friedrich am 19. Oktober 1877 an ihre Mutter, Queen Victoria. (Ponsonby, a. a. O., S. 185).

„Es wäre besser für Rußland gewesen, wenn Frankreich gesiegt hätte", meinte Graf Peter Schuwalow, der für einen der wenigen Deutschenfreunde galt. (Schweinitz, II, S. 218).

Es war also kein Wagnis gewesen, als Karl Marx bereits bei Ausbruch des Krieges von 1870 vorausgesagt hatte: *„Die Dinge würden eines Tages mit Krieg zwischen den Hohenzollern und den Romanows enden."* (Oncken, „Das alte und das neue Mitteleuropa", S. 5).

Schürung des Deutschenhasses

Die zweite Phase der Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen begann, wie wir sahen, mit dem Berliner Kongress von 1878. Es mögen hier aus dem vielsätzigen Pressechor drei Stimmen genügen.

„Der durch die slawische Presse geschürte Hass des russischen Volkes kann", so leitartikelte die „Kölnische Zeitung" im Oktober 1879, „für die Ruhe Europas gefährlicher werden als die Abneigung der Franzosen gegen Deutschland, weil die russische Staatsform, der Charakter und die Bildungsstufe des Volkes, die unberechenbare Elementargewalt der slawischen Revolution weniger Bürgschaften gegen plötzliche Explosionen nach aussen bieten."

Die russische Presse zeige, „dass sich die Selbstüberschätzung der Russen seit dem Kriege (gegen die Türkei) noch gesteigert hat, dass die panslawistische Partei mit einer Sicherheit von ihrer *die ganze Welt bedrohenden ‚Mission'* spricht, die komisch sein würde, wenn der zur Schau getragene Dünkel nicht der einer unskrupulösen und einflußreichen Fraktion wäre, welche großes Unheil anrichten kann." (Windelband, S. 93).

„Der deutschen Colonisation hätte längst ein Ende gemacht werden sollen", erklärte die „Petersburger Zeitung" im Oktober 1879; „sie ist ein Unkraut auf dem slawischen Ackerfelde, welches alle guten Keime erstickt." („Berlin und St. Petersburg", S. 105).

Unter dem Eindruck des russischen Aufmarsches an der deutschen Grenze untersuchte die „Schlesische Zeitung" im November 1883 die deutschfeindliche Entwicklung im Zarenreich nach 1871; sie wies dabei nach: „Schon angesichts unserer Siege über Frankreich begann sich in der russischen Presse der Chauvinismus zu regen. Nach dem Berliner Kongress erwachte er aufs neue, und *die gesamte panslawistische Presse schürt seitdem den glühendsten Deutschenhaß."* („Bismarck, Zwölf Jahre", S. 169).

Durchs Brandenburger Tor nach Konstantinopel

Am hemmungslosesten erklangen Hass und Hetze im letzten Jahrzehnt der Bismarck-Ära, just in den Jahren, als die Drei-Kaiser-Verträge und der Rückversicherungsvertrag in Kraft waren. Acht Monate nach Abschluss des ersten Drei-Kaiser-Vertrages vom Juni 1881 hielt General Skobelew seine Brandreden. Im Februar 1882 rief er in Warschau den Polen zu:

„Unser gemeinsamer Feind ist der Deutsche, darum müssen Polen und Russen ihren Bruderzwist vergessen." („Bismarck, Zwölf Jahre", S. 169.) Und weiter: Das Reich, das durch Blut und Eisen gegründet worden sei, könne nur *durch russisches Blut und Eisen zertrümmert werden* und müsse zertrümmert werden. Dann folgte der Satz, der in Rußland Schlagwort wurde: *„Der Weg nach Konstantinopel führt durch das Brandenburger Tor!"* (Ziekursch, a. a. O., S. 135).

Skobelews Parolen wurden zum Programm, dem Presse und Publikum folgten. In einem besonders eklatanten Fall protestierte der deutsche Botschafter. Im November 1886 wurde er beim Innenminister Graf Tolstoi gegen einen Artikel vorstellig, in dem die „Nowoje Wremja" emphatisch versicherte, *„das russische Volk sehne sich danach, all sein Blut im Kampfe gegen Deutschland zu vergiessen."* (Schweinitz, II, S. 328).

Der Zar mit der Hetze einverstanden

Alle deutschen Proteste in den Jahren 1886—89 wurden ignoriert. Es sei unbegreiflich, bedeutete Unterstaatssekretär Graf Berchem dem Grafen Peter Schuwalow, dass „die Verhetzung der russi-

schen öffentlichen Meinung gegen Deutschland geduldet" würde. (GP, V, S. 47). Das einzige Ergebnis war Schuwalows Mitteilung, „dass seine Berichte, worin er über die Haltung der russischen Presse Klage führte, *auf Seine Majestät keinen Eindruck gemacht* haben." (GP, V, S. 50). „Offenbar", so folgerte Berchem, „sieht man es in Peterhof (Residenz des Zaren) nicht ungern, dass die allgemeine Unzufriedenheit auf das Ausland abgelenkt wird." (Ebenda). Dazu machte Bismarck die Randbemerkung: „Dabei wird aber das ‚Ausland' und namentlich *die deutsche öffentliche Meinung immer unzufriedener.*" (Ebenda, S. 51, Randbemerkung 4).

Im September 1887 beschwerte Herbert Bismarck sich beim russischen Geschäftsträger, Graf Murawjew, darüber, „daß die Sprache der russischen Blätter in letzter Zeit womöglich *noch bitterer und unfreundlicher gegen Deutschland* sei als je zuvor." Er sprach von „der *seit Jahren* unter der Konnivenz des russischen Ministers des Innern *betriebenen Verhetzung der öffentlichen Meinung* Rußlands gegen Deutschland. Es habe bei uns nicht nur einen unerwünschten, sondern auch entmutigenden Eindruck gemacht, daß der Preßchef Feoktistow, welcher die Seele der ganzen Preßhetze gegen Deutschland sei, eine hohe Dekoration erhalten hätte.

„Das durch kaiserliche Auszeichnung gebilligte deutschfeindliche Verhalten hoher russischer Beamter impliziert für den gewöhnlichen Menschenverstand und für die Auffassung der breiten Schichten unserer Bevölkerung eine *Herausforderung Deutschlands,* und wir werden nicht umhin können, der durch diesen Eindruck bei uns hervorgerufenen Empfindung in unserem politischen Verhalten Rechnung zu tragen." (GP, V, S. 293 ff.).

Mit einer umschreibenden Phrase räumte auch der russische Aussenminister von Giers ein, dass Alexander III. absolut gewillt war, die Agitatoren gewähren zu lassen. Giers sagte dem protestierenden deutschen Geschäftsträger, Bernhard von Bülow: „Der Kaiser weiss, dass diejenigen, welche hier *zum Kriege gegen Deutschland hetzen,* es im letzten Ende auf den Sturz seines Thrones und jedenfalls auf die Beschränkung seiner Macht abgesehen haben. Er hält sich aber für stark genug, um immer noch rechtzeitig Halt gebieten und Ordnung schaffen zu können." (GP, V, S. 299).

So lief die Hetze ungehindert weiter, die ganze Bismarck-Ära hindurch. Am 1. Mai 1889 meldete der Petersburger belgische Ge-

sandte, dass die Agitation gegen den „Erbfeind“ eiserner Bestand der russischen Presse war. Er berichtete: „Die slawophile Presse, ich könnte sagen, die russische Presse mit wenigen Ausnahmen, *läßt gegenüber ihrem Erbfeind, d. h. dem Deutschen, die Waffen niemals ruhen.* Unaufhörlich greift sie die Politik des Nachbarn an und trägt ihre Abneigung gegen die deutsche Nation und deren Regierung offen zur Schau.“ (Schwertfeger, V, S. 53).

Die SPD erklärt: „Unser wirklicher Tod- und Erbfeind“

In Deutschland wurde, wie Herbert Bismarck am 31. Dezember 1887 dem Botschafter von Schweinitz mitteilte, *„durch die russischen Beschimpfungen und Drohungen Erbitterung hervorgerufen.“* (GP, V, S. 207). Die SPD verlieh den antirussischen Empfindungen am leidenschaftlichsten Ausdruck. Nach Liebknecht und Bebel trat vor allem der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete *Grillenberger* als Ankläger Russlands auf. Als das Parlament im Dezember 1886 über die Heeresverstärkung beriet, nahm Grillenberger das Wort zu einer programmatischen aussenpolitischen Rede; er führte u. a. aus:

„Ich stehe nicht an, zu versichern: *wenn jemals unser wirklicher Tod- und Erbfeind,* der nach unserer Meinung im Osten sitzt, *es wagen sollte, seine ‚Kultur‘ nach Westen zu tragen,* die Existenz Deutschlands anzugreifen, meine Herren, *so sind wir sofort bereit, die zur Abwehr eines derartigen Angriffs erforderlichen Mittel zu bewilligen.*

„Ich kann Ihnen hier die Versicherung geben, dass ich damit im völligen Einklang mit meiner ganzen Partei stehe und namentlich auch mit einem Ausspruch, den der Abg. Bebel getan hat, dass wir nämlich, wenn der russische Erbfeind einbrechen sollte und der Krieg unvermeidlich wäre, selbstverständlich die Mittel zu solchem Kriege bewilligen würden.

„Ich bin der Überzeugung, dass, wenn man energische Schritte in diesem Sommer getan hätte, um den russischen Übergriffen am Balkan entgegenzutreten, man dazu nicht etwa einen Krieg hätte zu provozieren brauchen. Wir glauben, dass, wenn diejenigen Mächte, welche ein Interesse daran haben, sich gegen diesen Störenfried, gegen das Kosakentum, energisch zu wehren, *zusammentreten* und beispielsweise sagen: wir dulden nicht, dass solch ein Unfug verübt wird, wie ihn der Landvogt Kaulbars (der russische

Sonderbeauftragte) in Bulgarien getrieben hat, dass Russland sich zehnmal besinnen würde.“

Grillenberger schloss: „Ich wollte darauf hinweisen, dass wir *seitens Russlands grossen Gefahren ausgesetzt sind,* dass wir aber, wenn es zu einem solchen Kampf kommen sollte — *wir glauben, dass er unvermeidlich sein wird,* aber er könnte noch lange Zeit *hinausgeschoben* werden durch eine wirklich weise auswärtige Politik — zu einem *solchen Kampfe der asiatischen Unkultur gegen die westeuropäische Kultur,* dass wir dann der Regierung die Mittel zur Abwehr eines derartigen Todfeindes nicht verweigern werden.“ (Stenographische Reichstagsberichte, IV. Session, 1886/87, I, S. 101 ff.).

Eisiger Empfang des Zaren in Berlin

Wo soviel Hass ist, ist auch Freundschaft. Sie gehörte den Verbündeten Deutschlands gegen Russland; und sie wurde ebenso offen gezeigt wie die Feindschaft. Als es sich ergab, dass in Bismarcks letztem Regierungsjahre die Monarchen Österreich-Ungarns, Italiens und Russlands kurz nacheinander Berlin besuchten, kam ihre Aufnahme durch die Berliner einer Volksabstimmung gleich. Enthusiastischer Jubel für die Freunde, eisiges Schweigen für den Feind.

Über die antirussische Volksdemonstration beim Zarenbesuch im Oktober 1889 berichtete der belgische Gesandte, Baron Greindl, nach Brüssel:

„Der Hof war höflich, wie es sich von selbst versteht, aber *die Bevölkerung bereitete dem Zaren einen eisigen Empfang.* Der Adel war auf seinen Gütern geblieben. Das Publikum, das sich auf den schütter beflaggten Straßen zeigte, durch die der Zar fuhr, verhielt sich respektvoll, aber *es schwieg.* Nur die Truppe brachte auf Befehl Hochrufe aus. Welch ein Kontrast zu dem begeisterten Empfang, den die Berliner Bevölkerung jüngst dem König von Italien und dem Kaiser von Österreich bereitet hat.“ (Schwertfeger, V, S. 261).

Die vox populi hatte gesprochen. Nach dem Willen der Deutschen sollte das von Bismarck geschlossene *Bündnis mit Österreich unlösbar* sein; so sagte es der Kanzler selber dem Grafen Schuwalow, und zwar während der Verhandlungen über den Rückversicherungsvertrag: „Bei dem jetzigen Stande der öffentlichen Mei-

nung und bei dem Mißtrauen, welches die jahrelange feindselige Sprache der gesamten russischen Presse und neuerdings sogar die russische Gesetzgebung im deutschen Volk erregt habe, *würde jeder deutsche Reichskanzler* sich demselben Mißtrauen aussetzen und *in seiner Stellung unhaltbar sein, der sich im Vertrauen auf die russische Anlehnung von Österreich lossagen wollte.*" (GP, V, S. 264).

Mit dem Berliner Volksentscheid gegen Russland ist die Geschichte des Bismarckschen halben Jahrhunderts deutsch=russischer Beziehungen vollendet. Legendenfrei werden nun die folgenden Kapitel über die Russland=Politik des Kanzlers aussagen — die Wahrheit, nichts als die Wahrheit.

KAPITEL III

Die Trennung von Russland

Die Lösung von Russland, die nach Bismarcks verbissenem Kampf mit Kaiser Wilhelm I. schliesslich zum deutsch-österreichischen Bündnis gegen das Zarenreich führte, war kein spontaner Akt. Sie war als Abschluss einer unvermeidlichen Entwicklung von Bismarck lange vorhergesehen worden. Schon in dem grossen aussenpolitischen Exposé vom 26. April 1856 *wurde mit Russland als dem gegebenen Gegner Deutschlands gerechnet.* (Poschinger, II, S. 359).

Improvisationen verabscheute der Systematiker, dessen Entschlüsse aus langer, harter, oft genug qualvoller Gedankenarbeit hervorgingen. Dann folgte er ihnen, zumindest in seiner ersten, kämpferischen Zeit, unbeirrt, abgeschirmt gegen Einflüsterungen und fremde Einflüsse. Die grossartige Kraft seiner Konsequenz, die später zum Unsegen Europas so jäh erlosch, befähigte ihn, politische und persönliche Widerstände zu überwinden. Von seiner Voraussicht wie von seiner Zielstrebigkeit bietet uns das Jahrzehnt vor der Erlangung der österreichischen Bundesgenossenschaft das bewundernswerteste Beispiel.

Im Januar 1868 liess Bismarck dem Fürsten Gortschakow durch den Gesandten in Petersburg übermitteln: „Wenn die Preußische Diplomatie in die unwillkommene Nothwendigkeit versetzt werden sollte, gegen Rußland thätig zu werden, so würde Fürst Gortschakow der Erste sein, den ich davon benachrichtige." (Werke, 6a, S. 244). Genau so ereignete es sich. Als Gortschakow im Mai 1875 mit feindseligem Vorhaben in Berlin erschien, sagte der Kanzler ihm ins Gesicht: „Ihr werdet sicher nicht viel Gelegenheit zur Beglückwünschung wegen dessen haben, was Ihr gethan, um unsere Freundschaft für eine leere Genugtuung aufs Spiel zu setzen. *Ich sage Euch unumwunden, daß ich ein guter Freund mit Freunden und ein guter Feind mit Feinden* bin." (Hahn, III, S. 314; Saburow, S. 48).

Was war geschehen? Gortschakow hatte in der deutsch-fran-

zösischen „Krieg=in=Sicht“=Krise demonstrativ für Frankreich Par=tei ergriffen. Er gab dem Zaren und der Welt kund, dass er an einen Überfall Deutschlands auf Frankreich glaube, den er durch seinen Berlin=Besuch verhindern wolle. Vor allem aber versuchte er, Grossbritannien und Österreich zur Aktion gegen Deutschland mitzuziehen. Bismarck wertete Gortschakows Aktion als einen *ersten Versuch, die grosse Koalition gegen das Reich zu schaffen*, die gefürchtete Koalition des Siebenjährigen Krieges. Da Russ=lands Einstellung keinerlei Gewähr versprach, dass der Versuch nicht wiederholt werden würde, erschien dem Kanzler die wirk=samste Sicherung des Reiches vordringlich.

Die Möglichkeiten waren begrenzt. Neutralität schied aus; sie hätte für das zwischen Osten und Westen eingekeilte, einkrei=sungsbedrohte Deutschland Selbstmord bedeutet. Option gegen Russland war gefährlich, doch ungleichlich gefährlicher deuchte es Bismarck, Russland gegenüber allein, ohne Verbündete, zu sein.

Der Kanzler kannte den Preis, den Deutschland würde zahlen müssen. Er nannte ihn im August 1875 in einem Gespräch mit Staatsminister von Mittnacht: „*Träte man zu Österreich, so be=käme man in Rußland einen unversöhnlichen Gegner und Alliier=ten Frankreichs, im anderen Falle würde Rußland bedenklich mächtig.*“ (Mittnacht, „Erinnerungen an Bismarck“, S. 54).

Er zögerte nicht, sich für Österreich zu entscheiden, und schon bald war der neue Kurs zu erkennen. In Deutschland horchte man auf, als Bismarcks Sprachrohr, die „Norddeutsche Allgemeine Zei=tung“, im April 1876 verkündete: *Die Freundschaft Russlands ist keine Lebensfrage für Deutschland.* („Bismarck, Zwölf Jahre“, S. 54). Russland spürte den Frontwechsel zum ersten Male auf der Berliner Dreier=Konferenz (Bismarck, Gortschakow, Andrassy) über die orientalische Krise. Die „Petersburger Zeitung“ klagte, „daß Fürst Bismarck lange nicht so nachgiebig ist in bezug auf die Wünsche und Bestrebungen Rußlands, als wir zu erwarten berech=tigt waren. Im Gegenteil, der deutsche Reichskanzler hat sich in vieler Beziehung mehr auf die Seite Österreichs gestellt.“ (Schwei=nitz, I, S. 334).

Bismarcks erstes Nibelungen=Bekenntnis

Ein ungewöhnliches russisches Ansinnen belehrte den Kanzler darüber, dass er sich richtig entschieden hatte, dass er tatsächlich

nicht mit Russland gehen konnte. Im September 1876 *verlangte der Zar von Deutschland das Versprechen, neutral zu bleiben, „wenn es zum Kriege mit Österreich kommen sollte.* Der Kaiser von Rußland", so telegraphierte der Militärbevollmächtigte, Generalleutnant von Werder, aus dem Zarenpalast in Livadia auf der Krim, „sprechen mir fast täglich davon und wünschen dringend eine Bestätigung." (GP, II, S. 53).

Die Forderung des Zaren kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Bis dahin war stets nur deutsche Neutralität im Falle eines russischen Angriffs auf die Türkei erbeten worden. Jetzt hiess es plötzlich *„Krieg gegen Österreich!"*, gegen das gleiche Österreich, mit dem Russland durch den vom Zaren eigenhändig entworfenen Drei=Kaiser=Vertrag von 1873 verbunden war. Und Deutschland, der Dritte im Drei=Kaiser=Bunde, sollte dem Zaren dafür freie Hand geben.

Alexanders Begehren nötigte den Kanzler zur unerwünschten, jedoch nun unausweichlichen endgültigen Wahl zwischen den beiden Nachbarmächten. Er *optierte für Österreich — vollständig und bis zur letzten Konsequenz.* Statt des Neutralitätsversprechens erhielt Russland einige Monate später die öffentliche Ankündigung, dass Deutschland Österreich nicht im Stich lassen werde. In einer Erklärung vor dem Präsidium des Deutschen Reichstages führte der Kanzler am 1. Dezember 1876 aus:

„Wenn auch Oesterreich mit in den Krieg gezogen werden sollte, wenn Gefahren für dessen Bestand sich zeigen sollten, so sei es *Deutschlands Beruf, für den Bestand Oesterreichs* und überhaupt im Großen und Ganzen für den der jetzigen Landkarte *einzustehen.*" (Hahn, III, S. 36).

„Den Kampf einer unwürdigen Rolle vorziehen"

Bismarck war des Schlimmsten gewärtig. Sein Verdacht verstärkte sich noch, als Gortschakow eine *Territorialgarantie,* eine Zusicherung für Elsaß=Lothringen, schroff *ablehnte.* Der russische Kanzler hatte Schweinitz gefragt: „Was verlangen Sie von uns, was fordern Sie, wenn die Türkei zusammenbricht?" Schweinitz erwiderte, „daß wir alles hätten, was wir brauchten und höchstens eine traktatmäßige Garantie für Teile davon gern sehen würden." Darauf entgegnete Gortschakow brüsk: „Dies würde Ihnen wenig nützen, in unserer Zeit *haben Traktate einen sehr geringen Wert."*

„Sic", setzte Bismarck an den Rand. (GP, II, S. 80 ff.; Schweinitz, I, S. 361 ff.).

Der Kanzler war nun ganz von der Deutschfeindlichkeit der Zarenregierung überzeugt. Einen weiteren Grund gab ihm ein Bericht von Schweinitz, dem der Zar im Januar 1877 *heftige „Szenen"* wegen der Haltung Deutschlands gemacht hatte. (GP, II, S. 125, Fussnote). In seiner Antwort an den Botschafter fasste Bismarck alle Beweise der russischen Feindschaft zusammen:

„Auch abgesehen von dem von Ihnen gemeldeten Vorgang kann ich mich ja seit Jahr und Tag dem Eindrucke nicht verschließen, daß wir von dem amtlichen Rußland schlecht behandelt werden. Man akzeptiert unsere Gefälligkeiten wie eine Pflicht und verkehrt mit uns nicht auf dem Fuße gegenseitiger Gleichheit. Daß *auch mein persönliches und mein staatliches Selbstgefühl durch dieses Verfahren verletzt* wird, habe ich unserm allergnädigsten Herrn wiederholt auszusprechen gehabt.

„Ich habe zu der ganzen schlechten Behandlung, die uns seit der Berliner Konferenz von dem russischen Kabinette zuteil geworden ist, nur eine Erklärung, die auf zwei Erwägungen beruht. Einmal auf der russischen Annahme, als ob wir wegen der Leichtigkeit Rußlands, sich mit Frankreich zu verbünden, des russischen Wohlwollens in dem Maße bedürftig wären, *daß wir uns gefallen lassen müßten, was immer uns von dort her zuteil werden mag.* Wie irrtümlich diese Annahme ist, wissen Sie als preußischer Offizier, und meine ganze Politik seit 15 Jahren hat, wie ich glaube, bewiesen, *daß wir auch den anscheinend ungleichsten Kampf einer unwürdigen Rolle vorziehen.*

„Wenn es Gottes Wille ist, daß das Element persönlicher Rankünе auf die Entschließung eines so mächtigen Monarchen, wie der Kaiser von Rußland, entscheidend einwirkt, so müssen wir, so gut wir können, einen schweren Kampf bestehen, den wir nicht suchen. Wir werden ihn ungern fechten, aber mit dem Gottvertrauen, welches ungerechte Angriffe zu verleihen pflegen. Einschüchternd kann eine unseren Gefühlen so widerstrebende Aussicht nicht auf uns wirken; um so weniger, je mehr man uns nötigt, ihr ins Auge zu blicken, und ich fürchte allerdings, daß es in Rußland einflußreiche Leute gibt, die *lieber im Bunde mit der Pariser Regierung gegen Deutschland,* als für die orientalischen Christen in der Türkei kämpfen möchten.

„Sie können mir sagen, daß mein Mißtrauen vielleicht zu weit

geht; aber wenn man für die Geschicke eines großen Reiches verantwortlich ist, so muß man auf die Symptome, welche Bedrohung andeuten, sehr aufmerksam sein und ihnen rechtzeitig entgegenarbeiten. *Ich würde meine Pflicht gegen mein Vaterland verletzen, wenn ich solchen Symptomen gegenüber die Beziehungen zu anderen Staaten,* deren wir vielleicht sehr bedürftig werden können, *geringschätzig behandeln wollte."* (GP, II, S. 127 ff.).

Die politischen Beobachtungen des Kanzlers wurden gerade in diesen Tagen durch militärische Informationen des Generalstabs ergänzt. Am 26. Januar 1877 übersandte ihm Generalfeldmarschall Graf Moltke eine Denkschrift über die russische „Truppenanhäufung" an der Grenze. Gemeinsam unterrichteten sie darauf den Kaiser über den Ernst der Lage (Windelband, S. 45) — und wurden mit ihrer Warnung vom russophilen Monarchen kühl aufgenommen.

In Bismarck aber formte sich angesichts der Gefährdung des Reiches der Gedanke an ein Bündnis mit Österreich. Am 30. Januar 1877 informierte sein engster Mitarbeiter, Staatssekretär von Bülow, den deutschen Botschafter in Petersburg über das neue Programm:

„Durch Rußlands Haltung fänden wir uns absolut genötigt, uns *mit Österreich und England* in Beziehungen einzulassen, die bisher vermieden seien, und, gehe es so weiter, *auf Abreden mit Österreich Bedacht* zu nehmen, die wir genauer halten würden, als leider Rußland die seinigen.

„Wenn der Reichskanzler erst Seiner Majestät Vortrag über die Sache gehalten, werde er wahrscheinlich in der Lage sein, *die alte Idee eines organischen Bündnisses mit Österreich wieder aufzunehmen* und dabei *auf Englands guten Willen rechnen* zu können." (Schweinitz, I, S. 383, Fußnote).

Der verkannte Kanzler

Damit war die Aufgabe der Zukunft gestellt, jedoch nicht die akute Gefahr beseitigt. Es kam jetzt alles darauf an, Russland von Deutschland und Österreich *abzuziehen.* Bismarck bemühte sich, der russischen Regierung den Entschluss zur Kriegserklärung an die Pforte zu erleichtern. Bereitwilligst versprach er Deutschlands Neutralität im Fall eines russisch-türkischen Konflikts. Im Reichstag sprach er das berühmte Wort, daß er im Orient kein deutsches

Interesse sähe, „welches auch nur die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert wäre.“ (Reden, VI, S. 461).

Er war, wie er sich später offenbarte, „froh, als der erste Kanonenschuß in der Türkei“ und nicht gegen Österreich gefallen war. (Mittnacht, „Einnerungen an Bismarck“, Neue Folge, S. 10). Nüchterne Beobachter verstanden Bismarcks Neutralität durchaus als das, was sie war, als *Politik der Ablenkung.* „Wer könnte sich vermessen“, fragte die „Kölnische Zeitung“, „alle Triebfedern der Bismarckschen Politik zu durchschauen? Aber *ein* Beweggrund liegt doch klar da. *Er wollte sich der russischen Kriegslust nicht widersetzen, um die erregten Leidenschaften des russischen Volkes nicht etwa gegen Deutschland zu wenden.*“ („Bismarck, Zwölf Jahre“, S. 129).

Doch die enragierten Russlandgegner waren enttäuscht; sie hatten gewünscht, dass Bismarck ein Veto gegen die neueste russische Aggression einlegte. Darum griffen sie seine Zurückhaltung aufs heftigste an, in Österreich wie im Reich. Eine Wiener Broschüre warf dem Kanzler vor, kein System mehr zu haben.

„Wir bekennen, die vielgerühmte Genialität des Fürsten Bismarck nirgends entdecken zu können. Für den Augenblick erscheint Deutschland von slawischer Überflutung allerdings nicht bedroht. *Aber es kommt ein Tag, wo das Szepter der Romanows von den Händen eines notorischen Deutschenhassers gehalten wird.* Wähnt jemand, daß dann ein durch die Beute von San Stefano gemästetes Rußland vor der Schwelle des *unbequemen deutschen Nachbarn* stehen bleiben, daß die slawische Sturmflut die germanischen Grenzen ängstlich umgehen werde?

„Wo ist hier die Spur jener politischen Voraussicht, welche nicht blos um Interessen feilscht, sondern auch die Ideen pflegt und die Zukunft garantiert? Wo der gewaltige nationale Zug, dessen Deutschland doch nicht mehr entbehren sollte als Rußland, in dem schon vor sehr vielen Jahrzehnten der alte Derschawin gesungen:

Nur noch einen Schritt!
Geliebtes Rußland — und die Welt ist dein!

„Das Rußland der Zukunft, vollgesogen bis zum Zerbersten mit dem der Türkei entwendeten Gute, *wird genötigt sein, an der Spitze des gesammelten Slawentums Machtpolitik zu treiben,* und es wird sich nicht besinnen, *Frankreich die Hand zu bieten, um mit demselben vereint den deutschen Gegendruck zu brechen.*“ („Bismarck, Zwölf Jahre“, S. 62 ff.).

Prophet Liebknecht

In Deutschland führte Wilhelm Liebknecht den schärfsten Angriff. In seiner grossen Reichstagsrede vom 19. Februar 1878, in der sich Verkennung und Vorausblick seltsam mischten, wurde er zum unerbittlichen Richter Russlands — und zum Propheten von 1914.

„Wer ist es", so fragte Liebknecht, „der die Balkanhalbinsel zum Herde revolutionärer Bewegungen gemacht hat? Gewiss nicht die Türkei. Es ist nachweisbar und nachgewiesen, *dass gerade die russische Regierung es ist, welche alle diese Unruhen dort hervorgerufen hat.* Es ist nun folgerichtig durch diese Tatsache geboten, dass, wenn man den Frieden will, wenn man nicht will, dass die Balkanhalbinsel ein solcher Herd der Revolutionen für Europa bleibe, — man derjenigen Macht entgegentreten muss, welche die Balkanhalbinsel dazu gemacht hat, nicht aber, dass man dieser Macht die Wege ebnet.

„Um speziell auf die deutsche Politik zu kommen, so erklärte am 5. Dezember des vergangenen Jahres Fürst Bismarck, es liege durchaus keine Aussicht vor, dass Russland irgendwie Eroberungen beabsichtige. Nun, *wir haben zwar das Ehrenwort des russischen Kaisers bekommen, dass er absolut keine Eroberungen weder in Asien noch in Europa machen würde* — jetzt eben haben wir aber offizielle Noten, in denen Gebietsabtretungen von der Pforte verlangt, *also Eroberungen gefordert* werden. Es ist merkwürdig, *dass man überhaupt an die russischen Versprechungen hat glauben können. Wenn jemand, der hundertmal geraubt hat, der hundertmal gelogen hat, sein Wort gibt,* dass er nicht wieder rauben will, *dann ist es nicht mehr möglich, zu glauben, dass er sein Wort halten werde;* wenn man es glaubt, dann ist man nicht mehr ein Dupe, dann ist man Mitschuldiger.

„Jeder, der einigermaßen die orientalische Frage und die russische Politik kennt, wusste, dass alle die *humanitären Vorspiegelungen Russlands eitel blauer Dunst* waren, um der englischen Regierung und auch anderen Regierungen die Aktion zu erschweren. Wie *konnte* denn gerade die russische Regierung für Humanität eintreten, für Befreiung der Nationalitäten? Wie kann *der* Staat, wie kann *der* Kaiser, dessen Soldaten Polen mit Füssen getreten, zerfleischt haben, — wie kann *das* Russland, welches *V ö l k e r m o r d* an Polen begangen hat — wie kann *dieser* Mann,

dieser Staat sich hinstellen im Namen des Nationalitätenprinzips und sagen: ,Ich will die slawischen Nationalitäten befreien.'

„*Daheim die Völker knechten, die Nationalitäten unterdrücken und in der Ferne den Champion der Freiheit und Humanität spielen*, das, meine Herren, ist schlimmer noch als wie dasjenige, was hier einmal von dem Herrn Reichskanzler mit dem Namen politische Heuchelei gebrandmarkt worden ist. *Wahrlich! eine solche Politik ist ein Verbrechen an der Menschheit.*

„Russland steht heute vor Konstantinopel, die Türkei ist niedergeworfen. Heute ist es die Türkei, *nach der Türkei ist die Reihe an Österreich.* Der Friede, wie er jetzt günstigstenfalls möglich ist, wirft die Keime der Vernichtung in den österreichischen Staat hinein. Das Prinzip der Nationalitäten, welches von Russland mit solchem Glück gegen die Türkei ausgebeutet worden ist, wird genau in derselben Weise ausgebeutet werden gegen Österreich. Wenn man für die Interessen Österreichs hätte eintreten wollen, dann hätte man es früher tun müssen. Ich glaube, *für Österreich ist es schon zu spät;* die Dinge sind soweit gegangen, dass das heutige Österreich überhaupt nicht mehr aufrechterhalten werden kann."

Liebknecht schloss prophetisch: „*Ich weiss, dass die Gefahren noch nicht jedem klar zum Bewusstsein gelangt sind.* Es wird aber bald eine Zeit eintreten, wo das mit deutscher Hilfe, bloß durch uns mächtig gewordene *Russland seine Krallen auch gegen Deutschland richten wird.* Die deutsche Kultur, das deutsche Reich wird den verderblichen Einfluss der durch die deutsche Neutralität geschaffenen Präponderanz Russlands zu ertragen haben. Bis jetzt haben wir den Frieden aufrechterhalten, und es wird vielleicht gelingen, ihn noch einige Jahre aufrechtzuerhalten, *dann aber wird ein Moment kommen,* wo der Friede nicht mehr möglich ist, *wo die Macht Russlands sich in einer Weise geltend macht, dass das Schwert gezogen werden muss.*" (Stenogr. Reichstagsberichte. II. Session. 1878. I, S. 111 ff.).

Bismarck debattierte nicht mit Liebknecht. „Ich habe nicht die Absicht, dem Herrn Vorredner auf sein Gebiet zu folgen", bemerkte er nur. (Ebenda, S. 115). Was hätte er sagen können, ohne seine Geheimpolitik preiszugeben? Die Russen beschuldigten ihn ohnehin schon, er hätte Russland zum Kriege angestiftet, um es zu schwächen. (Saburow, S. 143).

KAPITEL IV

Der Kampf mit dem Kaiser

Der russisch=türkische Krieg verschaffte Deutschland nur eine kurze Atempause. Sehr schnell schwang das Pendel der russischen Aussenpolitik *aus der Süd= in die Westrichtung zurück.* Fünf Tage nach dem Waffenstillstand von Adrianopel (31. Januar 1878) erklärte Fürst Gortschakow in einer Unterredung mit dem deutschen Botschafter: *„Wir vermindern unsere Streitkräfte nicht; im Gegenteil, wir verstärken sie."* (GP, II, S. 185). Die Ankündigung schien gegen Grossbritannien und Österreich gemünzt zu sein, wurde jedoch gegen Deutschland verwirklicht.

Aus den Nachrichten über die Verlegung starker Verbände von Kavallerie und Artillerie an die Westgrenze (Schweinitz, II, S. 437) erschloss sich das Bild eines *Aufmarsches auf breiter Front.* (GP, III, S. 17). Westwärts wandte sich auch die politische Aktivität Russlands.

„Die *endlosen Rüstungen,* die Avantgarden=Stellung der russischen Kavallerie an der Grenze und die *tobsüchtige Sprache* der Petersburger und Moskauer Presse" (Schweinitz, II, S. 60) überzeugten Bismarck davon, dass jeder weitere Aufschub des Bündnisses mit Österreich verhängnisvoll werden könnte. Aber er hatte gerade in dieser entscheidenden Frage den Kaiser gegen sich. Trotz allem, was die Zarenregierung gegen Deutschland unternahm, hielt Wilhelm I. zu seinem Neffen, Alexander II., und wollte von einem Bündnisvertrag gegen Russland nichts hören. Ein Gesinnungswechsel des 81jährigen Monarchen war nicht zu erwarten, es sei denn, der Zar selber führte ihn herbei . . .

Bismarcks Nadelstiche und Schikanen

Im Januar 1879 nahm Bismarck jene Politik auf, deren Massnahmen Schweinitz (II, S. 44) als „Schikanen" und Holstein (I, S. 123) als „Nadelstiche" bezeichneten. Als im Gouvernement Astrachan Pest festgestellt worden war, verfügte der Kanzler eine

Grenzsperre, die einem fast vollständigen Verbot der russischen Vieheinfuhr gleichkam. Russland reagierte mit wütenden Ausfällen.

„Da war *kaum ein Schmähwort zu übeltönend,* als dass es nicht von den russischen Zeitungen gegen Deutschland, seinen Staatsleiter und seine Politik geschleudert worden wäre. Wir waren die undankbarste, zugleich aber auch verabscheuungswertheste Nation von der Welt. *Von Anklagen und Beschuldigungen stieg man zu Verwünschungen, von Verwünschungen zu Drohungen auf.*" (Robolsky, a. a. O., S. 213).

Schweinitz hatte den Eindruck, dass dem Kanzler diese Entwicklung willkommen war. Ende Februar notierte er, dass „Bismarck einen neuen Pestfall wünscht, um Russland noch mehr schikanieren zu können, als er es ohnehin schon tut." (Schweinitz, II, S. 44.) Später vermutete er sogar die „Absicht, den Zaren so zu reizen, dass er sich ins Unrecht setze." (Schweinitz, II, S. 47).

Die russische Regierung hielt sich indessen zurück; sie begnügte sich damit, durch den Berliner Botschafter mitteilen zu lassen, dass der Zar „durch die rücksichtslose Grenzsperre gekränkt" sei. (Holstein, I, S. 123, Anmerk. 23).

Die Drohungen des Zaren

Der Zündstoff für die Explosion lag, wie so oft, auf dem Balkan. In den Kommissionen, die nach den Beschlüssen des Berliner Kongresses die neuen Grenzen Bulgariens, Rumäniens und Montenegros festsetzen sollten, stiess der russische Delegierte auf den nahezu geschlossenen Widerstand der übrigen Mächte. Der deutsche Vertreter stimmte in der Regel mit Österreich. Darüber entlud sich aller Groll des Zaren auf Deutschland und Bismarck in massiven Drohungen. Gereizt griff er den deutschen Botschafter an:

„Sie nehmen überall die Partei Österreichs gegen uns, auch dann, wenn wir gar nichts für uns fordern. *Wenn Sie wollen, dass die Freundschaft,* welche 100 Jahre lang uns verbunden hat, *fortdauere, dann sollten Sie dies ändern.* Sie kennen die Sprache, die die Zeitungen führen; *das wird ein sehr ernstes Ende nehmen.*" (GP, III, S. 10).

Am Schluss der Unterredung brachte der Zar, wie Schweinitz dem Kanzler meldete, „die Möglichkeit des Aufhörens unserer Freundschaft mit dem Namen Euerer Durchlaucht in Verbindung." (GP, III, S. 11).

Wie auf ein kaiserliches Stichwort fielen die russischen Zeitungen in die Drohungen ein. Die vom Aussenministerium herausgegebene „Agence Russe" attackierte Bismarck so heftig, dass Schweinitz sich genötigt fühlte, den Kanzler telegraphisch zu informieren. (Schweinitz, II, S. 67.) Die „Petersburger Zeitung" liess sich vernehmen: Europa erwarte mit Ungeduld den Augenblick, wo das wiedererstarkte Frankreich seine Rechnung mit Deutschland abschliessen würde. (Windelband, S. 71).

Die Stunde der Allianz war gekommen. Jetzt konnte Bismarck handeln. Spontan schrieb er nach der Lektüre des Schweinitz-Berichtes nieder: „Drohungen des Kaisers sind das am wenigsten geeignete Mittel." Wenn uns russische Drohungen in der Presse oder gar aus dem Munde des Kaisers Alexander nötigten, die Unparteilichkeit zwischen den beiden Nachbarn aufzugeben, *dann „gewiß nicht zugunsten der drohenden Seite."* (GP, III, S. 13).

Er säumte nicht. Am 13. August lud er Österreichs Aussenminister Andrassy ein, um ihm — bei der Zusammenkunft in Bad Gastein am 26./27. August — *ein Bündnis, eine „Friedensliga" vorzuschlagen.* Andrassy „sprang bis an die Decke" (Hohenlohe, II, S. 274). Auch Kaiser Franz Joseph sah in einem Zweibund „die einzig mögliche Art, *das Damoklesschwert,* welches über unseren Beziehungen fortwährend schwebt, zu beseitigen und den Frieden praktisch sicherzustellen." (GP, III, S. 44). Anders Kaiser Wilhelm; er ergriff des Zaren Partei — gegen Bismarck.

„Mon cher neveu"

Alexander II. blieb der „cher neveu et ami", auch dann noch, als er am 15. August dem Kaiser, seinem Onkel, einen Drohbrief geschrieben hatte. Darin beschuldigte er den Kanzler, aus persönlicher Ranküne antirussische Politik zu treiben, und *drohte mit „verhängnisvollen Folgen für unsere beiden Völker."* (GP, III, S. 16).

Der Zar drohte, — und der Kaiser fuhr ihm nach. Trotz Abraten der Kaiserin, trotz Einspruch des Kanzlers trat er die Reise nach *Alexandrowo* an, die Bismarck bitter kommentierte:

„Die Weichheit in der Haltung unseres Herrn nach diesen zwischen Grossmächten ungeheuerlichen Verletzungen betrübt mich aufs tiefste. Das ist nicht der Weg, autokratische Überhebungen in ihr Geleise zurückzuführen. Ich kann nicht billigen, dass der

greise Monarch, nach dem drohenden Briefe, seinen Neffen auf russischem Boden aufsucht. Aber diese Fragen sind mir alle gleichgültig, wenn nur in der Sache das Notwendige geschieht, um der *Händelsucht dieser Nachbarn* und dem asiatischen Übermut den einzigen Damm gegenüberzustellen, der sich bietet." (Windelband, S. 72).

Alexandrowo wurde aber, selbstverständlich, von der uneingeschränkten russischen Regie beherrscht. Kein deutscher Diplomat war im Gefolge des Kaisers, kein einziger aussenpolitischer Berater begleitete ihn. Alles lief, wie die Zarenminister es dirigierten. „Es gab viel Rührung und ‚mon cher oncle et mon cher neveu'" (Krausnick, „Neue Bismarck-Gespräche", S. 18). Es wurden Küsse, Umarmungen und Freundschaftsbeteuerungen getauscht. Es wurde dem Onkel vom Neffen nochmals suggeriert: Bismarck ist an allem schuld. Der Kanzler, so behauptete Alexander II., hätte seine „irritirte Stimmung" gegen Gortschakow auf Russland überhaupt übertragen. (GP, III, S. 37).

So vollständig erlag der Kaiser dem russischen Einfluss, dem Geist von Alexandrowo, dass er am auffälligsten gerade den Mann ehrte, den Bismarck ihm kurz vor der Reise als den Hauptfeind charakterisiert hatte: Kriegsminister *Miljutin*. „Dieser", so hiess es in Bismarcks Immediatbericht vom 24. August 1879, „ist für den Hass bekannt, den er gegen die Deutschen im Herzen trägt, zunächst gegen die baltischen, aber auch gegen uns. Die Aufstellungen der russischen Kavallerie- und Artilleriemassen gegen unsere ostpreußische Grenze, die jedem Militär den Eindruck einer Vorbereitung zum Kriege gegen Preußen machen, sind *Miljutins Werk*." (GP, III, S. 17).

Wilhelm I. verwarf Bismarcks Urteil; Miljutin erhielt einen der höchsten Orden, den Schwarzen Adler, aus des Kaisers Hand. Und Wilhelm verwarf unter der Einwirkung der russischen Umgebung auch Bismarcks Plan und Politik. Er verliess Alexandrowo mit dem Vorsatz, das Bündnis mit Österreich zu verhindern.

Kaiser Wilhelm: Lieber abdanken!

Sogleich nach der Heimkehr aus Russland erfolgte Wilhelms erste Kampfansage an Bismarck. Der Kaiser war, wie Otto von Bülow nach einer Audienz in Königsberg dem Kanzler berichtete, „von einer Entschiedenheit, wie solche mir in den letzten Jahren

bei Allerhöchstdemselben kaum jemals entgegengetreten ist." (GP, III, S. 47). Bülows Eindrücke „gingen leider dahin, dass die Begegnung in Alexandrowo unseren allergnädigsten Herrn in seiner Freundschaft nicht nur für den Kaiser Alexander, sondern auch für Rußland auf das entschiedenste befestigt hat. Auf die Annahme der Vorschläge des Herrn Reichskanzlers ist absolut nicht zu rechnen, vielmehr hat der Kaiser seine ablehnende Entschliessung innerlich bereits getroffen." (Ebenda).

Mit Bestimmtheit versicherte Kaiser Wilhelm: *„Lieber will ich vom Schauplatz abtreten* und die Regierung meinem Sohne übergeben, als dass ich eine Perfidie gegen Rußland begehe. Will der Fürst mit dem Grafen Andrassy in eine Besprechung über gewisse Zukunftseventualitäten eintreten, so mag es sein; aber eine *Allianz — nein, da gehe ich nicht mit."* (GP, III, S. 50).

Bismarck: Europas Friede nur von Russland bedroht

Mit dem Bild des bedrohten Europas versuchte Bismarck, den Geist von Alexandrowo zu bannen. In seinem Immediatbericht vom 7. September 1879 schrieb er beschwörend:

„Die russische Politik hat, seit das Land die Folgen des Krimkriegs verwunden hat, und seit gleichzeitig die panslawische Umsturzpartei zu Einfluß gelangt ist, einen mehr und mehr bedrohlichen Charakter für den Frieden Europas angenommen. Der Friede Europas ist seit dem Falle Napoleons (III.) *von niemand als ausschließlich von dem slawophilen Rußland bedroht.* Es ist, als ob Rußland, unter der Leitung der slawischen Propaganda die Erbschaft des napoleonischen *Cäsarismus* und damit die Mission übernommen hätte, die schwarzen Punkte am Horizonte des europäischen Friedens zu bilden.

„Solange die russische Kampflust ihre Befriedigung in Asien suchte, so lange konnte Europa hoffen, daß die Zeit das Übel ohne größeren Schaden vielleicht heilen werde. Vor zwei Jahren aber lag die Gefahr schon nahe, daß Österreich von Rußland angegriffen wurde, wenn das drohende Kriegsgewitter sich nicht nach dem Balkan verzog. Der siegreiche Feldzug, die großen Opfer und die großen Erfolge desselben haben aber *die panslawistische Kriegslust Rußlands nicht abgekühlt.* Die Hoffnung, welche ich vor zwei Jahren hegte und aussprach, daß Siege und Beförderungen, Georgenkreuze, Tedeum, eroberte Roßschweife das

Tatenbedürfnis des russischen Heeres befriedigen würden, ist unerfüllt geblieben.

„Nur die anspruchsvolle Selbstüberschätzung der Russen hat sich gesteigert und *zwingt Europa, gegen die Gefahren auf der Hut zu bleiben,* die der Chauvinismus des slawischen Cäsarentums für unseren Frieden heraufbeschwören kann. *Diese Gefahren werden täglich größer* durch die tägliche Steigerung der an sich schon ungeheuerlichen Ziffern des russischen Heeres, obwohl Rußland von keiner Seite bedroht ist. Seine aggressiven Absichten werden hierdurch und durch die Aufstellung dieses Heeres außer Zweifel gesetzt.

„Den einzigen sicheren Schutz gegen diese Gefahren sehe ich in unserer Entschlossenheit, uns zu wehren, und in dem *Zusammenschließen der bedrohten Nachbarn* Rußlands *zu gegenseitiger Verteidigung."* (GP, III, S. 57 ff.).

Bismarck beweist die Unaufrichtigkeit des Zaren

Trotzdem verharrte der Kaiser in seiner russischen Stellung. Er wiederholte die Drohung der Abdankung (GP, III, S. 59), er klagte über Bismarcks „mit jedem Memoire sich steigernde feindliche Richtung gegen Rußland" (GP, III, S. 66), er verweigerte seine Zustimmung: „Zu irgendeinem Abschluß einer Konvention oder gar Alliance autorisiere ich Sie, meinem Gewissen nach, nicht." (GP, III, S. 67).

Der Kanzler holte zu neuem Schlag aus. Er bewies dem Kaiser die Lügenhaftigkeit der Versicherungen von Alexandrowo: *„Nach wie vor wird das Schüren und Hetzen in der russischen Regierungspresse gegen die deutsche Politik fortgesetzt.* Der ‚Golos', das Organ des Ministers Miljutin, die ‚Agence Russe', Eigentum des russischen auswärtigen Ministeriums, *fahren unbeirrt fort, dem russischen Volke einzureden, daß Deutschland sein Feind sei."* (GP, III, S. 79).

Er bewies dem Kaiser ebenso, dass die *Tatsachen* die Glaubwürdigkeit des Zaren entkräfteten. „Diese Tatsachen sind die *Rüstungen,* die *Truppenaufstellungen,* die Aufregung des Volkes durch die Presse gegen uns, die *großen Anleihen,* welche gegenwärtig *in Amerika* vorbereitet werden, und die *Bündnissondierungen in Frankreich."* (GP, III, S. 81).

Er zählte dem Kaiser die Gründe auf, die ausreichen könnten,

um Russland zum Angriff auf Deutschland zu bewegen: „*Neid und Nationalhaß an sich,* dann aber auch *die Berechnung, daß nach Überwindung Deutschlands die russische Politik Osteuropa und den Orient beherrscht.*" (GP, III, S. 80).

Das „russische Rütli" am Berliner Kaiserhof

Woche um Woche währte das Ringen zwischen Kaiser und Kanzler. Gegen Wilhelms ausdrücklichen Wunsch vereinbarte Bismarck endlich am 24. September 1879 in Wien einen Bündnistext, der nur das Zarenreich als präsumtiven Feind benannte. Artikel I bestimmte:

„Sollte wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden Hohen Kontrahenten Eines der beiden Reiche *von Seite Rußlands* angegriffen werden, so sind die Hohen Kontrahenten verpflichtet, einander mit der gesamten Kriegsmacht Ihrer Reiche beizustehen und demgemäß den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen." (GP, III, S. 103).

„Und das soll ich anerkennen durch meine Unterschrift", zürnte Wilhelm I., „nachdem ich dem Kaiser von Rußland von neuem die Freundschaftshand gereicht habe! Das liefe gegen mein *Gewissen,* gegen meinen *Charakter,* gegen meine *Ehre,* hinter dem Rücken meines persönlichen, verwandtschaftlichen und politischen Freundes eine feindliche Allianz gegen ihn zu schließen!" (Windelband, S. 79).

Kaiser oder Kanzler, das war jetzt die Frage, *verbündet stark oder einzeln wehrlos* zu sein. Die Sicherheit des Reiches, seines Reiches, glaubte Bismarck nur mit Österreichs Waffenhilfe garantieren zu können. Mit untrüglicher Sicherheit erkannte er, dass der *Panslawismus gesonnen* war, *die deutsche Einheit zu vernichten.* Zu ihrer Rettung bedurfte es des Bündnisses mit Österreich. Das waren Bismarcks Überlegungen im September 1879, so wie er sie selbst zwei Jahre später in der Rückschau umriss:

„Ich frug mich, welche Richtung die russische Politik unter einem den panslawistischen Tendenzen folgenden Herrscher einschlagen würde, und ein *französisch-russisches Bündnis mit der* Zerstörung der deutschen Einheit *als zugestandenem Ziel* war eine der Zukunftsgefahren, von denen ich träumte, und die mich den Vorteil der Erhaltung Österreichs als Grossmacht klar erkennen ließen." (Fester, „Saburow und die russischen Staatsakten", S. 64).

Das Österreich=Bündnis war zur *conditio sine qua non* gewor=den; von seiner Durchsetzung hingen Einheit und Existenz des Deutschen Reiches ab. Deswegen entschloss sich der Kanzler, mit allen Mitteln die Russophilie Wilhelms zu überwinden. Er fuhr schwerstes Geschütz auf, um den zähen Widerstand des „russi=schen Rütli" zu brechen, wie er den Kaiser, dessen Bruder und die Prinzessin Alexandra nannte. (Busch, „Tagebuchblätter", II, S. 563).

Er drohte mit Rücktritt. „Ich bin aus Gewissensgründen fest entschlossen, mich von jeder Verantwortung für die Ablehnung des österreichischen Anerbietens freizuhalten." (GP, III, S. 92). Er alarmierte mit zündender Ansprache den Ministerrat zum ge=meinsamen Kampf für das Bündnis. „Wenn der Fürst öffentlich so gesprochen hätte, würde ganz Deutschland ihm zugejubelt ha=ben", meldete ein Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung." (Hahn, IV, S. 318).

Vor Vertrauten liess der Kanzler seinem hellen Zorn über den Geist von Alexandrowo freien Lauf: „Drei russische Botschafter dinieren heute bei mir, um alles wieder zu applanieren. *Mit ihrer slawischen Verlogenheit fließen sie über von freundschaftlichen Versicherungen.* Wenn Se. Majestät das wüßte, würde er sagen: ‚Da sehen Sie ja, alles ist wieder in der Reihe.' *Der Zar hat ihm mit Tränen in den Augen versichert, ‚er bliebe der Alte'. Dasselbe würde er tun, wenn er als Sieger in Berlin auf dem Kreuzberg stände.* Die Russen lügen mit einer ungewöhnlichen Frechheit." (Lucius, S. 176).

Appell an die Ehre des Kaisers

Da der Kaiser trotz Bismarcks Demissionsdrohungen die Ent=scheidung noch immer hinausschob, setzte Bismarck am 2. Okto=ber zum Generalsturm an. Er telegraphierte: „Mir ist nicht ver=ständlich, wie eine Illoyalität darin liegen würde, wenn S. M. das eigene Land gegen etwaige Angriffe Rußlands zu schützen sucht. *Die persönliche Ehre Sr. M. wird von Seiten des Landes für engagiert gehalten."* (Windelband, S. 80).

Den preussischen Ministerpräsidenten Graf Stolberg, der beim Kaiser weilte, um ihn zur Unterschrift zu bewegen, ermächtigte Bismarck telegraphisch zu einem *Ultimatum:*

„Die Aufopferung der deutschen und preußischen Interessen zu Gunsten Rußlands wird nothwendig öffentlich bekannt werden

und im Lande *verhängnisvoller wirken als Olmütz*, weil die Unterordnung unter Rußland nicht wie damals erzwungen, sondern freiwillig ist. In unsrer auswärtigen Stellung aber setzt uns S. M. ohne alle Noth der Situation des siebenjährigen Krieges aus. *Der Kaiser gefährdet die Zukunft* des Landes in einer Weise, die der beste Wille später nicht wieder gut machen kann.

„Ich glaube nicht, daß von Argumenten noch eine Wirkung zu hoffen ist, vielleicht aber davon, daß Euere Erlaucht S. M. dem Kaiser die bestimmte Alternative vorlegen, *heute zuzustimmen oder morgen k e i n e n Minister mehr zu haben.*" (GP, III, S. 108 ff.).

Erschöpft und verzweifelt kapitulierte der Kaiser. Wie schwer es ihm geworden war, vertraute er in einem Briefe dem Staatssekretär von Bülow an: „Seit vier Wochen kämpfe ich gegen eine Stipulierung in Wien, die meinem Ehrgefühl und meiner Pflicht widerstrebt, und welchen Kampf ich nur unter der Bedingung endlich nach Erschöpfung aller Gegenvorstellung gestern Nacht nachgegeben habe, daß Rußland die Motive zu dem Schritt mitgetheilt würden. *Meine ganze moralische Kraft ist gebrochen!* Ich weiß nicht, was aus mir werden soll! Denn der Kaiser Alexander muß mich für wortbrüchig halten." (GP, III, S. 111, Fussnote).

Der greise Kaiser vergab es nicht, dass ihm, wie er grollend klagte, eine „antirussische Politik aufgedrungen" worden war. (Windelband, S. 80). In einem pathetischen Ausruf bürdete er alle Verantwortung dem Kanzler auf: „Die, welche mich zu diesem Schritt veranlaßt, mögen es dereinst dort oben verantworten!" (Ebenda).

Ob Bismarck je verziehen hat, wissen wir nicht. In den Tagen der Spannung und der unerträglich dünkenden Belastung entfuhr ihm, dem Erzmonarchisten, die ketzerische Äusserung: „Die Erfahrung, wie schwer mitunter die regierenden Herren es ihren Ministern machen, ihrem Lande zu dienen, *könnte den Gedanken nahelegen, Republikaner zu werden.*" (Mittnacht, „Erinnerungen an Bismarck", Neue Folge, S. 19).

Und noch Monate nach dem Kampf liess er sich zu heftigen Ausfällen gegen seinen alten Herrn hinreissen. Der Stachel der kränkenden Erinnerung sass tief: des Kaisers Verhalten „habe ihn geschmerzt als Offizier, Untertan und Minister. Es sei ihm eine Erfahrung gewesen wie die entdeckte Untreue einer heißgeliebten Frau." (Lucius, S. 180).

Eine zweite Erfahrung, bitterer noch, machte der Kanzler später: der lange, verbissene Kampf, in dem er den Willen des Kaisers bezwang, hatte auch seine eigene Kraft gebrochen. Nach 1879 war er nicht mehr der Alte.

KAPITEL V

Der Deckmantel der Verträge

Mit dem deutsch=österreichischen Bündnis vom 7. Oktober 1879 war der feste Damm errichtet worden, an dem sich nach Bismarcks Plan „die kriegerischen Bestrebungen der panslawistischen Revolutionspartei" brechen sollten. (GP, III, S. 58). Ein Optimum von Sicherheit schien erreicht: Grossbritannien neigte dem Zweibund zu und stand in Asien in scharfem Gegensatz zum Expansionismus des Zarenreichs. Frankreichs friedwillige Regierung Waddington hatte die russischen Bündnissondierungen vom Sommer 1879 eindeutig abgelehnt und pflegte die Beziehungen zu Deutschland aufs sorglichste. Die Isolierung Russlands von allen Grossmächten war komplett, — aber nicht von Dauer.

Um die europäische Absperrung zu durchbrechen, wandte die Zarenregierung wieder die „natürliche russische Politik gegenüber dem Westen" an, deren Grundsätze 1864 in Tjutschew ihren Kodifikator gefunden hatten. Danach *verlangte das Lebensgesetz Russlands die Zerstörung der Einheit Europas.* Das Gesetz sowohl wie sein Verkünder kannten keinerlei Sentimentalität gegenüber dem verhassten Westen. Kalt und hart stellten sie die Aufgabe, Europa durch Zwietracht zu schwächen. Also gebot Tjutschew, der Bismarck=Feind:

„Zwar bin ich zu Verträgen bereit, doch nur zu solchen von *provisorischem* Charakter, und auch nur dann, wenn wir über ihnen nicht die axiomatische Wahrheit vergessen, *dass es keine Allianz zwischen Russland und dem Westen geben kann,* weder um der Interessen, noch um der Prinzipien willen.

„Es gibt *nur eine natürliche russische Politik gegenüber dem Westen:* wir dürfen kein Bündnis mit der einen oder anderen dieser Mächte eingehen, sondern *müssen ihre Uneinigkeit und Zwietracht schüren,* weil sie nur, wenn sie uneins sind, uns nicht schaden können.

„Diese ernste Wahrheit mag empfindsame Seelen empören, aber sie ist *das Lebensgesetz* des Daseins unserer Rasse und

unseres Reiches, und *wenn wir es verkennen, würden wir nicht länger Russen sein.*" (Tjutschew, „Literaturnoje nasledstwo" / „Literarischer Nachlass", XIX—XXI, S. 205 ff.; Kohn, „Die Slawen und der Westen", S. 143).

Die Trennung der soeben erst verbündeten deutschen Reiche wurde zum Programm der Zarenregierung. Da sie mit der harten Politik der Drohungen Deutschland und Österreich zusammengebracht hatte, wechselte sie nun, unter den Auspizien des Zaren, die Methode. Alexander II. sandte den Botschafter *von Saburow* in besonderer Mission nach Berlin, um — ein „Schutz= und Trutzbündnis" zwischen Deutschland und Russland anzubieten. (GP, III, S. 144).

Bismarck lehnte ab: „Wir würden gegen und ohne Österreich dergleichen nicht abschließen." (Ebenda). Er machte „sondierungsweise" einen Gegenvorschlag: „Wenn Rußland ein Defensivbündnis gegen Frankreich wolle, so wolle ich das bei Seiner Majestät befürworten; damit wären dann beide Mächte (Russland und Deutschland) gegen eine Koalition, welche Frankreich einschlösse, durch eine Allianz gedeckt. Herr von *Saburow wich einer direkten Antwort hierauf aus* durch Übergang auf das Thema der *Tripelallianz* mit uns und Österreich." (Ebenda).

Saburows Zweisprachigkeit

Die Erneuerung der sogenannten Drei=Kaiser=Politik (ein Drei=Kaiser=*Bündnis* hat entgegen der landläufigen saloppen Terminologie nie existiert) sollte, so gab Saburow es dem Kanzler schriftlich, Österreichs Balkanposition ungeschmälert sichern und zugleich auf dauerhaften Grundlagen ein europäisches System errichten, das die Sicherheit Deutschlands und die Erhaltung des allgemeinen Friedens fördern würde. (GP, III, S. 146).

Im Russischen las man's anders. Aus Saburows Aufzeichnungen und Briefen ist unwiderleglich nachzuweisen, dass der neue Drei=Kaiser=Vertrag von der Zarenregierung in erster Linie dazu ausersehen war, die gesamtdeutsche Einigung, *das deutsch=österreichische Bündnis, zu zerstören.*

„Österreich", so besagte eine Aufzeichnung Saburows im November 1880, „wittert die Gefahr einer Lockerung seiner Bindung an Deutschland. Wenn wir unseren Weg nur weitergehen, wird unsere Aktion *wie ein Lösungsmittel* auf das deutsch=österreichische Bündnis wirken." (Saburow, S. 173).

Triumphierend glaubte Saburow sich am Ziel, als er am 22. Januar 1881 dem russischen Aussenminister über eine Unterredung mit Bismarck meldete: „Mir scheint, sie war die eindrucksvollste Grabrede auf das, was 1879 in Wien getan wurde." (Saburow, S. 196).

Zeitgewinn bis zum Tag der Aktion

Zeitgewinn zur Stärkung der Wehrkraft und der zerrütteten Finanzen war die zweite Aufgabe, die Russland mit dem von ihm vorgeschlagenen Drei-Kaiser-Vertrag durchsetzen wollte. Auch dafür geben uns Saburows, des Unterhändlers, Schriften die bündigsten Beweise an die Hand. Den russischen Profit aus dem Abkommen zu dritt rechnete er am 13. November 1880 dem Aussenminister von Giers vor:

„Die Grundlagen (des Drei-Kaiser-Vertrages) genügen uns, um unsere Stärke wiederzuerlangen, um unserem Rubel Zeit zu geben, sich zu erholen, um unsere Seestreitkräfte im Schwarzen Meer wiederherzustellen, ohne die wir nichts Entscheidendes versuchen können."

Am Schluss seiner Berechnung entrichtete Saburow dem kommenden Tag des Kampfes einen Salut: „Es gibt keine Kombination europäischer Verträge, die uns eine vorteilhaftere Situation *für den Tag* sichern würde, *an dem wir aktionsbereit sein werden.* Der Ruhm, ihn vorbereitet zu haben, wird der jetzigen Regierung gehören." (Saburow, S. 165).

Allerdings hatte die Zarenregierung die Rechnung ohne Bismarcks Nibelungentreue gemacht. Es gelang ihr nicht, Österreich von Deutschland zu trennen. Deshalb bezeigte Alexander III. bereits im Sommer 1883 Verlangen, das Verhältnis zu dritt zu lösen. Als der Vertrag 1884 schliesslich doch erneuert wurde, sprach der Zar zum deutschen Botschafter demonstrativ lediglich von „unseren beiden Staaten", ohne Österreich auch nur ein einziges mal zu erwähnen. (GP, III, S. 331). Der Österreich-Hass, die „stärkste seiner Idiosynkrasien", (GP, VI. S. 100) beherrschte ihn so sehr, dass er 1886 die *Aufteilung der Donaumonarchie* unter Russland und Deutschland anregte!

Für eine ehrliche Drei-Kaiser-Politik fehlten folglich die Voraussetzungen, um so mehr, als nicht nur Österreich, sondern auch Deutschland durch die aggressiven Absichten des Panslawismus

und durch die pausenlose Verstärkung der „Invasionsarmee an unserer Grenze“, wie Bismarck sie firmierte, (GP, III, S. 25) bedroht war.

In den sechs Jahren des Drei-Kaiser-Vertrages (1881—1887) waren die Völker erschreckte Zuschauer *unaufhörlicher Provokationen.* Russlands Balkanpolitik führte den Kontinent *von einer Krise in die andere.* Europa kam aus der Unruhe und aus der *Furcht vor dem Krieg* nicht heraus. Die Gründe und den Umfang der allgemeinen Angst wird die anschliessende Dokumentation der Bedrohung Österreichs, der panslawistischen Vormarschpläne und der militärischen Kriegsvorbereitung zeigen.

Ceterum censeo, Austriam esse delendam

Verlogen und zum Scheitern verurteilt war die Drei-Kaiser-Politik, zum ersten, schon deshalb, weil der Zar, in den Deckmantel der Verträge gehüllt, den Untergang der Habsburger Monarchie herbeizuführen wünschte. Nachstehend die Beweise.

Am 10. August 1886 berichtete der deutsche Geschäftsträger in Petersburg, Bernhard von Bülow, dem Kanzler: „Der Generaladjutant Tscherewin sagte mir auf dem letzten Hoffeste in Peterhof: ‚Verständigen wir uns zu zweit, ohne Österreich, und, wenn Sie wollen, *auf seine Kosten*‘. Ich habe derartige Insinuationen hier schon oft gehört. Aber es war immerhin bezeichnend, daß einer der einflußreichsten Generaladjutanten des Kaisers Alexander sich so aussprach in demselben Saale, wo einige Schritte entfernt der Erzherzog Karl Ludwig soupierte.“ (GP, V, S. 51 ff.).

Herbert Bismarck erklärte am 21. November 1886 dem Großfürsten Wladimir, dem Bruder Alexanders III.: „Wollten wir dem Zaren in allen seinen Antipathien gegen Österreich den Willen tun, so würden wir Österreich längst den Krieg erklärt haben müssen.“ (GP, V, S. 84).

Krieg gegen den Drei-Kaiser-Partner Österreich war der fast allgemeine Wunsch der Russen. Darüber informierte Schweinitz am 23. November 1886 den Kanzler: „Die Ansicht des ‚verehrten und gelehrten Slawophilenführers‘ (des Generals Kaulbars), welcher den Krieg gegen Österreich der Okkupation Bulgariens vorzieht, wird hier von sehr vielen und besonders von den Generalstabsoffizieren geteilt. Der leitende Gedanke ist jetzt, daß

man sich jenseits der Donau nicht engagieren, im Schwarzen Meer sich keinen Gefahren aussetzen, einer Berührung mit der türkischen Armee ausweichen und England desinteressieren will, um *im geeigneten Momente alle Kräfte gegen Österreich* verwenden zu können." (GP, V, S. 84).

Die *Aufteilung* Österreich-Ungarns schlug zum ersten Male der russische Botschafter in Berlin, Graf Paul Schuwalow, vor, als Herbert Bismarck bei ihm dinierte. Nach „Ausbrüchen maßloser Wut gegen Österreich" (GP, V, 65) redete Schuwalow auf Herbert Bismarck ein: „Wir müssen *Österreich von der Karte Europas verschwinden lassen.* Nehmen Sie seine deutschen Provinzen, und nichts wird uns politisch trennen können. Lassen Sie uns doch auf Österreich scheissen." (Aufzeichnung Herbert Bismarcks, GP, V, S. 66).

Der erbittertste Feind des römisch-katholischen Habsburger-Reiches war die orthodoxe Kirche, besonders ihr fanatischer Vorkämpfer Pobjedonoszew. „Durchdrungen von der Inferiorität seines Klerus", so berichtete Schweinitz am 29. September 1887 dem Kanzler, „und entschieden abgeneigt, ihn materiell und intellektuell zu heben, scheint der Prokurator des Synods keine andere Rettung für seine bedrohte Kirche zu sehen als ihren Schutz durch die russische Autokratie („gegenseitig!", schrieb Bismarck an den Rand). Aus diesem Grunde hat er sich Reformen energisch und erfolgreich widersetzt. Mit gleicher Energie und Konsequenz *treibt er zum Kriege gegen Österreich-Ungarn.*" (GP, VI, S. 41).

Alexander III. hörte auf die Ratschläge seines Erziehers, auf dessen Hetze gegen Österreich. So mußte Schweinitz dem Kanzler schreiben:

„Einstimmend in das *ceterum censeo* Pobjedonoszews ist Kaiser Alexander III. überzeugt, daß dieser Staat nicht mehr lange bestehen kann; Seine Majestät lässt sich auch nicht ausreden, daß wir dessen deutsche Provinzen haben wollen und nehmen müssen; er würde nichts dagegen einzuwenden haben, vorausgesetzt, daß Rußland *Galizien* bekäme." (GP, VI, S. 100).

Die unersättliche Gier

Unehrlich war die Drei-Kaiser-Politik, zum zweiten, weil der Panslawismus beiden deutschen Kaiserreichen, wie schon Pogodin (a. a. O., S. 69, 155, 167 ff., 217) in langer Rangfolge gefordert

hatte, zunächst die polnischen Provinzen, insgesamt aber alle slawischen oder slawisch gemischten Gebiete abzunehmen gedachte.

Über die panslawistische Gefahr klärte Bismarck am 24. Oktober 1879 Kaiser Wilhelm auf: „Panslawistische Politik heißt die *Auflösung Österreichs* mit seinen zwanzig Millionen Slawen, von denen 7 in den früher zum Deutschen Bunde gehörigen Ländern wohnen." (Windelband, S. 84).

Am 7. November 1880 wiederholte Bismarck die Warnung: „Der Panslawismus mit seinen revolutionierenden Zielen ist *beiden deutschen Mächten gefährlich.*" (GP, IV, S. 19).

Dieser gefährliche Panslawismus wurde nach der Unterzeichnung des Drei=Kaiser=Vertrages von 1881 aggressiver noch als früher, ganz so, als wäre die Unterschrift das Angriffssignal für ihn gewesen. „In den Jahren 1881 und 1882 begann der panslawistische Chauvinismus *lauter denn je zu rasen*", registrierte die „Schlesische Zeitung" im November 1883. („Bismarck, Zwölf Jahre", S. 168).

Beiden Bismarcks war es kein Geheimnis, wie ausschweifend die Panslawisten planten. „*Prag* und *Konstantinopel* müssten die Ziele der russischen Politik sein", lautete die Losung bei den russischen Garderegimentern, und nicht nur bei ihnen, wie Herbert Bismarck am 27. Januar 1884 aus Petersburg an seinen Vater schrieb. (GP, III, S. 317).

„Es wäre überhaupt beunruhigend, zu sehen", äusserte Bismarck 1884, „dass Russland auf die seiner Machtsphäre so fernliegenden, aber geographisch in die österreichischen Provinzen eingeschobenen Gebiete nicht verzichten zu wollen scheine. Es gebe dafür keine anderen Motive als eben die panslawistischen, welche nachher ebenso gut *Prag* und *Steiermark* decken würden wie *Bosnien.*" (Windelband, S. 467).

Vor allem die panslawistische Böhmen=Ambition ging dem Kanzler nicht aus dem Sinn. Am 6. November 1886 sagte Herbert Bismarck in einem Bericht, den er seinem Vater nach Friedrichsruh sandte:

„Die überwältigende Mehrzahl aller Russen ist panslawistisch und *beansprucht in ihrer Gier die ganze Balkanhalbinsel* einschliesslich Bosniens." „*Und Böhmens*", ergänzte der Kanzler in einer Randbemerkung. (GP, V, S. 144 u. Randbemerk. 5).

Aber noch viel, viel grösser war der russische Magen, noch viel

gieriger der unstillbare russische Appetit. Nicht nur Böhmen stand auf der panslawistischen Annexionskarte. Vom Deutschen Reich sollten Posen und Schlesien abgerissen werden. In seiner 8. Denkschrift für den Zarewitsch, den nachmaligen Alexander II., schlug Pogodin 1853 vor, die Polen mit folgender Parole aufzuputschen:

„Wo man polnisch redet, da ist Polen. *Posen* — o das ist Polen, *nehmt es. Schlesien* — fragt nach, in welchen Gegenden die polnische Nationalität noch unversehrt ist, und *ihr könnt sie mit vollem Recht zurücknehmen.*" (Pogodin, a. a. O., S. 167 ff.).

Auf den Balkan, auf Asien, auf die Weltherrschaft lenkte Pogodin das Sinnen Alexanders. „Rußland muß Haupt des *slawischen Bundes* mit der Hauptstadt *Konstantinopel* werden. Zu dem Bunde müssen nach geographischer Lage und als sich mitten unter Slawen befindend nothwendig hinzutreten: *Griechenland, Ungarn, Moldau, Walachei, Siebenbürgen,* die asiatische *Türkei.*" (S. 153 ff.).

„Her mit den Dardanellen und mit dem Sund! Da liegen für die Zukunft die Zielpunkte unserer auswärtigen Politik." (S. 185).

Höher und höher trieb Pogodin den Ehrgeiz Alexanders hinauf:

„Wir haben noch halb Asien vor uns, *China, Japan, Tübet, Buchara, Chiwa, Kokand, Persien:* dahin wollen und müssen wir unser Gebiet ausdehnen. Asien, Europa, *Einfluß über die ganze Welt!* Welche Zukunft voll Herrlichkeit wartet Rußlands!" (S. 195 ff.).

Alexander II. lernte gut. Wie Pogodin ihn gelehrt, eroberte er Buchara, Chiwa, Kokand. Er holte sich Turkmenien und Teile von Armenien, er besetzte Taschkent und Samarkand, doch den dicksten Brocken — 2 000.000 qkm — schnappte er sich im Fernen Osten: die nördliche Mandschurei und Wladiwostok.

Von 1855 bis zu seinem Tode 1881 lief Alexanders Expansion, und seine Nachfolger auf dem Zarenthron, Alexander III. und Nikolaj II., befleissigten sich wie er, ein immer grösseres Stück der Welt unter russische Herrschaft zu bringen, denn unersättlich war die Gier, von der Herbert Bismarck gesprochen hatte. *Halb Deutschland und die halbe Welt* forderte Tjutschew für Russland, — *Deutschland bis zur Elbe!* Er verfasste Ende der 1840er Jahre eine eigene Geographie, die —

R u s s i s c h e G e o g r a p h i e

Moskau und Peters Stadt und Konstantins Byzanz
als hehre Metropolen des Russischen Reiches glänzen.
Wo aber hört es auf? und wo sind seine Grenzen
nach Norden, Ost und Süd, im Raum des Abendlands?
Wo einst sie enden werden, liegt an der Zukunft ganz.

Der Meere sieben und sieben Ströme, gross und breit...
Vom Nil zur Newa, von der Elbe bis nach China,
vom Euphrat bis zur Wolga, vom Ganges bis zur Donau...
Das ist das Russische Reich... in Ewigkeit gefeit,
wie Daniel vorausgeseh'n und prophezeit.

(„Polnoje sobranje stichotworeni"
„Gesammelte Gedichte", S. 263 ff.).

Die Invasionsarmee an der Grenze

Die dritte russische Drohung gegen die beiden deutschen Mon=archien, die militärische, machte den Trug der Drei=Kaiser=Po=litik auch der Öffentlichkeit sichtbar. Waren die panslawistischen Vernichtungs= und Eroberungspläne im einzelnen nur den Regie=rungen und den Diplomaten vertraut, so wurde ganz Europa zum Beobachter des Westwärts=Rollens der russischen Dampfwalze.

Während der ganzen Dauer des Drei=Kaiser=Vertrages verlegte die Zarenregierung in jedem Jahr mehr Streitkäfte an die Grenzen Deutschlands und Österreichs. Kein Staat der Welt wendete so=viel Geld für Rüstungen auf wie das Zarenreich. Im Jahr 1880 entfiel die *Hälfte der russischen Staatsausgaben auf den Militär=etat:* 49,47 Prozent, während es in Frankreich 35,38 Prozent, in Preussen 26,05 Prozent waren. (Reden, XII, S. 150 ff.).

Die fortgesetzte Erhöhung der Truppenzahl erfolgte, obwohl Russland, wie von deutscher Seite hervorgehoben wurde, „unter allen europäischen Ländern dasjenige ist, welches mit größter Sicherheit darauf rechnen kann, nicht angegriffen zu werden, die Rüstung also nur einen aggressiven Charakter haben kann. *Der einzige Eroberer, der Europas Frieden bedroht,* ohne selbst von irgend einem Angriff bedroht zu sein, ist eben Rußland." („Bis=marck, Zwölf Jahre", S. 131).

Wegen der russischen Truppenkonzentration an der deutschen Grenze bat Bismarck im November 1882 den Generalquartiermeister Graf Waldersee, zu prüfen, ob nicht „die Notwendigkeit der Errichtung von Sperrforts in den Bereich unserer Erwägungen" gezogen werden müsse. (Windelband, S. 378). Auch eine stärkere Infanterie-Sicherung der Grenze erschien ihm angebracht.

Um die gleiche Zeit machte Moltke dem Kanzler die ernstesten Bedenken des Generalstabs geltend: es sei nicht länger zulässig, „Maßregeln zu vermeiden, die im Interesse der Landesverteidigung liegen und zu denen wir von Rußland mit Beharrlichkeit provoziert werden." (Windelband, S. 378).

Bevor Deutschland indes in das Wettrüsten eintrat, war die russische Armee noch stärker an der deutschen Grenze aufmarschiert. Im Sommer 1883 wurde die *Kavallerie um 50 Prozent vermehrt;* jedes Regiment wurde auf sechs statt bisher vier Schwadronen gebracht. (GP, III, S. 297). Diese neuen Offensivmassnahmen veranlassten den deutschen Botschafter, am 11. September 1883 im russischen Aussenministerium vorstellig zu werden; er erklärte dem Minister:

„Alle Beweise von guten Gesinnungen nutzen nichts, solange Ihre Kavallerie und reitende Artillerie an unserer Grenze drohend aufmarschiert ist; *tout est là;* ändern Sie dies, und das diplomatische Gesamtbild wird sich ändern. Fünf Kavalleriedivisionen und eine kaukasische Division sind nach Westen vorgeschoben worden. Sprechen Sie mit irgendeinem Ihrer Generäle, und er wird eingestehen, daß *Ihre Aufstellung eine Drohung* ist." (GP, III, S. 296 ff.).

Es war eine massive Bedrohung. Allein in den Militärbezirken Wilna und Warschau hatte Russland am 1. Januar 1884 insgesamt 335 Bataillone, 182 Schwadronen und 498 Geschütze zusammengezogen. Ihnen standen deutscherseits in Ost- und Westpreussen, Posen, Schlesien und Pommern nur 124 Bataillone, 100 Schwadronen und 312 Geschütze gegenüber. (Windelband, S. 461).

Die wölfischen Instinkte

Die Besorgnis über die russische Bereitstellung kam in der deutschen Presse beredt zum Ausdruck. Die Artikel waren, wie es in einem Erlass Bismarcks an Schweinitz vom 23. Dezember 1882 hiess, ein Symptom des in ganz Europa wachgehaltenen Gefühls,

„daß man auf einen plötzlichen Friedensbruch von Seiten Rußlands gefaßt sein muß, sobald finanzielle und politische Chancen den Erfolg eines Kriegszugs zu versprechen scheinen." (Windelband, S. 382).

Es war Bismarcks feste Überzeugung, dass Russland nur darauf warte, „bis es Aussicht auf Bundesgenossen hat." (GP, III, S. 300). In der Gewissheit des russischen Willens zum Kriege bei günstiger Gelegenheit rief er im Sommer 1883 den preussischen Kriegsminister Bronsart von Schellendorf und den österreichischen Aussenminister Kálnoky zu Wachsamkeit und Aktivität auf. Am 2. August drang er in Bronsart:

„Wenn ich auch die Zukunft nicht voraussehen kann, so zweifle ich doch daran nicht, daß es in der Absicht der russischen Politik liegt, den Krieg mit uns zu führen, sobald Frankreich fähig und bereit sein wird, daran teilzunehmen. Diese *in dem russischen Programm begründete Kriegsgefahr* kann durch Umwälzungen in Frankreich wider Erwarten beschleunigt werden. Ich würde deshalb sehr dankbar sein, wenn Eure Excellenz mit mir das Bestreben nach weiteren Vorkehrungen an der Grenze fortzusetzen geneigt wären." (Windelband, S. 415).

Am 16. August liess der Kanzler Kálnoky warnen: Russland sei nicht gewillt, dauernd Frieden zu halten. Am 18. August neuer Warnruf nach Wien. „Nach der fortdauernden Grenzaufstellung der russischen Armee als auch nach den in jedem Jahr gesteigerten Rüstungen *kann man daran nicht zweifeln, daß Rußland sich zum Kriege ernstlich vorbereitet.* Dazu braucht es Zeit und Bundesgenossen, wartet also nicht nur die eigene finanzielle Erstarkung, sondern die Ereignisse in Frankreich ab, die dieses Land für Rußland bündnisfähig machen.

„Erst wenn dies der Fall ist, will man Krieg, und *für die Zwischenzeit* soll der Vertrauen erweckende auswärtige Minister von Giers als *Deckmantel* dienen, den man fallen läßt, sobald er seinen Dienst getan hat. Ich sehe in ihm nichts als *das Schafskleid der wölfischen Instinkte* der russischen Politik." (Windelband, S. 415).

Berlin, Wien, Petersburg: Krieg unvermeidlich

Der russische Aufmarsch lief und lief, und die Kriegsangst lastete schwer auf den Völkern Europas. Jahr für Jahr ängstigten sie sich, die ganze Zeit der Drei-Kaiser-Verträge hindurch, wie es

hier zwischenein mit den Berichten neutraler Diplomaten dokumentiert sei.

„In Berlin neigt, wie ich feststellen muss, die öffentliche Meinung zu dem Schluss, dass der Krieg vielleicht noch etwas aufgeschoben werden kann, aber doch *nahezu unvermeidlich* ist", meldete am 22. April 1882 der belgische Gesandte. (Schwertfeger, V, 36, Anmerk. 3).

Sein Wiener Kollege berichtete am 2. März 1882 in gleicher Weise: „Die allgemeine Auffassung — ich spreche vom Wiener Publikum und der Presse — geht dahin, dass ein Krieg zwischen Österreich und Russland *auf die Dauer* ebenso *unvermeidlich* ist, wie es der deutsch-französische Krieg war." (Schwertfeger, V, S. 37, Anmerk. 1).

Nicht anders in Petersburg. Am 3. Dezember 1886, also im letzten Jahr des Drei-Kaiser-Vertrages, schrieb der belgische Gesandte am Zarenhof seinem Minister: „Es ist meine persönliche Überzeugung, dass der Krieg *bei gegebener Gelegenheit unvermeidlich* sein wird. Er steht nicht unmittelbar bevor, doch ist er deswegen nicht etwa nicht zu befürchten, weil er sich als logische Konsequenz der allgemeinen Lage ergeben wird." (Schwertfeger, V, S. 156 ff.).

Kaiser Wilhelm: Das russische Pulverfass an der Grenze

Wirklich war ganz Europa alarmiert, wie Kaiser Wilhelm im September 1883 mit allem Ernste dem russischen Militärbevollmächtigten, Fürst Dolgorukij, vorstellte. Der Fürst hatte beteuert, es sei des Zaren bestimmter Wille, die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland aufrechtzuerhalten. Wilhelm I. entgegnete ihm darauf:

„Mit dieser friedlichen Gesinnung stände im *Widerspruch* die in einem so enormen Maßstab noch immer fortgesetzte Vermehrung der russischen Streitkräfte an meinen Grenzen, die nicht nur in Preussen und Deutschland, sondern in *ganz Europa alarmiere.* Solange die stete Vermehrung dieser Truppenmassen daure, so lange würden diese Beängstigungen in Europa fortdauern.

„Die Truppenmassen an der Grenze nach und nach zu vermindern, das ist die Hauptsache. Denn diese drohende Zusammenziehung solcher Truppenmassen, deren Zweck unbekannt bleibt, ist *wie ein Pulverfaß,* in welches ein unvorhergesehener Funke fällt und zur Explodierung bringt!" (Windelband, S. 435 ff.).

Nichts geschah, und so wiederholte Wilhelm I. seine Mahnungen 1884 bei Aussenminister von Giers und beim Berliner Botschafter, Fürst Orlow. Er sprach ihnen, nach eigener Aufzeichnung, „nicht blos von der Cavalrie sondern von der Verminderung, nach u. nach, der Truppen Masse an den Grenzen, — nur *so* könne der Kriegs-Besorgniß in Europa, *nicht blos* in Preuß-Deutschland u. Östreich Einhalt auf die Dauer geschafft werden." (GP, III, S. 297, Randbemerk. 2).

Alle Beschwörungen des greisen Monarchen waren in den russischen Wind gesprochen.

„Deutschlands kaum errungene Selbstständigkeit bedroht"

Die Lage spitzte sich zu, die Deutschenhetze wurde zur Kriegshetze. In einem Erlass an Schweinitz musste Bismarck am 14. Dezember 1886 darauf hinweisen, „daß die Mehrheit der russischen Presse unter Duldung der Kaiserlichen Regierung die öffentliche Meinung *zum Kampfe gegen Deutschland aufruft.*" (GP, V, S. 98).

Nun endlich glaubte Bismarck es nicht mehr verantworten zu können, noch länger mit Massnahmen zum Schutze des Reiches zu warten. Er legte dem Reichstag ein Gesetz über die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres vor. In der Begründung der Vorlage sagte die Regierung: „Mit Rücksicht auf die jenseits unserer Grenzen eingetretenen Verhältnisse kann eine Verspätung der Entschließung verhängnißvoll werden." (Reden, XII, S. 151). Sie liess am Ernst der Lage nicht den geringsten Zweifel: „Es ist sogar *die kaum errungene Selbständigkeit des Reichs bedroht.*" (Reden, XII, S. 147).

In der Debatte appellierte Moltke an den Reichstag, Deutschland gegen die Gefahr einer Invasion zu wappnen; in ernster Rede erklärte er:

„Meine Herren, diese Forderung, die an das Land gestellt wird, — sie wird gestellt, *um den bisher mühsam aufrechterhaltenen Frieden in Europa, wenn es möglich ist* (Hört! hört!) *auch ferner noch zu sichern.* Ich meine, wenn wir diese Vorlage ablehnen, so involviert das eine sehr ernste Verantwortlichkeit, vielleicht für das Elend einer feindlichen Invasion." (Reden, XII, S. 160).

Bismarck bereitet das deutsche Volk vor:

Aus vier Parlamentsreden Bismarcks vom Januar 1886 bis April 1887 war seine Überzeugung herauszuhören, dass der Krieg unvermeidlich sei. Weil er die schwere Prüfung eines Existenzkampfes für gewiss nahm, wollte er im Inneren Frieden schliessen, damit die Stunde des Kampfes ein einiges und starkes Deutschland fände. Hören wir ihn.

Am 28. Januar 1886 im Preussischen Landtag

sprach Bismarck von der Möglichkeit, dass Deutschland „noch einem härteren und läuterndem Feuer ausgesetzt werde, mit anderen Worten, dass wir von der Vorsehung nochmals in die Lage gebracht werden, ebenso wie Friedrich der Grosse nach dem Ersten und Zweiten Schlesischen Kriege, *uns noch gegen Staatenkoalitionen zu verteidigen.*" (Reden, XI, S. 446).

Am 26. März 1886 im Reichstag:

„Wenn wieder *grosse europäische Erschütterungen* kommen sollten, — *sie werden sehr viel komplizierter sein als diejenigen, die wir hinter uns haben,* und sie werden zum Teil internationaler Natur sein — wenn solche Bewegungen kommen, so möchte ich, dass das Deutsche Reich mit der vollen Festigkeit, die wir ihm in der Friedenszeit zu geben vermögen, diesen Möglichkeiten entgegentritt. Mir liegt — und deshalb eile ich mit den Reformen, die ich betreibe — vor allem am Herzen, dass, wenn solche Krisen eintreten, und wenn die Festigkeit der deutschen Verfassung auf Proben gestellt wird, wie sie deren bisher nicht bestanden hat, — dass man dann sagen kann: man hat in dem *tempus utile* des Friedens nichts versäumt. Namentlich wünsche ich, dass die Unzufriedenen möglichst wenig zahlreich sind." (Reden, XI, S. 366).

Am 24. Januar 1887 im Preussischen Landtag:

„Mit Rücksicht auf die Gefahren, die nach der europäischen Konstellation *im nächsten halben Menschenalter Deutschland* bevorstehen, haben wir den Wunsch, dass die Zahl der wehrfähigen ausgebildeten Deutschen innerhalb dieser Zeit um 200 000 Mann vermehrt werde." (Reden, XII, S. 293).

Am 21. April 1887 im Preussischen Landtag:

„*Wir können schweren Prüfungen entgegengehen.* Mein Bedürfnis ist gewesen, ehe wir diesen Prüfungen ausgesetzt werden, alle inneren Streitigkeiten von uns abzutun." (Reden, XII, S. 381).

Verhängnisvolle Verschlechterung unter dem Drei-Kaiser-Vertrag

1887 war das Scheinleben der „Entente à trois" beendet. Es existierte endlich keinerlei Drei=Kaiser=Politik mehr. Zweimal sechs Jahre war es mit ihr versucht worden, von 1873—79 und, trotz aller übelsten Erfahrung, noch einmal von 1881—87.

Dass bei dem Experiment nichts Gutes herauskommen würde, stand eigentlich ausser Zweifel. Als der erste Drei=Kaiser=Vertrag 1879 an dem russischen Aufmarsch und an den Kriegsdrohungen zerbrach, urteilte Bismarck in einem Brief an Bülow: „Jedes neue Abkommen mit Rußland wäre *auf Wind gebaut.*" (Windelband, S. 73). So deutlich hatte sich der russische Kurs schon abgezeichnet, dass Engels kein Risiko einging, als er am 9. September 1879 in einem Brief an Marx die Voraussage wagte: „Nihilisten und Panslawisten haben die deutsche Allianz so in Stücke gebrochen, dass sie höchstens noch auf kurze Zeit *scheinbar* geflickt werden kann." („Briefwechsel Engels/Marx", IV, S. 423).

Weder Bismarck noch Engels hatten sich geirrt. Die Drei=Kaiser=Politik scheiterte zum zweiten Male. Aber der zweite Versuch wurde um vieles kostspieliger, als der Kanzler vielleicht erwartet hatte, denn unter dem neuen Drei=Kaiser=Vertrag (von 1881) wandelte sich die Lage in Europa aufs bedrohlichste. Hatte 1879 die deutsche Presse sozusagen nur am Rande vermerkt, dass Deutschland „doch möglicherweise in einen Kampf mit Russland verwickelt werden könnte" („Kölnische Zeitung"; Hahn, IV, S. 318), so war 1886/87 *die Welt vom Kriegsgeraune erfüllt.* In den wenigen Jahren der zweiten „Entente à trois" war die „Freundschaft" in erklärte Feindschaft umgeschlagen. Die vordem latenten Gefahren brannten jetzt; seit 1883 war ein *Wettrüsten* in Gang, wie es Europa noch nie gekannt hatte, — und Bismarck erwartete den Krieg „im nächsten halben Menschenalter."

Fassen wir das Fazit der Drei=Kaiser=Politik in einem Satz zusammen: eine Invasion, zu deren Abwehr der deutsche Reichstag die Mittel bewilligen sollte, drohte vom Initiator der Drei=Kaiser=Verträge, von Russland.

KAPITEL VI

Rückversicherung für 8 Wochen

Es bezeugt sicherlich Beharrlichkeit und nicht etwa Mangel an politischer Phantasie, dass Russland in beiden Zusammenbrüchen der von ihm inaugurierten Drei-Kaiser-Politik, also 1879 und 1887, die gleichen Mittel, die gleiche Methode und sogar die gleiche Argumentation und Phraseologie anwandte.

1879. Kaum wurde im Zarenpalast Livadia bekannt, dass Bismarck zu „wichtigen Besprechungen" — den Bündnisverhandlungen — nach Wien fahren wolle, so entschloss sich Alexander II., einen Botschafter in besonderer Mission nach Berlin zu entsenden. Es war, wie bekannt, Saburow, dessen Bündnisangebot Bismarck ablehnte. Aber der Zar hatte seinem Beauftragten noch mehr mitgegeben. Saburow verhiess dem Kanzler: „Im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich wird Russland neutral bleiben und *verpflichtet sich,* jede andere Macht, *wenn nötig mit Waffengewalt,* daran zu hindern, sich Frankreich anzuschliessen." (Saburow, S. 83).

Von dieser wichtigen Verpflichtung enthielt der von Saburow unterzeichnete Drei-Kaiservertrag von 1881 *keine einzige Silbe mehr,* denn Russland zog sich, sobald das verlockende Wort seine Schuldigkeit getan und Bismarck beeinflusst hatte, auf die blosse Neutralität zurück.

Saburow war auf den Erfolg seiner Methode so stolz, dass er sie in einem Memorandum für den Zaren nachdrücklich herausstrich; er schrieb:

„Ich habe keine Bedenken, zu erklären, dass ich *das wirksamste Argument* in meinen Unterredungen mit Fürst Bismarck aus seiner Sorge über die Möglichkeit einer Annäherung zwischen Frankreich und uns gewonnen habe sowie *durch die Perspektive, diesen Alpdruck,* der ihn heimsucht, *zu beseitigen,* wofür der Preis zu entrichten wäre, dass Deutschland uns seine loyale Mitarbeit bei der Sicherung unserer nationalen Interessen gewährt.

„Ich habe Grund zu glauben, dass der Fürst die ganze Bedeu-

tung dieses Gedankens erfasst hat und dass er sich ehrlich an ihn halten wird, denn er sieht in ihm ein schwerwiegendes Pfand für die Sicherheit Deutschlands." (Saburow, S. 125).

1887. Die Entscheidung über die Verstärkung des deutschen Heeres rückte heran, und wieder erschien, wie 1879 vor dem Abschluss des deutsch-österreichischen Bündnisses, ein Sonderbotschafter des Zaren in Berlin. Fünf Tage vor der grossen Reichstagsdebatte vom 11. Januar, die Reden Bismarcks und Moltkes bringen sollte, machte Graf Peter Schuwalow im Auswärtigen Amt seine Aufwartung. Er bot einen Vertrag an und trug Herbert Bismarck das einst von Saburow erprobte „wirksamste Argument" vor. Schuwalow schwor feierlich:

„Ich setze meinen Kopf zum Pfande, dass der Kaiser Alexander niemals Deutschland angreifen wird, am allerwenigsten im Bunde mit Frankreich, und ich bin überzeugt, dass sich innerhalb 24 Stunden eine schriftliche, bindende Erklärung in Form eines Vertrages von ihm erreichen lässt, dass er sich in französisch-deutsche Händel niemals einmischen wird, *einerlei ob Frankreich Deutschland angreift, oder ob Sie Frankreich mit Krieg überziehen.*" (GP, V, S. 212 ff.).

Als der Kanzler am 10. Januar aus Friedrichsruh nach Berlin zurückkehrte, um im Reichstag zu sprechen, legte Schuwalow ihm den Entwurf einer „Entente à 2" vor, der den Lockruf wiederholte. „In *jedem* Konflikt, der sich zwischen Deutschland und Frankreich ergeben sollte, kann Deutschland auf die freundschaftliche Neutralität Russlands rechnen." (GP, V, S. 215).

Fünf Monate später, als der sogenannte Rückversicherungsvertrag unterzeichnet wurde, war in seinem Text nur noch von Neutralität bei einem französischen Angriff die Rede, *nicht mehr* von Neutralität in *jedem* deutsch-französischen Konfliktsfall. Aber Bismarck klangen, als er sich in den Reichstag begab, noch die Sirenentöne der ersten, uneingeschränkten Zusicherung im Ohr. Wie wir gleich sehen werden, wirkte Saburows altes Rezept wiederum.

Bismarck und Moltke widersprechen sich

In der Sitzung vom 11. Januar erregte der Generalstabschef Sensation, der Kanzler Verwunderung. Moltke erhob sich, um Europas Ängste und Befürchtungen auszusprechen; ohne Umschweife erklärte er den Frieden für bedroht:

„Meine Herren, niemand von uns täuscht sich wohl über den Ernst der Zeit. *Alle Welt fragt sich: werden wir den Krieg bekommen?* Nun, meine Herren, ich glaube, dass kein Staatslenker freiwillig die ungeheure Verantwortung auf sich nehmen wird, die Brandfackel in den Zündstoff zu werfen. Aber die Volksleidenschaften, der Ehrgeiz der Parteiführer, die durch Wort und Schrift missgeleitete öffentliche Meinung, das alles, meine Herren, sind Elemente, welche stärker werden können als der Wille der Regierenden. Würde die Forderung der Regierung abgelehnt, meine Herren, *dann*, glaube ich, *haben wir den Krieg*." (Reden, XII, S. 173 ff.).

Zu Moltkes düsterem Ausblick stand Bismarcks rosige Schilderung der deutsch-russischen Beziehungen in auffallendem Widerspruch. Mit Erstaunen nahm das Haus des Kanzlers Erklärung auf: „Unsere Freundschaft mit Russland ist auch heute über jeden Zweifel erhaben. *(Hört! Hört!)* Wir erwarten von Russland durchaus weder einen Angriff noch eine feindselige Politik. Ich glaube auch nicht, dass man von russischer Seite nach Bündnissen sucht, um in Verbindung mit anderen uns anzugreifen." (Reden, XII, S. 179 ff.).

Bismarcks Eingeständnis der öffentlichen Schönfärberei

Schuwalows Offerte hatte Bismarck dazu vermocht, von der Wahrheit abzuweichen und im Reichstag gegen seine eigene Überzeugung, *gegen sein besseres Wissen* zu sprechen. Er war sich wohl bewusst, wie bedenklich, ja, gefährlich es war, die deutsche Öffentlichkeit und die deutschen Länderregierungen falsch zu informieren. Um wenigstens die wichtigsten Höfe nachträglich richtig über die wirkliche Lage zu unterrichten, sandte er einen Erlass an die preussischen Gesandtschaften in München, Dresden, Stuttgart und Karlsruhe, in der er *seine Rede selbst dementierte;* er ersuchte die Gesandten:

„Wenn unsere Beziehungen zu Rußland besprochen werden, so wollen Sie darauf aufmerksam machen, dass ich Anlass hatte, *unsere Beziehungen zu Rußland günstiger darzustellen, als ich sie in der Tat beurteile.* Die Elemente, welche im Innern Rußlands *auf Krieg drängen,* sind mächtig, und Kaiser Alexander legt ihnen mehr Gewicht bei, als mit unserem Interesse verträglich ist.

„Die Haltung der Presse, die Stimmung der einflußreichen Mos-

kauer Gesellschaft mit der Zeitung Katkows an der Spitze wirken an sich mächtig auf die Entschliessungen des Kaisers. Dazu kommen die gesellschaftlichen und persönlichen Einflüsse, die in derselben Richtung tätig sind; ehrgeizige Generäle, politische Damen, liberalisierende Beamte, die materielle Not der Grundbesitzer und der steigende Einfluß der Orthodoxie, die *alle im antideutschen Sinn tätig* sind.

„Wenn zu diesen inneren Einflüssen die Änderung der europäischen Lage träte, welche das Ergebnis des Ausbruchs eines deutsch-französischen Krieges sein würde, so ist die Vermutung nicht ausgeschlossen, dass in einem solchen Falle die Haltung Rußlands wenigstens nicht von der Art sein würde, um uns ähnlich wie 1870 die volle Entblößung unserer Ostgrenze zu gestatten.

„Es würde mir *unerwünscht* sein, wenn die Tatsache, dass ich es als diplomatisch für geboten halte, vor der Öffentlichkeit das volle Vertrauen zu Rußland auszusprechen, die Wirkung hätte, dass unsere deutschen Bundesgenossen *sich einer Sicherheit hingeben, für welche wir dauernde Bürgschaft nicht besitzen."* (GP, V, S. 116 ff.).

Die wirkliche Lage

Selbst die Geheimwahrheiten, die Bismarck den vier Höfen zukommen liess, wurden der wirklichen Lage in Russland bei weitem nicht gerecht. Der Kanzler gab mit ihnen sogar den Königen von Bayern und Württemberg nur ein paar Körnchen der Wahrheit, nur einen Bruchteil dessen preis, was er wusste. Die russischen Zeitungen und die Petersburger Gesandtenberichte vermittelten ihm ja seit Monaten schon die Gewissheit, dass das russische *Volk* mit Frankreich gegen Deutschland gehen wollte.

Bereits im Oktober 1886 erklärte gerade die von Bismarck besonders erwähnte „Moskauer Zeitung" Katkows eine Annäherung an Frankreich für notwendig, „um durch die Drohung einer französisch-russischen Allianz *Deutschland in Furcht zu halten."* (Schwertfeger, V, S. 38). Am 3. Dezember 1886 meldete der belgische Gesandte aus Petersburg: „Der bezeichnende Zug der russischen Presse ist gegenwärtig eine ausserordentliche Vorliebe für Frankreich, das als *zukünftiger Verbündeter* hingestellt wird, der im Falle eines österreichisch-russischen Konflikts die Kräfte Deutschlands zu binden haben würde." (Schwertfeger, V, S. 39).

Und Anfang 1887: „Sich durch nichts, was immer es sei, ablen=ken lassen, sich in keinerlei politische Abenteuer verstricken, die Russland der *Aktionsfreiheit* berauben könnten, *wenn die Stunde des deutsch=französischen Konflikts kommt,* — das ist das Pro=gramm, das die russische öffentliche Meinung aufgestellt hat. Kurzum: das russische Volk würde offenbar den Ausbruch eines deutsch=französischen Krieges recht gern sehen, und die hiesigen Zeitungen giessen Öl ins Feuer." (Schwertfeger, V, S. 177 ff.).

Die Volksstimmung war so offen und einhellig antideutsch, dass der deutsche Botschafter warnend vermerkte: „Ich übernehme keine Garantie, dass der Zar sein Volk von der *Einmischung in den deutsch=französischen Krieg,* wenn ein solcher ausgebrochen ist, zurückzuhalten imstande sein wird." (Schweinitz, II, S. 334).

Die russische Botschaft spricht anders als das Aussenministerium

Bismarcks innerste Überzeugung stimmte übrigens ganz mit der Meinung seines Petersburger Botschafters überein. Der Kanzler zog dabei nicht nur die deutschfeindliche Volksstimmung in Be=tracht, sondern mehr noch die *Unberechenbarkeit* des Zaren und die *Doppelsprachigkeit* der russischen Diplomatie, die heute wider=rief, was sie gestern zugesagt hatte.

Alexander III., sprunghaft, unselbständig, launenhaft, wurde von zwei Strömungen hin= und hergetrieben. Gelegentlich ent=schied er nach dem Rat seines Aussenministers von Giers, der ihm empfahl, die Anlehnung an Deutschland nicht aufzugeben. Mehr und mehr verfiel er jedoch dem Einfluss der Panslawisten unter der Führung Katkows.

In Berlin empfand man die Widersprüche, die Zweigleisigkeit, am häufigsten. Darüber waren alle Diplomaten unterrichtet, die mit der Reichskanzlei und dem Auswärtigen Amt in Verbindung standen. So berichtete der belgische Gesandte, Graf van der Stra=ten:

„Der Widerstreit der Einflüsse des Herrn von Giers und Kat=kows hat oft zur Folge, dass die Versicherungen, die der russische Botschafter dem Kaiser und dem Kanzler in Berlin gibt, *in Wider=spruch* stehen *zu dem, was man in Russland macht."* (Schwert=feger, V, S. 41 ff.).

Hierzu liefert die Vorgeschichte des Rückversicherungsvertra=ges einen überaus illustrativen Beitrag: Als Graf Peter Schuwalow

den in Berlin von ihm selbst redigierten und von Bismarck gutgeheissenen Entwurf eines deutsch-russischen Vertrages in Petersburg zur Genehmigung vorlegte, wurde er desavouiert. Durch Alexander höchstpersönlich. Am 17. Januar hielt Giers dem Zaren über Schuwalows Verhandlungen mit Bismarck Vortrag, und —

„Seine Majestät sprachen sich gegen ein Bündnis mit Deutschland aus. Ihm sei bekannt, dass dieses *Bündnis unpopulär* ist und *den nationalen Gefühlen ganz Russlands zuwiderläuft.*" (Graf Lamsdorff, „Tagebuch", S. 34 ff.; Potjomkin, II, S. 112 ff.).

Auf Befehl des Zaren wurde der Berliner Botschafter angewiesen, von Unterredungen über den Abschluss eines Vertrages vorläufig völlig abzusehen. Die russische Presse hetzte inzwischen drinnen und draussen kräftig weiter. Im Ausland besorgte das vor allem der „Nord" in Brüssel, der vom russischen Aussenministerium finanziert und instruiert wurde. Er meldete, „dass Rußland sich von den Kaisermächten losmachen und fortan *freie Hand* haben wolle, um im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland ein entscheidendes Wort zu sprechen." (Schweinitz, II, S. 335).

Bismarck stiftet neue Koalitionen gegen Russland

Die zweideutige Haltung der Zarenregierung und die drohende Sprache der russischen Presse veranlassten den Kanzler, seine alte Politik der Gegenbündnisse wieder aufzunehmen. Um die Abwehrfront gegen Russland zu festigen und zu erweitern, hatte er im Mai 1882 dem deutsch-österreichischen Bündnis den Dreibund Deutschland-Österreich-Italien angefügt und im Oktober 1883 das Bündnis mit Rumänien geschlossen.

Nun ging er daran, auch Grossbritannien gegen Russland zu engagieren. Am 3. Februar 1887 versicherte er dem britischen Botschafter, Sir Edward Malet, „daß wir jede Annäherung zwischen England und Italien als erwünscht betrachteten, weil wir überzeugt sind, daß die Sicherstellung des europäischen Friedens durch eine solche gefördert wird." (GP, IV, S. 300).

Am 10. Februar wiederholte er die Bündnisanregung in London mit der Begründung, „daß gegen Rußland das durch Italien und England gestützte Österreich die Waage hält." (GP, IV, S. 310).

Lord Salisbury ging unverzüglich auf die Anregung des Kanzlers ein; am 12. Februar wurde von Grossbritannien die *Mittelmeer=Entente* unterzeichnet, der Österreich=Ungarn am 23. März 1887 beitrat. Die Abwehrfront des Westens reichte nun von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer.

Schweinitz: Nichts wird sich ändern!

Den Ausbau der Westbündnisse erwiderte Petersburg mit neuer diplomatischer Initiative. Nach zwei Monaten des Schweigens fing der russische Aussenminister von sich aus an, wieder über den deutsch=russischen Vertrag zu sprechen. Aber was er vorbrachte, erregte bei Schweinitz stärksten Verdacht. „Für uns", betonte Giers mit Emphase, „ist *vollständige Geheimhaltung* eine Hauptbedingung." (GP, V, S. 221).

Nur fünf Russen wüssten ausser ihm um diese Angelegenheit: der Zar, dessen Bruder Wladimir, Peter und Paul Schuwalow sowie der Kabinettschef, Graf Lamsdorff. „Weder die übrigen Beamten im Ministerium noch die Herren der russischen Botschaft in Berlin *dürften das mindeste von der Sache erfahren.*" (GP, V, S. 225).

Schweinitz machte sich seinen Spruch auf die Geheimnissucht des Aussenministers. Sein Misstrauen gegen die russischen Absichten war jetzt noch stärker als bisher, und sogleich nach der Unterredung teilte er dem Kanzler seine Bedenken mit. In seinem Bericht vom 19. März 1887 mahnte er unmissverständlich von dem Vertrag ab:

„Nach meiner ehrerbietigen Meinung wird der Wert eines Abkommens mit Rußland *vermindert* durch die Geheimhaltung. Denn *warum* wird diese so dringend und ängstlich verlangt? nur deshalb, weil der Kaiser Alexander glaubt, daß ein Bündnis mit uns vorteilhaft für seine äussere Politik, scheinbarer *Deutschenhaß aber notwendig für seine Popularität* und Sicherheit im Innern ist. Wir dürfen also kaum hoffen, daß nach Erneuerung des Abkommens die panslawistische Agitation und die Annäherungsversuche an alle unsre Nachbarn aufhören, und wenn diese hierdurch ermutigt, die nationalen Leidenschaften in Rußland aber aufs höchste gesteigert sein werden, dann dürfte der Zar diesen zu widerstehen beim besten Willen kaum stark genug sein." (GP, V, S. 221).

In jedem Punkt sollte Schweinitz recht behalten, doch er wurde nicht gehört. Bismarck verhandelte.

„Zu Bundesgenossen würden wir das ganze Europa haben"

Aus den ersten offiziellen Eröffnungen, die Giers dann Ende April über einen neuen Vertragstext machte, las Bismarck Hinter=gedanken heraus. Ominös genug hiess es in den russischen Pro=positionen: „Die Integrität des österreichisch=ungarischen Besitz=standes brauche *nicht garantiert* zu werden; der Kaiser Alexander denke zwar nicht daran, denselben zu gefährden, *aber Rußland dürfe sich in dieser Beziehung nicht binden.*" (GP, V, S. 226).

Bismarck stellte daraufhin sofort klar, „daß wir vertragsmässig verpflichtet wären und blieben, Österreich gegen einen Angriff Rußlands *von Hause aus mit der vollen verfügbaren Macht bei=zustehen.*" (GP, V, S. 238).

Trotz dieser unbedingten Loyalitätserklärung versuchte Russ=land weiterhin, dem Kanzler antiösterreichische Vertragsbedingun=gen zu oktroyieren. Wochenlang zogen die Verhandlungen sich hin, denn immer wieder legte Schuwalow, wenn alles bereits ge=regelt schien, neue Wünsche und Forderungen auf den Verhand=lungstisch. Seinem Ärger darüber und seiner ausserordentlichen Gereiztheit machte Bismarck am 12. Juni 1887 in einem Erlass an Schweinitz Luft. Misstrauisch und zornig zugleich diktierte er nach Petersburg:

„Daß Graf Schuwalow die einfache Zustimmung des russischen Kabinetts nicht hat erlangen können, nötigt uns zum Nachdenken darüber, ob und welche *Hintergedanken* zugrunde liegen. Der Vertrag bietet Rußland wesentliche Vorteile, die auf deutscher Seite kein Äquivalent finden. Wenn Deutschland die Zusicherung gibt, den russischen Wünschen in Bulgarien, Rumelien und be=züglich der Meerengen nicht entgegenzutreten, so ist dies ein Versprechen, demgegenüber *jede Gegenleistung von russischer Seite fehlt.*

„Wenn von russischer Seite dennoch Bedenken getragen wer=den, den Vertrag in dieser Gestalt anzunehmen, so lässt uns das vermuten, daß Rußland die Vorteile überschätzt, die der Vertrag im Hinblick auf unsere Beziehungen zu Frankreich für uns haben würde. Wir glauben Frankreich gegenüber keines Beistandes zu bedürfen und *selbst wenn wir von Frankreich und von Rußland*

gleichzeitig angegriffen würden, so glauben wir einem solchen Angriff vermöge unserer eigenen Macht und der unserer Bundesgenossen mit Gottes Hülfe gewachsen zu sein.

„Zu Bundesgenossen aber würden wir bei der Abwehr das ganze übrige Europa haben, da keine der anderen Mächte sich mit dem Gedanken würde befreunden können, nach Besiegung des Deutschen Reiches durch eine französisch-russische Koalition sich der Macht dieser letzteren, ohne Deutschland, in Europa gegenüber zu befinden." (GP, V, S. 245 ff.).

Herbert Bismarck: Wenn kein Vertrag — tant mieux

Herbert Bismarck war nicht minder entrüstet als sein Vater. Nach seiner Auffassung bewiesen die immer neuen Petersburger Forderungen *„das unbegrenzte Maß des russischen Anspruchs."* (GP, V, S. 244). Sie „zeigten, *wie schwer es hält, die Russen jemals zufriedenzustellen."* (Ebenda).

Ganz offen sprach Herbert Bismarck sich am 13. Juni 1887 in einem Brief an seinen Bruder Wilhelm aus. „Constantinopel", so meinte er, „könnten die Russen unseret- und Oesterreichs wegen gern bestürmen: Das wollen sie aber nicht, sondern Oesterreich von der ganzen Balkan-Halbinsel heraushalten *et hic haeret.* Sie werden sich bei ihrer unglaublichen Einbildung und Verblendung schließlich das ganze Europa (außer den verrotteten Galliern — wenigstens sind die einstweilen auszunehmen —) auf den Hals ziehen. —

„Dass wir gegen Rußland *wirtschaftliche Retorsion* üben, ist sehr mein Wunsch. Papa wollte nur einstweilen nichts davon hören, solange die Verhandlungen über den geheimen Vertrag schweben. Nach unserer jüngsten ziemlich trockenen Ablehnung ihrer unverschämten Mehrforderungen möchte ich fast glauben, dass die Russen doch abschließen. Tun sie es nicht, so sage ich *tant mieux.* Sie werden sich *dann ganz isoliert* fühlen." (Rassow, „Die Stellung Deutschlands im Kreise der Grossen Mächte 1887—1890", S. 225 ff.).

Bismarcks Zweifel an der Vertragserfüllung

Während Herbert Bismarck eine so ausgeprägte Geringschätzung des Rückversicherungsvertrages empfand, erfüllte den Kanz-

ler die ernste Sorge, dass er am Ende doch *nur einen Fetzen Papier* unterschreiben könnte. Denn würde Russland den Vertrag halten, wenn es zwischen Deutschland und Frankreich zum Krieg käme? Diese Frage stellte er, ohne sie zu bejahen, dem Petersburger Botschafter.

In seinem Erlass vom 13. Juni bekundete er zunächst Unmut über die „Schwierigkeiten und *Winkelzüge*, mit denen wir seit fünf Monaten zu kämpfen haben." (GP, V, S. 250). Er kreidete die Verantwortung dem Aussenminister von Giers an, „der den Coup versucht, in letzter Stunde uns allerhand abzudrücken oder die Sache zum Scheitern zu bringen. Die Überschätzung der letzteren Alternative ist jedenfalls das Motiv der Finasserien." (Ebenda). Ohnehin hätte er sich wegen der „in breiter Weise geduldeten und gepflegten Kundgebungen russisch-französischer Allianzneigungen" mit einem negativen Ausgang vertraut machen müssen.

Sollte aber der Vertrag trotz allem zustandekommen, so setzte Bismarck zu wenig Vertrauen in die russische Unterschrift, um an eine Vertragserfüllung zu glauben. Voller Skepsis schrieb er:

„*Der Wert*, den wir auf das vertragsmäßige Verhältnis zu Rußland legen, *wird noch durch die Frage gemindert, ob der Kaiser* von Rußland gegenüber der künstlich aufgeregten öffentlichen Meinung *imstande ist, den Vertrag zu halten*, wenn wir von Frankreich angegriffen werden. Nach der Macht, zu der die Presse in Rußland gelangt ist, kann man die Frage nicht mit unbedingter Sicherheit beantworten." (GP, V, S. 251).

„6 bis 8 Wochen länger als ohnedem"

Fünf Tage nach dieser Misstrauenskundgebung des Kanzlers wurde der Rückversicherungsvertrag von Herbert Bismarck und dem Botschafter Paul Schuwalow unterzeichnet, am 18. Juni 1887. Er galt, wie Bismarck es durchgesetzt hatte, nur für drei Jahre, nicht für fünf Jahre, wie es der russische Wunsch gewesen war.

Wie der Kanzler, so glaubten auch andere, dass Russland trotz Rückversicherungsvertrag eines Tages gemeinsam mit Frankreich gegen Deutschland marschieren würde. Sogleich nach dem Vertragsabschluss wiederholte Schweinitz dem Kanzler gegenüber seinen dringenden Zweifel, ob der Zar, „der einem Publizisten wie Herrn Katkow so grosse Nachgiebigkeit zeige, weil er den-

selben als den Dolmetscher der russischen Volksseele angesehen habe, nicht noch nachgiebiger sein würde, wenn die öffentliche Meinung sich noch lauter, stürmischer, vielleicht durch Kundgebungen militärischer Politiker äusserte." (GP, V, S. 256).

Erst recht traute die deutsche Kronprinzessin dem Zaren und der russischen Regierung nicht; sie schrieb ihrer Mutter: „Ich glaube nur, dass all dieses Sichgeneigtmachen keinen Sinn hat, da *die Russen doch tun, was sie wollen* und sich *mit den Franzosen verbünden werden,* wenn sie den passenden Augenblick für gekommen halten." (Ponsonby, a. a. O., S. 248).

Endlich die Urteile beider Bismarcks in aller Kürze. Herbert rechnete damit, dass der Rückversicherungsvertrag im Ernstfall von den Russen *nur einige Wochen gehalten werden würde;* so teilte er sich seinem Bruder mit: „Es ist immer eine Art Druck auf den Czaren und hält uns im Ernstfall die Russen wohl doch 6 bis 8 Wochen länger vom Halse, als ohnedem." (Rassow, a. a. O., S. 226).

Der Kanzler selber aber spezifizierte im November 1887 den Rückversicherungsvertrag als ein *Mittel* der Russen *zum Zeitgewinn* für die Aufrüstung und für den Allianzabschluss mit Frankreich. (GP, V, S. 321).

Wie faul die Früchte des Rückversicherungsvertrages waren, werden die folgenden Kapitel dartun.

KAPITEL VII

Vorbereitung auf den Tag X

Die drei Jahre des Rückversicherungsvertrages — 1887—1890 — wurden zum sorgenvollsten, düstersten Abschnitt der Regierungszeit Bismarcks. Die Kriegsgefahr verdichtete sich, die Zarenregierung nahm finanziell und militärisch die Zusammenarbeit mit Frankreich auf, die Drohungen der Panslawisten und der russischen Presse wurden dreister. Die Kriegsparole gegen Deutschland, die 1882 ein General verkündet hatte, wurde jetzt, 1887, von einem Mitglied der Zarenfamilie in die Welt hinausgerufen.

Diese grossfürstliche Provokation erfolgte wenige Monate nach Abschluss des Rückversicherungsvertrages —, genauso, wie Skobelews Brandreden seinerzeit kurz nach der Unterzeichnung des Drei-Kaiser-Vertrages gehalten worden waren. Beide Male konnte es scheinen, als hätte Russland nur auf die deutsche vertragliche Bindung gewartet, um die Hetze, die militärische und politische Aktivität gegen das Reich ungehemmt zu entfalten.

Die Frage, *zu welchem Zweck Russland Verträge schliesst,* musste sich der deutschen Regierung zumal nach dem Rückversicherungsvertrag förmlich aufdrängen. Herbert Bismarck stellte sie denn auch dem russischen Botschafter, Graf Paul Schuwalow. In einer Unterredung am 1. November 1887 führte er zunächst Beschwerde über die Hetze der russischen Presse, die es dahin gebracht habe, „das ganze russische Volk *in einer bisher nie dagewesenen Weise gegen Deutschland aufzuhetzen.*" (GP, V, S. 309). Russland habe den französischen Revanchismus neu angefacht, und es müsse besonderes Misstrauen wecken, dass Katkow, der Vorkämpfer einer russisch-französischen Allianz, mit einem hohen Orden augezeichnet worden sei. „Das musste natürlich in ganz Russland der Überzeugung Vorschub leisten, als ob *der Zar in seinem tiefsten Innern mit der deutschfeindlichen Hetze Katkows einverstanden* sei." (GP, V, S. 310).

Als Schuwalow einwandte, „wir könnten uns auf den Kaiser verlassen", und auf den Rückversicherungsvertrag anspielte, er-

widerte ihm Herbert Bismarck: „Es sei ja möglich, dass jene Abmachung nur getroffen sei, *um uns die Hände zu binden,* bis Russland mit seiner Bewaffnung und Flotte fertig sei. Als Graf Schuwalow hierauf mit allen möglichen Protestationen entgegnete, sagte ich ihm, *das könne uns nichts helfen."* (GP, V, S. 311).

Herbert Bismarck sprach damit ganz genau das aus, was sein Vater dachte und, wie wir sehen werden, öfter als einmal niederschrieb. Der Argwohn beider Bismarcks war seit dem triumphalen Empfang, den russische Gouverneure und Generäle im August 1887 dem französischen Revanchepolitiker Déroulède bereitet hatten, von Monat zu Monat gewachsen. Aus vielen Gründen. So gestand z. B. Aussenminister von Giers dem deutschen Geschäftsträger, Bernhard von Bülow, auf dessen Protest gegen die Pressehetze:

„Ich weiss sehr wohl, daß die russische Publizistik *auf Krieg* und Umsturz des Bestehenden *hinarbeitet.* Unsere Zeitungen wollen durch Aufstacheln aller bösen Leidenschaften im russischen Volke die schon vorhandene Unzufriedenheit auf das äusserste steigern; sie hoffen, daß die Regierung dann schließlich ihren *Ausweg in einem Krieg suchen,* und daß dieser Krieg Reformen im Innern nach sich ziehen werde." (GP, V, S. 299).

Grossfürstlicher Toast auf den Krieg gegen Deutschland

Doch nicht nur die Revolutionäre wollten Krieg. Auch Generäle und hohe Beamte riefen nach ihm, und sogar Mitglieder des kaiserlichen Hauses verspürten und verkündeten das Verlangen, gegen Deutschland zu Feld zu ziehen. An Bord eines französischen Dampfers trank Grossfürst *Nikolaj* am 7. Oktober 1887 auf den Krieg; sein Toast auf den künftigen Alliierten Frankreich gipfelte in dem sensationellen Satz:

„In kurzer Zeit werden alle Hindernisse verschwunden sein, welche jetzt noch dem *russisch-französischen Krieg gegen Deutschland* im Wege stehen." (GP, VI, S. 117).

Alexander III. kam es nicht in den Sinn, den kriegslüsternen Grossfürsten zur Ordnung zu rufen. Dieses Placet des Zaren erregte den greisen Kaiser Wilhelm fast noch mehr als die Kriegstreiberei selbst. Er wünschte, dass die Zarenregierung über seine Indignation ins Bild gesetzt werde. Dem Kanzler genügte Ent-

rüstung nicht. „Ich möchte", so schlug er vor, „dass noch mehr als der Verstimmung dem *politischen Misstrauen* Ausdruck gegeben würde, welches diese Erscheinungen und der Ton der Presse bei uns erregen. Die *Drohungen*, welche in allen diesen Kundgebungen gegen Deutschland Ausdruck finden, machen es uns *Ehren halber* garnicht mehr möglich, die russische Politik öffentlich irgendwo zu unterstützen. Es würde das so aussehen, als fürchteten wir uns vor einer russisch-französischen Coalition, was durchaus nicht der Fall ist. Ein solcher Eindruck aber würde die öffentliche Meinung in Deutschland der Regierung entfremden." (GP, V, S. 306, Randbemerk. 1).

Die Fristbegrenzung des Grossfürsten, seine Worte: „in kurzer Zeit", verstand Bismarck dahin, „dass sie sehr wohl auf die drei Vertragsjahre (des Rückversicherungsvertrages) bezogen werden könne." (GP, V, S. 305). So gross war sein Misstrauen gegen das Zarenreich.

Bismarck: Russland wartet auf seine Stunde

Der Verdacht, den die *„Duplizität der russischen Politik"* bei Bismarck erregte, nistete sich tiefer und tiefer ein. Die russischen Drohungen bewogen ihn, die Stärke der deutschen Armee zu überrechnen. Er kam zu dem Ergebnis, „dass wir zur Abwehr von Angriffen, welche unsere Existenz bedrohen, 3 Millionen guter Soldaten, versehen mit vollem Bedarf von Offizieren und Unteroffizieren und mit dem ausreichenden Vorrat an Munition und guten Gewehren ins Feld stellen können." (GP, V, S. 305). Er liess die Heeresstärke der deutschen Botschaft in Petersburg mitteilen und wies sie am 9. Oktober 1887 zugleich an, der russischen Regierung mit aller Entschiedenheit seinen Argwohn und sein Misstrauen gegen die russischen Absichten zur Kenntnis zu bringen. Es war eine schärfere Sprache, als er sie je gegen Petersburg geführt hatte. Bülow sollte dem Aussenminister erklären:

„Das Mißtrauen wäre die natürliche Folge des Widerspruches zwischen der Haltung der russischen Regierung uns gegenüber und gegenüber dem inneren Rußland, Déroulède, Baranow und Großfürst Nikolaj Michailowitsch. Alle diese Vorgänge müßten uns zu dem Glauben bringen, *daß die russische Regierung nur den Zeitpunkt abwarte, wo die russischen Rüstungen vollendet sein würden*, um den Haß gegen Deutschland zu utilisieren, den sie im eigenen Lande so sorgfältig pflege.

„Wie man sagte, würden zur Fertigstellung der vollen russischen Kriegsbereitschaft etwa vier Jahre erforderlich sein, und die Möglichkeit liege ja vor, daß die russische Politik *für diesen Zeitraum* uns ruhig erhalten, aber den Haß der Russen gegen uns und die Ermutigung der Franzosen gegen uns sorgfältig pflegen wolle, *bis der Moment gekommen sei,* wo man dies alles benutzen würde."

Bismarck zog folgenden Schluss: „Wir werden uns, da wir uns um das Wohlwollen Rußlands vergebens bemühen, die Aufgabe stellen müssen, das Wohlwollen anderer Mächte zu gewinnen und *diese anderen Mächte in ihren Neigungen zu antirussischer Politik zu ermutigen."* (GP, V, S. 303 ff.).

In Österreich, das sich noch stärker gefährdet fühlen musste als das Reich, war man mindestens ebenso fest wie Bismarck davon überzeugt, dass Russland den Krieg beginnen würde, sobald es mit der Rüstung fertig wäre. *„Seit Jahren"*, so erklärte Graf Kálnoky im April 1888, „beobachten wir *dasselbe Schauspiel.* Herr von Giers fließt über von korrekten Versicherungen, schwört, daß der Zar ganz seiner Ansicht sei und die Hetzereien der russischen Friedensstörer ebenso perhorresziere wie die Bestrebungen der Panslawisten, Rußland in ein enges Allianzverhältnis zu den französischen Demokraten zu engagieren.

„So war es und so wird es weiter gehen; Giers wird immer schwören, sein Kaiser sei ganz mit ihm einverstanden, den Frieden zu erhalten, — *bis der große Aufmarsch der russischen Armeen an unseren Grenzen vollendet sein wird."* (GP, VI, S. 301 ff.).

Die „heilige Mission"

Alle Proteste des Kanzlers in Petersburg, alle Demarchen des deutschen Botschafters fruchteten nichts. „Täglich wurden in den russischen Zeitungen die Leidenschaften gegen Österreich und Deutschland losgelassen und *Krieg und Rache gepredigt."* (GP, VI, S. 36).

In den Monaten der hemmungslosesten Agitation bemühte sich der österreichisch-ungarische Militärattaché in Petersburg, Oberstleutnant Klepsch, die Ursprünge der russischen Aggressivität und des fanatischen Deutschenhasses zu ergründen. Er glaubte, folgende Motive und Zielsetzungen zu erkennen:

„Deutschland muß niedergebrochen werden, weil es zu stark ist,

weil es Rußlands Wort in Europa übertönt und Rußland hindert, seine heilige nationale Mission — diese fängt an der Balkan=Halbinsel an und endet *südlich von Budweis* und nördlich von Illyrien, und die Panslawisten nennen das ‚Rußlands *innere* Angelegenheit' — zu erfüllen. *Österreich muß niedergeworfen werden, als Konkurrent und Besitzer dessen, was man selber besitzen will.*" (GP, VI, S. 7).

Nur allzu recht hatte Graf Berchem, der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, wenn er im Ausgang des Jahres des Rückversicherungsvertrages das Urteil fällte: *„Die Zeit ist höllisch ernst geworden, wie sie es nie gewesen ist seit 1870."* (Krausnick, „Holsteins Geheimpolitik", S. 153).

Kaiser Wilhelm nahm sie so ernst, dass er sich am 17. Dezember 1887 von Moltke *Vortrag über den Zweifrontenkrieg* halten liess. Der Kaiser „betonte, wie schwer es ihm werden müsse, mit Rußland Krieg zu führen." (Waldersee, a. a. O., I, S. 344). Deswegen entschloss er sich, im Kriegsfall die Operationen des Westheeres zu leiten. (Ebenda, S. 346).

Bismarck warnt Wien: Nicht provozieren lassen!

Neben der politischen und publizistischen Vorbereitung auf den Tag X lief, ungetarnt, der russische Aufmarsch an der Grenze. So unmissverständlich war die Drohung, dass im Herbst und Winter 1887 überall vom Kriege gesprochen wurde, in der Presse, in amtlichen Publikationen, im Deutschen Reichstag.

Um die Einheitlichkeit der Abwehraktionen des Dreibundes zu garantieren, stand Bismarck in regelmässiger Beratung mit den Bundesgenossen. Mitte September 1887 besuchte Österreichs Aussenminister Kálnoky ihn in Friedrichsruh; Anfang Oktober verhandelte der Kanzler vier Tage lang mit dem italienischen Ministerpräsidenten. Ueber das Ergebnis berichtete die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung":

„Der Besuch Crispis in Friedrichsruh hat die volle Uebereinstimmung der beiden Staatsmänner ergeben, im Verein mit Österreich=Ungarn den Frieden zu erhalten, einen europäischen Krieg nach Möglichkeit zu verhindern und im Falle der Nothwendigkeit *gemeinsam abzuwehren.*" (Hahn, V, S. 489).

Die Demonstration der mittelmächtlichen Einheit bewirkte nicht, dass Russland seinen Aufmarsch etwa einstellte; sie führte ledig=

lich zu dem Versuch der Zarenregierung, das deutsch=österreichi=sche Bündnis zu umspielen. Wie man in Petersburg wusste, war der *casus foederis* für Deutschland nur gegeben, wenn Österreich von Russland angegriffen werden sollte. Man musste also die Kriegsschuld verlagern. Sehr bald häuften sich die Anzeichen, dass Russland *„mit allen Künsten einen österreichischen Angriff zu provozieren suche."* (GP, VI, S. 14).

Bismarck riet deswegen den Österreichern, ja auf der Hut zu sein. „Seine Durchlaucht", so gab das Auswärtige Amt am 24. November 1887 dem deutschen Botschafter in Wien Weisung, „vermute, daß die Russen alles mögliche täten, um Österreich zu einem Angriff auf Rußland zu provozieren. Bei unserem dringen=den Wunsch, den Krieg vermieden zu sehen, würden wir Öster=reich dankbar sein, wenn dasselbe auf die russischen Provoka=tionen nicht einginge." (GP, VI, S. 12).

Moltke für Präventivkrieg

Dass der Krieg mit Russland einmal geführt werden müsste, war die Ansicht aller. Nur darüber gingen die Anschauungen aus=einander, ob man den Zeitpunkt aussuchen oder ihn sich aufdringen lassen sollte. Nach den übereinstimmenden gutachtlichen Äusse=rungen Moltkes, des Generalquartiermeisters, Grafen Waldersee, und auch des österreichischen Generalstabes lag die grösste Gefahr darin, den nach ihrer Überzeugung *unvermeidlichen Krieg* (GP, VI, S. 29) aufzuschieben, bis Russland voll aufgerüstet hätte. Sie traten deshalb dafür ein, dem russischen Angriff zuvorzukommen.

In einer Denkschrift vom Ende November 1887 über „Die Ent=wickelung der Wehrkraft Rußlands seit 1878 unter besonderer Berücksichtigung seiner Rüstungen im laufenden Jahr 1887" kam Moltke zu dem Urteil: „Nach Vorstehendem unterliegt es kei=nem Zweifel, daß Rußland unmittelbar zum Kriege rüstet und durch eine allmählich fortschreitende resp. ruckweise Mobil=machung den Aufmarsch seiner Armee vorbereitet." (GP, VI, S. 25, Fussnote).

Obwohl der Kanzler die Ansicht, dass der russische Angriff be=vorstehe, als *„meo voto* verfrüht" bezeichnete, übersandte er Moltkes Denkschrift dem deutschen Botschafter in Wien, „um die österreichische Armeeleitung durch das Feuer der unsrigen zu er=wärmen." (GP, VI, S. 25). Einen Präventivkrieg lehnte er jedoch

entschieden ab: „Solange ich Minister bin, werde ich meine Zustimmung zu einem prophylaktischen Angriff auf Rußland nicht geben." (Ebenda). Aber beide Länder müssten sich auf das Äusserste vorbereiten. Wörtlich forderte Bismarck in dem Erlass nach Wien:

„Der Unberechenbarkeit der russischen Politik gegenüber müssen wir *beide gegen russischen Überfall stark gerüstet sein.* Wir müssen dahin wirken, dass Österreich sich stark macht, um von einem russischen Angriff nicht übergelaufen zu werden und um uns in solchem Falle ein starker Bundesgenosse zu sein. Um Österreich stark zu machen, haben wir uns bemüht, ihm Italiens und womöglich auch Englands Unterstützung im Kriegsfall zu verschaffen." (GP, VI, S. 25 ff.).

Die Generalstäbe unterlagen also gegen Bismarck, der um keinen Preis kämpfen wollte, auch dann nicht, „wenn unsere Militärs überzeugt sind, daß wir den Krieg heut unter günstigeren Verhältnissen führen könnten wie später." (GP, VI, S. 26).

Das gleiche Prinzip der *unbedingten Enthaltsamkeit* hatte er schon früher verfochten, bei diplomatischen Besprechungen und auf der Tribüne des Reichstages, und zwar so kategorisch, dass ihm die Drohung mit Krieg nicht einmal mehr als Mittel der Politik zur Verfügung stand. Einer wirksamen Waffe der Diplomatie, die das Zarenreich seinerseits ohne Unterlass gebrauchte, hatte er sich damit selbst beraubt.

Sicherlich nicht zum Nutzen Deutschlands, denn alle politischen — und militärischen — Vorteile seines notorischen Pazifismus genoss die einzige expansive und ihre Nachbarn bedrohende Macht — Russland. Durch Saburow hatte die Zarenregierung bereits 1880 erfahren, *„dass Bismarck keinen Krieg wünscht, dass er ihn weniger wünscht als irgendjemand."* (Saburow, S. 49). Sie durfte sich seitdem darauf verlassen, dass sie keinen Zusammenstoss riskierte, wenn sie das Reich politisch provozierte. Sie hatte dadurch *leichtes diplomatisches Spiel.* Die Gewissheit, dass sie dem Deutschen Reich, abgesehen von einem Angriff auf Österreich, ohne Gefahr *jede* Politik bieten konnte, war eine Ermutigung. Und sie verfuhr entsprechend, wie wir sahen, mit dem Resultat, dass die Kriegsdrohung in jedem Jahr unheimlicher wurde und die Kriegsmacht des Zarenreiches sich laufend verstärkte. Die Zeit arbeitete für Russland, wie man es sich in Petersburg gar nicht besser wünschen konnte.

Deswegen lag die bedrückende Frage, ob Bismarcks *Politik des Friedens um jeden Preis richtig* sei, im spannunggeladenen Winter 1887/88 besonders nahe. Deutsche wie Ausländer wurden ihrer Zweifel nicht Herr. Sie konnten sich nicht von der Befürchtung befreien, dass Bismarcks Abstinenz die Zukunft Deutschlands gefährde. Der deutsche Botschafter in Petersburg, der Russlands Machinationen täglich vor Augen hatte, quälte sich unsäglich mit dem Problem: Präventivkrieg oder Passivität gegenüber der unaufhörlich wachsenden Gefahr. Wenn er das Ende bedachte, wurde er der pazifistischen Politik nicht froh; in banger Unruhe fragte er sich: „Zur Verhinderung eines Krieges habe ich freilich viel beigetragen; wenn er nun aber doch kommt, *war es dann ein Verdienst*, ihn hinausgeschoben zu haben?" (Schweinitz, II, S. 433).

Ein Neutraler verneinte die Frage energisch. Graf van der Straten, der belgische Gesandte in Berlin, war der bestimmten Meinung: „Die Vertagung des Krieges, die ihn doch nicht verhindern wird, *verschlechtert Deutschlands Aussichten* auf Erfolg. Es bedeutet für den Kanzler *eine sehr grosse Verantwortung*, dass er sich den Generälen widersetzt, die für einen Präventivkrieg eintreten. Bricht der aufgeschobene Krieg eines Tages aus, dann wird jeder Misserfolg, jede Niederlage der deutschen Armee dem Zaudern des Kanzlers zugeschrieben werden. Ihm wird man alle Gefahren, denen das Reich ausgesetzt sein könnte, zur Last legen. Nach einem Leben des Ruhmes als Gründer der deutschen Einheit würde er die Demütigung erleiden, *die Sicherheit oder die Dauer dieser Einheit gefährdet* zu haben." (Schwertfeger V, S. 167).

Das wurde 1887 geschrieben. 1890, als der Kanzler aus dem Amt schied, war es noch viel klarer geworden, dass der Krieg kommen würde. Früher oder später.

KAPITEL VIII

Der Krieg der roten Fahne

In der Krieg=in=Sicht=Atmosphäre des Jahres 1887 überkam die Völker Europas zum ersten Male die Vorahnung von 1914. Am Ausgang des Jahres wurden die Begriffe Zweifrontenkrieg und Weltkrieg publik, und Bismarck sagte seinem Kaiser und auch dem Zaren den Kampf der Millionenheere voraus und die rote Revolution in Russland.

Die Gelegenheit zu der seherischen Analyse der Zukunft bot Alexanders III. halbtägiger Aufenthalt in Berlin im November 1887. Vorbereitung und Verlauf dieses Kurzbesuches haben bei den Historikern merkwürdig wenig Interesse gefunden, obwohl seine Geschichte uns die bedeutsamste, die letztlich entscheidende Phase der Bismarckschen Russland=Politik enthüllt. War es doch der November 1887, der zum *Schicksalsmonat* wurde, denn die Ereignisse und die persönlichen Affronts, die mit dem Zaren=besuch in Berlin verbunden waren, *besiegelten den Bruch* zwischen Deutschland und Russland.

Acht Tage vor der Ankunft Alexanders führte der Kanzler den schwersten Schlag gegen die russischen Finanzen. Er erliess das Verbot der Lombardierung russischer Wertpapiere, das die Zaren=regierung dazu zwang, finanzielle Hilfe fortan in Frankreich zu suchen. Diese bisher kaum beachtete folgenschwerste Massnahme Bismarcks wird, ihrer Bedeutung gemäss, im nächsten Kapitel ge=sondert behandelt werden.

Von russischer Seite wurde die Zarenstippvisite auf dreierlei Art „vorbereitet.“ Zum ersten durch neue Truppenkonzentra=tionen an der Grenze. Am 9. November ging in Berlin die Nach=richt des österreichischen Generalstabs ein, „daß in der allerletzten Zeit 105 Militärzüge aus dem Innern Rußlands an der Weichsel=linie angekommen seien.“ (GP, VI, S. 5). Zum zweiten durch eine leidenschaftliche Kampagne der russischen Presse gegen den Berlin=Besuch. Zum dritten durch den Zaren allerhöchstselbst, der unzweideutig zu erkennen gab, daß er nur der Force majeure ge=

horchend, nicht dem eigenen Trieb, die Heimreise aus Kopenhagen über Berlin machte.

Berlin-Besuch wider Willen

Alexander III. war bereits im September 1887 auf der Hinreise nach Dänemark einer Begegnung mit seinem Grossonkel, dem jetzt 90jährigen Kaiser Wilhelm, ausgewichen. Im Oktober verbreiteten nun russische Blätter geflissentlich die Nachricht, dass der Zar auch auf der Rückreise den Landweg über Deutschland meiden werde. Bernhard von Bülow, der deutsche Geschäftsträger in Petersburg, betonte daraufhin angelegentlich, „dass wir jedenfalls keine Sehnsucht nach diesem Besuche empfänden" (GP, V, S. 313), und in deutschen Zeitungen war zu lesen, „dass ein *Besuch des Kaisers Alexander weder erwartet noch gewünscht* würde." (GP, V, S. 314).

Gegen den Willen des Zaren fiel die Entscheidung schliesslich doch für Berlin, weil die kaiserlichen Kinder an Masern erkrankten und die Ärzte eine Seereise im stürmischen November untersagten. Zürnend fügte sich Alexander, und seinem Groll entsprach die Unhöflichkeit, mit der er Kaiser Wilhelm bestellen liess, er werde in Berlin nur kurz Station machen und *„gleich am Abend weiterreisen."* (GP, V, S. 318). Unfreundlich kam aus der Berliner Presse das Echo zurück: lediglich „auf Befehl des Kaisers" werde Bismarck zur Monarchenzusammenkunft in Berlin erscheinen. (Reden, XII, S. 437).

Bei solchen Gesinnungen auf deutscher wie russischer Seite war von der Begegnung nichts Erspriessliches zu erwarten. „Die heutige Zarenvisite", trug Holstein, der Fürsprecher eines deutsch-britischen Bündnisses gegen Russland, am 18. November befriedigt in sein Tagebuch ein, „wird die Lage nicht verbessern. Das, was ich anfangs fürchtete, — dass man noch einmal versuchen würde, mit Russland zu kokettieren, und dass man dann *ganz zwischen den Stühlen* Russland und England auf der Erde sitzen würde — das passiert nicht dank der russischen Unverfrorenheit. Erstens fahren sie fort mit Truppenanhäufungen in Polen, und dann kam unter der Hand schon vor etwa zehn Tagen die Mitteilung hier an, *der Zar sei ganz wütend auf den Kanzler* und habe die Absicht, den nicht zu empfangen. Letzteres werde ich erst glauben, wenn ich es sehe, aber S.D. war durch diese verschiedenen

Momente doch zu einer gesunden Gereiztheit gekommen, liess scharfe Artikel schreiben und traf allerlei Maßnahmen, die die Russen ärgern mußten. So hat sich die Schärfe der Empfindung auf beiden Seiten während der letzten Woche noch gesteigert." (Holstein, II, S. 405).

Vom Untergang der drei Kaiserreiche

In den Unterredungen wurde denn auch nicht Freundschaft geheuchelt. Anklagen, Vorwürfe und Verdächtigungen waren so zahl= und umfangreich, dass man kaum noch die Zeit für Phrasen erübrigte.

Vor allem von deutscher Seite wurde Fraktur geredet. Kaiser Wilhelm hielt eine Anklagerede, deren Text Bismarck ihm in einem meisterhaften Exposé aufgesetzt hatte. In die Beschuldigung flocht sich Beschwörung. Mit Bismarckscher Gedankenklarheit und Sprachgewalt wurden dem Zaren *die unabwendbaren Folgen der russischen Politik* aufgezeigt. Aus grossartig=unheimlich visionärer Schau entstand das Zukunftsbild vom Untergang der drei Kaiserreiche (Hohenzollern, Habsburg, Romanow) in Weltkrieg und Revolution.

Von dieser Darstellung, einer der wuchtigsten und wichtigsten von Bismarcks Hand, ist ausserhalb der diplomatischen Akten keine Reproduktion auf unsere Zeit gekommen; wir bringen deshalb Bismarcks Exposé wenigstens in seinen Hauptzügen und fangen mit der Frage an, die er Alexander III. durch den Kaiser stellen liess:

„Kann es Sache eines Kaisers von Russland sein, das republikanische Frankreich dazu zu ermutigen, dass es seinen Weg nach Osten vorbereitet? Kann es Sache eines Kaisers von Russland sein, die deutschen Monarchien mit der französisch=russischen Allianz zu bedrohen?

„Kaiser Alexander will den Frieden. Er hat Grund dazu. Der Krieg, ob er gewonnen oder verloren werde, *wird in mehr als einem Land die Revolution entfesseln.* Der Kaiser will den Frieden, aber trotz seiner friedliebenden Disposition *tut man in Russland, was man kann, um zum Kriege zu treiben,* um Frankreich zur Führung eines Krieges zu ermutigen und um die öffentliche Meinung zur Kriegslust aufzustacheln. Mit Hilfe öffentlicher Verleumdungen *züchtet man in der russischen Nation einen Hass*

gegen uns, dem sich die Regierung früher oder später nicht wird entziehen können.

„Wir sind deshalb gezwungen, uns gegen die Folgen dieses Hasses zu sichern, indem wir die *Bündnisse annehmen,* die sich uns bieten, und indem wir *die deutsche Nation auf die äussersten Anstrengungen vorbereiten,* die *zur Verteidigung gegen einen Doppelangriff,* an beiden Grenzen, notwendig werden könnten." Der Kaiser sprach dann nach Bismarcks Text *das falsche Spiel mit dem Rückversicherungsvertrag* an:

„Wohl gibt es den Vertrag, doch er ist nicht bekannt, und während seiner Dauer *rüstet man für den späteren Bruch.* Das ganze Verhalten der Russen und ihre Truppenbewegungen lassen vermuten, dass der Vertrag für Russland *nur das Mittel ist, um Zeit zur Vervollständigung der russischen und französischen Rüstungen oder zur Wiederherstellung der französischen Monarchie zu gewinnen,* der Russland nachher die Hand reichen will."

Und nun wurde dem Zaren die Zukunft gezeigt, der Weltkrieg, der Untergang in der roten Revolution:

„Aber ob Monarchie in Frankreich oder nicht, es würde in jedem Falle *ein Krieg mit revolutionären Schlägen* werden. Österreich würde nicht umhin können, die polnische Frage wiederaufleben zu lassen. Wir würden es bedauern, doch von diesen beiden Übeln — der Nachbarschaft der Polen und einer siegreichen russischen Armee in unserm Lande — wäre das erste das kleinere.

„Österreichs Niederlage dagegen würde dieses Reich *zerfetzen und die Ära der Republiken in den Donau- und Balkanländern eröffnen."*

Nur Russland wolle den Krieg, wurde hierauf dem Zaren ins Gesicht gesagt:

„Wenn man den Krieg vermeiden will, muss man den Völkern die Gewissheit der friedlichen Absichten ihrer Regierungen geben. Niemand in Europa glaubt, dass Deutschland, Österreich, Italien oder England geneigt wären, die Schrecken des Krieges zu entfesseln. Nur von Frankreich erwartet man früher oder später eine kriegerische Explosion, und *nur Russland scheint diese Explosion zu wünschen,* denn es ermutigt die Kriegspartei in Frankreich, indem es sie an die russische Allianz glauben lässt. Wenn man fortfährt, Frankreich zu ermutigen und die Geister in Russland zu erregen, *wird es zum Kriege kommen, ob der Kaiser ihn will oder nicht."*

Und es wird ein Krieg der roten Fahne werden!, weissagte Bismarck, die apokalyptischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts erahnend:

„In unserer Zeit liegt es mehr als je in einer anderen Epoche der Geschichte im Interesse der grossen Monarchien, den Krieg zu vermeiden. Die Niederlage von 1870 führte zum Sturz des napoleonischen Regimes, während Österreich sich infolge der Ereignisse von 1866 aus einem monarchischen in einen parlamentarischen Staat verwandelte.

„In *Deutschland* — wenn wir wider Erwarten besiegt werden sollten — würden die Chancen der demokratischen oder sozialen *Republik* beträchtlich steigen. Ohne Zweifel würden die französischen Anarchisten sich mit den deutschen Sozialisten und mit den revolutionären Elementen Russlands verbrüdern. S. M. Kaiser Alexander dürfte besser als jeder andere über die erschreckenden Fortschritte unterrichtet sein, welche die *soziale Zersetzung* neuerdings im Süden und Südwesten seines Reiches gemacht hat.

„In summa: der nächste Krieg würde viel weniger den Charakter eines Krieges von Regierung gegen Regierung haben als den *eines Krieges der Roten Fahne gegen die Elemente der Ordnung* und des Konservatismus." (GP, V, S. 320 ff.).

Alexanders gezwungenes Lächeln

Der Kanzler kam auch persönlich zu Wort, denn der Zar, der ihn nicht hatte sehen wollen (Lucius, S. 404), empfing ihn am Ende doch zu einer Audienz. Bismarck dehnte sie lange aus, um die deutschen Beschwerden über Russlands Politik detailliert begründen zu können.

Schon die Einleitung der Unterredung versprach für Alexander nichts Erfreuliches. Er müsse mit aller Offenheit reden, begann Bismarck, worauf der Zar *„avec un rire jaune"* bemerkte: *„Allez — allez!"* (Lucius, S. 405). Der Kanzler sprach vor allem von seiner Pflicht, das Reich durch Bündnisse gegen die russische Bedrohung zu sichern. Wörtlich erklärte er dem Zaren:

„Wir stehen *unter dem Druck der öffentlichen Drohungen Russlands*. Dieser Druck zwingt uns dazu, die Verbindungen und Bündnisse zu festigen und zu verstärken, auf die wir *im Falle eines französisch-russischen Angriffs* rechnen könnten. Es würde ein Mangel an Respekt vor dem Kaiser von Russland und vor der

Grösse seines Landes sein, wenn wir uns, von so starken Streitkräften bedroht, nicht *überall nach Alliierten umsähen.*" (GP, V, S. 205, Anmerk. 11; Lucius, S. 405).

Zur *Abschreckung* von einem Krieg gegen das Habsburger-Reich teilte der Kanzler dem Zaren sodann den geheimen Bündnisvertrag von 1879 mit, der Deutschland verpflichte, Österreich gegen einen russischen Angriff beizustehen. (Lucius, S. 405). Er verheimlichte ihm ferner nicht, dass in Deutschland die Forderung nach einem Präventivkrieg erhoben werde, und zwar von kompetentester Seite. Ganz offen sagte er, dass Generalfeldmarschall Moltke und andere führende Militärs einen Angriffskrieg jetzt für geboten erachteten. Aber er fügte hinzu, dass er sich solchen Ideen widersetze, die von Kaiser Wilhelm nicht gebilligt würden. (GP, VI, S. 47).

Einem Weltkrieg nahe

Alexander III. beteuerte, wie stets, seine friedliche Gesinnung. Er geizte nicht mit Versicherungen, sich auf keine aggressive Koalition einlassen und keinesfalls Deutschland angreifen zu wollen. Dann ging er zur Gegenklage über. Er warf Bismarck vor, in Bulgarien russenfeindliche Politik zu treiben, was durch seine Erlasse an die deutschen Diplomaten auf dem Balkan und in Konstantinopel bewiesen sei. Alexanders Anklage brach sofort zusammen. Es fiel Bismarck nicht schwer, dem Zaren zu beweisen, dass man ihm *Falsifikate* in die Hand gespielt hatte, die als „die gefälschte Korrespondenz des Prinzen Ferdinand von Koburg" bekannt geworden sind.

„Diese Fälschungen", so sagte ein vom Kanzler inspirierter Artikel der „Kölnischen Zeitung" zum Zarenbesuch, „scheinen zum Zweck gehabt zu haben, den Czaren zu überzeugen, *daß Bismarck Rußland im Orient verrathe* und aus allem Einfluß verdrängen wolle. *Wie nahe* uns dieses frevelhafte Unterfangen *dem Weltkrieg* gebracht hat, ist bekannt. Das französisch-russische Bündnis ist, wenn es nicht zustandekam, nur an der Unsicherheit und Unverläßlichkeit des einen Theils gescheitert." (Hahn, V, S. 504).

Weltkrieg! Das Schreckenswort des 20. Jahrhunderts erschien bei Alexanders Besuch zum ersten Male, und die Kriegsaussicht wurde durch das Berliner Treffen nicht vermindert. Die Gegner schieden ohne Versöhnung und ohne Vertrauen. „Ich habe ihm

kein Wort geglaubt", soll Alexander III. zum Berliner Botschafter Paul Schuwalow gesagt haben (Delbrück, „Kaiser und Kanzler", S. 45), und Bismarck verbarg nicht, wie wenig er auf die Ehrlichkeit des Zaren-Ehrenwortes vertraute. Mit einem grossen Fragezeichen versah er die Informationen, die er dem Botschafter Hatzfeldt nach London schickte:

„Gegenseitige politische Verpflichtungen sind die beiden Monarchen gestern nicht eingegangen. Ob wir nunmehr der Sorge überhoben sein werden, daß infolge der Passivität der russischen Regierung gegenüber den Provokationen russischer Organe und Beamten die Aufregung in Rußland und Frankreich auch ferner anschwellen und schließlich *in naher oder ferner Zukunft unseren Frieden gefährden* werde, oder ob nach der Heimkehr des Kaisers Alexander eine Remedur darin eintreten wird, *kann nur die Zukunft lehren.*" (GP, V, S. 324).

Am wenigsten traute der Kanzler dem vom Zaren versprochenen Pressefrieden; er beauftragte die Petersburger Botschaft, „die feindseligen Äusserungen und Verdächtigungen gegen Deutschland und die Leitung der deutschen Politik in der russischen Presse besonders sorgfältig zu sammeln." (GP, V, S. 325).

Von Freundschaft war keine Rede mehr. Bismarck liess sogar Gerüchte und Meldungen, dass als Folge des Zarenbesuchs eine „Wiederherstellung der Intimität" zwischen Deutschland und Russland zu erwarten sei, dementierten. „Hat die Pforte derartige Mitteilungen erhalten, so ist sie belogen", telegraphierte Herbert Bismarck nach Konstantinopel. (GP, V, S. 326).

Hetze und Aufmarsch gehen weiter

Bismarcks Misstrauen in die Versicherungen Alexanders III. erwies sich sehr schnell als nur zu begründet. Wenige Tage nach dem Zarenbesuch hetzte das Hofblatt, der „Graschdanin", bereits wieder, so dass Bülow dem russischen Aussenminister erklärte: „Durch die jüngsten, *alles Maß überschreitenden Schimpfereien* des „Graschdanin" und anderer Blätter seien in bedauerlicher Weise die Hoffnungen getäuscht worden, welche die von Seiner Majestät dem Kaiser Alexander in Berlin hinsichtlich der Zügelung der russischen Presse ausgesprochenen Absichten bei uns hervorgerufen hätten." (GP, V, S. 329).

Auch in Wien machte man sich ernste Gedanken über den

Widerspruch zwischen russischem Wort und russischer Tat. „Was helfen alle Friedensversicherungen des Zaren?" sagte Graf Kálnoky zum deutschen Botschafter. „*Die Ansammlung der russischen Armee an unseren Ostgrenzen dauert fort,* ebenso die *Hetzereien* in der Presse, die *Lügen* der russischen Diplomatie. Der den Russen unerträgliche Gedanke der deutschen Hegemonie treibt sie *in erster Linie gegen Deutschland,* und da hier kein Vorwand zum Krieg zu finden ist, so wird sich Rußland an Deutschlands Alliierten halten." (GP, VI, S. 44).

Die Militärs zweifelten noch mehr als die Minister an dem Zarenwort. Eine Woche nach Alexanders Berliner Besuch meldete die deutsche Botschaft in Wien: „Nach Auffassung des Chefs des österreichischen Generalstabs sind der Umfang und die Bedeutung der russischen Truppenverschiebungen so bedrohlicher Art, daß er, Baron Beck, die *friedlichen Versicherungen des Zaren nur dann für ernst nehmen* könne, wenn die getroffenen russischen Anordnungen *zum mindesten teilweise wieder rückgängig gemacht* würden." (GP, V, S. 327).

Aber es konnte immer und immer wieder nur das Gegenteil festgestellt werden. Zum Beispiel meldete am 6. Dezember der Wiener belgische Gesandte: „Trotz der friedlichen Erklärungen des Zaren tritt die Konzentration seiner Truppen an der Westgrenze Russlands *jeden Tag deutlicher hervor.*" (Schwertfeger, V, S. 206).

In Russland hatte der Berliner Besuch des Zaren in jedem Falle nur negative Folgen. Statt einer Einschränkung der militärischen Bedrohung brachte er eine *Erweiterung des Aufmarschplanes und der Kriegsvorbereitungen.* Im Dezember veröffentlichte das Blatt des russischen Kriegsministeriums, der „Russische Invalide", eine amtliche Auslassung, in der gefordert wurde, die Kriegsbereitschaft der Festungen zu verstärken und die Truppenzahlen an der Grenze zu erhöhen. (GP, VI, S. 30 ff.).

Die deutsche Regierung musste sich mindestens von diesem Zeitpunkt an auf die Möglichkeit eines Zweifrontenkrieges einrichten. Sie verwies deswegen auch in der Begründung des Gesetzes über Änderungen der Wehrpflicht, das am 9. Dezember 1887 dem Reichstag vorgelegt wurde, auf die Ostfront und die Westfront. Sie betonte, „dass das Reich nach seiner geographischen Lage dem *gleichzeitigen Angriff* starker Heere auf zwei Fronten ausgesetzt ist." (Reden, XII, S. 437). Noch eindeutiger

wurde die Öffentlichkeit durch die Rede des Kriegsministers Bronsart von Schellendorf über den Ernst der Lage aufgeklärt, der in der Reichstagsdebatte von „der *drohenden Gefahr eines Angriffskrieges* als Frucht der unablässigen Aufstachelung der Leidenschaften bei den Nachbarn Deutschlands" sprach (Reden, XII, S. 439).

Bismarck an Salisbury: Die permanente Gefahr

Aus dieser Gefahr gab es keinen Ausweg. Es blieb nur übrig, die eigenen Kräfte zu verstärken und, wie Bismarck es dem Zaren gesagt hatte, sich überall nach Verbündeten umzusehen. Der ideale Alliierte wäre die britische Weltmacht gewesen, die im Mittelmeer und in Asien Einsatzmöglichkeiten gegen die weiten Flanken des riesigen Zarenreiches besass. (1878 hatte das Erscheinen eines britischen Flottengeschwaders genügt, um Konstantinopel zu retten.) In Afghanistan und in Persien überschnitten sich die Macht- und Einflußsphären beider Länder. Vor allem aber war die britische Nation um Indiens willen antirussisch. Denn auch gegen die indische Nordwestgrenze tastete Russland sich vor.

In der Krise von 1887 suchte Bismarck darum erneut bei Grossbritannien Anlehnung. Am 22. November 1887, vier Tage nach dem Zarenbesuch, wandte er sich an den britischen Premierminister, Lord Salisbury. Sorgfältig setzte er ihm auseinander, „dass unsere beiden Nationen so viele gemeinsame Interessen haben" (GP, IV, S. 376), und bot ihm volle Gewissheit, dass Deutschland niemals die russischen Interessen gegen Grossbritannien fördern würde. Dann wies er nach, in welchem Masse Europa durch die russische Politik gefährdet sei, in der Gegenwart wie in der Zukunft.

„Russland", so führte er aus, „nimmt heute gegenüber Europa jene den europäischen Frieden beunruhigende Haltung ein, die für das Frankreich Ludwigs XIV. und Napoleons I. charakteristisch war. In Anbetracht dieses Standes der Dinge *müssen wir die Gefahr,* unseren Frieden durch Russland und Frankreich gestört zu sehen, *als permanent betrachten.*

„Unsere Politik wird infolgedessen notwendigerweise bestrebt sein, uns Bündnisse zu sichern, die sich uns in Hinsicht auf die Eventualität bieten, *gleichzeitig gegen unsere beiden mächtigen Nachbarn kämpfen zu müssen.*

„Wir werden einen Krieg mit Russland vermeiden, solange es

sich mit unserer Ehre und unserer Sicherheit vereinen lässt und solange die Unabhängigkeit Österreich-Ungarns nicht gefährdet ist, dessen Existenz als Grossmacht für uns eine Frage ersten Ranges darstellt. Es ist unser Wunsch, dass die befreundeten Mächte, die im Orient Interessen zu schützen haben, die nicht die unseren sind, sich durch ihr Bündnis und ihre Streitkräfte stark genug machen, um das russische Schwert in der Scheide zu halten oder um ihm die Stirn zu bieten, wenn es zum Bruch kommen sollte." (GP, V, S. 376 ff.).

Noch trug also Bismarck dem Britischen Reich kein Bündnis an, er erklärte indes seine Bündniswilligkeit — gegen die permanente russische Gefahr. So von ihm im sechsten Monat des Rückversicherungsvertrages geschrieben.

KAPITEL IX

Bismarcks Rubel-Austreibung

Der 10. November 1887 ist das wichtigste Datum im unbekanntesten Kapitel der deutsch-russischen Beziehungen, in der bisher ungeschriebenen Geschichte des Wirtschaftskrieges beider Länder, der durch drei Generationen dauerte. Am 10. November 1887 erliess Bismarck das Verbot der Lombardierung russischer Staatspapiere, durch das, wie im vorigen Kapitel angedeutet, der Bruch zwischen beiden Reichen herbeigeführt wurde.

Nach Bismarcks Angriff auf den russischen Staatskredit, nach der Austreibung des Rubels aus den deutschen Banken, beschritt die Zarenregierung die Strasse, die in den Weltkrieg mündete. Sie vertraute ihr monetäres Schicksal Frankreich an, und die französischen Milliardenanleihen koppelten Revanchismus und Panslawismus fest zusammen.

Bismarcks Lombardverbot kann nicht für sich betrachtet werden, weil es nicht Einzelaktion, sondern Glied einer langen Kette war. Es zählt trotz seiner politischen Sonderbedeutung doch zu den Vergeltungsmassnahmen, die in dem harten, unerbittlichen Wirtschafts- und Finanzkrieg von beiden Seiten angewandt wurden. *Kampfzölle, Ausweisungen, Einkerkerungen, Enteignungen, Verelendung in den deutschen Grenzprovinzen und — Hass* unterschieden den Handels- und Grenzverkehr der Nachbarn Deutschland und Russland von den sonst in Europa üblichen Formen wirtschaftlicher Verbindung.

Der Anfang des Zoll- und Wirtschaftskampfes lag weit, weit zurück. Schon 1823 legte Preussen einen Kampfzoll auf russisches Getreide, um die Aufhebung vertragswidriger Grenzsperren zu erzwingen. Es war ein vergebliches Unterfangen. Die Sperre blieb in Kraft, und die Not in den Grenzprovinzen wuchs. Pogodin berichtete darüber in seiner dritten Deutschland-Denkschrift für den Zarewitsch im Jahre 1842:

„In Ost- und Westpreußen geht der Hass gegen uns nicht aus Abstractionen, sondern aus reellen Interessen hervor. Diese Pro-

vinzen sind *infolge unseres Prohibitivsystems verarmt.*" (Pogodin, a. a. O., S. 76).

Die späteren Jahrzehnte brachten keine Besserung. Im Preussischen Landtag wiederholten sich die Interpellationen über die Not Preussens, die durch die russische Grenzsperre verursacht wurde. (Reden III, S. 126 ff., s. 373; VII, S. 130, u. a.)

Seit 50 Jahren sei der Grenzverkehr nicht normal, erklärte Bismarck am 25. Januar 1867 im Preussischen Landtag. Er verwies auf die „unzähligen Male", die man in Petersburg ohne Ergebnis vorstellig geworden sei. Er sprach von Pauperismus als Folge der Grenzsperre, von den Erschwerungen im Reiseverkehr, von den Klagen über die russische Besteuerung der Juden, von den „sehr häufigen" Ausweisungen und Einsperrungen preussischer Staatsangehöriger, von dem langsamen Wirken der Beschwerden: „Wenn die Abhilfe kommt, dann ist gewöhnlich das Unglück bereits in dem Maße geschehen, daß es schwer wieder gutzumachen ist." Er drückte den Wunsch aus, dass Russland „den Handel von den Fesseln emanzipieren werde, die jetzt auf ihm lasten und welche die meisten Staaten des westlichen Europas längst abgeschüttelt haben." (Reden, III, S. 126 ff.).

Der Wunsch fand keine Erfüllung. „Auch ein absolutistischer Staat wie Russland vermöge auf die Dauer nicht eine Handelspolitik zu verfolgen, die seitens der öffentlichen Meinung Europas Widerspruch finde", (Reden, VI, S. 447), rief Eugen Richter am 5. Dezember 1876 im Reichstag aus, als er gegen eine neue russische Wirtschaftsmassnahme protestierte, die Deutschland in besonderem Masse traf. Die Zarenregierung hatte überraschend und ungewöhnlich kurzfristig verfügt, dass in Zukunft alle Zölle in Gold zu entrichten seien. „Hierdurch wurde natürlich in Deutschland *ein Sturm des Unwillens* heraufbeschworen. Seit fünfzig Jahren hatten die russischen Schutzzölle auf unseren östlichen Provinzen gelastet und die Abneigung des liberalen Bürgertums gegen Rußland genährt, und jetzt, wo viele erwarteten, Rußland werde uns Konzessionen machen, erhöhte es seine Zölle um dreißig Prozent." (Schweinitz, I, S. 374 ff.).

Bismarcks Repressalien 1879

1879 schlug Bismarck zurück. Er plädierte im Reichstag für „*Kampfzölle* zur Eröffnung der russischen Grenze" (Reden, VIII,

S. 76 ff.). Er verwarf die Befürchtungen einiger Abgeordneter, dass Russland zu Repressalien greifen würde, und erwiderte:

„Ich bitte den Herrn Vorredner doch zu glauben, dass die verbündeten Regierungen in dieser Beziehung, wo es sich um die Pflege und Wohlfahrt Deutschlands handelt, nicht von derjenigen Schüchternheit beseelt sind, die befürchtet, es könnte, wie er sagt, aus dem Walde so heraus schreien, als wie man hinein schreit, und es würden wieder Kampfzölle gegen uns gebraucht werden. Unser ganzer Holzzoll ist schon nichts als eine Repressalie.

„Unsere Nachbarn *haben alle Repressalien längst vorweggenommen.* Sie haben seit einem halben Jahrhundert die höchsten Zölle, die möglich sind, vorweg genommen, förmlich Prohibitivzölle, und wenn man einmal durch Prohibitivzölle abgeschlossen ist, dann ist mehr nicht tunlich. Es ist gerade so, wie jener sagte beim Schrotverkauf: dieses schiesst noch töter!" (Reden, VIII, S. 107 ff.).

Die Schutzzölle auf russisches Getreide, Holz und Petroleum wurden vom Reichstag beschlossen. Sie waren „für die russische Landwirtschaft ein noch schwererer Schlag als die Beschränkung der Vieheinfuhr durch die Pestsperre." (Potjomkin, II, S. 69 ff.).

Massenausweisungen aus den deutschen Ostprovinzen

Bismarcks nächste Massnahme regte die Leidenschaften sowohl in Deutschland wie in Russland auf. Etwa 30 000 russische und österreichische Staatsangehörige polnischer Nationalität wurden 1885 aus den preussischen Ostprovinzen ausgewiesen.

Im Preussischen Landtag, im Reichstag, in der deutschen Presse wurde gegen die Ausweisungen polemisiert. Monatelang dauerte der Pressekampf gegen Bismarcks Politik. Der Reichstag nahm nach heftiger Diskussion im Januar 1886 einen Antrag Windthorsts und anderer Zentrumsabgeordneter an, durch den der Kanzler bloßgestellt wurde. Der Reichstag sprach die Überzeugung aus, „dass die von der Königlich preußischen Regierung verfügten Ausweisungen russischer und österreichischer Unterthanen nach ihrem Umfange und nach ihrer Art *nicht gerechtfertigt* erscheinen und mit dem Interesse der Reichsangehörigen nicht vereinbar sind." (Reden, XI, S. 313).

Der deutsche Botschafter in Petersburg wurde durch Bismarcks „grausame Ausweisungen" (Schweinitz, II, S. 432) in eine schwie-

rige Lage versetzt. Er suchte die russische Erregung mit der Erklärung zu beschwichtigen, dass in der Hauptsache unruhige, z. T. gefährliche Elemente ausgewiesen würden, die in den Grenzgebieten gegen Russland agitierten. Doch der Innenminister, Graf Tolstoi, und Aussenminister von Giers antworteten ihm:

„Dies sei wohl zum Teil richtig, aber unsere Massenausweisungen seien doch sehr bedenklich. Sie würden der russischen *gegen die deutschen Kolonisten gerichteten Agitation* neue Nahrung geben und schliesslich zur Nachahmung unseres Beispiels führen. Giers sagte, und ich schrieb, dass durch beiderseitige Ausweisungen die *nationalen Gegensätze in solchem Masse verschärft* würden, dass sie schwer wieder zu mildern sein dürften. Alle meine Vorstellungen blieben vergeblich; die Ausweisungen erfolgten und machten grossen Lärm, der in Russland bald ein Echo erweckte, welches immer lauter wurde." (Schweinitz, II, S. 432).

Der Zar antwortet mit dem Ausländer-Ukas

Die Zarenregierung schritt nicht sofort zu Repressalien, weil sie noch hoffte, von Deutschland ein Entgegenkommen in den Zollfragen aushandeln zu können. Die Agrarnot lag drückend auf dem Land. Für Russland war es, wie Botschafter Paul Schuwalow im Oktober 1886 zu Herbert Bismarck sagte, „höchst notwendig, eine Abmachung zu treffen, da die Landwirtschaft mit ihrem Getreide erstickte und *vollkommen ruiniert* würde." (GP, V, S. 67).

Dem Auswärtigen Amt lag jedoch keineswegs an einer zollpolitischen Entspannung. Vier Wochen nach der Unterredung mit Schuwalow teilte Herbert Bismarck dem deutschen Botschafter in Petersburg mit: „Daß wir nicht alles, was uns von Rußland zugemutet wird, zu akzeptieren bereit sind, wird der Kaiser Alexander aus den *Kampfzöllen* ersehen, zu denen wir bei der geringen Aussicht auf eine zollpolitische Verständigung vermutlich doch zu schreiten genötigt sein werden. Die russische Ausfuhr nach Deutschland ist sehr viel stärker als die unsrige dorthin. Letztere nimmt nur etwa 3 000 Waggons jährlich in Anspruch, während die russische Ausfuhr nach Deutschland zwischen 30 000 und 50 000 Waggons alljährlich belastet." (GP, VI, S. 102).

Von einem Eingehen auf die russischen Wünsche sah Bismarck schon deswegen ab, weil die deutsche Landwirtschaft noch immer schwer unter der russischen Getreidekonkurrenz litt. Überdies war infolge der russischen Prohibitivpolitik die allgemeine Animosität

gegen das Zarenreich so gross, dass die deutsche Öffentlichkeit jedes Nachgeben missbilligt hätte. Gerade in jener Zeit warf der sozialdemokratische Abgeordnete Grillenberger Russland in einer Reichstagsrede vor, dass es „in wirtschaftlicher Beziehung bei jeder Gelegenheit sich als *unser schlimmster Gegner* darstellt." (Stenogr. Reichstagsberichte, IV. Session, 1886/87, I, S. 101).

Die russische Repressalie wurde also fällig. Bemerkenswert ist indes der provokative Zeitpunkt ihrer Bekanntgabe: Am 24. Mai 1887, als Schuwalow mit dem Fürsten Bismarck über den Rückversicherungsvertrag verhandelte, wurde in Petersburg ein Ukas veröffentlicht, den der Zar bereits zwei Monate vorher, nämlich am 14. März, erlassen hatte.

Die kaiserliche Verordnung richtete sich nahezu *ausschliesslich gegen Deutsche*. In den russischen Westprovinzen wurde das flache Land für Ausländer gesperrt; sie durften nur noch in Städten und Häfen Grundbesitz und Immobilien benutzen und erwerben. Das bedeutete die *Zwangsveräusserung aller deutschen Güter* oder, wie Bismarck formulierte, „eine indirekte Expropriation ohne Entschädigung." (GP, V, S. 333).

Betroffen wurden rund 30 000 Deutsche. Die Vergeltung war also fast auf den Kopf genau berechnet, denn 30 000 Polen hatte Bismarck ausweisen lassen. Dass es eine eindeutig antideutsche Repressalie war, lässt sich anhand einer amtlichen Statistik der 80er Jahre überprüfen. Danach besassen in Russisch-Polen 29 370 Preussen, 3040 Österreicher und lediglich 77 Angehörige anderer Staaten Grundbesitz. (Reden, XII, S. 433). Die ausgedehnten Besitzungen des Fürsten Chlodwig Hohenlohe, des Statthalters in Elsass-Lothringen, sowie des Grafen Henckel von Donnersmarck fielen ebenfalls unter die Zwangsveräusserung.

Nicht genug damit. Es mussten auch *alle Deutschen entlassen* werden, die als Verwalter und Administratoren bei russischen oder polnischen Gutsbesitzern tätig waren. (GP, V, S. 330).

Bismarcks Angriff auf den russischen Staatskredit

Der Schlag gegen die Deutschen löste im Reich Empörung und Erbitterung aus, wie die russische Regierung es erwartet haben musste. Eine neue Woge der Russenfeindlichkeit ging durch das Land. Nur der Kanzler liess sich nichts anmerken, solange er mit Schuwalow verhandelte. Er reagierte auf die russische Repressalie erst, als er den Rückversicherungsvertrag in der Tasche hatte.

Zwei Wochen nach der Unterzeichnung des Vertrages eröffneten die Berliner Zeitungen eine scharfe *Kampagne gegen die russischen Staatspapiere*, die einen raschen Kurssturz sowohl der Papiere wie des Rubels bewirkte. Die Verluste nahmen grossen Umfang an, waren doch, nach einer Mitteilung Bismarcks im Reichstag, in Deutschland nicht weniger als 1,2 Milliarden Rubel in russischen Papieren investiert. (Reden, XII, S. 220).

Der unvermutete Angriff brachte ganz Russland in Aufruhr, weil er das Land der ewigen Finanznöte und des permanenten Staatsdefizits an der empfindlichsten Stelle traf. Da jedermann in Russland überzeugt war, dass nur Bismarck die Aktion befohlen haben konnte, wurde in der russischen Presse bitterste Klage gegen ihn geführt. Bismarck fühlte sich dadurch keineswegs zu einer Einstellung der Presseaktion bewogen. In einem Erlass des Auswärtigen Amtes vom 14. Juli an Schweinitz wurde vielmehr festgestellt: „So wenig wir zugeben, die Artikel inspiriert zu haben, über welche jetzt die russischen Zeitungen sich beschweren, so wenig sind wir imstande, durch ein Dementi Reklame zu machen für eine Wirtschaftspolitik, die gegen uns gerichtet ist." (GP, V, S. 331).

Mit dieser Instruktion vom 14. Juli muss man sich gründlich befassen, denn sie gibt darüber Aufschluss, welche Ziele Bismarck seinem Angriff auf den russischen Staatskredit gesteckt hatte. Politisch sollte der Zarenregierung *eine Lektion* erteilt werden, um ihr die falsche Auffassung zu nehmen, „dass Deutschland nicht anders könne, als der hilfsbereite Nachbar, der Abnehmer der Landesprodukte und stets zahlungswillige Gläubiger zu sein, der mit allem zufrieden sein muss, was ihm geboten wird. Um diesen Irrtum aufzuklären, wird es wohl *noch anderer Schritte bedürfen* als des Sturzes der russischen Papiere und des Rubelkurses." (GP, V, S. 332).

Damit waren bereits neue und schärfere Aktionen angekündigt, die vor allem dazu bestimmt sein sollten, die *Finanzierung der russischen Aufrüstung zu erschweren.* Diese Absicht wurde in der Instruktion klar ausgesprochen, die darüber besagte: „Die ganze Polemik und der Niedergang russischer Werte kommt uns übrigens, wie ich ganz vertraulich bemerke, nicht unerwünscht. Wir entziehen damit ein wichtiges Argument der russischen Kriegspartei, welche bei billigem Zinsfuß im Lande noch leichteres Spiel haben würde." (GP, V, S. 332).

Bismarck war jetzt also entschlossen, konsequent nach dem alten, oft von ihm geäusserten Axiom zu verfahren, dass Russ= lands Friedensliebe nur so lange anhalte, wie seine Geldklemme dauere. (Windelband, S. 391). *„Gute russische Finanzen sind der Krieg"*, hatte er im Mai 1882 auf einen Bericht von Schweinitz über Russlands Finanzschwierigkeiten geschrieben. (Windelband, S. 312). Nach seinem Willen sollte das Zarenreich aus der Finanz= misere nicht herauskommen.

„Einer Ära der Prüfungen entgegen"

In Bismarcks Rechnung lag ein Fehler, den ein sorgfältiger Beobachter und hervorragender Berliner Diplomat bereits damals entdeckte. Es war wiederum Graf van der Straten, der belgische Gesandte. Er erkannte Bismarcks Absichten sehr genau:

„Der Kanzler will in Petersburg zu fühlen geben, dass Russ= lands Kredit von Deutschland abhängig ist. Er erteilt dort diese derbe Lehre zu einer Zeit, da Russland seine alten deutschen Be= ziehungen einem *Bündnis mit Frankreich* zu opfern geneigt ist und in Paris eine *Anleihe* unterzubringen sucht, zu der eine völlig ver= fahrene finanzielle Lage und die Kriegspläne der Panslawisten es treiben." (Schwertfeger, V, S. 69).

Hier wurde also schon angenommen, dass die Finanznot die Zarenregierung nach Frankreich führen könnte. Straten beob= achtete sehr aufmerksam aber auch die *politische* Annäherung, die sich gerade damals zwischen dem Zarenreich und der französischen Republik vollzog. Im internationalen Balkan=Ausschuss in Kon= stantinopel hatten der russische und der französische Delegierte zum ersten Male gemeinsame Politik gemacht. Das Zusammen= gehen Frankreichs und Russlands, das damit bewiesen war, gab dem belgischen Gesandten sehr zu denken. *„Dieses Einverneh= men von heute"*, schrieb er am 9. Juli 1887 an seine Regierung, *„ist die Ankündigung eines Bündnisses für die Zukunft."* (Schwertfeger, V, S. 22).

Vierzehn Tage später hatten sich Stratens Bedenken noch er= heblich verdichtet; da meldete er: Schon habe der französische Bot= schafter Herbette, der seit einigen Tagen den Kopf sehr hoch trage, vorausgesagt:

„Durch die Entente mit Russland wird *eine neue Epoche ein= geleitet*, in der Frankreich imstande sein wird, der Koalition

Deutschlands, Österreichs, Italiens und Englands Widerstand zu leisten." Herbette beschäftige sich jetzt weder mit dem Elsass noch mit Lothringen, er sage vielmehr:

„Frankreich braucht in diesem Augenblick nicht an ihre Wieder=eroberung zu denken; es vertraut für das Schicksal beider Provin=zen auf die Ereignisse und auf die Gelegenheiten der Zukunft. Zwar wird", so fuhr Herbette fort, „Frankreich noch manche Schwierigkeiten überwinden müssen, aber es gibt deren nicht wenige auch für das Werk des Fürsten Bismarck. *Das Reich geht einer Ära der Prüfungen entgegen."* (Schwertfeger, V, S. 202 ff.).

Das denkwürdige Datum: 10. November 1887

Ganz gewiss verfügte der Kanzler über weit eingehendere In=formationen als der belgische Gesandte. Da überdies eine franzö=sisch=russische Allianz schon seit einem Menschenalter, seit Be=ginn seiner diplomatischen Karriere, der *cauchemar* war, den er zu keiner Zeit abwälzen konnte, verfolgte er die jüngste Annähe=rung der beiden Staaten mit geschärftem Argwohn. Doch den er=sten Platz nahm in seinem Denken und Sorgen die akute Gefahr ein, das hiess im Hochsommer und Herbst 1887: der ostentative Aufmarsch der russischen Armeen an der deutschen Grenze.

Die gefährliche Entwicklung im Osten gab den Ausschlag für Bismarcks radikalste antirussische Massnahme. Je näher die Kriegsgefahr rückte, desto stärker festigte sich offenbar die Über=zeugung des Kanzlers, dass nur ein zerrüttender, ein lähmender Schlag gegen die russischen Finanzen die Zarenregierung vom Kriege abhalten würde.

Ein kausaler Zusammenhang zwischen der grossfürstlichen An=kündigung des Krieges „in kurzer Zeit" und Bismarcks Entschluss zur Fortführung des Kampfes gegen den russischen Staatskredit und fast gleichzeitig zur Rubel=Austreibung aus Deutschland ist nicht zu verkennen. Drei Daten fallen allzu dicht zusammen:

Am 7. Oktober 1887 brachte Grossfürst Nikolaj seinen Trink=spruch auf den russisch=französischen Krieg gegen Deutschland aus;

am 9. Oktober äusserte Bismarck, wie wir lasen, seine Über=zeugung, „dass die russische Politik nur den Zeitpunkt abwarte, wo die russischen Rüstungen vollendet sein würden." (GP, V, S. 303);

am 11. Oktober aber verfügte er, dass die Zeitungspolemik

gegen die russischen Papiere fortgesetzt werde, und ging einen entscheidenden Schritt weiter: die preussischen Behörden durften *russische Papiere nicht mehr kaufen* und auch nicht mehr als Kautionen annehmen; (GP, V, S. 333 ff.)

am gleichen 11. Oktober schlug Herbert Bismarck vor, die Lombardierung russischer Papiere bei der Reichsbank einzuschränken. Der Kanzler griff den Vorschlag auf und erweiterte ihn zum strikten Verbot, mit der Massgabe, dass die Durchführung erst einmal „als Gerücht" angekündigt werden sollte. (GP, V, S. 334, Randbemerkung 4). So geschah es. Am 10. November 1887 verfügte dann das Reichsbankdirektorium, *dass „Lombarddarlehen auf russische Wertpapiere nicht mehr gewährt* werden." (GP, V, S. 335).

Das Lombardverbot rief „eine förmliche *Panik* unter den Besitzern russischer Papiere hervor, die zu einer gewaltigen Abstossung dieser Obligationen und zu einer Erschütterung des russischen Credits führte", (Reden, XII, S. 433).

Dass das Verbot *acht Tage vor dem Eintreffen Alexanders* III. in Berlin erging, bedeutete eine persönliche Provozierung des Zaren. Er dürfte dem Kanzler diesen Empfang nicht vergessen haben. Sein Aussenminister von Giers ereiferte sich: „Wie war es möglich, die russischen Papiere einige Tage vor der Ankunft unseres Kaisers von der Reichsbank auszuschliessen! Ein solches Benehmen ist doch *noch nie dagewesen.*" (GP, VII, S. 433).

Die Ideologie führt irre

Dass sein Radikalmittel gefährlich war, dürfte Bismarck kaum verkannt haben. Er setzte ja selbst voraus, dass Russland ohne fremdes Kapital nicht auskommen konnte. Musste er folglich nicht auch mit Sicherheit annehmen, dass die Zarenregierung einen neuen Geldgeber suchen würde, wenn die Berliner Quelle versiegen sollte? Und alle Zeichen wiesen schon lange nach Paris. Russland hatte bereits im Frühjahr 1887 über eine französische Anleihe verhandelt. Nichts lag demnach näher als eine Wiederholung des Versuches, mit dessen Scheitern gerade Bismarck am wenigsten hätte rechnen dürfen.

Dreissig Jahre hatte er in allen seinen aussenpolitischen Kombinationen die russisch-französische Allianz als unumgängliche Gegebenheit eingesetzt. Sollte er jetzt plötzlich wider seine eigene staatsmännische Einsicht eine französisch-russische Kooperation

für unmöglich gehalten haben, so böte dafür nur die Ideologie eine Erklärung. Offenbar glaubte er oder wollte es glauben, dass der Autokrat Alexander keine republikanischen Francs, kein „rotes" Geld, annehmen würde.

Eine solche Anschauung vertrat er tatsächlich im Februar 1888. Damals kam die Nachricht, dass französische Finanzleute, die mit dem russischen Finanzministerium nicht einig geworden waren, sich nun an den Zaren selber gewandt hätten. Ohne Aussicht auf Erfolg — urteilte Bismarck. „Der Kanzler *glaubt nicht*, dass der Zar das Angebot der französischen Kapitalisten annehmen werde." (Schwertfeger, V, S. 54, Anmerk. 2).

Doch — *non olet*. Alexander akzeptierte die 500 republikanischen Millionen, und der belgische Gesandte in Berlin meldete: „*Mit Verdruss* sieht man hier auf den Erfolg der russischen Anleihe in Paris." (Schwertfeger, V, S. 55, Anmerk. 2).

Die Panslawisten aber frohlockten. Als die Anleihe in Frankreich dreifach überzeichnet wurde, versprach die „Nowoje Wremja" Deutschland eine schlechte Zukunft. Der Anleiheerfolg, so schrieb sie, eröffne *neue, noch ungeahnte Perspektiven*, denn die Verbindung des menschenreichen Russlands mit dem geldreichen Frankreich bilde eine Kraft, *an der die Deutschen sich die Zähne ausbeissen würden*. (Schwertfeger, „Keimzellen", S. 847).

Der ersten gemeinsamen Finanzoperation von 1888 folgten nun Jahr für Jahr Anleihen von noch grösserem Umfang (700 bzw. 1200 Millionen), die Russland aus der finanziellen Abhängigkeit von Deutschland befreiten. „Fürst Bismarck", so stellte Aussenminister von Giers fest, „*hat uns in die Arme Frankreichs getrieben*, besonders auch durch seine Finanzmaßregeln." (GP, VII, S. 433).

Die finanzielle Zusammenarbeit war nur der Anfang; die militärische kam nach. Im November 1888 bestellte Grossfürst Wladimir höchstselbst in Frankreich 500 000 Armeegewehre. Russische Artilleriegeneräle und Ingenieure begaben sich regelmässig nach Paris, um sich über die französische Pulver- und Waffenfabrikation zu unterrichten. Die Entente, *die Allianz, kündigte sich an*. Die russische Geschichtsschreibung urteilt über das entscheidende Jahr 1887 und über die Rubelaustreibung: „Bismarck hat mit eigener Hand das Fundament gelegt für jenes französisch-russische Bündnis, das zu verhindern er nach 1871 so viele Jahre lang seine Kräfte aufgeboten hatte." (Potjomkin, II, S. 122).

KAPITEL X

1889: Drohung mit Dschingis-Khan

Mit französischen Francs in der Staatskasse und mit den modernsten französischen Waffen für die russische Invasionsarmee fühlte der Panslawismus sich stärker, mutiger und unternehmungslustiger denn je. So drohend die russischen Generäle und die russischen Journale schon in den Jahren 1882—87 gesprochen hatten, — den Marsch auf Berlin und Wien sowie Verwüstungen Ostpreussens in der Manier Dschingis-Khans kündigten sie erst 1888 und 1889 an, in den letzten Jahren der Ära Bismarck.

Die Wolke des Krieges hing über Europa. Wann sie sich entladen würde, war die Frage, die den Kanzler quälte. Am 12. Mai 1888 vertraute er seine Befürchtungen dem Botschaftsrat Freiherrn von Aehrenthal, dem späteren Aussenminister Österreichs, an; ihm sagte er:

„An den friedlichen Intentionen und dem friedlichen Naturell des Kaisers Alexander zweifle er nicht im mindesten; was er aber besorge, sei, daß der Kaiser nicht mehr lange Herr in seinem eigenen Hause bleiben und daß die *zahlreichen zum Kriege treibenden Elemente* schließlich die Oberhand gewinnen würden." (Krausnick, „Neue Bismarck-Gespräche", S. 49 ff.).

Zum Programm der Panslawisten gehörte die Zerschlagung beider deutschen Kaiserreiche, denn sie wollten Krieg auch gegen ihren Balkan-Konkurrenten, die Donaumonarchie. Aber der Hauptfeind war und blieb für sie doch das durch Bismarck geeinte Deutschland. Die Macht, die Stärke, die Deutschland durch die Einigung gewann, bildeten den Stein des Anstosses. Schon 1880 wurde in „Preußischen Beiträgen zur Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen" der Nachweis geführt, „dass die alte preußisch-russische Freundschaft das *Elend der deutschen Kleinstaaterei* und den preußisch-österreichischen Antagonismus zur Voraussetzung hatte, dass die Weiterfristung dieser Allianz das Werk einer vorübergehenden Interessengemeinschaft gewesen ist, dass diese Gemeinschaft aber *zusammenbrechen mußte,* sobald die

wahren und dauernden Interessen beider betheiligten Staaten zum Ausdruck kamen." („Berlin und St. Petersburg", S. VII).

Ein Blick auf die Militärpolitik des Zarenreichs genügt, um zu erkennen, dass Deutschland sich tatsächlich erst *durch seine Einigung* die volle, die fanatische Feindschaft Russlands erwarb, eine unversöhnliche, zur Zerstörung der deutschen Einheit bereite Feindschaft.

1871, *unmittelbar nach der Gründung des Deutschen Reiches, wurden Strategie, Aufmarsch und Bahnbau auf die Westfront, gegen Deutschland, umgestellt.* Nach 1878 wurde die Kavallerie- und Artilleriekonzentration an der deutschen Grenze noch systematischer verstärkt. Neunzehn Jahre lang, von 1871 bis zu seiner Entlassung 1890, sah Bismarck die Gefahr im Osten wachsen und wachsen.

Den russischen Aufmarsch von der Reichsgründung an wollen wir jetzt dokumentarisch darstellen.

In einem großen Memoire über die Verhältnisse im Zarenreich rekapitulierte Botschafter General von Schweinitz im Jahre 1883 die Entwicklung:

„General *Miljutin* (der russische Kriegsminister von 1861—1881) hat dem russischen Bahnnetze diejenige Gestaltung gegeben, welche als die vorteilhafteste angesehen werden muss, *um die Heeresmacht gegen die preußischen Grenzen hin zu konzentrieren.* Nicht auf einen österreichischen oder türkischen Krieg sind seine Linien berechnet.

„Als nach dem französischen Kriege aus Norddeutschland ein *Deutsches Reich* geworden war, *verdoppelte Miljutin seine Augmentationen und beschleunigte* die Ausführung seines Programms der *Truppenmassierung im westlichen Gebiet.* Der sowohl Alexander II. wie seinem Kriegsminister unwillkommene Türkenkrieg unterbrach das systematische Vorgehen Miljutins; gleich nach dem Frieden aber schritt letzterer mit erhöhter Energie ans Werk. *Fast die ganze Kavallerie* wurde aus den futterreichen Gouvernements in unwirtliche Quartiere nahe an der preußischen Grenze gelegt." (Schweinitz, II, S. 53 ff., S. 437).

„Organisierung einer neuen Völkerwanderung nach Westen"

1875 lenkte Moltke zum ersten Male Bismarcks Aufmerksamkeit auf die Bedrohlichkeit der russischen Kavallerie-Massierung

an der Grenze. *„Schlaflose Nächte hat unser Generalstab* deswegen", gab der Kanzler später dem russischen Botschafter Saburow zu verstehen. (Saburow, S. 100).

Nach dem Berliner Kongress forcierte Miljutin die militärischen Vorbereitungen. Vom Sommer 1878 bis zum April 1879 wurde die Kriegsstärke der russischen Armee um 420 000 Mann erhöht. Am 8. Juni 1879 meldete der deutsche Militärattaché in Petersburg, von Lignitz, Kriegsminister Miljutin „organisiere das Gewicht der 80 Millionen Einwohner Rußlands, als wenn es sich um eine *neue Völkerwanderung nach Westen* handle." (Windelband, S. 54).

Über den drohenden Kavallerie-Aufmarsch unterrichtete Generalfeldmarschall Graf Moltke den Kaiser im September 1879 in einem Immediatvortrag. „Er traue den Russen nicht, am wenigsten Miljutin", trug der Marschall vor. „Miljutin habe Truppenkonzentrierungen an unserer Grenze von langer Hand vorbereitet; *zahlreiche russische Kavallerie* stehe *so nahe an der Grenze,* daß wir bei eventueller Mobilmachung Mühe haben würden, die Pferdeaushebung für unsere Kavallerie zu bewerkstelligen." (GP, III, S. 75).

Dreiviertel der russischen Armee waren nach einer Mitteilung Moltkes vom November 1879 an der polnischen Grenze *gegen Deutschland massiert.* Diese ungewöhnliche Konzentration sei „für Rußland eine Versuchung, für uns im Frieden eine Drohung, im Kriege eine Gefahr." (Windelband, S. 118). Moltkes Informationen deckten sich mit den Ermittlungen neutraler Diplomaten. U. a. berichtete der Wiener belgische Gesandte, *Zentralrussland sei von Truppen entblösst,* um die Armeen an den Grenzen der beiden deutschen Kaiserreiche auf starkem Stand halten zu können. (Schwertfeger, V, S. 207).

Als die Bedrohung sich mehr und mehr verstärkte, ergriff Bismarck die ersten Massnahmen zur Sicherung des Reiches. Er legte ein neues Wehrgesetz vor, zu dessen Begründung Moltke am 1. März 1880 im Reichstag ausführte: „Wer möchte in Abrede stellen, dass *ganz Europa unter dem Druck eines bewaffneten Friedens seufzt?* Unsere Nachbarn haben nur nach einer Seite Front zu machen, wir nach allen. Dazu kommt nun *das stete Anwachsen der Heere um uns.* Russland stellt 24 Reserve-Infanterie-Divisionen und 24 Reserve-Artillerie-Brigaden neu auf und hat ausserdem 152 Infanterie-Regimentern die vierten Bataillone zugeordnet." (Hahn, IV, S. 443 ff.).

Zur gleichen Zeit, da Kriegsminister Miljutin gegen Deutschland rüstete und rüstete, bot Botschafter von Saburow in Berlin den Drei=Kaiser=Vertrag an. Bismarck versagte es sich nicht, dem Botschafter den Zwiespalt der russischen Natur vorzuhalten. In einer Besprechung im März 1880 erklärte er ihm:

„Sie kommen und sagen uns: ‚Wir wollen Freunde und Verbündete sein', *aber hinter Ihnen steht Ihr Kriegsminister und bringt seine Pistole auf uns in Anschlag.* Ich glaube zwar Ihren Worten, die ausdrücken, was Ihr Souverän empfindet, doch der unbehagliche Anblick der Pistole stimmt mich nachdenklich." (Saburow, S. 104).

Bismarck unterzeichnete den Drei=Kaiser=Vertrag aber doch, dem unverzüglich die Zeit der noch stärkeren Rüstung und der offenen Drohung mit der Kosaken=Invasion folgte.

Die Lehre vom Reitereinbruch nach Ostpreussen

Ganz Deutschland sprach von den russischen Drohungen; die Zeitungen hörten nicht auf, sich mit der Gefahr zu befassen, die niemand unterschätzen konnte. Man begriff nur zu gut, dass Russland nicht defensiv rüstete.

„Die neuesten russischen Rüstungen", so unterstrich die „Schlesische Zeitung" im November 1883, „deuten in auffälligster Weise auf einen *offensiven Zweck* hin. Die Reiterei wurde um mehr als ein Drittel ihres an sich schon grossen Bestandes vermehrt. Diese stets kriegsbereiten Reitermassen, welchen schon im Frieden bespannte Artillerie in ausreichendem Masse zugeteilt ist, liegen nun *längs der deutschen Grenze* in engen Standquartieren versammelt. Und an der Spitze der russischen Armee stehen Generäle, die wie *Skobelew* eigene Politik betreiben.

„So lange die russische Regierung sich nicht dazu aufrafft, dem agitatorischen Treiben des Panslawismus ein energisches Halt zu gebieten, muß unsere auswärtige Politik die militärischen Maßnahmen, welche Rußland an unseren Grenzen getroffen hat, unbedingt in ihren Kalkül ziehen. Sie darf nicht vergessen, daß dieselben bei einer plötzlichen kriegerischen Wendung dazu angethan sind, gewaltige Reiterscharen, ehe noch unsere Mobilmachung vollendet ist, *über unsere Grenzen vorbrechen zu lassen* und in dieser Weise Zeit und Raum für den strategischen Aufmarsch der Hauptarmee zu gewinnen." („Bismarck, Zwölf Jahre", S. 168 ff.).

Von der Unruhe und der Ungehaltenheit des deutschen Volkes über die unverhohlenen Drohungen des angeblich befreundeten Zarenreichs wurde Schweinitz aufs tiefste beeindruckt, als er 1883 seinen Urlaub in der Heimat verbrachte. Nach einem Besuch bei Botho von Eulenburg notierte er sich:

„Der so kluge Mann geriet in grosse Erregung, als er auf die russische Truppenanhäufung an unserer Grenze zu sprechen kam; dies war mir interessant, ich kann hieraus schließen, wie die weniger Klugen denken, und wie *tief die Erbitterung ist.*" (Schweinitz, II, S. 251).

Auf seinen Reisen durchs Reich musste Schweinitz erkennen, dass die Entrüstung überall ausserordentlich war, in Westdeutschland sowohl wie in Ostpreussen. Er versäumte nicht, sogleich nach der Rückkehr nach Petersburg dem russischen Aussenminister die deutsche Reaktion auf die russische Politik klarzumachen; am 8. Dezember 1883 schrieb er in einem privaten Brief an Giers:

„Als ich Deutschland durchquerte, war ich durch die ebenso allgemeine wie *tiefe Beunruhigung* überrascht, die vom Pregel bis zur Mosel herrschte. Es hält schwer, sich den Grad der Erregung vorzustellen, die sich der Gemüter bemächtigte, als in Deutschland die *Lehre vom Reitereinbruch, der alles verwüsten soll,* bekannt wurde, die von einigen Ihrer Offiziere öffentlich entwickelt worden ist.

„Ich habe mich mit mehreren ostpreußischen Großgrundbesitzern unterhalten, die für ihre Herden zittern; laut rufen sie nach *Schutz gegen die bewaffneten Propheten der ‚Nowoje Wremja',* gegen die Reiterei, mit der sie der Oberst im Generalstab, Suchotin, bedroht, und gegen die Jünger von Skobelew, Gurko und Dragomirow." (Schweinitz, II, S. 258).

Die Historie hat uns nicht überliefert, ob Giers bei der Lektüre auch wieder nur die Achseln zuckte, wie er es zu tun pflegte, wenn er sich deutsche Beschwerden anhören musste. Wir wissen nur, dass der Brief des Botschafters keinerlei Wirkung hatte. Die Hetze steigerte sich in den folgenden Jahren nur noch, um nach dem Rückversicherungsvertrag zu kulminieren.

„Wir haben den Weg nach Berlin nicht vergessen!"

November 1888. In Paris war die erste russische Anleihe überzeichnet worden, — in Warschau trank man *auf den Marsch nach*

Berlin. Man tat es bei einem Essen, das General Gurko, der renommierte Deutschenhasser, zu Ehren von Graf Paul Schuwalow, dem russischen Botschafter in Berlin, gab. In seinem Trinkspruch drohte Gurko prahlend: Wenn einmal der Krieg ausbreche, werde es sich zeigen, dass die russische Armee *den Weg nach Berlin und nach Wien nicht vergessen* habe. (Schwertfeger, V, S. 52). Sarkastisch kommentierte der belgische Gesandte in Petersburg: ganz so friedlich wie die Unterhaltungen Schuwalows in den Berliner Salons seien die Warschauer Toasts nicht gewesen. (Ebenda, Anmerk. 1).

Berlin und Wien hatten ja vor Gurko schon zwei andere russische Generäle als Etappen auf dem Weg zum panslawistischen Sieg aufgeführt. Skobelew war, wie wir uns erinnern, der Meinung, dass Konstantinopel in Berlin erobert werden müsste. General Fadejew dagegen, „der eigentliche Schöpfer oder wenigstens Kodifikator des russischen Generalstabs-Chauvinismus", wie Schweinitz ihn bezeichnete, wollte auf Österreichs Hauptstadt marschieren. „Der Weg nach Konstantinopel führt über Wien!", hiess seine Losung, die in Russland eifrig weitergegeben wurde, (Schweinitz, II, S. 436).

An Berlin und Wien dachten die Panslawisten und die Publizisten, die gegen Deutschland schrieben. Der belgische Gesandte in Petersburg warnte davor, den Einfluss der hetzenden Presse leicht zu nehmen. „Wenn internationale Verwicklungen entstehen sollten", sagte er in einem Bericht vom 1. Mai 1889, „würde die Presse durch Aufpeitschung des Nationalgefühls genügend Macht haben, um die Regierung zu Entschliessungen zu treiben, die sie vielleicht selbständig nicht fassen würde. Ganz gewiss würde die russische Presse *ohne Ausnahme* im Falle eines deutsch-französischen Konflikts fordern, dass die zum grossen Teil nahe der galizischen und rumänischen Grenze zusammengezogenen Truppen *auf Berlin und Wien* marschieren." (Schwertfeger, V, S. 53).

Das Zarenblatt droht mit Dschingis-Khan

Wes Geistes Kind die russischen Zeitungen in der Rückversicherungszeit waren, zeigte am eklatantesten eine Diskussion, die im Mai 1889 zwischen der „Nowoje Wremja" und dem „Graschdanin" hin und her ging. Die beiden angesehenen und massgebenden Blätter erörterten die Frage, ob im Kriegsfalle der Einsatz der

mohammedanischen und heidnischen Völker Zentralasiens als irreguläre Truppen zweckmäßig wäre. Das vom Fürsten Meschtscherskij geleitete Hoforgan „Graschdanin", das Leibblatt des Zaren, *befürwortete den Masseneinsatz asiatischer Irregulärer gegen den Westen;* es propagierte einen Krieg ohne Schonung, ohne Pardon. Die unzivilisierten Stämme sollten hausen wie einst die Mongolen-Horden. Das empfahl das Blatt des Zaren ohne Scheu:

„Mehrere hunderttausend asiatischer Irregulärer würden zusammen mit unseren Kosaken eine Armee von einer Million Mann bilden. Sie würden nach Überschreitung der Grenze einen Guerillakrieg führen und *alles zerstören und vernichten.* Durch ihre Massen würden sie die verbündeten Armeen des Gegners erdrücken, deren Strategie und feinste Berechnungen zunichtemachen.

„Ein solcher Krieg würde allerdings *an die Grosstaten Dschingis-Khans und Tamerlans erinnern. Um so besser* aber! Um so schneller würden wir unser Ziel erreichen, unter der Bedingung jedoch, dass wir *uns der Vorurteile einer unzeitgemässen Sentimentalität entschlagen* und uns völlig dessen bewusst sind, dass jedes Volk im Kampf, ohne wählerisch zu sein, von *allen* Mitteln Gebrauch machen muss, die den Sieg erleichtern."

Abschliessend rühmte und drohte das Zarenblatt: „Russland ist am reichsten an Hilfsmitteln dieser Art. Die irregulären Truppen, d. h. unsere Kosaken, die Bewohner des Kaukasus und die Nomadenvölker Asiens, die Nachkommen jener berühmten Reiter, die einst im Sattel die halbe Welt eroberten, haben nichts von ihrer Macht verloren. *Europa weiss es und hat Grund, zu zittern."* (Schwertfeger, V, S. 251 ff.).

Nicht ein obskures Winkelblatt predigte solchermassen Zerstörung und Vernichtung Deutschlands und Österreich-Ungarns, wohl aber, um Herbert Bismarck zu zitieren, „eins der schlimmsten Hetzblätter; und doch muß den Äußerungen gerade dieses Blattes *wegen seines Verhältnisses zum Kaiser Alexander* Wichtigkeit beigelegt werden." (GP, V, S. 206).

KAPITEL XI

Der Elefant lässt sich nicht leiten

Mit der unheimlichen Perspektive des Kosakeneinfalls nach Ostpreussen und des russisch-französischen Bündnisses für den Zweifrontenkrieg gegen Deutschland ist das Tableau der Bismarck-Zeit vollendet. Dem aufmerksamen Betrachter wird nicht entgangen sein, dass er ein zweiflügeliges Bild gesehen hat, zweigeteilt, so wie die zwanzig Jahre der Reichskanzlerschaft Bismarcks es waren. Sie zerfielen in zwei scharf voneinander geschiedene Perioden.

Die erste, die 1879 endete, zeigte den Staatsmann, der mit unbeirrbarer Konsequenz seine diplomatischen Aktionen mit seiner staatsmännischen Einsicht in Übereinstimmung hielt, der zwar Umwege machte, jedoch nie vergass, wohin sein Kurs ihn führen sollte. Diesen Bismarck der ersten Periode, der Wagemut mit kühlem Abwägen verband, der nicht zauderte, nicht ermüdete, hat wohl niemand treffender geschildert als der alte Geheimrat Abeken, den die Eingeweihten „Bismarcks *pen*" nannten. 1866, als er Bismarck in den österreichischen Krieg begleitete, beschrieb er seinen Meister mit zwei Sätzen:

„Ich habe kaum je einen Menschen gekannt, der so viel Elastizität des Gedankens mit so viel eiserner Kraft des Willens vereinigte. Das Wort von Goethe *‚treu dem Ziele auch auf dem krummen Wege'* passt recht auf ihn." (Abeken, „Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit", S. 334).

In der zweiten Periode erblicken wir einen anderen Bismarck, einen unentschlossenen und inkonsequenten. Er setzt den Weg nicht fort, den er sich vorgenommen hat und im ersten Jahrzehnt seiner Kanzlerschaft mit festem Schritt gegangen ist. Er wird zum Cunctator. Er handelt mitunter sogar gegen Erkenntnis und staatspolitische Notwendigkeit. Wenn er früher kühne Aktion nicht scheute, zieht er sich jetzt auf Aushilfen zurück. Er möchte mehr auf fremde Mächte vertrauen als auf die eigene Macht. Er ergibt sich jahrelang der selbsttrügerischen Hoffnung, dass andere Staa-

ten seine Kastanien aus dem Feuer holten und Deutschland sich aus der Schusslinie heraushalten könnte. Bis zum billigen, seiner grossartigen Staatsmannschaft unwürdigen Illusionismus sinkt die Kurve ab.

Messen wir die beiden Jahrzehnte von 1870 bis 1890 nun an seinem Werk, am aussenpolitischen Resultat, so weist die erste Periode den steilen diplomatischen Aufstieg Bismarcks aus, hoch hinauf zum Triumph der grösstmöglichen Sicherung des Reiches durch die *allseitige Isolierung Russlands* im Jahre 1879. In der zweiten Periode geht der Gewinn der ersten verloren; an ihrem Ausgang ist Deutschland aufs höchste gefährdet. Vor Bismarcks Augen entsteht die Allianz zwischen Zarismus und Revanchismus.

Ebenso stark wie im Ergebnis unterschieden die beiden Perioden sich in den diplomatischen Methoden. Das erste Jahrzehnt wurde durch den Vertrag *gegen* Russland beherrscht. Dagegen bestimm=ten den Ablauf des zweiten Jahrzehnts die Verträge *mit* Russ=land. In die neun Jahre der Drei=Kaiser=Verträge und des Rück=versicherungsvertrages fielen die Verdoppelung der russischen Kavallerie=Verbände an der deutschen Grenze, die grossfürstliche Kriegsankündigung, die Dschingis=Khan=Drohung, die Anleihen und die Waffenkäufe in Frankreich.

Welch ungeheuerer Weg abwärts von 1880 bis 1890 zurück=gelegt wurde, begreifen wir ganz, wenn wir uns die Zwischen=bilanz hervorholen, die Bismarck im Februar 1880 in einer Unter=redung mit Graf Kálnoky machte. Befriedigt konnte er verbuchen, dass er durch das Bündnis mit Österreich=Ungarn *„wieder ganz Herr der Situation geworden"* wäre. (Krausnick, „Neue Bismarck=Gespräche", S. 26). *Das isolierte Russland* war, nach Bismarcks Urteil, „eingeschüchtert". Es wäre nicht zu befürchten, dass es „etwaige Revanchegelüste Frankreichs unterstützt oder benützt." (Ebenda, S. 27).

In der Tat stand das Zarenreich 1879/80 ganz allein; alle Gross=mächte Europas waren, mehr oder minder, antirussisch orientiert. Zehn Jahre später war die Lage völlig zugunsten Russlands ver=ändert. Die Zarenregierung konnte ohne Scheu eine aggressiv antideutsche Politik betreiben. Sie war nicht mehr isoliert. Frank=reich hatte ihr die Hand gereicht, und die russisch=französische Allianz war seit 1888 in Sicht.

Die Umwälzung der europäischen Situation zum Nachteil Deutschlands wurde eingeleitet, als Bismarck von der Zweier=

politik (mit Österreich) gegen Russland zur Dreierpolitik mit Russland überging. Das Zarenreich war dabei der Gewinner, Deutschland der Betrogene, denn nichts von alledem, was Bismarck mit den Russland-Verträgen bezweckte, vermochte er durchzusetzen. Wie weit er seine Ziele verfehlte, macht eine Untersuchung der verschiedenen Absichten deutlich, mit denen er sich bei der Wiederannäherung an das Zarenreich trug.

Warnung aus Wien: Wir werden betrogen werden

Es waren *Verträge des Misstrauens,* nicht des Vertrauens, die Bismarck mit Russland schloss. Freundschaft erwartete er vom Zarenreich schon lange nicht mehr; er zwang sich nur zu der Hoffnung, den feindlichen Nachbarn an der Longe eines Vertragsdokumentes *gängeln* zu können. Zu diesem Glauben versuchte er auch Österreich zu bekehren. So liess er dem österreichischen Aussenminister im Mai 1880 ausrichten:

„Durch eine geschickte Behandlung Rußlands würden wir imstande sein, die Durchführung panslawistischer Pläne *zu hindern oder doch hinauszuschieben.* Es liegt nicht im Interesse Österreichs und Deutschlands, daß Rußland seinen Weg isoliert suche." (Windelband, S. 147).

In Wien war man weniger gläubig. Aussenminister von Haymerle traute den Russen nicht über den Weg. Er „fürchtete sich davor, sich irgendwie gegenüber Rußland zu binden, weil er *überzeugt* ist, *betrogen zu werden."* (GP, III, S. 150).

Der Kanzler meinte es besser zu wissen, er replizierte: „Ein Vertrag mit dem Kaiser und selbst mit dem Thronfolger dazu bindet heutzutage nur einen Teil der russischen Macht; ein anderer bleibt unbotmäßig und treibt Politik auf eigene Hand. *Daß man durch einen solchen Dualismus bei Abschlüssen ‚betrogen' werden kann, ist nicht zu leugnen. Aber ohne Vertrag* mit dem Kaiser wird das *noch leichter möglich* sein." (GP, III, S. 152).

Als der österreichische Aussenminister sich weiterhin sträubte, mit der Zarenregierung abzuschliessen, beschied Bismarck ihn recht von oben herab: „So groß auch das Mißtrauen Baron Haymerles gegen Rußland sein mag, so wird mein österreichischer Herr Kollege doch nicht bestreiten, daß *ohne* vertragsmässige Versprechungen das Mißtrauen in die russische Politik immer noch berechtigter bleibt als nach einer kaiserlichen Zusage, Frieden halten zu wollen." (GP, III, S. 158 ff.).

Der abgekanzelte Österreicher hatte richtig geurteilt: beide Reiche wurden von Russland betrogen. Erst *nach* der Unterzeichnung des Drei=Kaiser=Vertrages vom 18. Juni 1881 zogen bekanntlich das Kriegsministerium und der Chefagitator General Skobelew die vollen Register. Erst jetzt lernten auch die Deutschen in Russland das Fürchten. So weit war im Februar 1882 die Entwicklung im Widerspruch zum Vertrag bereits gediehen, dass Schweinitz feststellen musste:

„Unter den Deutschen in Petersburg und Moskau bemerke ich das Zunehmen einer Besorgnis, welcher ich die Berechtigung nicht länger absprechen kann, weniger der Skobelewschen Rede wegen als in Anbetracht des *systematischen Aufhetzens durch die vom Minister des Innern begünstigte Presse.*" (Schweinitz, II, S. 157).

Den wahren Wert einer „kaiserlichen Zusage" konnte man in Berlin keinesfalls mehr verkennen. Vor allem sah Bismarck klar genug, dass die Unterschrift des Zaren keine Entspannung, geschweige denn Befriedung einbrachte. Die Gefahr wuchs und wuchs, und die Generalstäbe Deutschlands und Österreichs gaben ihm von Jahr zu Jahr bedenklichere Informationen über den russischen Aufmarsch an die Hand. Er selber forderte darum im Juni 1883 vom Kriegsminister die Verstärkung der Garnisonen in Ostpreussen. (Windelband, S. 412).

Politisch wie militärisch warf Russland also alle Berechnungen über den Haufen, die Bismarck beim Vertragsabschluss angestellt hatte. Dennoch bemühte er sich Österreich gegenüber noch immer um den Anschein, dass er daran glaube, die Zarenregierung gängeln zu können. Im September 1883 empfahl er der österreichischen Regierung die Erneuerung des Drei=Kaiser=Vertrages wieder mit einem optimistischen Argument:

„In erster Linie scheint mir unsre Aufgabe, womöglich das bestehende Abkommen mit Rußland zu verlängern und *dessen Action zu mäßigen oder zu localisieren.*" (GP, III, S. 294).

„Wir kokettieren nur mit Deutschland, bis unsere Festungen fertig sind"

Der Drei=Kaiser=Vertrag wurde dementsprechend nach dreijähriger Dauer im Sommer 1884 auf weitere drei Jahre verlängert und war nach der Erneuerung noch mehr Fiktion als vorher schon. Die Lage in Europa spitzte sich weiter zu, und die Erhaltung des

Friedens wurde mit jedem Jahr ungewisser. An dieser Stelle mögen drei Berichte, die kurze Zeit nach der Vertragsverlängerung abgefasst wurden, als Beweise dafür genügen, dass Russland nicht im mindesten geneigt war, die Abmachungen mit Deutschland und Österreich einzuhalten. Noch weniger Willen bezeigte es, sich von Bismarck lenken zu lassen. Unbeeinflusst trieb es seine Aktionen gegen die beiden Vertragspartner voran.

Die drei Beweisberichte seien mit einem Dialog zwischen Kaiser Franz Joseph und Kaiser Wilhelm I. eingeleitet. Die beiden Monarchen trafen sich Anfang August 1884 in Ischl. Prinz Reuss protokollierte:

„Kaiser Franz Joseph klage nicht den Kaiser Alexander an; er habe Vertrauen in dessen Loyalität und glaube, daß er von den friedlichsten Absichten beseelt sei. Aber *die große Disziplinlosigkeit der russischen Agenten im Auslande,* die schädlichen Einflüsse, die sich in der nächsten Nähe des Monarchen geltend machten, könnten kein festes Vertrauen erwecken. *Was hülfen da alle Verträge und bindende Abmachungen, wenn man sich so wenig darauf verlassen könnte, daß von der anderen Seite im Geiste derselben gehandelt würde?"* (GP, III, S. 362).

„Seine Majestät der Kaiser und König, unser allergnädigster Herr, haben dem Kaiser Franz Joseph nicht ganz unrecht geben können, da nach seinen näheren Beobachtungen *das russische Treiben auf der Balkan-Halbinsel durch nichts zu rechtfertigen* sei."

Trotzdem war der Kaiser gewillt, dem Zaren alle Vertragsbrüche durchgehen zu lassen: „Es würde doch schwer sein, dem Kaiser von Rußland zu sagen, daß er die Bestimmungen des Berliner Friedens (des Berliner Kongresses) nicht genau einhielte." (Ebenda).

Das zweite Dokument fixierte Russlands Gedanken an einen Krieg gegen den Vertragspartner Österreich. In einem Promemoria vom 5. September 1884 hielt Lothar Bucher fest: General Ignatjew hat mit dem türkischen Botschafter einen *türkisch-russischen Allianzplan* besprochen und entworfen, „der *besonders für den Fall eines Krieges mit Österreich* in Kraft treten sollte." (GP, III, S. 368).

Aber dem deutschen Vertragskontrahenten war von Russland kein besseres Schicksal zugedacht. Aus Petersburg meldete Bernhard von Bülow am 3. Oktober 1884 die neueste panslawistische

Parole: „Wir kokettieren nur mit Deutschland, bis unsere pol=nischen Festungen fertig sind; das wird noch einige Jahre dauern, *dann kann's losgehen.*" (GP, III, S. 376).

Der Drei=Kaiser=Vertrag diente somit nicht der Freundschaft und dem Frieden zwischen den drei Kaiserreichen; er begünstigte vielmehr die russischen Kriegsvorbereitungen. Aus Gründen, die noch zu untersuchen sein werden, lehnte Bismarck es trotz allem ab, den Vertrag als nicht existent auszugeben. „Von dem Drei=Kaiser=Verhältnis kann vorläufig nicht mehr die Rede sein", hatte Schweinitz am 17. Dezember 1886 in einem Bericht an den Kanz=ler konstatiert. (GP, V, S. 95).

„Warum nicht?" schrieb Bismarck an den Rand; „es ist nicht unsre Aufgabe, diese Consequenz zu ziehen! *Wir* müssen das 3 Kaiserbündniß weiter spinnen so lange ein Faden daran ist!" (GP, V, S. 96 Randbem. 1).

Bismarcks Einwirkung entzogen

Gab es überhaupt noch etwas zu „spinnen"? Die europäische Öffentlichkeit war Augenzeuge, wie die Feindseligkeit zwischen den deutschen Kaiserreichen und dem Zarenreich sich verschärfte, und die diplomatische Welt unterhielt sich bereits offen darüber, dass *Bismarck in Petersburg keinen Einfluss* besass. Warum die Fäden nicht mehr in den Händen des Kanzlers zusammenliefen, setzte Graf van der Straten am 21. Dezember 1886 in einem Berliner Bericht auseinander, in dem er *Russlands absolute Unzu=gänglichkeit* behandelte; er kam zu dem Ergebnis:

„Die *Reizbarkeit des Zaren* und *seine unversöhnliche Rach=sucht* bilden eine große Gefahr. Sie können in jedem Augenblick die extremsten Entschlüsse verursachen. Deutschland hat sich an den Gedanken gewöhnt, dass der Friede Europas durch den Ein=fluss des Fürsten Bismarck und durch seine Geschicklichkeit in der Lösung aller Schwierigkeiten der Aussenpolitik gesichert ist. Was in Petersburg vorgeht, belehrt aber Berlin, dass es für den Frie=den Gefahren gibt, deren naturnotwendige Ursache sich unbedingt *der Einwirkung des Kanzlers entzieht,* und dass es *nicht mehr in seiner Macht* liegt, für die Ruhe Europas einzustehen." (Schwert=feger, V, S. 165).

Das Unmögliche möglich zu machen, ist keinem Staatsmann vergönnt. Deswegen musste auch Bismarcks Kunst hier versa=

gen, hatte doch der Ablauf der europäischen Politik seit 1881, seit dem Inkrafttreten des Drei=Kaiser=Vertrages, offenbart, dass Russland durch nichts zu friedlicher Zusammenarbeit zu bewegen war. Das Experiment der Lenkung und Kontrollierung der russi=schen Politik war sechs Jahre lang in allen Phasen misslungen. Trotz dieser ernüchternden Erfahrung wollte der Kanzler nicht von dem Unerreichbaren lassen. So erklärte er noch am 9. Januar 1887 in einer Sitzung des Staatsministeriums: „Sein ganzes Be=mühen ginge dahin, *den russischen Elefanten so zu leiten, daß er kein Unheil* bei seinen täppischen Bewegungen *anrichte.*" (Lucius, S. 364).

Das Kontroll=Argument benutzte Bismarck auch, um die Abnei=gung und die persönlichen *Vorbehalte Kaiser Wilhelms gegen den Rückversicherungsvertrag* zu überwinden. Der Kaiser konnte sich nicht mit dem Gedanken versöhnen, dass Deutschland zu zweit, ohne Österreich, einen Vertrag mit Russland geschlossen hatte. Seiner offenen Natur widerstrebte es ganz besonders, dass der Vertrag vor Österreich, dem ältesten und zuverlässigsten Verbün=deten, *verheimlicht werden mußte.* Bismarck bestand aber dar=auf, dass „dem Kaiser Franz Joseph gegenüber keine Andeutung gemacht" werden dürfte. (GP, V, S. 267). Dann suggerierte er seinem greisen Herrscher:

„Es bleibt der Vertrag des Kaisers von Rußland mit Euerer Majestät *wenigstens ein Band,* welches erhöhte Möglichkeit ge=währt, Rußland in der Bahn des Friedens und der monarchischen Politik festzuhalten. Wäre Rußland für die nächste Zukunft ganz ohne Vertrag mit uns oder Österreich, so würde uns jede Kon=trolle der Bahnen, welche die russische Politik gehen könnte, fehlen. (Ebenda).

Kaiser Franz Joseph: Verlorene Liebesmüh'

Es ist schwer, zu glauben, dass Bismarck von den Argumenten, die er zur Überredung Wilhelms I. gebrauchte, überzeugt gewesen sein soll. Als er den Brief an den Kaiser schrieb, lief die Propa=ganda=Aktion gegen die russischen Staatspapiere bereits in der dritten Woche. Das bittere und wütende Echo war schon laut aus Russland herübergedrungen. Wegen der Rubelverluste hasste man Bismarck und Deutschland nur noch mehr, und nicht einmal vor dem Schlag gegen die Finanzen des Zarenreichs war es möglich

gewesen, die russische Politik in deutschfreundlichen Bahnen zu halten. Sechs Jahre lang hatten die Verträge mit Deutschland und Österreich den Zaren nicht im mindesten geniert, seine Armeen gegen das Hohenzollern= und das Habsburger=Reich aufzustellen und die panslawistische Agitation zu dulden, ja, zu ermuntern. Sollte nun plötzlich eine Unterschrift Alexanders dem Kanzler als Bürgschaft freundlicher und friedlicher Politik gelten? Es ist nicht anzunehmen. Er glaubte weder dem Zaren noch dessen Re= gierung, aber er wollte seinen alten Kaiser nicht in die geheimen Absichten einweihen, die er mit dem Rückversicherungsvertrag verfolgte.

Auch Österreich liess der Kanzler im Unklaren und damit in den Zweifeln an seiner Politik. Wieder, wie schon 1880, dachte man in Wien ganz anders über die Möglichkeiten und die Not= wendigkeiten einer Russlandpolitik. Nach österreichischer Auf= fassung konnte man das russische Schwert nicht mit Konzessionen entschärfen und *durch Abmachungen keine Sicherheit erlangen.* Man mass den Drei=Kaiser=Vertrag an seinen Resultaten, die es nahelegten, noch skeptischer zu sein als früher.

Der dringlichste Mahner zur Vorsicht war Kaiser Franz Joseph. Er hielt, wie Prinz Reuss dem Kanzler Ende August 1887 mel= dete, „noch zäher, um nicht zu sagen eigensinniger" (GP, V, S. 195) als sein Aussenminister Kálnoky an der Überzeugung fest, *dass man sich in Gefahr begebe, wenn man sich mit Russland einlasse.* Franz Joseph machte dem Botschafter sehr deutlich, welche Politik Russland gegenüber er als die richtige, aussichts= reiche betrachtete; er erklärte ihm:

„Er wolle sich kein Urteil über die Wahrung der deutschen In= teressen anmaßen, aber es wolle ihm scheinen, als wenn die viele Liebesmühe, die Deutschland an Rußland verschwende, dort auf keinen dankbaren Boden fiele. Man brauche nur die russischen Zeitungen zu lesen, um daraus zu ersehen, *mit welchem Miss= trauen* man dort die deutsche Stellungnahme für Rußland be= trachte. Man würde uns dies nicht danken, sondern vielmehr *die Absicht wittern, daß wir die Russen nach Bulgarien hineinhetzen wollten."* (GP, V, S. 196).

Eine weiche Politik war nach Franz Josephs Ansicht besonders gefährlich; er betonte mit Nachdruck: „Die Ereignisse lieferten den Beweis, dass eine *entschiedene Stellungnahme* den russischen Velleitäten Halt gebieten könnte. Er sei davon überzeugt, dass

die Russen es nicht wagen würden, sich in große Abenteuer einzulassen, wenn sie nur davon überzeugt würden, dass man es ihnen nicht gestatten würde.

„*Wenn man die russische Politik ruhig gewähren lasse, so würde sie sich allmählich immer ungenierter gebärden.* Diese unruhige, unbestimmte Politik, die ihre Ziele nie eingestehen wolle, versuche es *bald auf diese, bald auf jene Weise;* wenn die eine Idee keine Chance des Gelingens hätte, so würde sie fallen gelassen und eine andere probiert." (GP, V, S. 196 ff.).

Die Vorgänge in den Rückversicherungsjahren waren eine einzige Rechtfertigung von Franz Josephs Anschauung. Die russische Politik wurde ungenierter und eigenwilliger. Von 1887 bis 1889 entglitt Russland endgültig dem Einfluss des Kanzlers. In Petersburg traute man ihm nun einmal nicht. Darüber gab das Echo des Berliner Zarenbesuchs vom Oktober 1889, des letzten während Bismarcks Kanzlerschaft, noch einmal vollen Aufschluss. Es liess erkennen, wie weit die Russen sich längst von Deutschland entfernt hatten.

„Die Zusammenkunft der beiden Monarchen hat das *Misstrauen* nicht zum Schwinden gebracht, das man hier *allgemein gegen die deutsche Politik* empfindet," berichtete am 1. November 1889 der Petersburger belgische Gesandte. „Man sagt, wenn Fürst Bismarck *aufrichtig* gewillt ist, die Beziehungen wieder auf den alten Stand der Freundschaft zu bringen, so soll er es *durch Taten und nicht durch Worte* beweisen. *Wir lassen uns nicht* dadurch *irreführen,* dass die deutsche Regierung vorgibt, nicht daran interessiert zu sein, was auf dem Balkan geschieht. Ihr Desinteressement bedeutet nichts anderes als eine Garantie der Aktionsfreiheit für Österreich." (Schwertfeger, V, S. 73, Anmerk. 1).

Rückversicherungsvertrag 1889 schon fast vergessen

„*Sie trauten ihm nicht*" (GP, VI, S. 372), in diesen lapidaren Satz fasste Schweinitz das Verdikt der Russen gegen Bismarck. Sie trauten ihm nirgends; sie witterten überall Fussangeln und Fallen, auch im Rückversicherungsvertrag, über dessen Unwert man sich weder in Berlin noch in Petersburg im Unklaren war. 1889 war der Vertrag schon „fast vergessen." Am 25. November regte Schweinitz in einer Unterredung in Friedrichsruh an, ihn nicht zu erneuern; er schlug dem Kanzler vor:

„Unser Vertrag mit Russland laufe in sechs Monaten ab, und es sei mir *fraglich*, ob die Verlängerung des Vertrages für uns vorteilhaft wäre; in den wirklich kritischen Momenten habe sich seine Existenz *nicht wirksam erzeigt, sei vielmehr fast in Vergessenheit geraten.* Ich würde also davon nicht anfangen, sondern, wenn Herr v. Giers dies täte, die Sache *ad referendum nehmen.*" (Schweinitz, II, S. 392).

Mit dem Vorschlag, die Verlängerung des Rückversicherungsvertrages *von deutscher Seite nicht zu betreiben,* war Bismarck einverstanden. (Ebenda). Das besagt, dass er vier Monate vor seiner Entlassung den Rückversicherungsvertrag durchaus als Quantité négligeable bewertete. Auch dieser Vertrag hatte in keiner Weise als Kontrollinstrument funktioniert.

Der Elefant liess sich nun einmal nicht leiten; aufsässig bewegte er sich während der Zeit der Drei=Kaiser=Politik und noch unfolgsamer während des Rückversicherungsvertrages dem Willen des Kanzlers entgegen. Das Fazit von Bismarcks erfolglosesten Jahren 1881=90 berechtigt die russischen Historiker vollauf zu dem Schluss: *„Bismarck hat es nicht fertig gebracht, die russische Politik in das ihm erwünschte Fahrwasser zu lenken."* (Potjomkin, II, S. 122).

Doch lassen wir Bismarck selber das letzte Wort. Was er, unter anderem, mit den Russlandverträgen erreichen wollte, hat er 1880, bevor er sie schloss, dem Grafen Kálnoky gegenüber ausgesprochen. Dies war sein Ziel:

„Gelänge es, durch diplomatische Mittel Rußlands Politik in bessere Bahnen zu leiten und es dazu zu vermögen, die russischen Truppenaufstellungen an der deutschen Grenze zu modifizieren, so wäre dies ein grosser Triumph seiner gegen Rußland geführten diplomatischen Kampagne. Rußland würde nachgeben, ohne daß es Deutschland etwas gekostet hätte, und dem allgemeinen Friedensbedürfnisse wäre ein grosser Dienst geleistet." (Krausnick, „Neue Bismarck=Gespräche", S. 127).

Nichts, aber auch gar nichts davon war eingetreten.

KAPITEL XII

Die unbegangene Sackgasse

Der eine traute dem anderen nicht, als Russland und Deutschland, mit dem genötigten Österreich im Schlepp, die Drei-Kaiser-Verträge von 1881 und 1884 schlossen. Niemand spielte mit offenen Karten und schon gar nicht ein ehrliches Spiel. Nur in den Motiven unterschieden sich beide Seiten gründlichst. In dieser sehr ungleichen Partie sassen Saturierte (Deutschland) und unentwegt Begehrende, ewig Landhungrige (Russland) zusammen. Die einen hatten nur das engherzige Interesse, zu behalten, was ihnen gehörte. Die anderen lockte eben ein Teil des Besitzes ihrer Mitspieler. Es pokerte also der Status quo mit der Expansion, die Defensive mit der Offensive.

Bismarck verschmähte die verzweifeltsten Mittel nicht, um den Besitzstand und die gerade erst erworbene Einheit des Reiches zu behaupten. Die Zarenregierung dagegen sammelte Trümpfe für die letzte Runde, die über Gewinn oder Verlust entscheiden sollte.

Es stellte sich somit nicht die Frage, wer wen betrügen wollte; offen blieb lediglich, wer wen am Ende gründlicher hineinlegen würde. Die Antwort wird gefunden, wenn wir untersuchen, zu welchem Behuf und mit welchen wirklichen Zielen das Zarenreich und das Deutsche Reich Verträge eingingen.

Saburows briefseliger Offenherzigkeit verdanken wir die intimste Kenntnis der Überlegungen, die Russland dazu bewogen, sich mit östlichem Lächeln und dem Danaergeschenk eines Vertragsangebotes dem verhassten Bismarck, dem „Minotaurus“, zu nähern. In einem Schreiben aus Berlin setzte Saburow dem Baron Jomini, der Hauptfigur im Petersburger Aussenministerium, kalt und klar auseinander, warum Russland nach einem Vertrag mit Deutschland und wohl oder übel auch mit Österreich-Ungarn trachten *müsse*. An einem Ruhetag zwischen seinen Unterredungen mit Bismarck verfasste Saburow die Offenbarung der russischen Absichten.

„Lassen Sie uns bescheiden sein", schrieb er an Jomini, „und zugeben, dass der ‚Minotaurus' geschickter und gescheiter ist als wir und *dass er uns getrennt schlagen könnte*, bevor er noch die Bildung einer russisch=französischen, Deutschland feindlichen Allianz zugelassen hätte. Deswegen ist es für uns viel besser, den alten Gedanken (der Freundschaft) in neuer Gewandung wieder aufzugreifen.

„Wir sagen dem Minotaurus: ‚Eine Hand wäscht die andere. Wir werden Sie von Ihrem Alpdruck (der russisch=französischen Koalition) befreien. Sie geben uns dafür einigen politischen Bal=last zur Verbesserung unseres Gleichgewichts.'

„Ich glaube, das Geschäft ist gut. Es ist *besonders deshalb gut, weil es uns erlaubt*, uns zu besinnen und *unsere Kräfte wieder=zugewinnen. Zehn Jahre* eines solchen, beharrlich verfolgten Re=gimes, — das ist es, was ich erreichen möchte." (Saburow, S. 196 ff.).

Bismarck animiert: „Und setzet ihr nicht das Leben ein . . ."

Bismarck präsentiert die Pläne, die er mit Hilfe des Drei=Kaiser=Vertrages ausführen wollte, nicht so handlich griffbereit wie sein Verhandlungspartner Saburow.

Er zwingt uns, bändeweis' mehr als ein Jahrzehnt diplomati=scher Auslassungen zu durchblättern, belohnt dafür jedoch die Mühe reich. Wir erkennen aus seinen zahllosen Niederschriften und Äusserungen, dass das Abkommen mit Russland und Öster=reich für ihn ein *Mehrzweckvertrag* war.

Da war der eine, wie wir sahen, verfehlte Zweck, den russischen Elefanten in bessere Bahnen zu leiten. Zum anderen hoffte der Kanzler, während der Dauer des Vertrages dritte Mächte dazu be=wegen zu können, für Deutschland die Kastanien aus dem Feuer zu holen, wovon noch gebührend zu sprechen sein wird.

Da war sodann der besonders eingehend und mit bockiger Steckenpferd=Vorliebe behandelte Plan, durch anderwärtige En=gagements des Zarenreichs die Gefahr vom Westen abzulenken. Der Vertrag sollte dabei helfen, Russland mit ermunterndem Zu=spruch *in Sackgassen* zu bugsieren, „hinten, weit, in der Türkei."

Auch dazu erwies sich aber der Drei=Kaiser=Vertrag als untaug=lich, weil Russland durch die Erfahrung von 1877 gewitzigt wor=den war. Im Frühjahr jenes Jahres hatte Bismarck die Russen mit

der ganzen Kunst seiner Beredsamkeit zum Türkenkrieg animiert. Sein erstes Sackgassen=Manöver verdient ungeteilte Aufmerk=samkeit.

Es war im März 1877, als Alexander II. den General *Ignatjew*, den bekannten Panslawistenführer und Deutschenfeind, nach Wien, Berlin und London sandte, um zu erkunden, ob Russland bei einem Krieg gegen die Türkei mit Bundesgenossenschaft, Neutralität oder gar mit Gegnerschaft zu rechnen hätte. Ignatjews Bekundung zufolge äusserte Bismarck ihm gegenüber den *„flam=menden Wunsch"*, dass Russland mit der Türkei Krieg führen möge. (Ignatjew, „Sapiski" / „Denkwürdigkeiten", S. 816; Witt=ram a. a. O., S. 271 ff.)

Es besteht keinerlei Anlass, Ignatjews Aussage anzuzweifeln. Sie wird mindestens dreifach bekräftigt. Eine überzeugende Be=stätigung stellte Staatsminister Lucius aus, der am 5. März 1877 Gast bei dem Diner war, das Bismarck zu Ehren des russischen Generals gab. „Nach Tisch", so lesen wir bei Lucius, „okkupierte Ignatjew den Fürsten gänzlich in leiser Unterhaltung, während Bismarck mit der Pfeife im Munde höchst gutmütig lächelnd drein=schaute. Holstein und ich sassen gegenüber, die ganze Zeit beob=achtend. Ich hörte nur einmal, wie Bismarck ihm den Schiller=schen Vers zitierte: *‚Und setzet ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein'* und ihn dann ins Französische übersetzte, in dem die Unterhaltung geführt wurde." (Lucius, S. 103).

Von einem Baltendeutschen stammt die zweite Bekräftigung. Michael von *Reutern*, Russlands Finanzminister von 1862 bis 1878, hatte sich als einer von wenigen der Welle der russischen Kriegsbegeisterung entgegengestemmt, weil er fürchtete, der Krieg würde zum Staatsbankrott führen. In der Zeit der schlimmsten Frontkrise, als die russischen Sturmtruppen vor Plewna verblu=teten, verfasste der Finanzminister eine Niederschrift über die Genesis des Krieges; dem Kanzler schrieb er folgende Rolle zu:

„Fürst Bismarck war auf jegliche Weise bemüht, es nicht zuzu=lassen, dass die (russisch=türkische) Angelegenheit beigelegt wurde. Seine Gespräche mit unserem (Berliner) Botschafter *ten=dierten auf eine Steigerung der chauvinistischen Leidenschaften* und waren in bemerkenswerter Weise auf den Charakter des Kaisers berechnet. Bismarck sprach von der Ehre Rußlands, von dem Sinken des Geistes in der Armee, von dem Schaden, den ein

friedlicher Ausgang dem monarchischen Prinzip brächte, und alles dies übte seine Wirkung aus." (Reutern, „Die finanzielle Sanierung Rußlands"; Daniels, „Russische Finanzen", S. 292).

Sogar Peter Schuwalow, der doch in Russland als „Bismarckianer" angeprangert wurde, sah in dem Kanzler einen Kriegstreiber: „Seine damalige Haltung liess uns voraussetzen, dass er uns absichtlich in diesen Krieg getrieben habe." (Schuwalow, „Der Berliner Kongress", S. 625).

Das bündigste Beweisstück ist den Diplomatischen Akten des deutschen Auswärtigen Amtes zu entnehmen: Bismarck verhinderte durch Drohung mit dem Rücktritt, dass Kaiser Wilhelm den Petersburger Kriegskurs gegen die Türkei bremste. Wilhelm I. dachte im Oktober 1876 daran, „privatim und als Verwandter an Kaiser Alexander zu schreiben, um ihm vorzustellen, daß durch Fortdauer jetziger russischer Politik Europa zum Kriege treibe." (GP, II, S. 67). Der Kaiser wollte vermitteln oder, notfalls, in Petersburg eine Pression ausüben.

Bismarck erklärte unverzüglich: „Ich würde außer Stande sein, die Geschäfte weiterzuführen." (Ebenda).

Es ist bekannt, warum Bismarck so wenig „Interesse an der Erhaltung des Friedens in der Türkei oder selbst zwischen den an der Türkei interessierten Mächten" (GP, II, S. 66) hatte. Er glaubte, daß Russland gegen Österreich losschlagen würde, wenn es nicht zum Kriege gegen die Türkei käme. Ausserdem verminderte der Türkenkrieg den russischen Druck auf Deutschlands Grenzen, wenn auch für weit kürzere Zeit als der Kanzler gehofft haben mochte. Doch selbst eine solche temporäre Entlastung erschien ihm so grosser Gewinn, dass er in der Folge den Balkan und Konstantinopel regelmässig als *Lockspeisen* benutzte.

Lieber in Asien als in Europa

Angesichts der Grösse der russischen Gefahr fühlte Bismarck sich vollkommen berechtigt, bei dem Versuch der Ablenkung von jedem Mittel Gebrauch zu machen, das Erfolg zu versprechen hiess. Der gradsinnige Kaiser Wilhelm vermochte ihm darin nicht immer zu folgen; den von der Staatsräson eingegebenen Wunsch, Russland durch Kriege im Orient zu beschäftigen, begriff und billigte er nicht. Um seinem alten Herrn Gewissenskonflikte und sich selbst ein kaiserliches Veto zu ersparen, zog Bismarck es vor,

die Wahrheit zu verschweigen oder gar zur Unwahrheit Zuflucht zu nehmen. In diese Lage geriet er z. B. im Mai 1885, als die Lon=doner „Times" behaupteten, „Deutschland wünsche, daß es zu einem Kriege zwischen England und Rußland komme, und die Aussichten auf Frieden hätten in Deutschland verstimmt." (GP, IV, S. 124).

Das englische Blatt war gut informiert, denn wirklich hoffte der Kanzler, wie seine Äusserungen zu Hohenlohe, Lucius u. a. beweisen, Russland in einen Krieg verwickelt zu sehen. Da er das dem nicht diplomatisch denkenden Wilhelm I. nicht einge=stehen durfte, dementierte er die Londoner Meldung, gab dann aber zu bedenken, wie bedrohlich die Lage für Deutschland wäre, wenn Russland unbeeinträchtigt den Blick nach Westen richten könnte. Ihm lag daran, den Kaiser von der Zweckmässigkeit einer Ablenkung des Zarenreiches nach Asien zu überzeugen. Seine Argumente waren:

„Allerdings hat Deutschland *kein Interesse, Rußland zu hin=dern,* wenn es die Beschäftigung, deren es für seine Armee be=darf, *lieber in Asien als in Europa* sucht. Wenn die seit dem Frie=den von 1856 unbeschäftigten und in schlechten Garnisonen sich langweilenden und dem Nihilismus verfallenden russischen Heere 1877 nicht zu dem Kriege gegen die Türkei verwandt worden wären, würden sie gegen Österreich Beschäftigung gesucht und gefunden haben.

„*Fehlt die Beschäftigung in Asien, so wird sie notwendig an der Westgrenze gesucht.* Als in den jüngsten Tagen die Aussich=ten in Asien friedlich waren, fand sofort eine Verstärkung der Artillerie und ein energischerer Betrieb der Befestigungen an der Westgrenze statt.

„Noch bedeutsamer ist folgende Erscheinung. In der Presse verschiedener Länder wurden Stimmen laut, welche den Wunsch und die Erwartung aussprachen, daß die Beilegung des afghani=schen Konfliktes zu einer Entente und einem Bündnis zwischen Rußland und England führen werde. Der Gedanke eines *englisch=russischen Bündnisses* wird von der panslawistischen Partei ge=hegt, welche die eigentliche Trägerin der Idee des Krieges gegen Österreich und eventuell gegen Deutschland ist. Käme diese eng=lisch=russische Allianz mit ihrer panslawistischen und radikalen Richtung zustande, so wäre ihr die Möglichkeit gegeben, sich jederzeit nach Bedürfnis durch Frankreich zu verstärken. Es wäre

die *Basis für ein Koalition* gegen uns gegeben, wie sie gefährlicher Deutschland nicht gegenüber treten kann." (GP, IV, S. 125).

Um diese Gefahren — die 1914 real wurden — zu beseitigen oder doch wenigstens hinauszuschieben, bemühte sich Bismarck, dem Zarenreich den Weg in die orientalische Sackgasse und in exponierte Positionen auf dem Balkan zu ebnen.

„Ganz à notre merci"

Die Vorstellung, Russland sei desto verwundbarer, je weiter es sich vorwage, wurde förmlich zum Dogma, dessen Anerkennung Bismarck von den Österreichern bei mehr als einer Gelegenheit verlangte. So liess er z. B. im September 1883 in Wien ausrichten:

„Graf Kálnoky wird mit mir gewiß die Ansicht theilen, daß Oesterreich-Ungarn einen *viel stärkeren Druck auf Rußland* üben kann, *nachdem* letzteres eine Stellung eingenommen hat, deren Hals unter dem Druck der siebenbürgischen Position zu liegen kommt, als vorher." (GP, III, S. 294).

Drei Jahre später wiederholte er Schweinitz gegenüber: „Wenn Rußland in Bulgarien einschreiten oder gar die Dardanellen bedrohen sollte, müsse Österreich ruhig warten, bis die Russen in der Halbinsel engagiert sind; dann würden die enormen Vorteile der geographischen Lage Siebenbürgens usw. von selbst schwer ins Gewicht fallen." (Schweinitz, II, S. 319).

Im September 1887 stellte Bismarck der österreichischen Regierung *Bulgarien* wiederum *als Falle für Russland* dar: „Wenn Graf Kálnoky eine russische Okkupation Bulgariens noch immer als eine ‚für Österreich-Ungarn gefährliche Flankenstellung' bezeichnet, so kann demgegenüber nur wieder und wieder betont werden, dass gerade das Gegenteil eintreten würde: die strategische Lage der Russen würde alsdann durch Österreichs und Rumäniens Flankenstellung gefährdet sein. Die Russen stehen jedenfalls besser am Balkan als vor Krakau. Im Kriege sind sie *verlorene Posten* und schwächen die russische Stellung." (GP, V, S. 192 Fussnote).

Die Militärs dürften anderer Auffassung gewesen sein, doch Bismarck liess an seinem Dogma nicht rütteln. Er lehrte es wieder und wieder; besonders deutlich äusserte er sich im Mai 1888 in einer Unterredung mit Freiherrn von Aehrenthal, über die der österreichische Diplomat u. a. aufzeichnete:

„Der Fürst knüpfte an seine bekannte Theorie an, daß es im Interesse Österreich-Ungarns gewesen wäre, Rußland auf der Balkan-Halbinsel engagieren zu lassen, denn hierdurch wäre Rußland *ganz à notre merci* gewesen. Er gebrauchte den waidmännischen Vergleich, daß ein Jäger auf einen Hirsch, der auf ihn herankommt, gewiß erst dann, *wenn er schußmäßig ist,* Feuer geben wird." (Krausnick, „Neue Bismarck-Gespräche", S. 50).

Das Doppelspiel mit den Dardanellen

Der fetteste und sicherste Köder war nach Bismarcks unumstösslicher Meinung *Konstantinopel,* — die Stadt, die seit Jahrhunderten traditionsgeheiligter Wunschtraum der Russen war. In der türkischen Sackgasse, so dachte er, würde das Zarenreich sich festlaufen. An den Dardanellen, so hoffte er, würden England und Österreich, ja unter Umständen selbst Frankreich, die Kastanien für ihn aus dem Feuer holen.

Im Sommer 1886 erging die erste direkte Ermunterung an die Russen, und zwar in einem Gespräch mit Paul Schuwalow, dem Berliner Botschafter, über das Potjomkins „Geschichte der Diplomatie" folgendes verzeichnet:

„Der Botschafter erklärte: ‚Wir müssen die Möglichkeit haben, Schlösser vor unsere Tür zu hängen.' Bismarck schwieg eine Weile, dann sagte er: ‚Nun gut, wenn Sie die Schlösser vorhängen, so werden Sie bei uns natürlich auf keine Hindernisse stossen.' Schuwalow war entzückt. Auf Alexander III. jedoch machte das alles keinen großen Eindruck. Bismarck hoffte vergeblich, Russland zu einem neuen Vorgehen gegen die Türkei provozieren zu können." (Potjomkin, II, S. 104).

Alexander III. war für sein immerwaches, wohl krankhaftes Misstrauen bekannt, und Bismarcks Freigebigkeit war zu gross, um nicht verdächtig zu sein. Skeptisch hatte Holstein schon 1885 gefragt: „Was erreichen wir mit unserer Nachgiebigkeit gegen Rußland? Daß Rußland unsere Haltung für *unnatürlich* ansieht und uns *mißtraut.*" (Holstein, II, S. 285). Deswegen riet Schweinitz dem Kanzler im November 1886:

„Ich wage Euerer Durchlaucht die ehrerbietige Ansicht zu unterbreiten, daß es sich empfehlen dürfte, dem Kaiser unsere Konnivenz als eine nicht ganz leicht erreichbare erscheinen zu lassen. Il faut lui tenir la dragée haute, *sonst denkt Seine Majestät, es sei eine Lockspeise;* schon jetzt wird ihm dies von verschiedenen

Seiten, unter anderen auch von der ‚Moskauer Zeitung', ange=deutet." (GP, VI, S. 101).

Dem russischen Aussenminister kam Bismarcks beflissene Dar=danellen=Preisgabe ebenfalls nicht ganz geheuer vor. Argwohn sprach aus jedem Satz, den er dem deutschen Botschafter über die Meerengen=Klausel des Rückversicherungsvertrages sagte:

„Was könne es Rußland helfen, wenn wir ihm erlaubten, etwas zu tun, wozu ihm die Flotte, das Geld, die Macht fehlten? Wenn es bekannt würde, daß Kaiser Alexander sich vertragsmäßig die Freiheit ausbedungen habe, die Meerengen in Besitz zu nehmen, *so könne es nicht ausbleiben, daß Italien und England, wahr=scheinlich auch andere Mächte, sich vereinigen.*

„Für zwanzig, für fünfzig Jahre hinaus werde Rußland wohl kaum imstande sein, derartige Pläne auszuführen. *Warum also in ein Abkommen, das nur für drei Jahre gelten solle, eine solche Forderung aufnehmen?*" (GP, V, S. 226 ff.).

Auch Diplomaten, denen nicht das „Tatarenmißtrauen der Rus=sen" (Clausewitz, „Hinterlassene Werke", VII, S. 132) eignete, gaben sich schon lange darüber Rechenschaft, dass der Kanzler mehr als ein Eisen im Feuer hätte. Graf van der Straten führte Anfang 1887 Bismarcks *doppelte Politik* auf die Furcht vor dem russisch=französischen Zusammenschluss zurück; er meinte:

„Das ist die Erklärung für die beiden politischen Programme, die dem Kanzler zugeschrieben werden. Das erste würde auf dem Balkan und selbst am Bosporus *alle Konzessionen* machen, die nötig wären, um Russland von einem Bündnis abzuhalten. Eine solche *Abkehr von den Traditionen Westeuropas* scheint aber un=erhört und macht ein anderes politisches Projekt des Kanzlers glaubhafter, der daran arbeiten soll, *eine Liga zu bilden*, die *ein Gegengewicht* zu einem Bündnis Russlands und Frankreichs bil=den würde; in die Liga würden *Österreich, England, Italien, Ru=mänien* und die *Türkei* mit den *Balkanstaaten* eintreten." (Schwert=feger, V, S. 64).

Was die neutralen Berliner Diplomaten eruierten, konnte erst recht den von Bismarcks Politik betroffenen Russen nicht ver=borgen bleiben. Sie durchschauten denn auch, wie Schweinitz im Januar 1887 zu Holstein sagte, „unsere doppelte Politik; *einer=seits tun wir, als wären wir ihre besten Freunde, andererseits raten wir im geheimen an Österreich, England und Italien, sich miteinander gegen Rußland zu verbünden.* Wir würden besser

dastehen, wenn wir das alles offen machten, und wir hätten dann die Allianz gegen Rußland und Frankreich im Nu zusammen." (Holstein, II, S. 373).

Gemeint waren *die beiden Ententen*, die Bismarck Grossbritannien, Italien und Österreich empfohlen und die er mit grösstem Eifer gefördert hatte. Der *Mittelmeer-Entente* zwischen Grossbritannien und Italien, die am 12. Februar 1887 unterzeichnet und der Österreich-Ungarn am 27. März 1887 beigetreten war, folgte am 12. Dezember 1887 die *Balkan-Entente* zwischen Grossbritannien, Österreich und Italien, für deren Schaffung Lord Salisbury dem Kanzler ganz besonders Dank sagte; er zollte ihm das Kompliment:

„Die Staatengruppierung, welche das Werk des letzten Jahres ist, wird eine *wirksame Schranke gegen jeden möglichen Angriff* Russlands darstellen, und ihre Errichtung wird *nicht einer der geringsten Dienste* sein, die Euer Durchlaucht der Sache des europäischen Friedens erwiesen haben." (GP, IV, S. 388).

Die Balkan-Entente war, könnte man sagen, eine Rückversicherung gegen den Rückversicherungsvertrag. In ihr verbanden sich die drei Mächte, um gemeinsam die Aufrechterhaltung des Status quo im und am Schwarzen Meer und Mittelmeer, die Erhaltung der Unabhängigkeit der Türkei und die Sicherung der Freiheit der Dardanellen zu garantieren. Die Balkan-Entente vom Dezember 1887 *widersprach* somit, wie Peter Rassow überzeugend nachgewiesen hat (Rassow, a. a. O., S. 192), in Geist und Buchstaben aufs entschiedenste dem anderen Bismarckschen Werke des Jahres 1887, eben dem Rückversicherungsvertrag. Denn in ihm ermutigte der Kanzler das Zarenreich zur Eroberung Konstantinopels und zur Besetzung der Dardanellen — d. h. zum Zusammenstoss mit Grossbritannien, Österreich-Ungarn und Italien.

Die Russen hüteten sich wohl, Bismarck Gehör zu schenken. Ihre Gedanken stimmten wahrscheinlich mit den Ansichten überein, die Baron Greindl, Belgiens neuer Gesandter in Berlin, über Bismarcks Avancen zu Papier brachte: „Der Rat, Konstantinopel zu besetzen, den Bismarck den Russen gab, war *zu nichts dienlich*. Man wusste in Petersburg, dass weder Österreich noch Italien noch England die Befolgung des Rates gestatten würden. Die Russen wussten, dass man diesen Rat in Berlin nur gab, weil man gewiss war, dass er *sich nicht ausführen liesse*." (Schwertfeger, V, S. 312).

Sackgassen-Politik bis zuletzt

Bismarck beharrte trotzdem halsstarrig auf seiner Sackgassen-Anschauung, auch dann, als sie von niemandem mehr anerkannt wurde. Er verfocht sie eigensinnig gegenüber jedermann, gegenüber dem österreichischen Aussenminister wie gegenüber dem deutschen Kronprinzen, dem späteren Kaiser Wilhelm II.

Falls Kálnoky jemals Bismarcks Hypothese, dass man Russland auf andere Staaten ablenken könnte, anerkannt haben sollte, so verwarf er sie jedenfalls im April 1888 völlig. Damals hatte die alte österreichische Auffassung von der Unvermeidlichkeit des Russland-Krieges sich in ihm so stark gefestigt, dass er zweifelnd und besorgt dem deutschen Botschafter erklärte:

„Vielleicht hatten die Generalstabsoffiziere in Berlin und Wien doch recht, wenn sie im vorigen Herbst rieten, die russische Macht zu zertrümmern, noch ehe sie gefährlich werde. *Man kann die Gefahr mit mathematischer Gewißheit wachsen sehen.*" (GP, VI, S. 302).

Kronprinz Wilhelm, der in dieser Zeit im Auswärtigen Amt volontierte, fand Kálnokys Besorgnis berechtigt und schloss sich der Ansicht an, dass die Generalstäbe mit der Empfehlung des Präventivkrieges recht gehabt hätten. Im Gegensatz zu ihm lehnte Bismarck auch jetzt jede präventive Aktion ab; er rechnete noch immer mit einem Erfolg seiner Ablenkungspolitik und riet deshalb den Österreichern, sie sollten Russland nicht daran hindern, „tiefer in die orientalische Sackgasse hineinzugehen." (GP, VI, S. 303).

„*Es hat aber leider die Sackgasse gemerkt,* und zeigt bisher verzweifelt wenig Lust hineinzugehen", setzte der Kronprinz als Randbemerkung auf Bismarcks Erlass. (GP, VI, S. 303, Randbemerk. 7). „*Doch, es geht hinein,* sobald Oesterreich aufhört es zu hindern", kommentierte der Kanzler seinerseits die Anmerkung des Kronprinzen. Er liess es dabei nicht bewenden; in einem langen Schreiben vom 9. Mai 1888 kämpfte er noch einmal für seinen allgemein missbilligten Standpunkt. Er führte dem Kronprinzen gegenüber den Rückversicherungsvertrag ins Gefecht und schrieb:

„Die geheimen Verträge, welche wir mit Rußland haben, sind Ew. Kaiserlichen Hoheit bekannt. Ihr Text gibt die *Gewißheit,* daß Rußland beabsichtigt, in die ‚Sackgasse' hineinzugehen, und es würde schon darin sein, wenn es nicht auf unser Verlangen durch

österreichische Opposition daran gehindert würde. Kommt diese Opposition in Wegfall, so hört damit auch die russische Zurück=haltung auf." (GP, VI, S. 306).

Es war eine spiegelfechterische Argumentierung — zugunsten einer fehlgeschlagenen Politik, deren Irrigkeit gar nicht mehr zu Diskussion stehen konnte. Dass die Panslawisten und, wichtiger, auch der russische Generalstab nach Westen marschieren wollten, bezweifelte seit Jahren niemand mehr. Die Zarenregierung hatte sich schon lange für die Westrichtung entschieden, wie alle ihre Massnahmen ad oculos demonstrierten. Und gerade im Sommer 1888 forderte der russische Generalstabschef Obrutschew wieder bedeutende Geldmittel für den strategischen Ausbau des Eisen=bahnnetzes nach — Westen.

Holstein bezeichnete Obrutschews West=Programm „als eine weitere Etappe zu den sich mit unaufhaltbarer Notwendigkeit vor=bereitenden kriegerischen Verwicklungen mit Rußland." (Kraus=nick, „Holsteins Geheimpolitik", S. 268). Ihm erschien nur eine Schlussfolgerung möglich:

„Darüber könne überhaupt kein Zweifel bestehen, daß Ruß=land, wenn es den Zeitpunkt für gekommen erachte, um die orien=talische Frage in seinem Sinne zu lösen, nicht den Fehler begehen würde, den Kriegsschauplatz nach den unteren Donaugegenden zu verlegen, vielmehr würde es dann *im gegebenen Moment den Feind an den südlichen und westlichen Grenzen von Polen auf=suchen* und zu bekämpfen trachten." (Ebenda).

Die russische Politik bis 1914 entsprach ganz den Erwartungen des Kronprinzen und der Grauen Eminenz, nicht aber dem Ab=lenkungsdogma des Kanzlers. Die Russen blickten unabwendlich nach Westen; die orientalische Sackgasse verlockte sie nicht.

KAPITEL XIII

Bismarcks Kastanien

Im Jahre 1879 fühlte Russland das grosse europäische Gegenbündnis heranreifen. Es befürchtete, dass Bismarck das mit dem deutsch-österreichischen Bündnis begonnene Werk der defensiven Zusammenfassung der westlichen Nationen konsequent fortführen würde. Ein einiges Europa unter deutscher Führung hätte dem russischen Drang nach Westen eine unübersteigbare Schranke gesetzt. Durch ein geeintes Europa wäre zugleich der Balkan gegen ein weiteres Vordringen Russlands gesichert gewesen. *Die Zukunft des Kontinents,* das Schicksal von Generationen waren in der Schwebe.

Es stand zur Entscheidung, ob der von Iwan dem Schrecklichen nach Westen gelenkte Strom des russischen Expansionismus zum Versickern gebracht werden könnte oder ob er weiter freien Lauf finden würde, tiefer und tiefer nach Europa hinein.

Nirgends begriff man die volle Bedeutung der Stunde so genau wie in Petersburg. Die russische Diplomatie erkannte sogleich, dass Bismarck unter der gegenwärtigen Konstellation die Möglichkeit und die Macht hatte, das Zarenreich in noch engere Isolierung zurückzudrängen. Bei ihm musste sie also ansetzen, wenn sie die Abschnürung Russlands, die Ausschaltung aus Europa, abwenden wollte.

Abermals war es Saburow, der die russischen Befürchtungen und Vorstellungen auf einen knappen, klaren Nenner brachte. In dem Memorandum, das er am 2. Februar 1880 für Zar Alexander II. verfasste, führte er aus: „Politisch ist Deutschland in diesem Augenblick in einer solchen Lage, dass es, wenn es dazu kommen sollte, der *Mittelpunkt einer furchtbaren, gegen uns gerichteten Koalition werden könnte.* Die Teilnehmer an einer solchen Koalition heben sich klar genug ab. Sie könnte gebildet werden, bevor das in Parteien zerrissene Frankreich Zeit hätte, sich über sein Wollen klar zu werden und das englische Bündnis abzuschütteln, an das es gefesselt ist.

„In dieser Hinsicht ist es unmöglich, sich selbst etwas vorzumachen. Die erste Tat der Koalition würde die *Schaffung eines Pufferstaates aus* jenen *Teilen des früheren Polens* sein, die sie uns zu entreissen vermöchte. Die Wiederherstellung eines mit jahrhundertealtem Hass erfüllten *Polens* würde *eine Barriere* schaffen, die für Deutschland im Interesse seiner künftigen Sicherheit notwendig wäre." (Saburow, S. 125 ff.).

Als Saburow das Memorandum aufsetzte, waren seine ärgsten Befürchtungen, ohne dass er es wusste, zum Teil schon überholt. Seine Besprechungen mit Bismarck hatten ihre Wirkung nicht verfehlt. Wohl war Saburows erste Berliner Mission im September 1879 gescheitert; den Abschluss des Bündnisses zwischen Deutschland und Österreich hatte er nicht mehr hintertreiben können. Um so bemerkenswerter war das ihm noch verborgene Ergebnis der Verhandlungen, die er am 20., 24. und 26. Januar 1880 mit dem Reichskanzler geführt hatte.

Bismarcks Inkonsequenz unter dem Einfluß Saburows

Unter der Einwirkung der Gespräche mit Saburow, dem Sonderbeauftragten des Zaren, wurde Bismarck in seinen alten Entschlüssen *schwankend*. Zum ersten Male trat bei ihm eine Inkonsequenz hervor, die ihm früher fremd gewesen war. Im Frühjahr 1880 zögerte er unvermutet, den Kurs fortzusetzen, den er in den dramatischen Kämpfen des Septembers und Oktobers 1879 dem alten Kaiser Wilhelm abgetrotzt hatte.

In diesem schicksalsschweren Frühjahr 1880 wird *der Knick* in der Diplomatie des Kanzlers sichtbar. Die ehedem so imponierende Kraft der Konsequenz ist geschwunden, der unerschrocken zupackende Wagemut hat zaudernder Unentschlossenheit Platz gemacht. Es scheint wirklich so gewesen zu sein, dass das erbitterte, quälende Ringen um das Österreich-Bündnis über seine Kraft gegangen ist.

Es wäre eine Erklärung für den „neuen" Bismarck, für den Kanzler der 80er Jahre. Im Gegensatz zu seiner festen, durchaus selbstherrlichen Entschiedenheit der Zeit bis 1879 gab er jetzt fremden Einflüssen nach, so weit, dass es Saburow gelang, den konzipierten Ausbau des Gegenbündnisses gegen Russland hinfällig zu machen.

Innerhalb von sechs Monaten vollzog sich bei Bismarck eine auffallende Wandlung:

Im August 1879 regte er bei der Zusammenkunft mit Kálnoky in Bad Gastein selbst den Gedanken an, „für den Fall eines Angriffs von Seiten Rußlands *England zu dem deutsch=österreichischen Bündnis heranzuziehen.*" (Krausnick, „Neue Bismarck=Gespräche", S. 24).

Grossbritannien als Dritter im Bunde — von dieser Krönung der Koalition sprach der Kanzler am 31. August 1879 dem Kaiser. „An das Bündnis der beiden Kaiserreiche", so sagte er in seinem Immediatbericht, „würde England dann gern seine feste Anlehnung nehmen. Die einstweilen zunächstliegende *Gefahr einer russisch=französischen Allianz* gegen uns *würde damit,* soweit menschliche Kräfte reichen, *beschworen sein.* Als Euere Majestät 1864 im Bunde mit Österreich den Krieg gegen Dänemark führten, hat keine europäische Macht es gewagt, die deutschen Verbündeten anzugreifen. Österreich wird jetzt nicht schwächer sein als damals, und das Deutsche Reich ist mehr als doppelt so stark wie das damalige Preussen.

„Dabei können wir England, damals unser Gegner, *als dritten im Bunde voraussehen.* Dann würde ein russischer Angriffskrieg vielleicht doch nicht auf Teilnahme Frankreichs rechnen können." (GP, III, S. 31).

Der Kurs war, wie man sieht, klar gesteckt. Dann kam mit Saburow die grosse Wandlung. Am 9. Februar 1880, vierzehn Tage nach Bismarcks Besprechungen mit dem russischen Botschafter, vernahm Kálnoky aus dem Munde des Kanzlers einen *Widerruf der Koalitionspläne.* Als Kálnoky vortrug, die österreichische Regierung würde gern die Initiative ergreifen, um zur Sicherung der österreichischen Grenzen und der Adria England an das deutsche Bündnis anzuschliessen, erwiderte der Kanzler ungesäumt:

„Er *glaube nicht, dass ein weiteres Heranziehen Englands jetzt angezeigt sei.*" Er erklärte es für unangebracht, „dem ohnehin ziemlich arroganten England noch mehr Sicherheit zu geben. Es würde dies auch zur Folge haben, Rußland durch das Schreckbild einer Koalition nur noch mehr zu beunruhigen." (Krausnick, „Neue Bismarck=Gespräche", S. 24 ff.).

Damit verleugnete der Kanzler im Februar 1880 vor den Österreichern das britische Bündnis, das er ihnen im August 1879 selber angeraten hatte. Der grosse Augenblick, Russlands West= und Südexpansion durch eine europäische Koalition zu blockieren, war vertan. Er kehrte nicht wieder. Bismarck vermochte zwar in den

nächsten Jahren Italien und Rumänien dem deutsch-österreichischen Bündnis anzugliedern, doch um den traditionellen Gegner Russlands, um die Weltmacht Grossbritannien, warb er in Ewigkeit vergebens.

In London fühlte man sich nicht nur durch das seit 1880 andauernde Lavieren Bismarcks zwischen Ost und West zur Reserve gemahnt. Man scheute eine Bindung noch mehr deshalb, weil das Vorhaben des Kanzlers, andere Staaten, also vor allem Grossbritannien, die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, *zu offen ruchbar* geworden war. Resigniert klagte Holstein im Januar 1888: „Dabei macht er es allzu deutlich, daß er *andere vorschieben und selber stillsitzen möchte. Deshalb traut ihm und uns kein Mensch mehr.*" (Holstein, II, S. 207).

Ein hartes Wort, doch es übertrieb nicht. Welchen schrecklichen Verdacht man gegen den Kanzler hegte, macht die Aufzeichnung kund, die Erzherzog *Albrecht* von Österreich am 7. März 1887 dem Aussenminister Kálnoky überreichte; in ihr hiess es:

„Indem Bismarck bei orientalischen Verwicklungen sich nicht zu beteiligen erklärte, kann er bei einem Angriffe Rußlands auf Österreich *Zuschauer bleiben,* weil er uns als *moralische* Angreifer hinstellt. Wir werden also trotz Allianz-Vertrag oder vielleicht wegen dessen unrichtiger Auslegung *preisgegeben.* Gelingt es ihm umgekehrt durch Provokationen Frankreich zum Angriffe auf Deutschland zu bewegen, und fällt darauf Rußland ihm in den Rücken, so soll Österreich *bis zur Selbstvernichtung* und fast allein gegen Rußland kämpfen." (Pribram, „Zwei Gespräche des Fürsten Bismarck", S. 61).

Kálnoky bekämpfte den Argwohn des Erzherzogs, und in der Tat brachte Kronprinz Rudolf aus einer Berliner Unterredung am 17. März 1887 Bismarcks Versicherung mit: „Auf deutsche Hülfe könne Österreich immer rechnen." (Pribram, a. a. O., S. 67). Indessen klang wieder ganz anders, was der Kanzler im Mai 1887 dem russischen General Kaulbars sagte: „Oesterreichs Existenz ist uns durchaus notwendig. *Sobald also russische Truppen v o r W i e n o d e r B r ü n n erscheinen, werden wir gegen Rußland marschieren.*" (Poschinger, „Also sprach Bismarck", II, S. 447).

Als Bismarck später von Deutschlands Neutralität bei Koalitionskriegen gegen Russland sprach, wurde man in Wien noch argwöhnischer . . .

England soll die Kastanien aus dem Feuer holen

Die *Kastanien=Politik* konnte nicht geheim bleiben. Zu viele — deutsche und ausländische Botschafter sowie fremde Herrscher und Minister — erfuhren, dass dem Kanzler ein Krieg Gross=britanniens und auch Österreichs und Italiens, ein Feldzug von tout le monde gegen das Zarenreich von Herzen recht wäre. Seit der Mitte der 70er Jahre lässt sich die illusionistische Spekulation nachweisen, fremden Schultern die brenzlige Aufgabe der Befrei=ung Deutschlands von der russischen Gefahr aufzuladen.

Schon 1876 stellte Bismarck die These auf, dass die *Verhinde=rung eines britisch=russischen Krieges* für Deutschland *„keine Notwendigkeit"* sei. (GP, II, S. 108). 1878 bedauerte er, dass die anderen nicht intervenierten, als die Russen vor Konstantinopel stecken geblieben waren. „Österreich hat den richtigen Moment des Eingreifens durch Besetzung von Bosnien, Serbien und etwa der kleinen Walachei versäumt" (GP, II, S. 186), diktierte er im Februar 1878 seinem Sohn Herbert in die Feder, und gegenüber Lucius konstatierte er: „Die Zeit für *Österreich mit England ver=eint loszuschlagen,* sei 1878 gewesen. Damals sei Rußland ge=schwächt und England bereit gewesen." (Lucius, S. 500).

Je grösser die russische Gefahr wurde, desto intensiver und leidenschaftlicher wünschte Bismarck, dass Dritte gegen das Zaren=reich in den Krieg zögen. Seine Erlasse der 80er Jahre vermitteln eindeutigsten Aufschluss darüber, dass er gesonnen war, *Gross=britannien gegen Russland ins Feuer zu schicken, Deutschland aber aus dem Krieg herauszuhalten.* Mit erstaunlicher Offenheit informierte er die österreichische Regierung über seine Kastanien=Politik. Durch Erlass vom 8. September 1883 wies er Prinz Reuss an, dem Grafen Kálnoky folgende Grundsätze der deutschen Russ=land=Politik bekanntzugeben:

„Es scheint mir richtiger", so lautet Bismarcks eigenhändiges Konzept, „wenn *nicht wir* die ersten sind, welche Rußland ent=gegentreten, sondern wenn wir *den russischen Bestrebungen so=weit freie Fahrt lassen, daß dieselben zunächst auf andere näher oder ebenso nahe interessirte Gegner stoßen.* Rußlands Vordrin=dringen auf resp. bis Constantinopel ist natürlich für die *Türkei,* dann aber auch für *Rumänien* und nicht minder für *England* viel=leicht noch bedenklicher als für die österreichisch=ungarischen Interessen; ein solches russisches Vorgehen *muß* also nothwen=

digerweise an irgend einem Punkte auf den Widerstand der genannten Mächte stoßen.

„*England* kann doch nimmer zugeben, daß Constantinopel und der Verschluß des Bosporus in russische Hände fällt und Kleinasien eine russische Enclave zwischen Armenien und der Dardanellenposition, letztere aber die Ausfallstation auf den egyptisch-englischen Seeweg würde." (GP, III, S. 294 ff.).

England und immer wieder England! Der letzte Absatz des Erlasses brachte Bismarcks „politisches Votum dahin, daß man Rußland *scheinbar ohne Controlle* und auf seine Verantwortung seinen Weg gehen lassen soll, bis andere Mächte darüber beunruhigt und unseres Beistandes bedürftig werden" (Ebenda).

Durch alle Jahre hindurch, bis zum Ausscheiden aus dem Amt, kehrt der Wunsch nach einem Russland-Krieg der anderen Grossmächte regelmässig in den Dokumenten wieder. Wie ein dicker roter Faden zieht er sich durch das kunstvoll umständlich geknüpfte Gewebe der Bismarckschen Diplomatie, in das grobe Unwahrheiten eingeflochten wurden. Wie 1885 z. B. In jenem Dementi-Brief an Kaiser Wilhelm hatte Bismarck bestritten, einen britisch-russischen Krieg zu wünschen. Zu anderen war er offen und ehrlich, so zu Lucius, der am 19. Mai in sein Tagebuch einschrieb: „Bismarck hat offenbar nichts dagegen, daß sich Rußland und England in Asien etwas *verbeißen.*" (Lucius, S. 315). Einen Monat später sprach der Kanzler zu Fürst Hohenlohe davon, dass der britisch-russische Krieg „für uns kein Unglück wäre. *Wir könnten nur dabei gewinnen,* wenn Rußland Beschäftigung habe und dadurch von seinen Gedanken gegen Österreich abgezogen werde." (Hohenlohe, II, S. 358).

Er sehnte und hoffte diesen Krieg herbei, wie er es frank heraus erklärte, als Aussenminister Kálnoky ihn im August 1885 in Varzin besuchte. Seinem österreichischen Kollegen rechnete der Kanzler seine Kastanien-Kalkulation vor:

„Wir sind unter uns und sprechen unter 4 Augen, ich kann also ganz frei sprechen und sagen, was ich sonst nicht sagen würde — *ein Krieg zwischen England und Rußland wäre ja von unserem Standpunkte nur wünschenswert.* So sehr ich und Sie Grund haben, mit allen Mitteln dafür zu wirken, um einen Krieg mit Rußland zu vermeiden, bei dem nichts zu gewinnen und viel zu verlieren ist, so wenig haben wir ein Interesse daran, einen englisch-russischen Krieg zu verhindern.

„Ein blutiger Krieg kann nicht leicht daraus werden, weder in Afghanistan, noch in der Ostsee, noch selbst im Schwarzen Meere — aber das Resultat könnte und würde wahrscheinlich immerhin das sein, *daß Rußland finanziell und materiell schwer geschädigt für etwa 10 Jahre kampfunfähig würde.*" (Krausnick, „Neue Bis=marck=Gespräche", S. 34 ff.).

Auch Italien und die Türkei als Kastanienholer vorgesehen

In all seinen amateurstrategischen Aufmarschplänen der 80er Jahre setzte Bismarck die Briten zweifach ein, als Avantgarde gegen Russland und als Gros der Koalitionstruppen, zu denen nur Deutschland keinen Mann stellen würde. An Grossbritannien soll=ten sich Italien und die Türkei anschliessen. Darüber äusserte er sich privatim wie auch amtlich in den kritischen Monaten des Win=ters 1887/88. Im November 1887 liess er sich in vertrautem Kreis derart vernehmen:

„Der Ausbruch des Krieges hängt davon ab, wie England sich zu Rußland stellt, ob es ein stoßender Stier oder ein asthmatischer Mastochse sein wird. Wird *England der stoßende Stier* sein, so ist nicht nur die französische Flotte lahmgelegt, sondern es werden in diesem Falle *auch die Türken gegen Rußland gehen.*" (Zie=kursch a. a. O., S. 210).

Die Aufgabe, die Italien gegen Russland zufallen würde, umriss Bismarck in seinem Erlass vom Dezember, in dem er sich nur be=dingt gegen einen österreichischen Präventivkrieg aussprach: „Ich bin weit entfernt, Österreich zu einem solchen zu raten, *solange es nicht der englischen Mitwirkung absolut sicher ist.* Wenn letz=tere einträte, so würde sich das ganze Bild der europäischen Lage wesentlich ändern. Durch die Überlegenheit der englisch=italieni=schen Flotte zur See würde *die ganze italienische Armee frei zu Offensivzwecken und die Pforte wahrscheinlich mit fortgerissen* werden *zum Bruche mit Rußland.*" (GP, VI, S. 25).

Mit Ausnahme Deutschlands liess der Kanzler keine europäische Grossmacht aus. Sogar Frankreich meinte er unter die Russland=Gegner einreihen zu dürfen. Ein Geheimbericht Aehrenthals an Kálnoky bezeugt diese schon an sich überraschende Einstellung; sie frappiert noch mehr, weil Bismarck sich im — Mai 1888 zu ihr bekannte, zu einer Zeit also, als die russisch=französische Annähe=rung infolge der Rubel=Austreibung aus Deutschland schon in schnellen Gang gekommen war.

In der Unterredung mit Aehrenthal stellte der Kanzler zunächst wieder Grossbritannien in die vorderste Front: „Sei Konstantinopel einmal ernstlich bedroht, *dann würden die Engländer gezwungen sein, hervorzutreten und zu kämpfen.*" (Krausnick, „Neue Bismarck-Gespräche", S. 50). Danach kamen Italien und Frankreich an die Reihe: „Das Aufwerfen der Frage von Konstantinopel würde aber auch den ganzen Komplex der Mittelmeerinteressen auf die Tagesordnung setzen, und zwei weitere Großmächte, *Italien und Frankreich, zwingen, Stellung zu nehmen, und zwar gegen Rußland.*" Es sei seine Überzeugung, *„daß Frankreich eine russische Besitzergreifung der Meerengen nicht ruhig hinnehmen wird."* (Ebenda, S. 51). Gerade dazu aber, zur Besetzung der Dardanellen, sollte der Rückversicherungsvertrag Russland anspornen!

„Bitte, verbrennen!"

Besondere Beachtung verdient im gleichen Zusammenhang ein Dokument, das nach Bismarcks Wunsch hätte vernichtet werden sollen. Es ist ein Brief vom 19. August 1888 an Wilhelm II. Der Kanzler bat den Kaiser, „dieses Schreiben nach genommener Einsicht *zu verbrennen;* dasselbe berührt Dinge und Fragen, die ich in der Regel *nicht für nützlich halte, dem Papiere anzuvertrauen."* (GP, VI, S. 343).

In dieser geheimsten Ausarbeitung entwickelte Bismarck einmal mehr die Grundsätze seiner Kastanien-Politik: Krieg für die anderen, Frieden für Deutschland. Wörtlich schrieb er dem Kaiser:

„Ich zweifle nicht an der russischen Absicht, den Vorstoß auf Konstantinopel zu machen und nach Fertigstellung der Schwarzenmeerflotte, also im Anfang der 1890er Jahre, den Zeitpunkt zur Aktion zu wählen. Meines alleruntertänigsten Dafürhaltens liegt es nicht in der Aufgabe unserer Politik, Rußland an der Ausführung seiner Pläne auf Konstantinopel zu hindern, sondern *dies lediglich den anderen Mächten,* wenn sie es in ihrem Interesse halten, *zu überlassen.*

„Unser Interesse an der Bosporusfrage ist einen so großen Krieg nach zwei Fronten, wie der Bruch mit Rußland nach sich ziehen würde, nicht wert; im Gegenteil, wenn Rußland sich dort einläßt, mindert sich seine Gefährlichkeit für uns durch Abziehung von unserer Grenze und durch die herausfordernde Spannung, in

die es zu den Mittelmeermächten, namentlich *zu England* und *auf die Länge auch zu Frankreich* tritt."

Sei den Russen die Verfügung über den Bosporus gesichert, „*so wird Rußlands Expansivkraft gegen Persien und Indien verwendbar* sein. Damit ist dann für England die Unmöglichkeit gegeben, in seiner bisherigen Fiktion einer kühlen Zuschauerrolle zu verharren, *und wir können abwarten, wie die Konstellation unter den übrigen Mächten sich gestaltet.*" (GP, VI, S. 342 ff.).

Der einst so urteilssichere Realist ging in diesem Kastanien-Brief von lauter falschen Voraussetzungen aus. Konstantinopel war keineswegs das Nah- und für unabsehbare Zeit auch nicht das Hauptziel der Zarenregierung und des Panslawismus. Zu seinem unrichtigen Schluss war der Kanzler offenbar durch die „wiederholten vertraulichen Äusserungen hochstehender Russen während der Verhandlungen über den Rückversicherungsvertrag" (GP, VI, S. 342) verführt worden. Andere deutsche Diplomaten, wie Holstein, Schweinitz, Hatzfeldt usw., rechneten dagegen fest damit, dass Russland *nicht* auf den türkischen Leim gehen würde. Ihre Aufzeichnungen besagten bereits im Frühjahr 1887, dass die Russen Bismarcks Doppelpolitik durchschauten und seine Lockspeisen witterten. Am verdächtigsten roch ihnen der Konstantinopelköder, auf dessen anziehende Wirkung Bismarck — als einziger — noch immer vertraute, obwohl die zaristische Politik seit Jahren stetig Westkurs hielt.

Zumal der Zar dachte lieber an die Weichsellinie als an die gefährlichen Meerengen. Schon am Anfang seiner Regierung hatte Alexander III. Konstantinopel als ein sehr fernes Ziel angesehen. Dass die Dardanellen eines Tages russisch würden, hoffte er wohl, wie sein Stoßseufzer in einer Marginalie vom Dezember 1882 verriet: „Gebe Gott, dass wir diesen freudigen und ersehnten Moment erleben" (Pokrowskij, „Drei Konferenzen", S. 72), doch der Türkenkrieg von 1877/78 hatte ihn gelehrt, wie hoch die türkischen Trauben hingen, und in sein Gedächtnis war fest eingeprägt, dass Russland damals nur um Haaresbreite dem bewaffneten Konflikt mit Österreich und Grossbritannien entgangen war.

In diese Kriegsfalle Bismarcks, dem er ohnehin tiefer misstraute als jedem anderen ausländischen Staatsmann, gedachte der Zar um keinen Preis zu gehen. Vor allem aber war für ihn wie für sein fanatisch deutschfeindliches Volk nicht die Türkei der ernstliche

Gegner. Die Tore nach Konstantinopel befanden sich, Skobelews und Fadejews Dogmen zufolge, ja in Berlin und Wien. Aufmarsch, Bahnbau, Politik und Publizistik Russlands boten überreiche Aufklärung darüber, dass als Hauptfeinde die beiden deutschen Kaiserreiche galten, insbesondere das Deutsche Reich.

Falsch war ferner die unbegreifliche Rechnung mit antirussischen Aktionen Frankreichs. Der Revanchismus wurde mit magischer Gewalt vom Rhein angezogen, und von keiner anderen Macht als vom Zarenreich erhoffte er sich aktiven Beistand zur Rückgewinnung Elsass-Lothringens. Er würde sich deswegen wohlweislich hüten, dem Alliierten von morgen Steine in den Weg zu legen. Im August 1888, als Bismarck seinen recht unrealistischen Brief an den Kaiser schickte, waren die Keime der russisch-französischen Entente schon kräftig aufgegangen.

Der „Grundirrthum"

Grossbritannien endlich. Nirgends liess sich ein Grund zu der Vermutung, geschweige denn zu der Berechnung entdecken, dass die Briten sich bereitfinden würden, von der Ostsee bis zum Bering-Meer Krieg zu führen, damit Bismarck hinter dem Ofen hocken und bei seiner Pfeife zuschauen könnte, wie „in der Türkei die Völker auf einander schlagen."

Für das Britische Reich standen zu jeder Zeit lediglich Aussenpositionen und die Erhaltung oder der Verlust weit vorgeschobener Einflußsphären auf dem Spiel, *keinesfalls, wie bei Deutschland, die staatliche Existenz.* Wenn das Reich, für das Sein oder Nichtsein die Frage war, keinen kämpferischen Einsatz zur Selbsterhaltung wagen wollte, durfte es bei anderen, nicht unmittelbar gefährdeten Staaten die Entschlossenheit zu einem grossen, opferreichen Krieg niemals voraussetzen.

„Die Hoffnung, daß Andre für uns thun würden, was wir selbst nicht wagten", hat Bismarck als *„den Grundirrthum"* der preussischen Politik der 1840er und 1850er Jahre verurteilt. („Gedanken und Erinnerungen", I, S. 96). Aber er fällte seinen verdammenden Spruch erst, als er *procul negotiis* die „Gedanken und Erinnerungen" diktierte. Als er noch Kanzler war, hatte just dieser „Grundirrthum" der falschen, sich selbst betrügenden Hoffnung ihn zu der Kastanien-Politik verleitet. Der Irrtum rächte sich schwer, denn *das eigene Kneifen* schreckte die Staaten ab, die Bismarck

sonst für Deutschland noch als Verbündete hätte gewinnen können. Vor allem entzog Grossbritannien sich der Zumutung, auf seine Kosten die Geschäfte Deutschlands zu besorgen. Der „Grundirrthum" verhinderte somit — und das war seine entscheidende Folge — das Zustandekommen der grossen europäischen Koalition.

Krieg für die anderen, Neutralität für Deutschland

Die *Nichtbeteiligung Deutschlands* an einem Koalitionskriege gegen Russland bildete den Kernpunkt zweier Erlasse vom 11. März 1887. Den einen Erlass — an Prinz Reuss in Wien — setzte der Kanzler selbst auf; den anderen, der nach London ging, verfasste in seinem Auftrag sein Sohn Herbert.

In dem Erlass nach Wien empfahl Bismarck den Beitritt Österreich-Ungarns zur Mittelmeer-Entente zwischen Grossbritannien und Italien, und zwar ausdrücklich für eine etwaige Kriegführung *ausserhalb* des deutsch-österreichischen Bündnisses; er instruierte Reuss:

„Nach der Haltung Ungarns im vorigen Herbst bin ich nicht sicher, ob Graf Kálnoky imstande sein wird, eine russische Okkupation Bulgariens ruhig hinzunehmen, und erscheint mir, wenn diese meine Besorgnis begründet ist, eine *österreichische Verabredung mit England, welche Italien mitbegreift,* eine empfehlenswerte Vorsichtsmaßregel. Ich lasse mich dabei nur von dem Wunsche leiten, Österreich gestärkt zu sehen, *auch für Kämpfe extra casum nostri foederis."* (GP, IV, S. 324).

Noch klarer arbeitete Herbert Bismarck in seinem Erlass an Graf Hatzfeldt den Grundsatz des deutschen Beiseitestehens bei einem Russland-Krieg der Westmächte heraus: „Wenn wir bei einem Kriege Österreichs und seiner Verbündeten gegen Rußland *unbeteiligt bleiben,* so kann der ganze französische Krieg gespart werden, weil Frankreich sich nicht in der Möglichkeit befindet, kriegerisch aufzutreten, solange wir *neutral bleiben und nicht in den Kampf hineingezogen werden."* (GP, IV, S. 322).

Beide Erlasse sind für den Illusionismus der letzten Bismarck-Zeit charakteristisch. Man hoffte, dass das Unmögliche möglich würde: dass man Zuschauer bleiben könnte, wenn das Habsburger-Reich auf Leben und Tod mit der russischen Übermacht kämpfte.

Ja, das Phantasma *zweier parallel laufender Kriege* tauchte auf. Herbert Bismarck malte es am 11. März 1887 in seinem Erlass an den Londoner Botschafter: „Es ist sehr wahrscheinlich, daß sich jeder der beiden Kriege, durch welche Europa bedroht wird, eintretendenfalls *separat* abspielen kann, denn in einem eventuellen deutsch=französischen Kriege würde Rußland voraussichtlich von einem Bruch des Friedens abgehalten werden, wenn wir bei der Liga England, Österreich und Italien nicht beteiligt sind." (GP, IV, S. 323). Zwei isolierte Kriege! Deutschland mit Frankreich allein gelassen, während Grossbritannien, Österreich und Italien mit Russland kämpfen ...

Die optimistische These, dass Deutschland sich aus einem russisch=österreichischen Krieg heraushalten könnte, wurde gewiss von niemandem akzeptiert.

„Deutschlands Allianz mit Österreich=Ungarn ist *viel zu eng*, als dass es nicht von dem betroffen werden sollte, was diese Monarchie erlitte", gutachtete nüchtern und realistisch der belgische Gesandte, Baron Greindl, im Juli 1889. (Schwertfeger, V, S. 260).

„Können wir Österreich entzweischlagen lassen?" fragte Holstein, und er antwortete: *„Nein"*, um daraus die Konsequenz zu ziehen: „Nun, dann müssen wir uns mit Rußland raufen und müssen also sehen, wo wir Alliierte, groß und klein, zusammenbringen." (Holstein, II, S. 348). Es war die einzige Schlussfolgerung, die möglich war. Zu ihr hätte Bismarck als erster kommen müssen, denn es war seit 1870, ja sogar noch länger, seine Grundregel, dass Deutschland sich ohne Österreich=Ungarn nicht würde behaupten können. Aus seiner eigenen Feder floss der Satz von der „unzweifelhaften Thatsache, daß *die ungeschwächte Existenz Oesterreichs ein Lebensbedürfniß für uns* und für das europäische Gleichgewicht ist." (GP, VI, S. 82, Randbemerk. 1).

Im Falle deutscher Neutralität bei einem russisch=österreichischen Krieg wäre aber Galizien mit Lemberg und Krakau nach übereinstimmender Auffassung des deutschen und des österreichischen Generalstabs nicht zu retten gewesen. (GP, VI, S. 73). Diese ausserordentliche Schwächung Österreich=Ungarns hätte Bismarck gar nicht zulassen können, weil sie die Selbsterhaltung des Deutschen Reiches gefährdet hätte. Dass er sich dennoch fortgesetzt mit dem Gedanken trug, den österreichischen Bundesgenossen allein kämpfen zu lassen, beweist, in welchem Widerstreit das Wunschdenken der Kastanienpolitik mit der staatspoliti=

schen Notwendigkeit stand, die gebieterisch Deutschlands vollen Einsatz für Österreich forderte.

Aus Bismarcks regelmässig wiederkehrenden Nibelungen-Bekenntnissen ist zu schliessen, dass er Österreich die Bündnistreue wohl halten wollte. „Deutschland würde die in den Sympathien der Völker beider Reiche zueinander wurzelnden deutsch-österreichischen Interessen *niemals den russischen opfern können*" (GP, V, S. 268), versicherte er im Juli 1887, und im Januar 1888 bekannte er sich zur Erfüllung der Bündnisverpflichtung: „Evidente Vorbereitungen zum Angriff auf Oesterreich (Galizien) werden uns immer zur Vorbereitung der Abwehr (Mobilisierung) Anlaß geben, und damit zum *factischen Eintritt in den russisch-österreichischen Conflict.*" (GP, VI, S. 77, Randbemerk. 13).

Das allzu offene und gar zu häufige Ventilieren der Kastanien-Theorie machte jedoch die Verbündeten in ihrem Vertrauen auf die deutsche Bündnistreue unsicher. Die Bismarckschen Erlasse über Deutschlands Nichtbeteiligung an einem Koalitionskrieg waren eben deswegen so bedenklich, weil sie in Wien, London und Rom den Eindruck der Unaufrichtigkeit der deutschen Politik hervorrufen konnten. Dass Unehrlichkeit in Verruf bringt, hatte Bismarck selber einmal mit besonderem Nachdruck betont, und zwar im Mai 1888 in seiner langen Streitschrift an Kronprinz Wilhelm. In ihr mahnte er: „Es ist für die Politik des deutschen Kaisertums *der Ruf der Unaufrichtigkeit noch gefährlicher* als selbst die entschlossene, aus politischer Überzeugung hervorgehende Tendenz, Krieg führen zu wollen." (GP, VI, S. 307).

Und doch hatte er selber sich der *Zweideutigkeit* schuldig gemacht, nicht etwa in Bagatellen, sondern in der Schicksalsfrage Europas, in der Frage: Krieg oder Frieden mit Russland? Der *Widerspruch* zwischen seiner Koalitionspolitik und seinem Neutralitätsbegehren war für die Betroffenen zu auffällig: während er Österreich, Italien und Grossbritannien *zu einer Koalition gegen Russland ermutigte, behielt er sich gleichzeitig vor, neutral zu bleiben,* wenn die Dreier-Entente mit Russland in Konflikt geraten sollte.

Bismarcks Entscheid: Koalitionskrieg ohne Deutschland

An diesem Widerspruch entzündeten sich die Zweifel an der Zuverlässigkeit des deutschen Partners immer aufs neue. Die Unge-

wissheit über Deutschlands Haltung im Ernstfall beunruhigte die Österreicher besonders in den Herbstmonaten 1887, als der Krieg in der Luft zu liegen schien. Deswegen glaubte der deutsche Militärattaché in Wien, Major von Deines, eine Klärung herbeiführen zu müssen. In einem Brief vom 23. November 1887 stellte er direkt die Frage nach dem „Wann wohl." Er schrieb:

„Die russischen Rüstungen bezwecken den Krieg; will Rußland wirklich *nicht uns* angreifen, *so gilt es Österreich*. Vom höchsten Interesse wäre, im Hinblick auf die hiesigen Verhältnisse, eine Kenntnis darüber, wann man sich bei uns wohl zum Handeln entschließen würde.

„Österreich wird gewiß niemals die Russen angreifen; wird es aber angegriffen, machen wir dann sofort mobil und erklären Rußland den Krieg oder warten wir, bis ein russischer Sieg Österreich in unabsehbare Verlegenheit bringt, uns die Franzosen etc. auf den Hals hetzt und die Unterstützung der Italiener mindestens lähmt?" (GP, VI, S. 11 ff.).

Wieder stellte Bismarck einen Koalitionskrieg gegen Russland mit dem Vorbehalt der deutschen Neutralität frei: „Wir wünschen den Krieg zu vermeiden und werden deshalb einen österreichischen Angriff auf Rußland oder russische Truppen in Bulgarien nicht mitmachen. *Will Österreich dergleichen unternehmen, so muß es sich des Beistandes von Italien, England, der Pforte etc. versichern.*" (GP, VI, S. 12, Randbemerk. 1).

Auch Kaiser Franz Joseph wurde negativ beschieden. Ohne uns — lautete Bismarcks Stellungnahme, als der Kaiser von Österreich den deutschen Botschafter befragte, ob Deutschland sich an einem Krieg gegen Russland beteiligen würde oder sich ganz heraushalten wolle. Am 6. Dezember 1887 bat Franz Joseph den Prinzen Reuss zu sich in die Hofburg. Er wünschte zu hören, „ob seine Besorgnis mit Bezug auf etwaige russische Kriegsabsichten gegen Österreich in Deutschland geteilt werde." (GP, VI, S. 19). Reuss entgegnete: „Wenn auch der Kaiser Alexander meinem allergnädigsten Herrn die bündigsten Friedensversicherungen gegeben hat und Seine Majestät an der Ehrlichkeit derselben keinen Augenblick zweifeln, so ist die Lage in Rußland doch nicht dazu angetan, um mit Beruhigung der Zukunft entgegenzusehen." (Ebenda).

Franz Joseph stellte hierauf die Frage nach Deutschlands Verhalten im Kriegsfalle, die Reuss dahin verstand, „dass der Kaiser

ungefähr sagen wollte: Da ihr die Koalition Österreich=England=Italien patronisiert habt, so könnt Ihr, wenn Österreich infolge derselben zum Kriege genötigt wird, Österreich doch nicht sitzen lassen." (GP, VI, S. 20).

Der Sinn der Frage war klar genug, denn Franz Joseph sprach ohne Umschweife: „Es könnte doch der Fall eintreten, daß Österreich *durch das neue Abkommen* mit England und Italien verpflichtet sein würde, eine drohende Haltung gegen Rußland einzunehmen. Hierdurch könnte es in den Krieg mit Rußland verwickelt werden. Wie liege dann der *casus foederis?* Würde nicht Deutschland, welches, wenn auch keinen offenen, aber doch einen sehr dankenswerten Anteil an dem Zustandekommen dieses Abkommens genommen hätte, *sich dabei ganz desinteressieren können?"* (Ebenda). *„Ja"*, entschied Bismarck, „wir haben uns bemüht, Oestreich auch für Fälle die *foedus nicht deckt*, Bundesgenossen zu verschaffen." (GP, VI, S. 22, Randbemerk. 5).

Eine zweite Gewissensfrage wurde dem deutschen Botschafter vom österreichischen Aussenminister vorgelegt; sie bezog sich auf die Erfüllung der Vertragsverpflichtungen gegenüber dem gemeinsamen Verbündeten Rumänien. Kálnoky erklärte: „Wollte Rußland in die Balkan=Halbinsel einbrechen, so stehe dazu nur der Weg durch Rumänien zu Gebote. Hier würde sich Rumänien weigern, und der *casus foederis* würde für Österreich Rumänien gegenüber eintreten *und auch Deutschland angehen."* (GP, VI, S. 23).

In Bismarcks Antwort kam die rumänische Allianz als ein platonisches Bündnis weg: „Wir haben mit Rumänien mitunterschrieben, um die Rumänen zu ermuthigen daß sie sich an Oestreich anschließen; aber *Truppen werden wir für die Frage nicht viel übrig haben,* so lange Frankreich besteht!" Und abermals wurde der Gedanke an einen Koalitionskrieg ohne Deutschland zu Papier gebracht: „Wenn *Oesterreich mit Rumänien, Bulgarien, Italien, Pforte, England, Serbien* zusammen noch *froid aux yeux* hat, so zeigt das schlechtes Gewissen." (GP, VI, S. 24, Randbemerk. 5).

Als Franz Joseph im Januar 1888 Besprechungen zwischen den beiden Generalstäben anregte, wurde der Kanzler ärgerlich. Zum Bedauern des österreichischen Kaisers lehnte er es ab, die militärischen Folgen des *casus foederis* zu behandeln. (GP, VI, S. 73, 79). „Solange der russische Angriff nicht stattfindet, können wir

Österreich keinen Beistand zusagen und auch nicht in Verhandlung treten, ob und welche Aufstellungen wir im Kriegsfall machen. *Wir würden damit unsern neuesten geheimen Vertrag mit Russland brechen.*" (GP, VI, S. 62). Der Kanzler fühlte sich in der Klemme zwischen dem Bündnis mit Österreich und dem Rückversicherungsvertrag, der „ein *mit unseren österreichisch-italienischen Verpflichtungen konkurrierendes* und unter gewissen Konstellationen deshalb *schwieriges Verhältnis*" schuf, wie er im August 1888 Kaiser Wilhelm II. erklärte. (GP, VI, S. 342).

Die Vorbehalte, die Bismarck ständig bei den Verbündeten machte, führten zu einer „gewissen Mutlosigkeit der österreichischen Militärs" (GP, VI, S. 85), und die Regierungen wurden misstrauisch, weil die Eventualität eines europäischen Russland-Krieges *ohne deutsche Beteiligung* in Bismarcks Überlegungen einen so breiten Raum einnahm.

Grossbritannien merkt die Absicht

Das Misstrauen war wach, nicht zuletzt auch in Grossbritannien. Unwiederbringlich war die breite Vertrauensbasis geschwunden, auf der 1879 die Errichtung einer Allianz hätte versucht werden können. Wie sehr Bismarcks Inkonsequenz nach den Saburow-Besprechungen die Konstellation für eine grosse europäische Koalition verändert hatte, liess sich in London am deutlichsten erkennen.

1879 war Grossbritannien durchaus allianzwillig gewesen. Am 27. September 1879 konnte der Londoner Botschafter Graf Münster dem Auswärtigen Amt die gute Nachricht senden: „Beim ersten Worte, was ich nur über die Möglichkeit eines Erkaltens unserer guten Beziehungen zu Russland sprach, sagte Lord Beaconsfield mir, daß eine innige Verständigung mit Deutschland und eine *intime Allianz* stets das Ziel gewesen sei, welches er zu erreichen gehofft habe." (GP, IV, S. 7, Fussnote).

Auch die Queen Victoria war einem Bündnis mit Deutschland geneigt. Beaconsfield erklärte dem deutschen Botschafter: „Was die Krone betrifft, so können Sie ganz sicher sein. *Ihre Majestät die Königin kennt für England nur einen Feind, das ist Russland,* und *wünscht nichts sehnlicher als völlige Verständigung mit Deutschland.*" Nach Beaconsfields Worten war „eine Allianz mit Deutschland in der Masse des Volkes *die populärste.*" (GP, IV, S. 8 ff.).

Im Oktober 1879, nach dem Abschluss des deutsch=österreichischen Bündnisses, wurde die Tendenz, sich dem Reich anzuschliessen, noch stärker. Am 14. Oktober versicherte Münster dem Kanzler: „Ich glaube, meine Überzeugung dahin aussprechen zu dürfen, dass Lord Beaconsfield auf eine deutsche Allianz den allergrößten Wert legt, und glaube auch, daß wir auf ihn und seine Partei fest rechnen können." (GP, IV, S. 12).

Drei Tage später überbrachte Aussenminister Lord Salisbury dem deutschen Botschafter die Versicherung, „dass Lord Beaconsfield und sein Kabinett *stets zu Deutschland stehen* werde, sowie Deutschland mit Rußland in Händel verwickelt werde." Salisbury selbst liess dem Kanzler übermitteln, „wie sehr er ein festes Zusammengehen Deutschlands mit Österreich und *eine Allianz Englands mit beiden Mächten wünsche.* Nach seiner Meinung sei der Frieden gesichert, sobald Rußland wisse, daß Deutschland und England stets entschlossen seien, Österreich im Falle eines Angriffes beizustehen." Ob England sich in einem solchen Falle am Kriege beteiligen würde, fragte Münster, und Salisbury *„antwortete mit einem entschiedenen Ja."* (GP, IV, S. 13).

Die Allianzanregung und erst recht die im voraus gegebene Zusage einer Kriegsbeteiligung gingen für britische Verhältnisse ungewöhnlich weit. Die Gunst einer seltenen Gelegenheit bot sich. Bismarck nutzte sie nicht; seine Erwartungen seien nicht in vollem Masse erfüllt worden, gab er dem Grafen Münster Bescheid. (GP, IV, S. 10).

Die Voraussetzungen von 1879 kehrten niemals mehr wieder, obwohl auf britischer Seite der Gedanke an ein Zusammengehen mit dem Reich nicht so bald fahren gelassen wurde. Noch im Dezember 1885 konnte der deutsche Botschafter dem Kanzler berichten: „Randolph Churchills Wunsch ist, wie Sie wissen, eine *Allianz mit Deutschland,* und *er bedauert lebhaft, daß sie nicht zustandegekommen ist."* (GP, IV, S. 139).

Doch später regte sich gerade bei Churchill am stärksten der Verdacht, dass Bismarck keine ehrlichen Absichten hege, sondern Grossbritannien den Alleingang gegen Russland zumute. Bitter beschwerte er sich im Dezember 1886 bei Botschafter Graf Hatzfeldt:

„Hier habe man sich Rußland gegenüber kompromittiert und werde jetzt von Österreich und Deutschland *im Stich gelassen.* Das einzige, was er von uns verlangt habe, sei unser Einfluß in

Konstantinopel, und jetzt unterstützten wir Rußland dort. *Man wolle England in den Straßengraben locken und selber im Trocke=nen bleiben.* Da spiele er nicht mit."

In ernster Mahnung wies Churchill dann auf das unerbittliche, nicht zu umgehende *Entweder=oder* hin, vor das er Deutschland gestellt sah:

„Man müsse bei uns wissen, was man wolle", sagte er zu Hatzfeldt; „es gebe schließlich nur zwei Wege für uns; entweder Rußland vollkommen unterstützen und damit *unseren Frieden erkaufen — was doch nicht gelingen werde bei dem Haß gegen uns — oder eine mächtige Allianz zu Vier, die jeden Tag zustan=dekommen könne,* wenn wir es wollten." (Holstein, II, S. 366 ff.).

In einer zweiten Unterredung Churchill=Hatzfeldt wurde wenige Tage später sogar die durch Bismarcks Politik heraufbeschworene Gefahr einer britischen Option gegen das Reich sichtbar. Churchill deutete an, dass Grossbritannien zur Wahl gezwungen sein könnte:

„Zwei Wege liegen vor mir; entweder feste Stellungnahme gegen Rußland oder Verständigung mit ihm unter Garantie für Afghanistan. *Ersteres ziehe ich vor und bin zu allem bereit.* Das ist aber wegen der Machtverhältnisse *nur möglich, wenn Öster=reich mitgeht und Deutschland nicht gegen uns ist.* Österreich macht aber Ausflüchte und möchte mich wie Deutschland *allein ins Feuer schicken.* Deutschland bietet sogar seinen Einfluß in Kon=stantinopel gegen mich auf." (Holstein, II, S. 368).

Alliierte konnte man auf diese Art schwerlich werben. Auch Lord Salisbury wurde allmählich entmutigt; 1887 klagte er in einem Brief an Sir Edward Malet, den Berliner Botschafter: „Bis=marck ist sehr schwer zufriedenzustellen; wenn wir uns weigern, die Kastanien gerade da aus dem Feuer zu holen, wo es am heis=sesten ist, dann wirft er uns vor, wir wollten uns drücken." (Eyck, „Bismarck", III, S. 476).

Wilhelm Bismarck und Holstein sehen in die Zukunft

Die Eingeweihten erschraken vor den Folgen, die Bismarcks Risikoscheu haben könnte. Seine beiden Söhne und Holstein waren Mitte der 80er Jahre bereits von der Furcht erfüllt, dass Deutschland infolge seiner Schaukelpolitik am Ende alle Anleh=nungen und Koalitionsmöglichkeiten einbüssen könnte. Wilhelm

Bismarck sah die Einigung zwischen Grossbritannen und Frankreich voraus; in einem Brief vom 2. September 1884 schüttete er seinem Bruder Herbert sein bedrücktes Herz aus:

„Papa ist die bisherige Politik bequem, einen gegen den anderen auszuspielen. *Das geht eine Zeitlang,* aber der Moment wird kommen, *où il faut prendre une résolution.* Das Spiel ist zu klar, als daß nicht beide es längst gemerkt hätten; natürlich sind sie *beide deshalb mißtrauisch.* Ich fürchte sehr, daß wir bei dem Spiel unsere Rechnung nicht finden werden, und daß die beiden Westmächte schließlich dazu gelangen, daß es das Klügste ist, *sich untereinander zu verständigen.*" (Windelband, S. 521).

Zwanzig Jahre später wurde Wilhelm Bismarcks Befürchtung wahr: 1904 einigten Grossbritannien und Frankreich sich in der Entente cordiale.

Holstein blickte noch um ein Jahrzehnt weiter in die Zukunft. Am 4. September 1884 berechnete er in einem Brief an Wilhelm Bismarck bis ins letzte genau die antideutsche Ost-West-Entente des Weltkriegs voraus:

„Frankreich ist fest entschlossen, nicht länger allein zu bleiben; geht es nicht mit uns, so geht es irgendwie mit England." *Die Einigung der beiden Westmächte würde aber nicht nur die Vereinigten Staaten von Amerika und Italien an sich heranziehen, sondern auch Rußland.* (Windelband, S. 519 ff.).

„Allianzen könnten wir haben ..."

Ausserhalb der Familie Bismarck und ausserhalb des Auswärtigen Amtes wurden die diplomatischen Methoden der letzten Kanzlerjahre ebenfalls nicht verkannt. *„Abwarten und Lavieren"* waren nach einem Urteil des belgischen Gesandten die Leitgedanken der Bismarckschen Aussenpolitik geworden. Holstein, der Deutschlands politischen Einfluss, ja, darüber hinaus den Fortbestand des Einigungswerkes von 1870/71 gefährdet fühlte, kritisierte schärfer. Am 20. Januar 1887 stellte er die verscherzten Gelegenheiten und die schädlichen Folgen der zweideutigen Russland-Politik zusammen:

„Wir hätten jetzt schon *Österreich, Italien, England* und die *Türkei,* alle mit uns zusammen, *unter einem Hut haben können,* wenn wir selber offen Farbe bekannt hätten. *Alle waren bereit zu diesem Bündnis.* Durch unsere jetzige russenfreundliche Politik

verhindern wir aber jede antirussische Gruppierung. Österreich, Italien, England, *alle werden mißtrauisch und zurückhaltend,* weil sie sich sagen: *Was steckt dahinter?* Deutschland ist selber mit Rußland dick Freund und hetzt gegen Rußland." (Holstein, II, S. 375).

Mit den potentiellen Koalitionen beschäftigte Holstein sich erneut in einer Eintragung vom Januar 1888, in der er das Kneifen rügte: „Die heutige Politik des Kanzlers ist nur zu vergleichen mit der von Friedrich dem Großen im Bayerischen Erbfolgekrieg: kein Schneid. *Dabei brauchte er gar nicht Krieg zu führen,* um seinen Willen durchzusetzen. Im Bunde mit Österreich, Italien, Rumänien, Türkei, England und Spanien könnte er heute von Rußland und Frankreich auch ohne Krieg manches erreichen." (Holstein, II, S. 407).

Jahrelang hatte Holstein eine aktive und zielstrebige Bündnispolitik befürwortet. Für sie hoffte er Herbert Bismarck und durch ihn Prinz Wilhelm, den künftigen Kaiser Wilhelm II., gewinnen zu können. In einer langen vertraulichen Unterredung mit Herbert Bismarck im Dezember 1886 drang er auf den Abschluss von Allianzen, auf die Bildung einer gesamteuropäischen Front; er sagte zu Herbert:

„Wir können — und Ihr Vater will auch — den Anforderungen, welche die russische Freundschaft in bezug auf Österreich an uns stellt, nicht genügen. Wir wollen und können weder helfen noch zusehen, daß Österreich von Rußland zerschlagen wird. Österreich mag sein, wie es will, es ist immerhin nützlich, weil es uns davor bewahrt, mit Rußland und Frankreich allein zu sein.

„Statt unsere Zeit mit Rußland zu verlieren, was wir doch nicht versöhnen werden", sollte Deutschland an Allianzen ringsum denken. Deutschland, Österreich und Italien seien schon „ein ziemlicher Klumpen. Vermutlich werden sich dann je nach Umständen noch *England, Spanien* oder die *Türkei* im psychologischen Augenblick anschließen. — In diesem Sinne würde ich mit dem Prinzen Wilhelm sprechen." (Holstein, II, S. 356 ff.).

Doch die Zeit für die englische Allianz war schon abgelaufen. Der Zeiger der Weltgeschichte liess sich nicht zurückstellen. Es war zu spät, zehn Jahre zu spät, als Bismarck im Januar 1889 von Grossbritannien plötzlich den „offenen und männlichen Schritt" zu einem öffentlichen Bündnis mit Deutschland verlangte. (GP, IV, S. 402). Eine Annahme des Allianzvorschlages war schon des=

wegen wenig wahrscheinlich, weil Bismarck das Bündnis nur gegen Frankreich wirksam wissen wollte. Noch entscheidender aber stand ihr der Vertrauensschwund entgegen, den die Kastanien=Politik verursacht hatte.

Lord Salisbury sagte zu dem verspäteten Bündnisangebot weder Ja noch Nein; er beschränkte sich auf die Erklärung: „Einstweilen könne er nichts tun, als möglichst demonstrativ mit Deutschland Hand in Hand zu gehen." (GP, IV, S. 406).

Damit waren die Hoffnungen auf die grosse Koalition zur Verteidigung Europas, die 1879 zum Greifen nahe gewesen war, endgültig zerstört. Der Zar durfte triumphieren; Saburows Saat hatte für Russland reichste Frucht getragen.

KAPITEL XIV

Das Erbe: Der unvermeidbare Krieg

Durch das Missglücken des Versuches, 10 Minuten nach 12 die lange verschmähte Bundesgenossenschaft Grossbritanniens zu erlangen, wurde der Misserfolg der Bismarckschen Europa-Politik total. Das gewaltige Werk der Sicherung Deutschlands durch die grosse antirussische Koalition der Westmächte blieb ein Torso. Dass damit die diplomatische Arbeit des zweiten Jahrzehnts seiner Kanzlerschaft verloren war, wissen wir von Bismarck selbst, der am 17. August 1889 in einer Sitzung des Staatsministeriums erklärte: „*Das ganze Ziel* und Objekt der deutschen Politik seit zehn Jahren sei, *England für den Dreibund zu gewinnen.*" (Lucius, S. 500).

Nicht alles an diesem Satz ist Wahrheit. Im Februar 1880 hatte Bismarck ja, unmittelbar nach den Besprechungen mit Saburow, den Österreichern die Zuziehung Grossbritanniens zum Zweibund untersagt, und in den Jahren danach suchte er Kontakt mit dem Foreign Office jeweils nur, wenn das östliche Gewitter sich zu entladen drohte. *Last, not least* strebte er, wie wir sahen, nicht eine echte Allianz an, die jedem der Bundesgenossen die gleiche Verpflichtung, den gleichen Anteil an den Risiken und Opfern auferlegte. Auf seine Kastanien-Politik fielen alle die Vorwürfe zurück, die er der britischen Regierung machte, als er im Dezember 1885 an Hatzfeldt schrieb:

„Wenn England klare und feste Ziele hätte und vor allem den Mut, sich öffentlich dazu zu bekennen, so würde es jedes Bündnis finden, welches es brauchen könnte, aber wenn zu den parlamentarischen Schwankungen noch *Mangel an Entschlossenheit und Aufrichtigkeit* kommt und die Neigung, den Bundesgenossen mit einer gewissen egoistischen *Bauernfängerei* zu verbrauchen, *so sieht man sich vor.*" (GP, IV, S. 142).

Genau das widerfuhr ihm. Die Briten nahmen sich in acht, weil es allzu publik war, dass Bismarck neutral zu bleiben meinte, wenn die Verbündeten und Freunde gegen Russland kämpften.

Vielleicht hätte trotz dieser Irritierung die Allianz bei der antirussischen Einstellung Grossbritanniens doch noch zustandegebracht werden können, wenn der Kanzler sich nicht nur mit halbem Herzen, sondern wirklich mit ganzer Seele um sie bemüht hätte. Doch hier spielte ihm wieder, wie 1887/88 Russland gegenüber, *die Ideologie*, der Dogmatismus einen Streich. Grossbritannien erschien ihm nicht nur nicht monarchisch genug. Nach seiner Auffassung war es, wie er es Kaiser Wilhelm gegenüber ausdrückte, „von der Revolution angefressen." (GP, V, S. 320). Die Demokratisierung des britischen Staatslebens nahm er, in falscher Bewertung, für Republikanisierung.

Die Weltanschauung, um ein Wort unserer Tage zu gebrauchen, trieb ihn im Innersten von einer Allianz mit Grossbritannien fort. So kam es, dass er in der für Deutschland und Europa und bis in das 20. Jahrhundert hinein entscheidenden Frage wider seine eigene älteste Einsicht und wider alle seine aussenpolitischen Konzeptionen handelte. Schon 1856 hatte er in Grossbritannien den Alliierten gegen Russland gesehen. (Poschinger, II, S. 361 ff.). *„England, unser natürlichster Verbündeter"*, rief er 1862, in seiner Petersburger Gesandtenzeit, dem preussischen Aussenminister zu. („Die politischen Berichte des Fürsten Bismarck aus Petersburg und Paris", II, S. 158). Die Erinnerung an Waterloo wurde 1886 in einem Friedrichsruher Diktat beschworen: „Jede ernste Gefahr, die England durch Frankreich drohen würde, würde heute *so gut wie bei Waterloo* uns in den Kampf ziehen." (GP, IV, S. 284). Und am 26. Januar 1889 erklärte er auf der Tribüne des Reichstages: „Ich betrachte England als den alten und *traditionellen Bundesgenossen.*" (Reden, XII, S. 575).

Dreissig Jahre hindurch qualifizerte Bismarck Grossbritannien als den Deutschland vorbestimmten Alliierten, und dennoch tat er für das britische Bündnis nicht alles, nicht das letzte, sondern fügte sich seiner ideologischen Reservatio. Die weltanschaulichen Motive der Allianzenthaltung benannte der belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl, sehr klar in einem Bericht vom August 1888; er schrieb seinem Minister:

„Die Beziehungen zwischen England und Deutschland sind, wie Sie wissen, nicht intim, und man beabsichtigt in Berlin nicht, sie enger zu gestalten. Fürst Bismarck, den die preussischen Kammern seit je gequält haben und dessen grosse Pläne durch die Opposition zum Scheitern gebracht worden sind, *hasst den Par-*

lamentarismus und wird einem Land, in dem der Parlamentarismus fast ohne Gegengewicht regiert, *niemals sein ganzes Vertrauen schenken."* (Schwertfeger, V, S. 238).

Die Ideologie betrog Bismarcks Urteil. Das von ihm geringgeschätzte parlamentarisch regierte Grossbritannien trotzte den Stürmen der Kriege und der sozialen Umwälzungen. Während die drei Kaiserreiche, die dem Kanzler als festeste Säulen des monarchischen Systems erschienen waren, im Trommelfeuer des Ersten Weltkrieges barsten, herrscht im „angefressenen" Grossbritannien noch heute das Königshaus.

Die nicht erreichten Ziele

Ebenso wie das britische Bündnis verfehlte Bismarck die anderen Ziele seiner Sicherungspolitik. Am Ende seiner Regierung war er weiter als jemals von dem Zustand entfernt, dessen Herstellung und Bewahrung er in dem berühmten Kissinger Diktat vom 15. Juni 1877 zum Kardinalpunkt seiner Politik gemacht hatte: „Das Bild, das mir vorschwebt ist das einer politischen Gesamtsituation, in welcher *alle Mächte ausser Frankreich unser bedürfen und von Koalitionen gegen uns* nach Möglichkeit *abgehalten werden."* (GP, II, S. 154).

Von den Grossmächten war nur Österreich-Ungarn noch auf das Reich angewiesen. Entscheidender war indes, dass Bismarcks Diplomatie an ihrer essentiellsten Aufgabe scheiterte. Noch im Oktober 1886 meldete der belgische Gesandte aus Berlin: „Bismarcks Politik ist es, *um jeden Preis eine Allianz zwischen Russland und Frankreich zu verhindern."* (Schwertfeger, V, S. 59, Anmerk. 1). Doch das Gegenteil brachte er mit eigener Hand zuwege, als er die Rubel-Austreibung vornahm. Ein Jahr danach waren die Russen mit den französischen Finanziers anleiheeinig, und die Militärs beider Länder koordinierten ihre Vorbereitungen auf die Auseinandersetzung mit dem Reich. Das „grosse Schreckgespenst der russisch-französischen Allianz" (Schwertfeger, V, S. 8, Anmerk. 2) war im Begriff, sich in eiserne Wirklichkeit zu verwandeln.

Gegen den drohenden Doppelgriff von Panslawismus und Revanchismus wusste Bismarck keine Abwehr, keine Abhilfe. Er trieb in den letzten Jahren nur noch das, was er selber im Mai

1888 dem Kronprinzen Wilhelm gegenüber euphemistisch als „unsere *vorsichtige Politik*" deklarierte (GP, VI, S. 305). Hol= steins spitze Feder schrieb dafür „*Kneifpolitik*", und die „Pall Mall Gazette" sprach, schon 1883, von einer „*nicht heroischen Politik.*" („Bismarck, Zwölf Jahre", S. 241).

Im Ausgang der 80er Jahre ist überhaupt kaum noch ein klares Programm zu erkennen. In der Balkan=Politik blieb Bismarck seiner Utopie treu, seiner — oder Saburows? — Lieblingsidee von der *Demarkationslinie*, die den östlichen Balkan Russland, den westlichen Österreich zuteilen sollte. Als Saburow seine Gedanken im April 1883 lancierte, lehnte Kálnoky sie mit aller Schärfe als „*halsbrecherische Pläne*" ab. (GP, III, S. 289). Auch der russische Aussenminister distanzierte sich von Saburows Linie. Dennoch entschied Bismarck im August 1887:

„Als *Basis* unserer Politik halten wir im Interesse des Friedens auch nach der in Wien wie in Petersburg erfolgten Ablehnung derselben an unserer ‚Demarkationslinie' fest." (GP, V, S. 195). Und er verkündete anschliessend: „Darüber hinaus haben wir *bisher nicht das Bedürfnis empfunden, uns feste Absichten zu bilden.*" (GP, IV, S. 339). In den anderen Grundfragen fand Bis= marck ebenfalls wenig Gegenliebe, vielmehr widersetzten sich Wien, Rom und London seinen Auffassungen. Kálnokys „Über= zeugung, daß das Festsetzen Rußlands auf dem Balkan eine *Ge= fahr* für die Donaumonarchie sei, ist nach unserer Ansicht eine irr= tümliche", (GP, V, S. 143) verfügte Herbert Bismarck. Österreich protestierte gegen den Berliner Spruch. Jede Ausbreitung des rus= sischen Kolosses wurde als Erhöhung der ohnehin gewaltigen Bedrohung angesehen. „Dass durch ein vergrößertes russisches Prestige *die ganze Slawenwelt in Gärung geraten* werde, erscheint Kálnoky als nicht die geringste Gefahr." (GP, IV, S. 123).

Vor allem aber folgte keiner der Verbündeten oder Freunde dem Kanzler auf seinem Konstantinopel=Abweg. Als Crispi im Oktober 1887 in Friedrichsruh weilte, musste auch er Bismarcks Standardthese anhören: „Es mache wenig aus, ob die Russen nach Konstantinopel gingen. *Rußland würde sich mit dieser Eroberung schwächen.*" (Crispi, „Memoiren", S. 224 ff.).

Der italienische Ministerpräsident war entgegengesetzter An= schauung: „Ich glaube nicht, daß es Rußland schwächen würde, Konstantinopel zu nehmen. Seiner erweiterten Macht in Europa würde es durch den Besitz Konstantinopels eine Basis schaffen,

welche dem großen Reiche die *Herrschaft über Orient und Europa sichern würde.*" (Ebenda).

Worin sollten und konnten sie ihm noch beipflichten? In der möglichkeitsfremden Vorstellung etwa: „*Wenn* es gelänge, zwischen den drei Kaisern (von Deutschland, Österreich und Russland), England und Italien mit Ausschluß Frankreichs ein Abkommen einzuleiten, so würde damit die Kriegsgefahr erledigt sein." (GP, IV, S. 340).

Unrealistisch war ebenso die Abschreckungspolitik, die vermeinte, Russland durch die Drohung mit einer Insurrektion Polens einschüchtern und auf friedlichere Gedanken bringen zu können.

Bismarcks Drohung mit der Wiederherstellung Polens

Schweinitz entsetzte sich, als Bismarck ihn im November 1880 in Friedrichsruh in seine polnischen Absichten einweihte. „Man könne *Polen zeitweise wiederherstellen,* etwa unter einem österreichischen Erzherzog; später, wenn es seine Dienste gegen Rußland geleistet, könnte man es immer wieder teilen. Weit hinaus, in ferne Zukunft, Politik machen zu wollen, sei Blödsinn." (Schweinitz, II, S. 137).

Die Ostgrenzen eines restaurierten Polens steckte Bismarck im Oktober 1883 in einem Gespräch mit Hohenlohe ab: „Der Krieg würde auch dahin führen, daß wir *Polen bis an die Düna und den Dnjepr herstellen* müßten." (Hohenlohe, II, S. 343). Sogar seinem russischen Gast, dem Aussenminister von Giers, präsentierte er den Insurrektionsplan. In einer Unterredung in Friedrichsruh im November 1883 reklamierte er bei Giers zunächst wieder die „beunruhigende Truppenanhäufung an der Grenze." (GP, III, S. 302). Dann brachte er seine polnische Abschreckung an, diesmal, seinem Immediatbericht an den Kaiser zufolge, in abgewandelter Form:

„Ich erwähnte absichtlich, daß selbst ein siegreicher Krieg gegen Rußland für uns die Gefahr neuer Verwirrungen auf polnischem Gebiete nach sich ziehen würde. Eine *Begünstigung der polnischen Nationalbestrebungen* sei für uns ein großes Unglück, aber doch noch das kleinere im Vergleich mit der Besiegung Deutschlands durch Rußland." (GP, III, S. 303).

In den späteren Jahren kolportierte der Kanzler den Restaura-

tionsplan geradezu. Er sprach darüber zum französischen Botschafter Courcel (Windelband, S. 459), zum italienischen Ministerpräsidenten Crispi (Oncken, a. a. O., S. 120), zu Erzherzog Rudolf von Österreich (Lucius, S. 378). Auch in verschiedenen Sitzungen des Staatsministeriums „ventiliert er die Möglichkeit eines selbständigen polnischen Reiches unter einem Erzherzog." (Lucius, S. 416).

Als Grossfürst Nikolaj Anfang Oktober 1887 seinen Trinkspruch auf den Krieg gegen Deutschland ausgebracht hatte, ging Bismarck mit der Polen-Drohung sogar in die Presse. Die deutschen Zeitungen stellten die Frage, wann wohl der Tag kommen werde, an dem man *Polen wiederherstellen und ihm das Grossherzogtum Posen zurückgeben müsste, um eine Barriere zwischen Russland und Deutschland zu errichten.* (Schwertfeger, V, S. 226).

Wegen seiner vielen Sünden an Polen war Russland in keiner Frage so empfindlich wie in der polnischen. Darum wirkte das Hervorkehren des polnischen Komplexes wie ein rotes Tuch. Die Drohung schreckte nicht ab, sie erhitzte nur den Hass auf Bismarck und Deutschland noch mehr.

Illusionismus der letzten Jahre

Dieser Hass liess sich durch nichts besänftigen; er war elementar, war unausrottbar eingewurzelt, und ebenso unbezähmbar war das alte Verlangen nach Westexpansion, nach Vorherrschaft, nach der Niederzwingung des Westens. *Krieg gegen Europa* predigte Danilewskij in seinem 1867 verfassten Buch „Russland und Europa", das in Russland als der „Katechismus des Panslawismus" verehrt wurde. „Ohne den Kampf mit der germanisch-römischen Welt ist die slawische Unabhängigkeit unmöglich." (Danilewskij, „Rußland und Europa", S. 324). Durch eine Kette von Kriegen sollte Europa unterworfen werden: „Unerläßlich ist der Kampf des Slawentums mit Europa — *ein Kampf, der natürlich nicht in einem Jahr entschieden wird, nicht in einem Feldzug, vielmehr eine ganze historische Periode ausfüllen wird.*" (Ebenda, S. 190).

Für den ersten der Kriege gegen die deutschen und österreichischen Vorposten Europas rüstete Russland eben jetzt, ungeachtet der Verträge, die es mit Deutschland geschlossen hatte. Ohne die Einheit Europas, ohne die grosse Abwehrkoalition konnte keine

staatsmännische Kunst die Feindschaft, die militärische und propagandistische Vorbereitung auf den Tag X abwenden. Unaufhaltsam schob sich das Unheil näher.

Vor dem Unausweichlichen, durch eigene Kraft allein nicht zu Behebenden, resignierte Bismarck nach dem Fehlschlagen seiner Vertragspolitik. So gründlich war seine Entmutigung, dass der einstige nüchtern wägende Realist nun dem Illusionismus zugänglich wurde. Doch auf dem politischen Theater erscheint kein *Deus ex machina*, um die Konflikte zu lösen, um die Furcht vor dem Kampf zu bannen und den Krieg zu verhindern. Selbsttrügerisches, dem Fatalismus verwandtes Hoffen auf ein Wunder, auf *das* Wunder, ist keine Diplomatie; es ist eigentlich nichts anderes als die Bankrotterklärung einer Aussenpolitik, die nicht mehr auf die Wirksamkeit ihrer Mittel vertraut.

Mit der Selbsttröstung, dass ein Umsturz im Zarenreich Europa von der Gefahr befreien würde, war die russische Frage nicht zu lösen. Aber gerade solch ein diplomatischer Couéismus war Bismarck in den letzten Jahren nicht fremd, wie wir von anderen und vor allem aus seinen eigenen Schriften wissen.

Graf Kálnoky, der zehn Jahre lang aufs engste und wie ein Freund mit dem Kanzler zusammenarbeitete, bezeugte 1892 dessen Wunderglauben:

„Fürst Bismarck habe ihm seinerzeit öfter sein System auseinandergesetzt, das darauf hinauslief: Rußland den Krieg zu machen, sei eine mißliche Sache. Deshalb müsse man lavieren, um einem Bruche vorzubeugen. Der Fürst habe, ohne mit Sicherheit bezeichnen zu können, was kommen würde, *immer mit Bestimmtheit vorausgesagt, dass etwas kommen würde, was den morschen russischen Staatsorganismus unterminieren und dieses heut so gefährliche Reich für seine Nachbarn unschädlich machen würde.*" (GP, VII, S. 369).

Das unstaatsmännische Bild, das Kálnoky entwarf, entspricht in allen Zügen der Vorstellung, wie sie die Dokumente aus dem letzten Jahrsiebent der Ära Bismarcks vermitteln. Am 15. September 1883 empfahl der Kanzler in einem Erlass an Prinz Reuss die Verlängerung des Drei-Kaiser-Vertrages u. a. mit dem ominösen Argument: „Man gewinnt dadurch immer die Chance, abzuwarten, *ob nicht in der russischen inneren Politik Änderungen stattfinden, welche auf die äußere Politik dieses Reiches mäßigend einwirken.*" (GP, III, S. 269).

In einem Erlass vom 27. Dezember 1887, ebenfalls an Reuss, versprach der Kanzler sich gar schon die Kriegsverhütung durch Revolution: „Die Zeit läuft mehr zu unsern als zugunsten der Gegner. In Frankreich wie in Rußland sind die Zustände gespannter als bei uns und *können zu inneren Entwicklungen dieser Länder führen, welche uns eines Kampfes von so riesigen Dimensionen überheben würden.*" (GP, VI, S. 69).

Im Mai 1888 das gleiche Lied: „Durch Abwarten des russischen Angriffs können wir *Rußlands inneren Verfall und seine Zersetzung möglicherweise früher erleben als seinen Angriff.*" (GP, VI, S. 303).

Auch Herbert Bismarck huldigte dieser Selbstermutigung. „Das Verharren in der strategischen Defensive sei das Richtige", erzählte er im Mai 1888 dem Freiherrn von Aehrenthal. „*Er erwarte von der Zeit Vorteile für uns und eine weitere Dekomposition in Rußland.*" (Wittram, a. a. O., S. 279).

Hoffnungen auf eine Auflehnung der von Russland unterdrückten Nationalitäten gesellten sich den Revolutionserwartungen zu. Bismarck vermutete solchen unbegründeten Optimismus jetzt auch bei den Österreichern; so behauptete er im September 1888 in einem Immediatbericht an Kaiser Wilhelm II.: „Namentlich rechnet man in Wien auf die *zunehmende Abwendung der kleinrussischen Stämme* im Süden von der Politik, wie sie in Moskau und Petersburg gemacht wird." (GP, VI, S. 345).

Kálnoky mindestens erging sich keinesfalls in Spekulationen auf eine nahe Revolution in Russland, denn ihn hatte sein Petersburger Militärattaché, Oberstleutnant Klepsch, dessen Urteil die deutsche Botschaft aufs höchste schätzte, im Jahre 1887 informiert: Die Revolution würde, „wenn kein großer und namentlich kein für Rußland unglücklicher Krieg dazwischen kommt, *binnen zehn Jahren — kaum früher — ausbrechen.*" (Wittram, a. a. O., S. 280).

Nicht vor 1897 also. Nur Bismarck erhoffte sie sich eher. Schon im Januar 1884 hatte er ja seinem Hausarzt Schweninger geraten, die russischen Papiere abzustossen: „*Verkaufen Sie, Rußland bricht über kurz oder lang doch zusammen.*" („Erinnerungen an Bismarck", S. 323).

Aber die Autosuggestion: „Der Russische Krieg findet nicht statt", vermochte doch die uralte innere Überzeugung von der Unvermeidbarkeit der deutsch-russischen Auseinandersetzung nicht zu betäuben. Sie brach immer wieder hervor, so in der ver-

traulichen Unterredung, die Bismarck ein halbes Jahr vor seiner Entlassung mit dem österreichisch=ungarischen Sektionschef von Szögyény hatte. Wenn keine Revolution käme, hätten wir den Krieg, sagte er dem Ungarn:

„*Der große Krieg mit Rußland scheine ihm kaum vermeidbar*, aber auch die Möglichkeit, dass er in absehbarer Zeit nicht ein= trete, sei nach seiner Ansicht nicht ganz ausgeschlossen: diese Möglichkeit sei aber *ausschließlich* davon bedingt, dass etwa in Rußland in absehbarer Zeit innere Komplikationen hervortreten, welche den äußeren Krieg abwenden oder aufhalten. *Träten diese nicht ein, dann könne der Krieg nicht ausbleiben.*" (Krausnick, „Neue Bismarck=Gespräche", S. 59 ff.).

„Man müsste jeder Voraussicht bar sein"

Die *Zwangsläufigkeit* eines deutsch=russischen Zusammenpralls war ja einer der ältesten politischen Glaubenssätze Bismarcks. Damit verband sich noch in den Jahren, als er Preussen am Deut= schen Bundestag in Frankfurt am Main vertrat, die *Vision vom Zweifrontenkrieg.* Bismarck benutzte in seinem grossen aussen= politischen Exposé vom 26. April 1856 ein anschauliches Gleich= nis: wenn die französische Allianz herangewachsen wäre, würde sie wie ein reifer Apfel vom Baum fallen, und die Russen würden gewiss zur rechten Zeit die Mütze darunter halten. Nichts würde den natürlichen Zug jener beiden Staaten zu einander hemmen. (Poschinger II, S. 359 ff.).

Auf zwei Verbündete hoffte Bismarck für den schweren Kampf, auf Österreich und auf Grossbritannien; so berechnete er in dem Frankfurter Exposé von 1856:

„*Österreich* wird die Gefahren, welche aus dem Zusammenhal= ten Rußland's und Frankreich's für das übrige Europa entstehen können, *zu theilen haben.* Ich will annehmen, *daß England ent= schlossen zu uns steht.* Aber der Continentalkrieg gegen die Land= heere Rußland's und Frankreich's würde *der Hauptsache nach auf den Schultern Deutschland's ruhen.*" (Ebenda).

Zu keiner Zeit figurierte das Zarenreich in den Kombinationen Bismarcks als Freund, stets nur als der Feind, als der Hauptgegner Deutschlands und — Europas. Ein Jahr vor dem Krieg von 1870/71 befasste er sich zum ersten Male mit dem *Projekt der grossen europäischen Verteidigungskoalition gegen Russland.* Da=

von sprach er am 2. Januar 1869 dem ungarischen Grafen Seherr-Thoss.

„Mit Frankreich", so sagte er ihm, „werden wir Krieg bekommen. Wir werden siegen, jawohl, wir werden siegen. Eine längere Periode wird dann eintreten, während welcher wir gegen Frankreich auf der Hut sein müssen. *Der wahre Feind für das zivilisierte Europa kann dann Rußland werden;* wenn es sein Eisenbahnnetz ausgebaut, seine Armee reorganisiert hat, kann es mit zwei Millionen Soldaten marschieren. *Dann muß sich Europa koalieren, um dieser Macht zu widerstehen."* (Werke, VII, S. 279 ff.).

Eben diese von ihm selbst konzipierte Koalition liess Bismarck ein Jahrzehnt später in den Anfängen stecken, statt sie durch die Zuziehung Grossbritanniens zum unübersteigbaren Damm gegen die russische Flut auszubauen. So wogte die Gefahr näher und näher, durch nichts einzudämmen, am wenigsten durch den Rückversicherungsvertrag vom Juni 1887. Das Versagen der Vertragspolitik empfand Bismarck als Leiter des bedrohten Reiches natürlich selbst am stärksten. Darum sind gerade in den Jahren 1887—89 seine Aussprüche über die Unabwendbarkeit des russischen Krieges häufig. Einige von ihnen seien hier eingerückt.

„Deutschland könne auch *nach zwei Seiten Krieg führen"*, bedeutete er am 28. März 1887 dem Grossfürsten Wladimir, dem Bruder des Zaren. „Es werde eine Million Mann in defensive Stellungen an der Ostgrenze bringen können! Es werde sich schlagen *bis zum letzten Blutstropfen."* (Lucius, S. 378).

„Man müsste jeder Voraussicht bar sein, wenn man nicht zugeben wollte, dass das Deutsche Reich *der Gefahr ausgesetzt* ist, *gleichzeitig von Ost und West angegriffen zu werden"*, erklärte er im Dezember 1887, sechs Monate nach Abschluss des Rückversicherungsvertrages, im Kreise seiner engsten Umgebung. (Schwertfeger, V, S. 71).

Noch entschiedener war der Ausspruch, den er im Oktober 1887 zu Bleichröder tat: „Wenn ich jemals während meines politischen Lebens eine feste Überzeugung gehabt habe, so ist es jetzt die von der *Unvermeidlichkeit eines Krieges mit Rußland."* (Holstein, II, S. 408).

Auch in der amtlichsten Form gab der Kanzler der Kriegsgewissheit Ausdruck. In seinem ersten Immediatbericht an Kaiser Friedrich III. legte er am 3. April 1888 dar: „Wir können mit Wahr-

scheinlichkeit annehmen, daß Frankreich, solange ihm Rußland nicht beisteht, uns in Ruhe läßt oder von uns wiederum geschlagen wird. *Kann aber Frankreich auf russischen Beistand rechnen, so haben wir den Krieg mit beiden Mächten gleichzeitig in ganz sicherer Aussicht.*" (GP, VI, S. 283 ff.).

Ein Zeugnis noch aus dem letzten Vierteljahr der Bismarck-Ära. Mitte Dezember 1889 besprach der Kanzler mit Fürst Hohenlohe eine Depesche von Schweinitz über die Aufschiebung des Bahnbaus in Russland. Der Botschafter meldete zugleich, dass die Ausrüstung der russischen Armee mit neuen Gewehren nicht vor drei Jahren beendet sein werde. Bismarck schloss daraus, „dass die Russen vor fünf Jahren keinen Krieg beginnen können"; es war ein Aufschub, gewiss, aber ... „Jedenfalls *würde der Krieg mit beiden Ländern zugleich ausbrechen.*" (Hohenlohe, II, S. 461).

Er sah den Krieg kommen, den unvermeidlichen Existenzkampf an zwei Fronten, der das Erbe war, das er den Söhnen und Enkeln hinterliess. Eine lastende Erbschaft, die von Jahr zu Jahr drückender werden würde, wie Diplomaten und Militärs damals voraussahen. Nach der in den 80er Jahren weit verbreiteten Auffassung würde die kommende Generation unter verschlechterten Bedingungen in die Prüfung auf Leben und Tod gehen. „*Die Zeit läuft gegen uns*", befand Caprivi im Mai 1888 (Holstein, II, S. 423). Der gleichen Überzeugung waren die übrigen Generäle „ohne Unterschied der sonstigen Farbe" (Holstein, II, S. 412), Graf Waldersee, Kriegsminister General Bronsart von Schellendorf, Verdy, Loë.

Die Graue Eminenz fürchtete ebenfalls, dass die Vertagung der Auseinandersetzung die deutschen Aussichten entscheidend verringern werde. Den Krieg hielt Holstein für unvermeidlich, nicht anders als Bismarck, als Moltke, als der deutsche und österreichische Generalstab. „Es fragt sich nur", so überlegte er im Januar 1888 voller Sorge, „ob er angefangen wird in dem Augenblick, der für uns, oder in dem Augenblick, der für unsere Gegner der günstigste ist." (Holstein, II, S. 408).

Prinz Wilhelm, der als Kaiser Wilhelm II. Bismarcks Hinterlassenschaft antreten musste, ahnte, welches Verhängnis er erben würde. Er klagte im Januar 1888: „Der Kanzler will aus Egoismus keinen Krieg mehr führen, obschon er und mein Großvater, solange die beiden noch da sind, so viel wert sind wie 250 000 Mann. Die *Verzugszinsen* für diese Verzögerung werde ich spä-

ter zu zahlen haben. *Die ganze Krisis werde ich zu tragen haben,* der ich jung und schwach sein werde." (Holstein, II, S. 407).

Weder Wilhelm II. noch Caprivi . . .

Ein fatales Vermächtnis blieb zurück, als Bismarck im März 1890 die Reichskanzlei verliess. Im Westen stand ein reichsfeind=liches Frankreich, das die Niederlage von 1870 nicht vergass und nicht vergab, das, nach Bismarcks eigenen Worten vom Januar 1887, „nie aufgehört hat, sich auf die Wiedereroberung Elsaß=Lothringens vorzubereiten. Es wartet nur auf günstige Umstände, um Deutschland anzugreifen." (Schwertfeger, V, S. 62).

Im Osten hatte Russland 1871, nach Deutschlands Sieg und Einigung, den Aufmarsch gegen das Reich anlaufen lassen, und beide Mächte schlossen sich seit 1888 enger und enger gegen den gemeinsamen Feind zusammen. Noch zu Bismarcks Zeit wurde der Grundstein für den Bau der russisch=französischen Allianz gelegt.

Was die Stunde geschlagen hatte, begriff Europa erschreckt nach der unmissverständlichen Demonstration des französischen Flottenbesuches in Kronstadt. Die *russisch=französische Verbrüde=rung* wurde vom Zaren mitgefeiert. Entblössten Hauptes hörte der Autokrat Alexander die Revolutionshymne, die Marseillaise. Die Einkreisung Deutschlands schloss sich.

War der „neue Kurs" daran schuld? Nein, entschied ein Neu=traler, der nicht Bismarckianer, nicht Antibismarckianer war. Un=parteiisch urteilte Baron Greindl, der belgische Gesandte in Berlin: „Weder der Kaiser noch Graf Caprivi sind dafür verantwortlich. Sie haben nur *das Erbe einer Lage übernommen, die schon unter dem alten Regime geschaffen worden war,* und sie haben nichts unterlassen, um sie zu bessern. Wenn ihnen das Gelingen dabei versagt blieb, so deshalb, *weil die Verhältnisse stärker sind als die Menschen,* und weil der unvermeidliche Gegensatz zwischen Österreich und Russland im Orient es *unmöglich* macht, *gleich=zeitig Verbündeter des einen und Freund des anderen zu sein."* (Schwertfeger, V, S. 312).

Unvoreingenommen verteidigte Greindl den Kaiser und Ca=privi gegen Bismarcks grundlose Beschuldigungen, dass der „neue Kurs" den „Draht nach Russland" hätte abreisen lassen. Er wider=legte den grollenden Alten im Sachsenwald durch ihn selber, näm=

lich durch die Geschichte des Bismarck=Zeitalters; sie autorisierte ihn zu der Feststellung:

„Das Gedächtnis lässt den Fürsten Bismarck im Stich. Die Erkaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland ist *nicht das Werk der jetzigen Regierung;* sie begann mit dem Berliner Kongress. Die Errichtung des Dreibundes ist der zweite Vorwurf, den die Panslawisten gegen Deutschland erheben. Ihre dritte Beschwerde wendet sich gegen die Aktion zur Austreibung der russischen Papiere aus Deutschland. Die Insolenz der deutschen Presse gegenüber Russland während der letzten zehn Jahre der Regierung des Fürsten Bismarck war ebenfalls nicht dazu angetan, die bittere Enttäuschung der Russen zu mildern.

„All das", so resümierte Greindl richtig, „musste logischer= und fatalerweise zu der Annäherung zwischen Russland und Frankreich führen, die von französischer Seite seit 1872 gesucht wurde." (Schwertfeger, V, S. 311 ff.).

Der notorische Russenfeind

Bismarcks tragischem Sisyphus=Mühen um die Lösung der unlösbaren Aufgabe, Deutschland aus dem russisch=französischen Zangengriff zu befreien, hatte der belgische Diplomat herzliche und bangende Anteilnahme gezollt. Um so offener kritisierte er als Freund Deutschlands die hasserfüllten Ausfälle, zu denen der gefällte Gigant sich von seinem Unmut über den Verlust der Macht treiben liess. Greindl erblickte in der Fronde eine Gefahr für die innere Einheit des Reiches und eine unheilvolle Erschwerung der deutschen Aussenpolitik. Bismarcks Agitation in den „Hamburger Nachrichten" charakterisierte er als „kleinliche Rachsucht." (Schwertfeger, V, S. 79, Anmerk.). Indigniert schrieb er seinem Minister:

„Fürst Bismarck ist, wie Sie gesehen haben, *in der Wahl der Mittel nicht kleinlich.* Er entstellt auf seine Weise die Geschichte und geht dabei so weit, seine eigene Vergangenheit zu widerrufen, um nur ja seinen Gegnern schaden zu können." (Ebenda).

Wir sind damit bei dem traurigsten Bismarck=Kapitel, bei seinen *Unwahrheiten vor und nach der Entlassung.* Im Widerspruch zu all seinen amtlichen und privaten Bekundungen der Jahre 1887=90 behauptete er drei Tage vor seinem Sturz in einem Schreiben an Kaiser Wilhelm II. plötzlich, die Beziehungen zu Russland hätten sich „wesentlich gebessert." (GP, VI, S. 364). Noch schroffer

widersprach er sich selbst, als er im Ministerrat vorgab, dass er einen russischen Krieg „kaum noch befürchte." („Gedanken und Erinnerungen", III, S. 166).

Falsch Zeugnis legte er auch ab, als er im Sommer 1892 in der Wiener „Neuen Freien Presse" die Behauptung aufstellte, die Veränderungen in den Beziehungen zu Russland seien auf „das Schwinden des persönlichen Vertrauens und somit des persönlichen Einflusses (Bismarcks) auf den Kaiser von Rußland" zurückzuführen. (Hammann, „Der neue Kurs", S. 22). Es war nicht möglich, dass er die seitenlange Niederschrift seines eigenen Sohnes über den „unüberwindlichen Argwohn" Alexanders III. und zugleich auch noch die brüskierende Frage des Zaren im Herbst 1889 vergessen hätte, wie wohl der neue Kanzler, Bismarcks Nachfolger, heissen würde.

Sein Gedächtnis konnte nicht auf einmal blank geworden sein. Wie oft hatte er in der russischen Presse und in den Petersburger Botschaftsberichten gelesen, dass er in Russland, bei Hof wie beim Volk, als Russenfeind galt. Und nicht nur dort. Ihm war aufs intimste vertraut, dass man in Grossbritannien ohne jeden Vorbehalt *auf seine Russland=Feindschaft gebaut* hatte. Die Dokumente darüber — zum Teil von seiner eigenen Hand — waren noch keineswegs vergilbt, als Bismarck 1892 die Unwahrheit über seine politische Vergangenheit sagte. Aus den Diplomatischen Akten ergibt sich zweifelsfrei, dass Lord Salisbury auch im Rückversicherungsjahr 1887 den Kanzler als Russenfeind *per se* einschätzte und dass Bismarck ihn in dieser Auffassung bestärkte.

Das Unvergessliche spielte sich so ab: Im November 1887 machte man sich in London Sorgen, dass die deutsche Politik nach dem Regierungsantritt des Prinzen Wilhelm, dem man „lebhafte russische Sympathien" nachsagte, prorussisch werden könnte. (GP, IV, S. 369). Lord Salisbury äusserte zu Graf Hatzfeldt die Befürchtung, „daß unter Umständen später eine neue und festere Verständigung mit Rußland zustandekomme, aus welcher eine aktive Unterstützung Rußlands im Orient hervorgehen könne." (Ebenda). Von Bismarck befürchtete Salisbury eine solche prorussische Politik nicht, wie Hatzfeldt ausführlich meldete: „Der Minister fügte hinzu, sein unwandelbares Vertrauen zu Eurer Durchlaucht sei mir zu bekannt, als daß er nötig habe, zu versichern, daß er keinen Augenblick an die erwähnte Möglichkeit glaube,

solange die Leitung der deutschen Politik in Eurer Durchlaucht Händen liege." (GP, IV, S. 370).

So fest war Salisbury von der antirussischen Einstellung Bismarcks überzeugt, dass er von dem *„Unglück"* sprach, *wenn „die obere Leitung der deutschen Politik einmal in andere, dem Zusammengehen mit Rußland geneigte Hände überginge."* (GP, IV, S. 371).

Für alle Zukunft beruhigte Bismarck den britischen Premier: die deutsche Politik würde nicht prorussisch werden. „Prinz Wilhelm würde, wenn er Kaiser wäre, keine Möglichkeit haben, Impulsen zu folgen, die aus Petersburg kämen." (GP, IV, S. 377).

Und er stellte mit einem Ausrufezeichen die Frage: *„Was* sollten wir im Bunde mit Rußland erstreben, um uns von Petersburger Launen abhängig zu machen!" (GP, IV, S. 373, Randbemerk. 7).

Das Bild des *Antirussen* Bismarck, das Lord Salisbury vor Augen hatte, wird in Russland seit alters als das alleingültige betrachtet. In der Zarenzeit konterfeite Fürst Trubetzkoj den Kanzler als doppelgesichtig: „Er vermochte es, die *Maske der Gewogenheit Rußland gegenüber* zu wahren und gleichzeitig offenkundig Österreich anzuspornen, das er für ein Element des nützlichen Gegengewichtes gegen Rußland im Orient hielt." (Trubetzkoj, a. a. O., S. 11). Den Bismarck-Hass nach dem Berliner Kongress beschrieb Paul von Mitrofanow, Professor am Kaiserlichen Historischen Philologischen Institut in Petersburg: „Die *Empörung* gegen den ‚ehrlichen Makler' *war allgemein,* und mit Recht oder Unrecht stand es fest, daß gerade Bismarck die meiste Schuld an der Verstümmelung des Friedens von San Stefano trug. *Der Gedanke an einen Krieg mit Deutschland wurde höchst populär,* und der ‚weiße General', *Skobelew,* der Held des türkischen Feldzuges, war ein Hauptvertreter dieser Idee." (Mitrofanow, „Offener Brief", S. 391).

In neuerer Zeit aber liest man in Russland: *„Bismarck bemühte sich stets, Russland zu schaden.* Er versuchte, Russland in Konflikte mit England und der Türkei zu verwickeln. Welchen Hass Bismarck aber auch gegen Russland empfand, einen Krieg gegen Russland wollte er trotzdem nicht." (Potjomkin, a. a. O., S. 121, 128).

Zum ärgsten Feind wurde Bismarck den Russen dadurch, dass er den russophilen Wilhelm I. zwang, das antirussische Bündnis mit Österreich zu unterschreiben, das, wie Mitrofanow lehrte, „das

Deutsche Reich zum *prinzipiellen Gegner Russlands* machte." (Mitrofanow, a. a. O., S. 392). An diesen dramatischen Kampf zwischen dem Kanzler und dem russenfreundlichen alten Kaiser dachte wohl Wilhelm II., als er dem Grafen Schuwalow erklärte: „Es ist ein Irrtum, das russenfreundliche Verhalten Deutschlands als Bismarcksche Politik zu bezeichnen; *es war die Politik meines Großvaters* und ist meine eigene." (GP, VII, S. 16, 21).

Bismarck: „Keine Verständigung möglich"

Freundschaft? Seit Herweghs Tagen, nein, viel länger noch regierte die Feindschaft beide Völker. In Europa erwachte der Hass in den Jahren nach den Befreiungskriegen 1813—15, als Zar Alexander I. „die russische Armee *einige Tagesmärsche von Berlin und Wien* aufstellte, sich zum Herrn von ganz Mitteleuropa machte, und der preussische König und der österreichische Kaiser von ihm abhängig wurden." (Pokrowskij, „Kurzer Abriss", II, S. 96). Mit Ingrimm im Herzen ertrugen die Völker die russische Einmischung und das allgegenwärtige *Heer der russischen Agenten.* Vor allem die Jugend ballte in ihrer Ohnmacht gegen den „Gendarm Europas" die Fäuste und hasste. Sie hasste Russland und die Russendiener — wie den Lustspieldichter August von *Kotzebue,* der als russischer Polizeispion von dem Burschenschafter Karl Ludwig *Sand* erstochen wurde. Anno 1819.

So alt waren der Hass und die Feindschaft in Deutschland, wovon wir einige Proben aus Pogodins Deutschland-Denkschriften der 1840er Jahre gaben. Hass stand gegen Hass, wobei die Russen die Deutschen und Österreicher übertrumpften. Die Feindschaft war von russischer Seite leidenschaftlicher, angriffssüchtiger und wurde von Jahrzehnt zu Jahrzehnt fanatischer. Als *Nationalgefühl* des russischen Volkes empfand Bismarck die Deutschfeindlichkeit bereits in seinen Petersburger Gesandtenjahren. Am 30. November 1860 berichtete er dem preussischen Aussenminister von Schleinitz, dass *die antideutsche Stimmung „eine allgemeine durch alle Stände"* sei.

An seine Beobachtung knüpfte er eine Voraussage, die in den Jahrzehnten seiner Kanzlerzeit Punkt für Punkt eintraf: „Diese Stimmung übt auf die Regierung einen Druck, der letztere *von Deutschland mehr und mehr entfremdet,* und *dieser Druck wird mit zunehmender Freiheit der Presse stärker werden.*" (Briefwechsel mit Schleinitz, S. 116 ff.).

Die Petersburger Berichte und Briefe Bismarcks aus den Jahren 1859—62 registrierten ausführlich und minutiös die allgemeine Deutschfeindlichkeit. Sie liessen erst recht nicht die *Kriegsdrohungen Alexanders II. gegen Preussen* aus (Briefwechsel mit Schleinitz, S. 37) und sie untersuchten gewissenhaft die Deutschland und Österreich bedrohenden expansionistischen und kriegerischen Absichten des Panslawismus. Damals schon stand auf dem Programm: *„Slavische Konföderationen bis nach Böhmen, Illyrien und Griechenland hinein."* (Petersburger Berichte, II, S. 55).

1859 und 1860 meldete Bismarck das alles seiner Regierung nach Berlin: die Feindschaft, die friedengefährdenden Ambitionen des russischen Nationalismus, die nur durch Eroberungen in Deutschland und Österreich-Ungarn befriedigt werden konnten. *Die Panslawisten begehrten Land, das den Nachbarn gehörte.* Sie wollten ihres Nächsten Gut, nicht seine Freundschaft.

Nein, die Feindschaft hatte das Wort und führte es mit Duldung und sogar Begünstigung durch Alexander II. und Alexander III. immer drohender. Die letzten Voraussetzungen einer gutnachbarlichen oder auch nur normalen Zusammenarbeit wurden 1878 beseitigt, durch die russische Reaktion auf den Berliner Kongress. Auch darüber hat wiederum niemand präziser ausgesagt als Bismarck. An die russische Adresse erklärte er in einem Interview mit der „Nowoje Wremja" im Mai 1890:

„Nach dem Kongreß begriff ich, daß es für Sie und uns schwer ist, zusammenzugehen, denn Sie fingen an, uns zu behandeln wie wirkliche Prussiaken, *wie ein Ungeziefer*, und das diente zur Schädigung unserer Beziehungen." (GP, VII, S. 23, Fußnote).

Das Bestreben, dennoch friedlich-schiedlich mit dem Zarenreich auszukommen, schlug mit stereotyper Regelmässigkeit fehl. Von dem Gefühl der Vergeblichkeit aller Bemühungen durchdrungen, stellte Bismarck dem Kaiser die *Unmöglichkeit einer Einigung* vor, die er in seinem Immediatbericht vom 7. September 1879 mit folgenden Sätzen begründete:

„Mit der unberechenbaren Elementargewalt der slawischen Revolution ist *für uns keine Verständigung möglich*, und es ist nicht denkbar, daß der Kaiser (Alexander II.), und vielleicht ebensowenig, daß der Thronfolger (der nachmalige Alexander III.) sich von den panslawistischen Einflüssen wieder hinreichend emanzipieren werde, um dem von seiner Regierung künstlich erzeugten *Deutschenhaß* seiner Untertanen Trotz zu bieten." (GP, III, S. 53).

Es gab in der Tat keinerlei Möglichkeit einer Verständigung. Die Drei=Kaiser=Verträge konnten die Feindschaft und den Deutschenhass nicht bemänteln, und der Rückversicherungsvertrag wurde von beiden Bismarcks und von Schweinitz so geringgeschätzt, dass sie voraussetzten, er würde die Probe eines Krieges nicht bestehen. Vor allem Schweinitz war sich völlig darüber im klaren, *dass Russland im Falle eines deutsch=französischen Krieges das Neutralitätsversprechen brechen und gemeinsam mit Frankreich gegen Deutschland kämpfen würde.*

In seinen beiden Petersburger Jahrzehnten als Militärbevollmächtigter und dann als Botschafter war er mit der russischen Seele genügend vertraut geworden, um unfehlbar zu erkennen, dass es nach dem Willen des russischen Volkes keine Bindung an Deutschland, keinen deutsch=russischen Vertrag geben sollte. Dagegen stimmte, ja, dagegen „tobte" es. Über ein solches unzweideutiges Votum berichtete Schweinitz am 4. Juli 1890 dem neuen Kanzler Caprivi:

„Es wird Euerer Exzellenz nicht entgangen sein, daß seit der vor etwa drei Wochen vom Wiener „Times"=Korrespondenten lanzierten Nachricht von einem deutsch=russischen Bündnis *die ganze russische Presse* vom ‚Graschdanin', der dem Hofe, bis zum ‚Swet', der dem Volke am nächsten steht, *stürmisch gegen ein solches Abkommen getobt* hat." (GP, VII, S. 38).

Fürst Kotschubej definiert die Deutschfeindlichkeit als Erbfeindschaft

Das russische Volk wollte Feindschaft, nicht Verträge und erst recht nicht Versöhnung. Es nutzte Deutschland nichts, dass Caprivi Bismarcks schärfste antirussische Massnahme rückgängig machte und das Lombard=Verbot aufhob. Es brachte ihm keine Freundschaft ein, dass er Russland einen Handelsvertrag anbot, den Bismarck verweigert hatte. Statt eines freundlichen Echos klang wieder nur der Hass herüber: *„Mit der letzten deutschen Waare soll auch der letzte Deutsche aus Rußland ausgeschlossen werden"*, proklamierten die „Moskauer Nachrichten". (Schulze=Gaevernitz, „Der Nationalismus in Rußland". S. 522).

Es war, wie Bismarck gesagt hatte, keine Verständigung möglich. Weder mit dem deutschfeindlichen Nationalgefühl der Russen noch mit den Eroberungs= und Vernichtungsplänen des Panslawismus, der die Regierung antrieb und die öffentliche Meinung

führte. In der Deutschfeindlichkeit war das russische Volk sich einig; so verbürgt es Mitrofanow: „Die Mißstimmung gegen die Deutschen ist *in jedermanns Seele und Munde,* und selten, dünkt es mir, war die öffentliche Meinung einstimmiger." (Mitrofanow, a. a. O., S. 387).

Als *Erbfeindschaft* definierte Fürst *Kotschubej,* Generalleutnant und Generaladjutant des Zaren, die russische Deutschfeindlichkeit. Er pries „die *Volkstümlichkeit eines russischen Krieges gegen Deutschland,* den althergebrachten Feind der Slawen." (Kotschubej, „Das Problem der Triple-Entente", S. 494). Althergebracht —, denn: „*Die Feindschaft,* welche die Slawen gegen die Deutschen empfinden, *hat eine geschichtliche Basis;* sie ist *identisch mit derjenigen, welche die Deutschen vor 1870 gegen die Franzosen hegten.*" (Ebenda).

„Die Einnahme Deutschlands entscheidet den Kampf zwischen Ost und West"

Im Geschichtsbewusstsein der Deutschen der Bismarck-Zeit hatte die russische Feindschaft einen beherrschenden Platz, und da man politische Lektüre nicht scheute, las man die Denkschriften Pogodins, die schon 1860 in deutscher Sprache erschienen, und war mit Danilewskijs „Katechismus des Panslawismus" sowie mit den Kampfthesen des Generals Fadejew vertraut. Man kannte folglich die Pläne der Zerstückelung Deutschlands und Österreichs und nahm die *russische Entschlossenheit zum Krieg gegen Europa* so ernst, wie sie war. Sein Ausbruch war, der Lehre der Panslawisten zufolge, ja nur eine Frage der Zeit; Danilewskij hatte die Russen zu folgender Anschauung erzogen:

„Früher oder später ist der Kampf mit Europa, oder wenigstens mit dem bedeutendsten Teile von ihm, unvermeidlich. Man kann zögern, *man kann die schreckliche Stunde des Kampfbeginns hinausschieben,* sowohl von unserer wie von europäischer Seite, *der Kampf selber aber kann nicht umgangen werden.*" (Danilewskij, a. a. O., S. 236). Es war also der Krieg nicht allein gegen Deutschland und Österreich angesagt, sondern „der Kampf der romanisch-germanischen und der slawischen Welt" (Danilewskij, a. a. O., S. 190), *die Auseinandersetzung zwischen Osten und Westen.*

Gegen diesen Ansturm des Ostens würde Deutschland die Hauptbastion des Westens bilden. So sah und sagte man es damals in Deutschland. Es war im Frühjahr 1894, als Hans Delbrück

in den von ihm herausgegebenen „Preußischen Jahrbüchern" den russischen Nationalismus und das Programm des Panslawismus untersuchen liess. Der Experte war Prof. Dr. v.Schulze-Gaevernitz, der Russland — Land, Leute, Sprache — auf das genaueste kannte; er kam zu dem Ergebnis:

„Nachdem man zu erkennen geglaubt hat, daß der Weg nach Konstantinopel durch das Brandenburger Thor führe, nachdem Deutschland die Integrität Oesterreichs gewährleistet hat, *erblickt der russische Nationalismus in Deutschland die festeste Bastion Europas, deren Einnahme durch die slavischen Sturmkolonnen den Kampf zwischen Ost und West überhaupt entscheidet."* (Schulze-Gaevernitz, a. a. O., S. 22).

Eroberung Deutschlands — das bedeutete: Amputation des Reiches durch Annexionen in Ostdeutschland, Auflösung des deutschen Einheitsstaates, *Zerschlagung* also *der deutschen Einheit*, die Bismarck geschaffen und der er in verzweifeltem diplomatischen Kampf hatte Dauer sichern wollen. Feindschaft, die sein Lebenswerk, das in allen seinen Stämmen geeinte Deutsche Reich, zerstören wollte, traf ihn selbst mitten ins Herz. Konnte er Feindschaft gegen seine Schöpfung und gegen sein Vaterland mit Freundschaft vergelten?

KAPITEL XV

Epilog / Propheten aus Bismarcks Zeit

Das Zeitalter Bismarcks machte sich keine Illusionen über das Zarenreich und über die Zukunft, die Russland Europa bereiten würde. Es prophezeite, was im 20. Jahrhundert über den Westen hereinbrach.

Hören wir vier Propheten aus Bismarcks Zeit.

„Das Verderben der Welt"

Die Kronprinzessin *Friedrich*, spätere Kaiserin Friedrich III., am 19. Dezember 1877 an ihre Mutter, die Queen Victoria:

„*Wenn man Russland freie Hand lässt, wird es das Verderben der Welt werden.* Eine Macht muss es in Schach halten, da Russland weder Freiheit noch Fortschritt, noch Erleuchtung, noch Menschlichkeit oder Zivilisation darstellt; wenn es aber zu stark würde und ein Mann wie der erste Napoleon dort geboren werden würde, könnte es wirklich *eine furchtbare Gefahr* bedeuten. Russland ist *die einzige Macht, die in der Tat zu fürchten ist* — nicht das arme Deutschland, das niemals oder vermutlich niemals über seine Grenzen hinauswachsen wird." (Ponsonby, a.a.O., S. 188 ff.).

„Alle Verträge gebrochen"

Sir Charles *Dilke*, Unterstaatssekretär im Foreign Office, am 13. September 1882 zu Herbert Bismarck:

„*Gegen die doppelzüngige russische Politik haben wir keine Waffen.* Es ist aufreizend, zu sehen, wie *alle Verträge von Rußland gebrochen* werden. Man ist *nie sicher, daß Rußland eine Abmachung hält.*" (GP, IV, S. 40).

„Pariser Kommune ein Kinderspiel dagegen"

Der russische Aussenminister von *Giers* im Oktober 1887:

„Im Falle auswärtiger Niederlagen könnte Rußland im Innern *eine Revolution* erleben, *gegen welche die Pariser Kommune ein Kinderspiel sein würde.*" (GP, V, S. 308).

„Oder eine kommunistische Republik"

Zwei Voraussagen machte der Publizist H. von *Samson-Himmelstjerna* in seinem 1891 in Leipzig erschienenen Buch „Rußland unter Alexander III." Die erste:

„Zum Kriege wird in den höheren Gesellschaftsschichten fast ohne Ausnahme von jedem getrieben. Die Einen sind von fanatischem Größenwahn besessen; sie meinen berufen zu sein, durch die Slawen *zur Weltherrschaft emporgehoben zu werden.* Die Andern hoffen, ein Krieg werde die jeden Fortschritt unterdrükkende despotische Staatsform zertrümmern und an ihrer Statt Besseres hervorrufen: ein föderatives Gebilde *oder eine kommunistische Republik.*" (S. 132).

„Was das uneinige Europa erleben kann"

Die andere Voraussage:

„Nicht nur in jedem kleinen Kanzleibeamten vierzehnter Rangklasse, nicht nur in jedem Kollegienrat und Abteilungschef, Wirklichem Staatsrat und Provinzialgouverneur, — bis in die Wirklichen Geheimräte und Minister hinauf steckt in diesen Bureaukraten nicht nur ein ‚Liberaler' *sui generis,* sondern ein virtueller, gelegentlich sich entpuppender, planlos *zerstörungswütiger Nihilist.* Und da wundert sich Europa, daß trotz strenger Verfolgung in Rußland die Nihilisten nicht alle werden! *Ganz andere Wunder noch hätte das uneinige Europa zu erleben, wenn zufolge unberechenbaren Waffenglückes russisches Wesen über den Westen sich ausbreitete. Dagegen wären die Gewaltthaten Napoleons immerhin noch civilisierte und rücksichtsvolle Akte* gewesen!" (S. 350).

Drei Aussprüche Bismarcks

Der Kanzler kannte Russland und die Russen. Auch er verheimlichte nicht, was Deutschland und Europa erleiden könnten. Mit drei Aussprüchen von ihm sei das Buch über ihn abgeschlossen.

„Gleichheit ohne Freiheit"

Am 6. April 1861 in einem Brief aus Petersburg an Schleinitz:

„Miljutin aber, der Vertraute des Großfürsten Constantin, Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern und der schärfste und kühnste Geist unter den Progressisten, ist zugleich der bit-

terste Adelshasser und denkt sich das künftige Rußland als Bauernstaat mit *Gleichheit ohne Freiheit,* aber *mit viel Intelligenz, Industrie, Bürokratie, Presse."* („Briefwechsel mit Schleinitz", S. 158).

„Wachsende Gefahren für Deutschland"

Am 7. September 1879 in einem Immediatbericht an Kaiser Wilhelm I.:

„In der europäischen Situation ist die Schwierigkeit für Deutschland seit mehreren Jahren im Steigen und wird im Steigen bleiben, und *die Schwierigkeiten werden sich in Zukunft zu Gefahren ausbilden."* (GP, III, S. 56).

„Wenn wir der Koalition unterliegen sollten ..."

Am 13. Januar 1887 im Deutschen Reichstag:

„Zu einem Krieg gehört ganz notwendig, dass wir von Russland in ruchloser Weise angegriffen werden und uns schlagen müssten. Dann würden wir uns verteidigen *bis auf den letzten Blutstropfen,* und *wenn wir einer grossen Koalition zeitweise unterliegen sollten, würde doch eine Nation wie die deutsche niemals zugrundegehen."* (Reden, XII, S. 262 ff.).

BIBLIOGRAPHIE

Abeken, Heinrich: Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit. Berlin, 1898.

Andrassy, Julius: Bismarck und Andrassy. Budapest und Leipzig, 1924.

APP: Die auswärtige Politik Preußens. Diplomatische Aktenstücke. I–IX. Oldenburg i. O., 1933 ff.

Baczkowski, Wlodzimierz: *Russian Colonialism. / The Tsarist and Soviet Empires. Aus: The Idea of Colonialism* von Robert Strausz-Hupé und Harry W. Hazard. New York, 1958.

Bakunin, Michail: Beichte aus der Peter-Pauls-Festung an Zar Nikolaus I. Berlin, 1926.
— : Die Bekämpfung des Zarismus. Berlin, 1925.

Baltzer, Armin: Untergang oder Vollendung. Göttingen, 1956.

Bamberger, Ludwig: Bismarcks großes Spiel. Die geheimen Tagebücher Ludwig Bambergers. Frankfurt a. M., 1932.

Bebel, August: Aus meinem Leben, I-III. Stuttgart, 1910 ff.

Becker, Otto: Bismarcks Bündnispolitik. Berlin, 1923.

Berlin und St. Petersburg. Preußische Beiträge zur Geschichte der Russisch-Deutschen Beziehungen. Leipzig, 1880.

Bismarck, Otto von: Die gesammelten Werke, I-XV. Berlin, 1930 ff.
— : Gedanken und Erinnerungen, I-III, Anhang I, II. Stuttgart, 1901 ff.
— : Die politischen Reden des Fürsten Bismarck, I-XII. Stuttgart, 1892 ff.
— : Reden Bismarcks nach seinem Ausscheiden aus dem Amte. Leipzig, 1915.
— : Die politischen Berichte des Fürsten Bismarck aus Petersburg und Paris (1859–1862). I, II. Berlin, 1920.
— : Fürst Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin. Stuttgart, 1914.
— : Bismarcks Briefe an den General Leopold v. Gerlach. Berlin, 1896.
— : Bismarcks Briefwechsel mit Kleist-Retzow. Stuttgart, 1919.
— : Briefwechsel Ottos von Bismarck mit Gustav Scharlach. Weimar, 1912.
— : Bismarcks Briefwechsel mit dem Minister Freiherrn von Schleinitz 1858 bis 1861. Stuttgart, 1905.
— : Briefe Ottos von Bismarck an Schwester und Schwager. Leipzig, 1915.

„Bismarck. Zwölf Jahre deutscher Politik (1871—1883)". Leipzig, 1884.

Booth, John: Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck. Hamburg, 1899.

Bülow, Bernhard Fürst von: Deutsche Politik. Berlin, 1917.
— : Deutschland und die Mächte, in amtlichen eigenen Niederschriften. Dresden, 1932.

Busch, Moritz: Tagebuchblätter, I-III. Leipzig, 1899.

Bußmann, Walter: Europa und das Bismarckreich. In: Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr., 1960, Bd. X, S. 155 ff. Würzburg, 1960.

Clausewitz, Carl von: Hinterlassene Werke, VII: Der Feldzug von 1812 in Rußland. Berlin, 1835.
— : Geist und Tat. Auswahl aus Werken, Briefen und unveröffentlichten Schriften. Stuttgart, 1942.

Crispi, Francesco: Memoiren. / Erinnerungen und Dokumente. Berlin, 1912.

Daniels, Emil: Russische Finanzen unter Alexander II. und der Ursprung des Türkenkrieges von 1877. Preuß. Jahrbücher, Bd. 157, S. 268 ff. Berlin, Juli—September 1914.
— : Der Rückversicherungsvertrag vom 18. Juni 1887. Preuß. Jahrbücher, Bd. 178. Berlin, Oktober 1919.

Danilewskij, Nikolaj Jakowlewitsch: Rußland und Europa. Stuttgart 1920.

Delbrück, Hans: Bismarcks Erbe. Berlin, 1915.
— : Kaiser und Kanzler. Preuß. Jahrbücher, Bd. 180. Berlin, April bis Juni 1920.

D D F: *Documents Diplomatiques Français* (1871—1914). Paris, 1929 ff.

Eckardstein, Hermann Frhr. von: Lebens-Erinnerungen und politische Denkwürdigkeiten, I, II. Leipzig, 1919 ff.

Eckardt, Julius von: Rußland vor und nach dem Kriege. Leipzig, 1879.
— : Aus der Petersburger Gesellschaft. Leipzig, 1880. Neue Folge. Leipzig, 1881.
— : Von Nicolaus I. zu Alexander III. / St. Petersburger Beiträge zur neuesten russischen Geschichte. Leipzig, 1881.
— : Berlin — Wien — Rom. / Betrachtungen über den neuen Kurs. Leipzig, 1892.
— : Aus den Tagen von Bismarcks Kampf gegen Caprivi. Leipzig, 1920.

Engels, Friedrich: Der Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx, 1844 bis 1883, I—IV. Stuttgart, 1913.

Erinnerungen an Bismarck. Herausgegeben von A. v. Brauer, E. Marcks, K. A. v. Müller. Stuttgart, 1915.

Eyck, Erich: Bismarck, I—III. Erlenbach—Zürich, 1941 ff.
— : Bismarck und das Deutsche Reich. Erlenbach—Zürich, 1955.

Fadejew, Rostislaw: Russlands Kriegsmacht und Kriegspolitik. Leipzig, 1870.

Fester, Richard: Saburow und die russischen Staatsakten über die russisch-deutschen Beziehungen von 1879 bis 1890. Grenzboten, Bd. 80/II, S. 55 ff. Berlin, 1921.

Festschrift zum 50. Jahrestag des Abschlusses der Kampfhandlungen im westlichen Kaukasus. Petersburg, 1914.

Fischel, Alfred: Der Panslawismus bis zum Weltkrieg. Stuttgart, 1919.

Frankenberg, Richard: Die Nichterneuerung des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages im Jahre 1890. Berlin, 1927.

Frauendienst, Werner: Preußen-Deutschlands Beziehungen zu Rußland. In: Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr., 1960, Bd. X, S. 124 ff. Würzburg, 1960.

Freytag, Gustav: Briefe an Albrecht von Stosch. Stuttgart, 1913.

Friede, Dieter: England / Geschichte seiner Demokratie. Berlin, 1948.
— : Das russische Perpetuum mobile. Würzburg, 1959.

Friedjung, Heinrich: Das Zeitalter des Imperialismus 1884—1914, Bd. I. Berlin, 1919.

Gerlach, Leopold von: Denkwürdigkeiten, I, II. Berlin, 1891 ff.
— : Briefe an Otto von Bismarck. Stuttgart, 1912.

Gitermann, V.: Geschichte Russlands, I—III. Hamburg, 1949.

Goriainov, Serge: *Le Bosphore et les Dardanelles.* Paris, 1910.
— : *The End of the Alliance of the Emperors.* American Historical Review, XXXIII, S. 342 ff. London, 1918.
— : *La question d'orient à la veille du traité de Berlin* (1870 bis 1876). Paris, 1948.

GP: Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914. / Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. I.: Der Frankfurter Friede und seine Nachwirkungen 1871 bis 1877; II.: Der Berliner Kongreß und seine Vorgeschichte; III.: Das Bismarcksche Bündnissystem 1879—1885; IV.: Die

Dreibundmächte und England; V.: Neue Verwicklungen im Osten; VI.: Kriegsgefahr in Ost und West / Ausklang der Bismarck-Zeit; VII.: Die Anfänge des Neuen Kurses / Der Russische Draht. Berlin, 1922 ff.

Hahn, Ludwig: Fürst Bismarck, I–V. Berlin, 1878 ff.

Hammann, Otto: Der neue Kurs / Erinnerungen. Berlin, 1918.

— : Der mißverstandene Bismarck / Zwanzig Jahre Deutscher Weltpolitik. Berlin, 1921.

Harvest, Harry: Massloses Russland. Zürich, 1949.

Haselmayr, Friedrich: Diplomatische Geschichte des Zweiten Reichs von 1871–1914. I.: Von russischer Freundschaft zu russischem Groll (1871–1878); II.: Bismarcks Reichssicherung gegen Rußland (1879 bis 1884); Der Erwerb deutschen Kolonialbesitzes (1884 bis 1885); III.: Die Wahrung des europäischen Friedens durch Bismarck in der Bulgarienkrise von 1885–1888. Bismarcks Entlassung 1890. München, 1955 ff.

Hedenström, Alfred von: Geschichte Rußlands von 1878 bis 1918. Stuttgart, 1922.

Herwegh, Georg: Gedichte eines Lebendigen. Zürich, 1841.

Hoetzsch, Otto: Rußland als Gegner Deutschlands. Leipzig, 1914.

— : Die Aussenpolitik Sowjetrusslands. Berlin, 1922.

— : Russland in Asien. Osteuropa, 1929/30.

Hohenlohe — Schillingsfürst, Fürst Chlodwig: Denkwürdigkeiten, I, II. Stuttgart, 1906.

Holstein, Friedrich von: Die geheimen Papiere Friedrich von Holsteins. I.: Erinnerungen und politische Denkwürdigkeiten; II.: Tagebuchblätter. Göttingen, 1956 ff.

Japikse, Nicolas: Europa und Bismarcks Friedenspolitik 1871–1890. Berlin, 1927.

Keudell, Robert von: Fürst und Fürstin Bismarck. Berlin, 1902.

Kirchner, Walther: Geschichte Rußlands. Stuttgart, 1950.

Kohl, Horst: Bismarck-Regesten, I, II. Leipzig, 1892.

Kohn, Hans: Die Slawen und der Westen / Die Geschichte des Panslawismus. Wien, 1956.

Kosarenko-Kosarevytch, Vasyl: Die Moskauer Sphinx / Mythos und Macht in den Vorstellungen über Osteuropa. New York, 1955.

Kotschubej, Fürst: Das Problem der Triple-Entente. Preuß. Jahrbücher, Bd. 157, S. 481 ff. Berlin, Juli—September 1914.

Krausnick, Helmut: Neue Bismarck-Gespräche. Hamburg, 1940.
— : Holsteins Geheimpolitik in der Ära Bismarck 1886 bis 1890. Hamburg, 1942.
— : Rückversicherungsvertrag und Optionsproblem 1887—1890. In: Festschrift für Otto Becker, S. 210 ff. Wiesbaden, 1954.

Lignitz, General von: Aus drei Kriegen. Berlin, 1904.

Lindau, Paul: Nur Erinnerungen, I, II. Stuttgart, 1916 ff.

Lucius Freiherr von Ballhausen: Bismarck-Erinnerungen. Stuttgart, 1921.

Marcks, Erich: Der Aufstieg des Reiches / Deutsche Geschichte von 1807—1871/78. Stuttgart, 1936.
— : Bismarck. Stuttgart, 1952.

Marx, Karl, und Engels, Friedrich: *The Russian Menace to Europe. A Collection of Articles, Speeches, Letters and News Dispatches.* Glencoe, Illinois, 1952.

Meisner, Heinrich Otto: Bismarcks Bündnispolitik 1871—1890. Preuß. Jahrbücher, Bd. 190. Berlin, Oktober-Dezember 1922.

Meyer, Arnold Oskar: Bismarcks Friedenspolitik. Münchner Universitätsreden, Heft 19, München, 1930.
— : Bismarck — der Mensch und der Staatsmann. Berlin, 1939.

Mitrofanow, Paul von: Offener Brief über das Verhältnis von Rußland und Deutschland. Preuß. Jahrbücher, Bd. 156, S. 385 ff. Berlin, April-Juni 1914.

Mittelstaedt, Anni: Der Krieg von 1859 / Bismarck und die öffentliche Meinung in Deutschland. Stuttgart, 1904.

Mittnacht, Freiherr von: Erinnerungen an Bismarck. Stuttgart, 1904. Neue Folge. Stuttgart, 1905.

Netschkinoj, M.W.: *Istorija SSSR,* II: *Rossija w XIX wjeke* (Geschichte der UdSSR, II: Rußland im 19. Jahrhundert). Moskau, 1954.

Noack, Ulrich: Bismarcks Friedenspolitik und das Problem des deutschen Machtverfalls. Leipzig, 1928.

Novotny, Alexander: Der Berliner Kongress und das Problem einer europäischen Politik. Hist. Zeitschrift, Bd. 186, S. 285 ff. München, 1958.

Oncken, Hermann: Bismarck und die Zukunft Mitteleuropas. Heidelberg, 1915.
— : Das alte und das neue Mitteleuropa. Gotha, 1917.
— : Politik und Kriegführung. Münchner Universitätsreden, Heft 12. München, 1928.

Platzhoff, Walter: Bismarcks Bündnispolitik. Bonn, 1920.
— : Die Anfänge des Dreikaiserbundes (1867—1871). Preuß. Jahrbücher, Bd. 188, S. 283 ff. Berlin, April—Juni 1922.

Plehn, Hans: Bismarcks auswärtige Politik nach der Reichsgründung. München, 1920.

Ploetz, Karl: Auszug aus der Geschichte. Würzburg, 1956.

Pogodin, Michail: Politische Briefe aus Rußland. Leipzig, 1860.

Pokrowskij, Michail Nikolajewitsch: Aus den Geheimarchiven des Zaren. Berlin, 1919.
— : Drei Konferenzen, Moskau, 1920.
— : Kurzer Abriss der Russischen Geschichte, I—III. Moskau, 1925.

Ponsonby, Sir Frederick: Briefe der Kaiserin Friedrich. Berlin, ohne Jahresangabe.

Poschinger, Heinrich Ritter von: Preußen im Bundestag 1851 bis 1859. Bände 12, 14, 15 und 23 der Publicationen aus den K. Preußischen Staatsarchiven. Leipzig, 1882 ff.
— : Also sprach Bismarck, I, II. Wien, 1910.

Potjomkin, W. P. / Chwostow, W. M. / Minz, J. J.: Geschichte der Diplomatie, II. Die Diplomatie der Neuzeit. Moskau, 1947.

Prawdin, M.: Verstehen wir die Sowjets? Hamburg, 1953.

Pribram, Alfred Francis: Die Geheimverträge Österreich-Ungarns 1871 bis 1914. Wien, 1920.
— : Zwei Gespräche des Fürsten Bismarck mit dem Kronprinzen Rudolf von Österreich. Österreich. Rundschau, XVII, S. 8 ff. Wien, 1921.

Rachfahl, Felix: Deutschland und die Weltpolitik 1871—1914. Bd. I: Die Bismarck'sche Aera. Stuttgart, 1923.

Radowitz, Joseph Maria von: Aufzeichnungen und Erinnerungen. Stuttgart, 1925.

Rassow, Peter: Zur Interpretation des Rückversicherungsvertrages. Hist. Jahrbücher, Bd. 74, S. 758 ff. 1955.
— : Die Stellung Deutschlands im Kreise der Grossen Mächte 1887—1890. Mainz/Wiesbaden, 1959.

Reichstagsberichte, Stenographische: 3. Legislaturperiode, II. Session 1878, Bd. I; 6. Legislaturperiode, II. Session 1885/86, Bd. III; 6. Legislaturperiode, IV. Session 1886/87, Bd. I. Berlin, 1878 ff.

Reutern, Waldemar Graf: Die finanzielle Sanierung Rußlands nach der Katastrophe des Krimkrieges 1862 bis 1878 durch den Finanzminister Michael von Reutern. Berlin, 1914.

Rheindorf, Kurt: Die Schwarze-Meer-(Pontus-)Frage vom Pariser Frieden von 1856 bis zum Abschluss der Londoner Konferenz von 1871. Berlin, 1925.

Robolsky, Hermann: Bismarck und Rußland / Enthüllungen über die Beziehungen Deutschlands und Rußlands von 1859 bis heute. Berlin, 1887.

Rohrbach, Paul: Rußland in der Krisis. Preuß. Jahrbücher, Bd. 107, S. 116 ff. Berlin, 1902.

Rothfels, Hans: Zur Geschichte des Rückversicherungsvertrages. Preuß. Jahrbücher, Bd. 187. Berlin, Januar—März 1922.
— : Bismarcks englische Bündnispolitik. Stuttgart, 1924.

Samson-Himmelstjerna, H. von: Rußland unter Alexander III. / Mit Rückblicken auf die jüngste Vergangenheit. Leipzig, 1891.

Sarkisyanz, Emanuel: Russland und der Messianismus des Orients / Sendungsbewusstsein und politischer Chiliasmus des Ostens. Tübingen, 1955.

Schäfer, Dietrich: Bismarck. Berlin, 1917.

Schlözer, Kurd von: Petersburger Briefe, Stuttgart, 1921.
— : Briefe eines Diplomaten. Stuttgart, 1958.

Schulze-Gaevernitz, G. von: Der Nationalismus in Rußland und seine wirtschaftlichen Träger, Preuß. Jahrbücher, Bd. 75, S. 1 ff. Berlin, Januar—März 1894.

Schüßler, Wilhelm: Bismarck. Leipzig, 1925.

Schuwalow, Graf Peter: Der Berliner Kongress. Berliner Monatshefte, XVI, b, S. 603 ff. Berlin, 1938.

Schweinitz, Hans Lothar von: Denkwürdigkeiten, I, II. Berlin, 1927.

Schwertfeger, Bernhard: Zur europäischen Politik. Bd. V: Revanche-Idee und Panslawismus. Berlin, 1919.
— : Keimzellen des russisch-französischen Bündnisses. Berliner Monatshefte, XVI, b, S. 828 ff. Berlin, 1938.

Sethe, Paul: Kleine Geschichte Rußlands. Frankfurt a. M., 1953.

Simpson, James Young: *Russo=German Relations and the Sabouroff Memoirs. The Nineteenth Century,* Bd. 82, b, S. 1111 ff. London, 1917.

— : *The Saburov Memoirs or Bismarck and Russia.* Cambridge, 1929.

Staatsarchiv, Das. Sammlung der offiziellen Aktenstücke zur Aussenpolitik der Gegenwart. XVIII–XXXII. Leipzig, 1928 ff.

Stählin, Karl: Geschichte Rußlands, I–III. Stuttgart, 1923 ff.

— : Aus den diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 bis 1914. Zeitschrift für Politik, Bde. XII, XIII, XIV. Berlin, 1922 ff.

Steinmann, Friedrich, und Hurwicz, Elias: Konstantin Petrowitsch Pobjedonoszew, der Staatsmann der Reaktion unter Alexander III. Königsberg/Pr., 1933.

Taube, Alexander von: Fürst Bismarck zwischen England und Russland. Stuttgart, 1923.

Taube, Helene Freifrau von: Graf Alexander Keyserling, I. II. Berlin, 1902.

— : Am russischen Hof in den Jahren der Reichsgründung / Tagebuch eines Hoffräuleins. Berlin, 1921.

Thieß, Frank: Ursprung und Sinn des Ost-West-Gegensatzes. Bremen, 1958.

Tiedemann, Christoph von: Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei unter dem Fürsten Bismarck. Leipzig, 1910.

Tjutschew, Fjedor Iwanowitsch: Literaturnoje Nasledstwo (Literarischer Nachlass), XIX–XXI. Moskau, 1935.

— : Polnoje sobranje stichotworeni (Gesammelte Gedichte). Leningrad, 1957.

Trubetzkoj, Fürst Grigorij Nikolajewitsch: Rußland als Großmacht. Stuttgart, 1913.

Trützschler von Falkenstein, Heinz: Bismarck und die Kriegsgefahr des Jahres 1887. Berlin, 1924.

Uchtomskij, Fürst Jesper Jesperowitsch: Die Reise Seiner Kaiserlichen Hoheit in den Orient 1890–1891, I–III. Petersburg, 1893 ff.

Uebersberger, Hans: Rußlands Orientpolitik in den letzten zwei Jahrhunderten. Stuttgart, 1913.

— : Rußland und der Panslawismus. In: Deutschland und der Weltkrieg, II. Leipzig, 1916.

Vietsch, Eberhard von: Die Tradition der grossen Mächte. Stuttgart, 1950.

Vitzthum von Eckstädt, Karl Friedrich Graf von: Berlin und Wien in den Jahren 1845–1852. Stuttgart, 1886.
— : St. Petersburg und London, I, II. Stuttgart, 1886.

Waldersee, Alfred Graf von: Denkwürdigkeiten, I, II. Stuttgart, 1922.

Wertheimer, Eduard von: Graf Julius Andrassy, I–III. Stuttgart, 1913.
— : Bismarck im politischen Kampf. Berlin, 1930.

Wilhelm I.: Briefe an Bismarck. Leipzig, 1913.

Wilhelm II.: Briefe und Telegramme an Nikolaus II. Wien, 1920.
— : Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878–1918. Leipzig, 1922.

Wilmowski, Gustav von: Meine Erinnerungen an Bismarck. Breslau, 1900.

Windelband, Wolfgang: Herbert Bismarck als Mitarbeiter seines Vaters. Stuttgart, 1921.
— : Bismarck und die europäischen Großmächte 1879–1885. Essen, 1942.

Witte, Sergjej Juljewitsch Graf: Erinnerungen. Berlin, 1923.

Wittram, Reinhard: Bismarcks Russlandpolitik nach der Reichsgründung. Hist. Zeitschrift, Bd. 186, S. 261 ff. München, 1958.

Ziekursch, Johannes: Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches. I.: Die Reichsgründung; II.: Das Zeitalter Bismarcks (1871–1890); III.: Das Zeitalter Wilhelms II. (1890–1918). Frankfurt a. M., 1925 ff.

PERSONEN-REGISTER

SACH=REGISTER

INHALTSVERZEICHNIS



FRIEDE

Der verheimlichte Bismarck